



Beteiligungsbericht

Stadt Brandenburg an der Havel

über das

Geschäftsjahr 2011

Herausgeber: Stadt Brandenburg an der Havel
Die Oberbürgermeisterin

Vorgelegt von: Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann

Redaktion: Fachgruppe Beteiligungen, Steuern und Abgaben

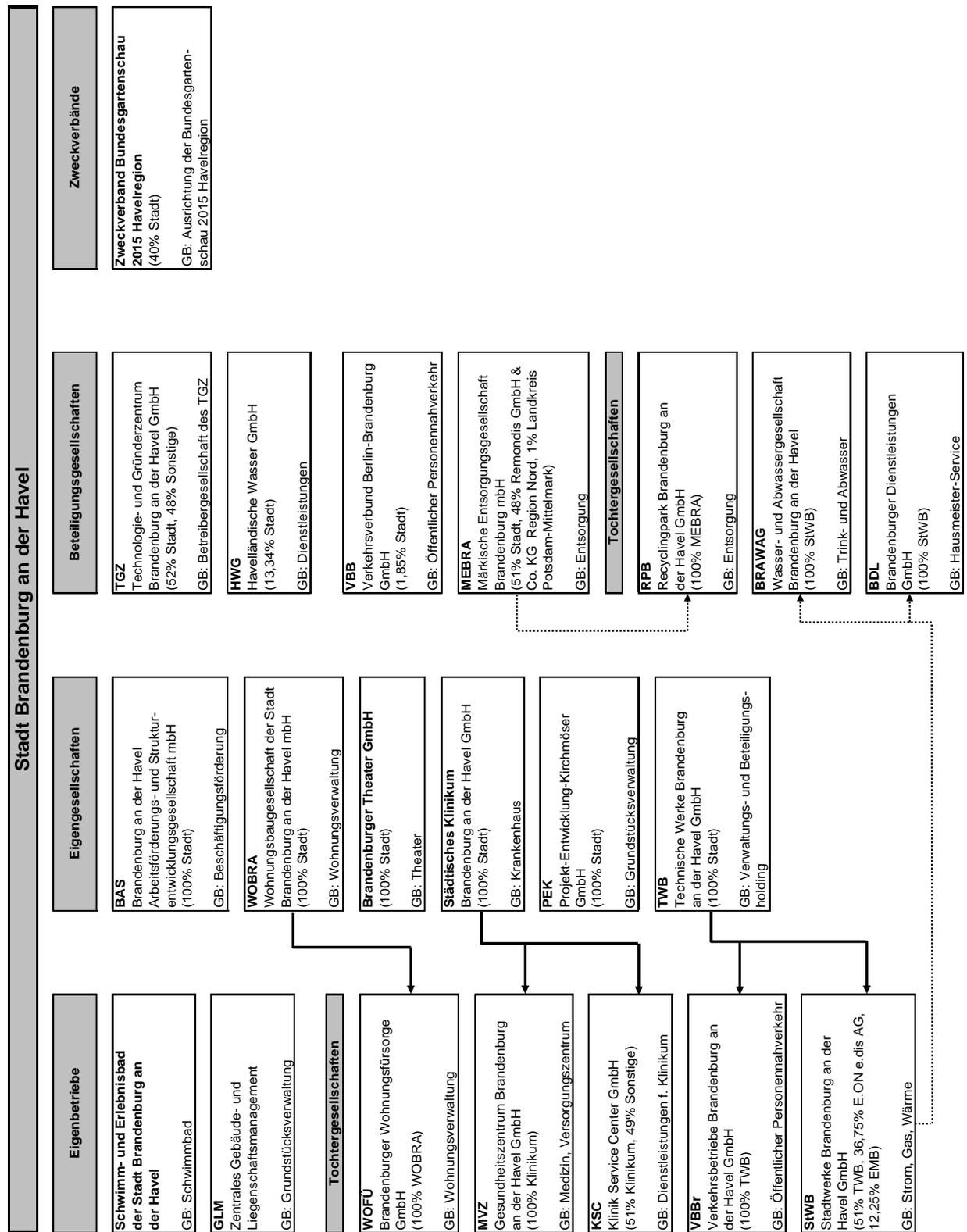
Redaktionsschluss: 31.12.2012

Inhaltsverzeichnis

I.	Graphische Darstellung der städtischen Unternehmen und Beteiligungen.....	3
I.1	Rechtliche Grundlagen.....	4
I.2	Wirtschaftlichkeit kommunaler Unternehmen.....	5
I.3	Verflechtung mit dem städtischen Haushalt.....	6
I.4	Übersicht über die Wirtschaftsprüfer der Eigenbetriebe sowie Eigen- und Beteiligungsgesellschaften.....	8
II.	Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Brandenburg an der Havel nach Branchen.....	9
III.1	Eigenbetriebe.....	11
III.1.1	Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel.....	12
III.1.2	Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement.....	18
III.2	Eigengesellschaften.....	26
III.2.1	wobra Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH.....	27
III.2.1.1	Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH.....	38
III.2.2	Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.....	45
III.2.2.1	KSC Klinik Service Center GmbH.....	57
III.2.2.2	Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH.....	65
III.2.3	Brandenburger Theater GmbH.....	74
III.2.4	Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH (TWB).....	80
III.2.4.1	Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH.....	90
III.2.4.2	Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH.....	100
III.2.4.2.1	BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel.....	110
III.2.4.2.2	BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH.....	118
III.2.5	BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH.....	126
III.2.6	PEK Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH.....	135
III.3	Beteiligungsgesellschaften.....	139
III.3.1	Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH.....	140
III.3.2	MEBRA Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH.....	148
III.3.2.1	Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH.....	157
III.3.3	VBB Verkehrsbund Berlin-Brandenburg GmbH.....	163
III.3.4	HWG Havelländische Wasser GmbH.....	177

III.4	Zweckverbände.....	185
III.4.1	Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion.....	186
IV.	Abkürzungsverzeichnis.....	I
V.	Erläuterungen.....	IV

I. Graphische Darstellung über die Eigenbetriebe, Eigen- und Beteiligungsgesellschaften und des Zweckverbandes der Stadt Brandenburg an der Havel



I.1. Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 98 Nr. 3 BbgKVerf hat die Beteiligungsverwaltung einen Beteiligungsbericht vorzubereiten und zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht der Stadt Brandenburg an der Havel umfasst alle unmittel- und mittelbaren städtischen Gesellschaften, Beteiligungen und Zweckverbände.

Die wirtschaftlichen Daten der Unternehmen basieren auf den Jahresabschlüssen des Geschäftsjahres 2011. Die Zeitreihenvergleiche beziehen sich im Wesentlichen auf die Jahre 2009-2011.

Als wirtschaftliche Betätigung definiert § 91 Abs. 1 Satz 1 BbgKVerf das Herstellen, Anbieten oder Verteilen von Gütern, Dienstleistungen oder vergleichbaren Leistungen, die ihrer Art nach auch mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnten.

Voraussetzung für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde ist demnach, dass ein **öffentlicher Zweck** dies rechtfertigt und die Betätigung nach Art und Umfang in einem **angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit** der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht.

Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg, insbesondere § 92 BbgKVerf, ermöglicht der Gemeinde die Gründung von Unternehmen zur wirtschaftlichen Betätigung oder die Beteiligung an solchen Unternehmen. Die dazu notwendigen Voraussetzungen sind in § 91 und in § 92 BbgKVerf definiert.

Rechtsformen der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Brandenburg an der Havel:

Eigenbetrieb

Der Eigenbetrieb stellt ein aus der Verwaltung ausgegliedertes Sondervermögen dar mit eigener Verfassung (Betriebssatzung) und eigenem Rechnungswesen (kaufmännisches Rechnungswesen), jedoch ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Der Eigenbetrieb verfügt einerseits über besondere Leitungs- und Kontrollorgane (Werkleitung und Werksausschuss), untersteht andererseits der Stadtverordnetenversammlung und der Oberbürgermeisterin als Verwaltungschefin. Die Gemeinde haftet für den Eigenbetrieb unmittelbar und unbeschränkt.

Eigengesellschaft

Eigengesellschaften sind Unternehmen der Gemeinde in der privaten Rechtsform einer GmbH oder AG (nicht in der Stadt Brandenburg an der Havel), deren Anteile in ihrer Gesamtheit einem Gesellschafter, hier der Stadt, gehören.

Beteiligungsgesellschaft

Beteiligungsgesellschaften sind Unternehmen der Gemeinde in der privaten Rechtsform einer GmbH oder AG (nicht in der Stadt Brandenburg an der Havel), an denen diese mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen, jedoch unter 100% beteiligt ist.

Zweckverband

Gemeinden und Gemeindeverbände können sich zu Zweckverbänden zusammenschließen, um einzelne Aufgaben, zu deren Wahrnehmung sie berechtigt oder verpflichtet sind, gemeinsam zu erfüllen (Freiverband); für Pflichtaufgaben können sie auch zusammengeschlossen werden (Pflichtverband, § 4 Absatz 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg – GKG).

Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet seine Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze unter eigener Verantwortung (§ 5 Absatz 1 GKG).

Die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes werden im Rahmen des GKG durch eine Verbandssatzung geregelt (§ 7 GKG).

I.2. Wirtschaftlichkeit kommunaler Unternehmen

Die städtischen Gesellschaften nehmen eine große Aufgabenvielfalt wahr. Diese reichen von Ver- und Entsorgungsaufgaben (Stadtwerke, BRAWAG, MEBRA) über infrastrukturelle (Öffentlicher Personennahverkehr – VBBR), soziale (Krankenhaus – Städtisches Klinikum, Wohnungsgesellschaften – wobra) bis hin zu Angeboten im Kultur- und Freizeitsektor (Theater, Schwimm- und Erlebnisbad) sowie den Stadtumbau (wobra) und die Bereitstellung von Gewerbeflächen und Büroräumen für Existenzgründer (TGZ).

Entwicklung Beschäftigte des Stadtkonzerns			
	2009	2010	2011
Marienbad	7	7	7
wobra	40	40	40
Klinikum	991	995	1.076
BT	98	100	98
TWB	5	5	5
VBBR	143	143	152
BRAWAG	47	44	39
Wofü	14	14	13
StWB	132	134	134
BAS (Stammpersonal)	13	13	11
MEBRA	94	87	87
RPB	19	0	0
GLM	91	91	87
TGZ	5	7	5
BDL	58	58	60
PEK	5	5	0
KSC	328	336	357
MVZ	67	79	104
HWG	0	7	5
BUGA	0	2	7
Gesamt	2.150	2.160	2.280

Abb. 1 - Entwicklung Beschäftigte per 31.12. des Geschäftsjahres

Investitionen des Stadtkonzerns			
	2009	2010	2011
Marienbad	12	32	16
wobra	6.107	11.531	7.366
Klinikum	8.641	32.211	33.363
BT	171	131	178
TWB	1	5	5
VBBR	497	762	1.836
BRAWAG	2.480	5.557	2.377
Wofü	3	2	2.002
StWB	5.775	6.142	7.248
BAS	89	95	33
MEBRA	597	167	246
RPB	9	15	34
GLM	82	62	7.741
TGZ	21	235	37
BDL	373	152	173
PEK	0	0	0
KSC	40	90	138
MVZ	459	129	676
BUGA	0	9	53
Gesamt	25.357	57.327	63.521

Abb. 2 - Investitionen kommunaler Unternehmen (Angaben in T€)

I.3. Verflechtung mit dem städtischen Haushalt

Die Unternehmen haben einen öffentlichen Zweck zu erfüllen und müssen oftmals auch politischen Vorgaben Rechnung tragen. Somit ist ein kostendeckendes Wirtschaften oft nicht möglich und die Unternehmen sind auf Zuschüsse seitens der Stadt angewiesen. Die Bezuschussung erfolgt in der Regel als Ertrags- oder auch Investitionszuschüsse.

Abflüsse aus dem Haushalt

a) Ertragszuschüsse

Die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben, die oft aus politischen oder rechtlichen Gründen nicht kostendeckend wahrgenommen werden können, begründet in der Regel die Zahlung von Zuschüssen. Der größte Bedarf an Zuschüssen besteht nach wie vor bei der Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBBR) und der Brandenburger Theater GmbH (BT).

b) Investitionszuschüsse

Neben der Fehlbetragsfinanzierung besteht seitens der Stadt auch die Möglichkeit kommunale Unternehmen bei fehlender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit direkt bei der Realisierung größerer Bauvorhaben oder Investitionen durch finanzielle Zahlungen zu unterstützen.

Zuflüsse zum Haushalt

a) Gewinnanteile/Kapitalentnahmen aus verbundenen Unternehmen

Auf Beschluss der Gesellschafterversammlung können die durch Unternehmen erwirtschafteten Gewinne, an denen die Stadt beteiligt ist, in voller Höhe oder teilweise ausgeschüttet und dem Haushalt der Stadt Brandenburg an der Havel zugeführt werden. Weiterhin besteht für die Gesellschafterin die Möglichkeit der Kapitalentnahme.

b) Konzessionsabgaben

Konzessionsabgaben bilden eine der Haupteinnahmequellen der Stadt aus dem Stadtkonzern.

Geldflüsse zwischen Unternehmensverbund und Stadt			
Zuschüsse der Stadt an die Gesellschaften in T€	2009	2010	2011
Technische Werke Brandenburg (Zahlungen für den ÖPNV)	5.315	5.338	5.233
Brandenburger Theater (Zuschuss Stadt)	3.731	3.731	3.731
Brandenburger Theater (BbgFAG-Mittel)	1.475	1.475	1.400
BAS Arbeitsförderung- und Strukturanpassungsgesellschaft	602	491	284
Technologie- und Gründerzentrum	140	135	135
Eigenbetrieb Marienbad (inkl. Investitionszuschuss)	826	900	875
Fähre Neuendorf (Zahlungen für den ÖPNV)	45	42	40
GLM (Zuschuss Liegenschaften und Forsten)	450	440	159
wobra (Altschuldendienst/Leistung BAVARIA)	2.763	1.500	1.500
Zweckverband BUGA (Umlage)	363	367	370
Abflüsse aus dem Haushalt insgesamt:	15.709	14.419	13.728
Zuwendungen Land in T€	2009	2010	2011
Zuwendungen Land für VBBr	2.093	2.292	2.218
Landesmittel Theater (direkte Zuweisung an Theater)	1.480	1.590	1.700
Zuschuss BbgFAG (Brandenburgisches Finanzausgleichsgesetz) an Theater	1.475	1.475	1.400
Zuwendungen Land gesamt	5.048	5.357	5.318
Rückflüsse von den Gesellschaften in T€	2009	2010	2011
Gewinnanteile/Kapitalentnahmen aus verbundenen Unternehmen	3.904	4.669	2.672
Konzessionsabgaben in T€			
StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	1.965	2.662	2.161
E.dis	149	145	174
EMB	9	9	8
Zuflüsse zum Haushalt insgesamt in T€	11.074	12.841	10.334
Differenz Zuflüsse/Abflüsse in T€	-4.635	-1.578	-3.394

Unterdeckung der Zu-/Abflüsse vom Haushalt in den Unternehmensverbund

Jahr	Differenz Zuflüsse/Abflüsse (T€)
2009	-4.635
2010	-1.578
2011	-3.394

I.4. Übersicht über die Wirtschaftsprüfer kommunaler Unternehmen

	2007	2008	2009	2010	2011
Marienbad	Scherbarth, Hergaden & Partner GbR	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH
GLIM	WIKOM AG	WIKOM AG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG
wobra	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	ACCO GmbH
Wofü	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	ACCO GmbH
Klinikum	KPMG	KPMG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG
KSC	KPMG	KPMG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG
IMVZ	KPMG	KPMG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG
Theater	DOMUS Revision	DOMUS Revision	DOMUS Revision	DOMUS AG	Verhülsdonk & Partner GmbH
TWB	FPS Schmidt & Kollegen	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH	BPG Berlin
VBBt	FPS Schmidt & Kollegen	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH	BPG Berlin
StWB	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young
BRAWAG	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young
BDL	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young
BAS	Beil, Baumgart & Kollegen	Beil, Baumgart & Kollegen	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH
PEK	Knauft & Feldhausen	Knauft & Feldhausen	Knauft & Feldhausen	Knauft & Feldhausen	Knauft & Feldhausen
TGZ	Knauft & Feldhausen	Knauft & Feldhausen	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH
MEBRA	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	WIKOM AG	WIKOM AG
RPB	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	WIKOM AG	WIKOM AG
VBB	MDS Möhrle GmbH	MDS Möhrle GmbH	MDS Möhrle GmbH	MDS Möhrle GmbH	WIKOM AG
HWG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	Goldstein Consulting GmbH

II. Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Brandenburg an der Havel gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 BbgKVerf (nach Branchen) einschließlich ihrer mittelbaren Beteiligungen

Abfallwirtschaft

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	MEBRA	51,00		51 % Stadt Brandenburg an der Havel 48 % REMONDIS Nord/Ost 1 % Landkreis Potsdam-Mittelmark	15.300,00
Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH	RPB	51,00	MEBRA	100 % Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	510.000,00

ÖPNV

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH	VBB	100,00	TWB	100 % TWB	1.971.100,00
Verkehrsbund Berlin-Brandenburg GmbH	VBB	1,85		1,85 % Stadt Brandenburg an der Havel	6.000,00

Gesundheits- / Sozialeinrichtungen

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	Klinik	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH	MVZ	100,00	Klinikum	100 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	25.000,00

Ver- und Entsorgung

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	StWB	51,00	TWB	51,00 % TWB 36,75 % E.ON edis AG 12,25 % EMB GmbH	4.172.142,00
Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel GmbH	BRAWAG	51,00	StWB	100 % StWB	3.389.865,14

Immobilienwirtschaft

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	GLM	100,00		Sondervermögen	50.000,00
Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH	PEK	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH	wobra	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.564.600,00
Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH	Wofü	100,00	wobra	100 % wobra	332.339,71

Dienstleistungen

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Klinik Service Center GmbH	KSC	51,00	Klinikum	51 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH 25 % P. Dussmann GmbH 14 % Gebäudereinigung Brandenburg GmbH 10 % Caritas	12.750,00
Brandenburger Dienstleistungen GmbH	BDL	51,00	StWB	100 % StWB	434.600,00
Havelländische Wasser GmbH	HWG	13,34		13,34 % Stadt Brandenburg an der Havel	34.103,17

Arbeitsförderung

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH	BAS	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.565,00

Technologie und Infrastruktur

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH	TGZ	52,00		52 % Stadt Brandenburg an der Havel 10 % Mittelbrandenburgische Stadtparkasse 10 % RFT Brandenburg 9 % Fachhochschule Brandenburg 5 % Fa. Villmann 3 % REMONDIS GmbH & Co. KG 3 % Atlas Info-Systeme 1 % Börner GmbH 1 % Ing.-Büro Friedrich 1 % Perkers GmbH 1 % HWG 1 % Lenz & Mundt Betonsanierung GmbH 1 % HIB 1 % Honeywell GmbH 1 % Gewerbeverein Brandenburg e.V.	26.587,17 5.112,92 5.112,92 4.601,63 2.556,46 1.533,88 1.533,88 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29

Kultur- und Freizeit

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Brandenburger Theater GmbH	BT	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel	Marienbad	100,00		Sondervermögen	25.565,00

Verwaltungs- und Beteiligungsholding

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH	TWB	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	102.400,00

III.1

Eigenbetriebe

- *Betriebsführer*

Die Betriebsführung wird durch die Gesellschaft für Management und Entwicklung von Freizeitsystemen mbH & Co. KG, Neuried (GMF) wahrgenommen.

- *Betriebsleiter*

Jens Grosser

- *Gemeinsamer Werksausschuss der Eigenbetriebe*

Originäre Aufgaben des gemeinsamen Werksausschusses sind neben den satzungsmäßig übertragenen Entscheidungsbefugnissen die Vorbereitung und Vorberaterung der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegenden Angelegenheiten und die Überwachung der Werkleitung.

Im Berichtsjahr fanden acht Sitzungen des Werksausschusses statt.

Der gemeinsame Werksausschuss für die Eigenbetriebe setzte sich 2011 wie folgt zusammen:

Werksausschuss 2011	
Ausschussvorsitz	Herr Klaus-Peter Fischer
Stellvertreter	Herr Hans-Jürgen Arndt
weitere Mitglieder	Herr Alfredo Förster Frau Doris Seeber Herr Tobias Dietrich

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck des Schwimm- und Erlebnisbades besteht in der Absicherung des Schul- und Vereinsschwimmens und des öffentlichen Badebetriebes mit dem Ziel, die Attraktivität Brandenburgs für seine Besucher und die Lebensqualität der Brandenburger Bevölkerung zu erhöhen.

Gegenstand des Eigenbetriebes

Die Betriebsführung des modernisierten und erweiterten Schwimm- und Erlebnisbades auf dem Marienberg. Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes

Kennzahl	2009	2010	2011
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	96%	96%	95%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	63%	63%	63%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	101%	101%	102%
Zinsaufwandquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	140%	150%	-250%
Cashflow	-21 T€	-57 T€	52 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-4%	-4%	-3%
Umsatz	1.502 T€	1.476 T€	1.509 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-636 T€	-526 T€	-415 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	17%	16%	15%
Anzahl der Mitarbeiter	7	7	7

Lagebericht des Eigenbetriebes**Ertragslage**

Der Kommunale Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel ist als Einrichtung der kommunalen Infrastruktur nicht in der Lage, seine Aufwendungen vollständig zu erwirtschaften. Dem gemäß sehen die Wirtschaftspläne des Eigenbetriebs einen jährlichen Ausgleich des finanziellen Fehlbedarfs durch einen Betriebskostenzuschuss der Stadt Brandenburg an der Havel vor (2011: 850,0 T€; 2010: 850 T€).

Der finanziellen Situation der Stadt Brandenburg an der Havel entsprechend kann dem Wertverzehr der Anlagen in Form der Abschreibungen (2011: 726,6 T€; 2010: 770,0 T€) nicht Rechnung getragen werden. Unter Gegenrechnung der entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der geförderten Anlagen ertragswirksam aufzulösenden Sonderposten ergibt sich daraus ein jährlicher Fehlbetrag (2011: 414,6 T€; 2010: 526,2 T€), der planmäßig mit den allgemeinen Rücklagen verrechnet wird. Investitionen kann der Eigenbetrieb daher aus eigener Kraft nicht refinanzieren.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich leicht um 2,2% (2011: 1.508,8 T€; 2010: 1.476,1 T€).

Der Jahresfehlbetrag wurde um 111 T€ gegenüber dem Vorjahr (2010: -526 T€) unterschritten. Die Instandhaltungsaufwendungen verringerten sich durch das verschieben von Maßnahmen von 283,0 T€ im Vorjahr auf 183,4 T€.

Die Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe, insbesondere im energetischen Bereich erhöhten sich auf 971,9 T€ im Wirtschaftsjahr 2011 (2010: 920,9 T€). Dies resultiert in erster Linie aus den erhöhten Fernwärmekosten.

Der Personalaufwand wurde im Wirtschaftsjahr 2011 gegenüber 2010 um 10 T€ unterschritten.

Die planmäßigen Abschreibungen sind um 43,4 T€ zum Vorjahr gesunken. Dem steht eine Minderung der zahlungsunwirksamen Erträge aus Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse um 41,2 T€ (2011: 259,7 T€; 2010: 300,9 T€) gegenüber.

Vermögens- und Finanzlage

Das Vermögen des Eigenbetriebes wird mit 95,0% (2010: 95,9%) durch das Anlagevermögen bestimmt.

Nach Abschluss des 2. Bauabschnittes (Cabriodach) im Jahr 2004 wurde die Investitionstätigkeit auch 2011 auf unabwiesbare Ersatz- und Ergänzungsinvestitionen beschränkt.

Die geplanten Investitionen von 110,0 T€ wurden nur mit 15,7 T€ erreicht. Wesentliche Maßnahmen, wie die Investition Kinderplanschbecken (85,0 T€), Nachspeiseautomat Heizungsanlage (5,0 T€) und Klimatisierung (4,2 T€) müssen als Vortrag in das Wirtschaftsjahr 2012 übernommen werden. Dem entsprechend verminderte sich der Barmittelbestand nicht wie geplant um 92,4 T€ sondern erhöhte sich zum Jahresbeginn um 86,5 T€. Die geplanten Zuschüsse für die Investitionen von 25,0 T€ werden erst 2012 ausgezahlt. Sie wurden in Höhe der 2011 nachgewiesenen Investitionsaufwendungen als Forderungen gegenüber der Stadt Brandenburg an der Havel eingestellt.

Änderungen hinsichtlich der im Bestand des Eigenbetriebes befindlichen Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte haben sich im Wirtschaftsjahr nicht ergeben.

Das Eigenkapital reduzierte sich aufgrund des Jahresfehlbetrags von 414,6 T€ von 8.630,3 T€ im Vorjahr auf 8.215,7 T€ zum 31.12.2011. Die Jahresverluste aus 2009 in Höhe von 635,5 T€ und aus 2010 über 526,3 T€ wurden im Wirtschaftsjahr auf Grundlage der Stadtverordnetenbeschlüsse Nr. 001/2011 vom 26.01.2011 und Nr. 325/2011 vom 30.11.2011 vollständig mit der allgemeinen Rücklage verrechnet.

Die Rückstellungen erhöhten sich von 66,0 T€ im Vorjahr auf 74,7 T€ zum 31.12.2011. Sie wurden insbesondere für Aufwendungen von Jahresabschluss- und Steuerberatungskosten (2011: 11,2 T€; 2010: 12,1 T€), Personalaufwand aus noch nicht genommenem Urlaub und Mehrarbeit (2011: 20,9 T€; 2010: 16,4 T€) und für unterlassene Instandhaltungen (2011: 21,7 T€; 2010: 16,5 T€) gebildet. Somit decken die gebildeten Rückstellungen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten mit dem Wert ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme ab.

Liquidität

Die Liquidität des Eigenbetriebs war im Wirtschaftsjahr gesichert. Durch die Unterschreitung des geplanten Jahresfehlbetrags per 31.12.2011 ergab sich keine Belastung für die fristgerechte Finanzierung.

Die Verbindlichkeiten von 333,2 T€ und Rückstellungen von 74,7 T€ sowie der Eigenanteil Investition von 85,0 T€ sind in Höhe von 93,7% nahezu durch flüssige Mittel in Höhe von 461,9 T€ (2010: 375,4 T€) gedeckt. Somit kann eine fristgerechte Finanzierung festgestellt werden.

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes

Das Jahr 2011 war das 11. Geschäftsjahr für das „Marienbad“. Der Freibadbetrieb wurde am 14.05.2011 aufgenommen und endete am 18.09.2011. Das Wirtschaftsjahr kann, trotz des allgemeinen deutschlandweiten Trends rückläufiger Besucherzahlen in Schwimmbädern, mit einem Zuwachs von 0,7% (+2.370 Besuchern gegenüber dem Vorjahr) als erfolgreich gewertet werden. Die geplanten Besucherzahlen für das Geschäftsjahr (324.300) wurden um 4.013 (Ist 2011: 320.287) unterschritten. Dies entspricht einer Minderung von 1,2% gegenüber dem Planansatz.

Im Jahr 2011 hat sich das „Marienbad“ am Projekt Q-Stadt (Qualitätsstadt) beteiligt und wurde als Q-Betrieb (Qualitätsbetrieb) zertifiziert.

Die aktuellen Angebote, welche gut angenommen werden, werden weiter ausgebaut, um die Einnahmesituation zu stabilisieren. Für das Jahr 2012 wird ein Besucheraufkommen von 320.000 Personen erwartet, wobei die Verweildauer durch sehr unterschiedliche Zeitanteile (Stunden-, 2-Stunden- und Tageskarten) bestimmt wird. Zur Verbesserung der Einnahmesituation wird angestrebt, die Verweildauer auszubauen.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die nachhaltige Sicherung des Vermögens und der Bestand des Eigenbetriebs direkt von der Leistungsfähigkeit der Stadt Brandenburg an der Havel zur Erbringung der erforderlichen Betriebskostenzuschüsse und (im Bedarfsfall) der erforderlichen Mittel für Ersatzinvestitionen abhängig sind.

Die Überwachung der bestehenden und möglichen Risiken erfolgt im Rahmen der monatlichen Auswertungen und der durchgeführten Soll-Ist-Vergleiche für den Eigenbetrieb.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Betriebskostenzuschuss in Höhe von 850.000 €, Investitionskostenzuschuss (Verbrauch) in Höhe von 15.678,08 €

Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
Bilanz	2009	2010	2011
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	13.899	13.106	12.395
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	1
II. Sachanlagen	13.898	13.105	12.395
B. Umlaufvermögen	622	560	647
I. Vorräte	17	19	20
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	129	165	165
III. Kassenbestand, Guthaben	475	375	462
C. Rechnungsabgrenzungsposten	6	2	1
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	9.157	8.630	8.216
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Rücklagen	10.279	9.766	8.605
III. Jahresfehlbetrag u. Verlustvortrag des Vorjahres	-1.148	-1.162	-415
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	4.940	4.664	4.420
C. Rückstellungen	141	66	75
D. Verbindlichkeiten	289	308	333
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	14.527	13.668	13.043

Ertragslage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
GuV	2009	2010	2011
1. Umsatzerlöse	1.502	1.476	1.509
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.189	1.216	1.139
3. Materialaufwand	-946	-953	-1.004
4. Personalaufwand	-254	-231	-221
5. Abschreibungen	-942	-770	-727
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.163	-1.242	-1.089
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-613	-504	-393
9. außerordentliche Erträge	0	1	1
10. außerordentliche Aufwendungen	-1	-1	-1
11. Sonstige Steuern	-22	-22	-22
12. Jahresergebnis	-636	-526	-415

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Die strategischen Ziele des Eigenbetriebes sind vor allem die Optimierung der Bewirtschaftungskosten für die Immobilien der Stadt Brandenburg an der Havel.

Der Eigenbetrieb hat zu diesem Zweck die Aufgabe, alle infrastrukturellen Immobiliendienstleistungen zu erbringen und die Bauträgerfunktion für die Liegenschaften der Stadt zu übernehmen.

Gegenstand des Eigenbetriebes

Gegenstand des Eigenbetriebes ist es, die Gebäude und Liegenschaften der Stadt Brandenburg an der Havel nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zentral zu bewirtschaften, hiermit verbundene infrastrukturelle Leistungen zu erbringen, Bauunterhaltung, Sanierung, Um- und Ausbau, Neubau sowie Rückbau durchzuführen und ein Liegenschaftsmanagement aufzubauen und zu entwickeln.

Die Überlassung von Räumen, Gebäuden und Liegenschaften erfolgt, soweit zweckmäßig, nach dem Mieter-/ Vermietermodell. Der Eigenbetrieb führt darüber hinaus im Auftrag die Verwaltung von Vermögen der Stadt Brandenburg an der Havel durch, das ab 01.01.2011 dem Eigenbetrieb als wirtschaftliches Eigentum übertragen wurde. Hierzu gehört im Rahmen der Gesetze auch die Einrichtung und Unterhaltung von Neben- und Hilfsbetrieben, wenn diese wirtschaftlich mit dem Eigenbetrieb zusammenhängen und der optimalen Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes dienen.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes

Kennzahl	2009	2010	vorl. 2011
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	68%	60%	67%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	30%	29%	24%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	100%	85%	93%
Zinsaufwandquote	2,0%	2,0%	2,8%
Liquidität 3. Grades	101%	99%	87%
Cashflow	910 T€	1.457 T€	792 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	3%	4%	3%
Umsatz	22.341 T€	23.971 T€	17.065 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	309 T€	851 T€	748 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	17%	16%	23%
Anzahl der Mitarbeiter	91	91	87

IV. Quartalsbericht 2011 des Eigenbetriebes

(Anmerkungen d. Redaktion)

Da die erforderliche Einzelbewertung des Immobilienvermögens der Stadt Brandenburg an der Havel derzeit noch nicht abgeschlossen ist, konnte durch den Eigenbetrieb noch kein geprüfter Jahresabschluss 2011 vorgelegt werden. Aus diesem Grund wird durch die Beteiligungsverwaltung der IV. Quartalsbericht 2011 (vorläufige Ist-Zahlen gegenüber Planung Wirtschaftsplan 2011) des Eigenbetriebes GLM im Beteiligungsbericht 2011 des Stadtkonzerns abgebildet.

Die Arbeit des Eigenbetriebes GLM im abgelaufenen Wirtschaftsjahr war von zwei wesentlichen Schwerpunkten geprägt.

Zum einen erfolgte mit der Bestätigung des Wirtschaftsplanes 2011 (SVV-Beschluss Nr. 117/2011) die wirtschaftliche Zuordnung des immobilien Vermögens zum Eigenbetrieb GLM. Im Rahmen der Einführung der Doppik in der Stadt Brandenburg an der Havel wurde dem Eigenbetrieb GLM somit ab dem 01.01.2011 das Eigentum an den bebauten und unbebauten (allgemeines Grundvermögen) städtischen Grundstücken übertragen, mit Ausnahme kommunaler Sonderflächen im öffentlichen Raum (wie z. B. der öffentlichen Grünflächen, Parks, des öffentlichen Straßenraumes, öffentlicher Spiel- und Sportanlagen etc.) sowie mit Ausnahme des Stadthafens. Damit wird dieses Vermögen im Sondervermögen des Eigenbetriebes bilanziert. Eigentümerin bleibt aber aufgrund der rechtlichen Unselbstständigkeit des Eigenbetriebes die Stadt Brandenburg an der Havel.

Da die erforderliche Einzelbewertung des umfangreichen Immobilienvermögens der Stadt derzeit noch nicht abgeschlossen ist, erfolgt in dieser Berichterstattung noch keine Darstellung des übertragenen Vermögens. Somit sind die Wertansätze im Anlagevermögen der Bilanz wie auch die Abschreibungen (Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung) im vorliegenden Bericht noch nicht enthalten. Ausnahmen bilden jedoch die vier im Rahmen eines PPP-Verfahrens (Öffentlich-Private Partnerschaften) zu sanierenden Schulen (Klingenbergsschule, Wilhelm-Busch-Schule, Luckenberger Schule, Oberschule Nord) sowie die im Wirtschaftsjahr 2011 von GLM getätigten Investitionen an anderen Liegenschaften, die durch Zuschüsse des städtischen Haushaltes refinanziert wurden.

Das mit SVV-Beschluss im März 2011 beschlossene und vom der Kommunalaufsicht des Landes Brandenburg im April 2011 genehmigte PPP-Projekt zur Sanierung von vier Schulen und deren Sporthallen sowie dem Neubau einer Dreifeldsporthalle stellt den zweiten wesentlichen Schwerpunkt für die Arbeit des Eigenbetriebes dar. Der Vertrag zwischen der Stadt und dem PPP-Partner wurde im Mai 2011 unterzeichnet. Der Eigenbetrieb GLM ist im Jahr 2011 somit ein kreditähnliches Geschäft durch die jeweilige 20jährige Stundung des Werklohnes eingegangen. Die Bauphase begann im August 2011 und soll bis August 2012 abgeschlossen sein, so dass die objektbezogenen Finanzierungen teilweise bereits zum Ende des Planjahres 2012 beginnen werden. Im Berichtsjahr ergaben sich aus diesem Projekt demnach noch keine finanziellen Auswirkungen.

Schwerpunkte der Bereiche Investitionen und Bauunterhaltung 2011:

Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr bestand eine wesentliche Aufgabe im Bereich der Hochbauinvestitionen in der abschließenden Durchführung der aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz („Konjunkturpaket II“) geförderten Investitionen. Der Förderzeitraum endete am 31.12.2011 mit dem Berichtszeitraum. Dazu gehörte die energetische Sanierung folgender Kindertagesstätten:

- KITA Schmerzke
- KITA „Natur-Kinder-Garten“, GutsMuths-Straße
- KITA „Schritt für Schritt“, Max-Herm-Straße

Weiterhin wurden im Rahmen dieser Förderung der Erweiterungsbau am Hort „Max und Moritz“ in der Neuendorfer Straße sowie die umfangreichen Ausbau- und Umgestaltungsmaßnahmen an der Regattastrecke abschließend realisiert.

Darüber hinaus wurden im Rahmen der U3-Förderung Hüllensanierungen und Teilsanierungen an Kindertagesstätten fortgeführt bzw. fertiggestellt, so in der KITA „Menschenkinder“, Warschauer Straße und in der KITA Wusterauer Anger.

Weitere Schwerpunkte im Bereich der Investitionen waren die wesentliche Fertigstellung des Umbaus und der Sanierung des Verwaltungsgebäudes Nicolaiplatz 30 (Neuendorfer Str. 90) als dritte Stufe der Konzentration der Verwaltung in der Altstadt sowie umfangreiche Sanierungsarbeiten an der Berufsbildenden Schule Kirchmöser.

Schwerpunkt-Baumaßnahmen im Bereich Bauunterhaltung/Reparaturprojekte aus dem Wirtschaftsplan:

- Erneuerung der Heizanlage und Instandsetzung der Bibliothek in der BOS Kirchmöser
- Instandsetzung der Zuwegung zur Konrad-Sprengel-Schule
- Erneuerung von Brandschutztüren sowie Maler- und Bodenbelagsarbeiten im Bertolt-Brecht-Gymnasium
- Linierung Sportplatz Prignitzstraße
- Sanierung Sanitärbereich in der Curie-Schule
- Instandsetzung der Laufbahn am Sportplatz Neuendorfer Straße
- Erneuerung Fenster in der KITA „Mittendrin“, Schleusener Straße
- Ersatz von Notstrom-Batterieblöcken in diversen Schulen
- Instandsetzung des Turmschaftes am Mühlentorturm
- Instandsetzung (insb. Trockenlegung) der Trauerhalle des Altstädtischen Friedhofes

Das überplanmäßige Ergebnis per 31.12.2011 von 747,5 T€ stellt grundsätzlich nur ein vorläufiges Bild der Erfolgslage des GLM dar, da – wie bereits erwähnt – die Einlage des gesamten Immobilienvermögens auf Grund der noch andauernden umfangreichen Bewertungs- und Bilanzierungsarbeiten noch nicht in das hier vorliegende Zahlenwerk einfließen konnte. Insbesondere wird sich das tatsächliche Ergebnis des Wirtschaftsjahres 2011 durch die Abschreibungen des Immobilienbestandes weit negativer als das hier ausgewiesene vorläufige Ist- und auch das Planergebnis darstellen.

Erträge (Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen, sonstige betriebliche Erträge)

Hier wurden gegenüber der Planung im Wirtschaftsplan (18.285,4 T€) im Ist 17.434,6 T€ erzielt.

Insbesondere wirkten sich geringere Erträge aus der Weiterberechnung der Betriebskosten für das Vorjahr (2010) mit 726,8 T€ sowie ein geringerer Bestandsaufbau für umzulegende Betriebskosten des Jahres 2011 mit 191,3 T€ auf Grund von jeweils gegenüber den Planansätzen verminderten Kosten negativ auf die Ertragsseite aus. Hingegen konnten aus der Vermietung/Verpachtung an Dritte 174,0 T€ Mehrerlöse gegenüber dem Plan erzielt werden.

Im Forstbetrieb konnte aus dem Verkauf von Nutzholz ein Erlös von 400,0 T€ und somit 190,0 T€ mehr als geplant erzielt werden. Dies ist einer positiven Preisentwicklung auf dem Absatzmarkt sowie entsprechend angepasster zeitlicher Vertragsgestaltung geschuldet.

Der Zuschuss der Stadt zum Ausgleich der finanziellen Unterdeckung des Bereiches Forsten ist mit 159,8 T€ planmäßig geleistet worden. Konsumtive Zuschüsse aus dem Stadthaushalt, die wirtschaftlich dem Berichtsjahr zuzuordnen sind, hat GLM für Hochbauprojekte von (177,6 T€) sowie für Grundstücksgeschäfte (35 T€) erhalten.

Aufwendungen für bezogene Leistungen

Von den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe konnten gegenüber dem Plan 34,7 T€ (24 %) auf Grund restriktiver Budgetierung eingespart werden.

Bei den Betriebskosten ist eine gegenüber der Planung um 10% (727,4 T€) geringere Inanspruchnahme der Budgets zu verzeichnen. Wesentliche Kostenarten blieben im Ist z. T. unter den Planwerten, so die Reinigungskosten um -13% (-197,5 T€), die Kosten für den Winterdienst um -45% (-53,9 T€) und die Kosten der Abfallbeseitigung um -28% (-87,7 T€). Bei Reinigung und Winterdienst wirkte sich die Vertragsgestaltung positiv aus; beim Winterdienst zusätzlich die in dieser Hinsicht günstigere Witterung gegenüber dem Vorjahr. Die Kosten für den Bezug von Heizenergie (Fernwärme, Erdgas) konnten mit 90% (1.854,9 T€) zum Plan (2.040,0 T€) gehalten werden.

Reparatur- und Instandsetzungsaufwendungen sind in Höhe von 2.613,5 T€ (Plan 2.878,8 T€) angefallen. Hier wirkten unterjährig vorgenommene Prioritätensetzungen je nach wirtschaftlicher Notwendigkeit und Nutzeranforderungen bei größeren Instandsetzungsvorhaben sowie zeitliche Verschiebungen einzelner Maßnahmen. Die laufende Instandhaltung für einen ordnungsgemäßen Betrieb der Gebäude wird durch GLM jedoch gewährleistet, mit der Maßgabe des Werkleiters, die Wirtschaftlichkeit jedes auszulösenden Auftrages zu hinterfragen und Synergieeffekte zu nutzen (zeitliche Bündelung von Wartungstätigkeiten, Optimierung von Anfahrtkosten, stringente sachliche Rechnungsprüfung, intensivere Aushandlung von Skonti, Optimierung des Einsatzes der eigenen technischen Mitarbeiter). Problematisch sind – auch bei kleineren Reparaturmaßnahmen – unvorhergesehene Kosten, die technisch bedingt erst nach Baubeginn sichtbar werden, jedoch für eine vernünftige Nutzung und Erhaltung der Gebäude(-teile) unabdingbar sind.

Personalaufwendungen

Das Budget der Personalaufwendungen wurde um 173,9 T€ (4%) nicht ausgeschöpft. Dem monetären Beitrag zur Verbesserung des Betriebsergebnisses stehen jedoch qualitative Verschlechterungen der Arbeitsabläufe gegenüber, da nicht alle erforderlichen und im Plan berücksichtigten personalwirtschaftlichen Maßnahmen umgesetzt werden konnten. Zudem wirkten sich längere Krankheit ohne Lohnfortzahlung sowie Teilzeitbeschäftigung und Erziehungsurlaub kostenmindernd aus.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Hier konnte im Berichtszeitraum eine erhebliche Einsparung gegenüber den Planwerten um 22% erreicht werden (Plan 773,2 T€; Ist 606,6 T€). Dies ist einer restriktiven Budgetierung sowie einer teilweise sehr konservativen Planung geschuldet. Insbesondere wurden aus Erfahrungen der Vorjahre die Kosten für Beratungsleistungen im Plan mit 160,0 T€ angesetzt, wohingegen der Istwert mit 63,9 T€ deutlich nach unten abweicht.

Wie bereits erwähnt, wurde die Einlage des wesentlichen Immobilienvermögens zum 01.01.2011 noch nicht in diesem Bericht monetär dargestellt. Jedoch wirkte sich, da bereits konkret bezifferbar und abschließend erfolgt, die wirtschaftliche Zuordnung der immobilienbezogenen Verbindlichkeiten (Schulsanierungskredite) in das Sondervermögen mit dem Stichtagssaldo von 1.627,2 € kapitalmindernd aus. Planmäßig erhielt der Eigenbetrieb im Berichtsjahr eine Kapitaleinlage in Höhe der fälligen Tilgungsbeträge von 874,0 T€. Die mit dem Wirtschaftsplan 2011 beschlossene Kapitalentnahme aus den Erlösen von Grundstücksverkäufen (Plan 1.099,7 T€) wurde im Ist mit 578,3 T€ realisiert und dementsprechend im Quartalsbericht als Entnahme des Haushaltes wirtschaftlich berücksichtigt. Der Liquiditätsabfluss erfolgte jedoch erst im I. Quartal 2012. Somit wurde dies in der vorläufigen Bilanz als Verbindlichkeit des GLM gegen die Stadt ausgewiesen.

Die Liquidität des Eigenbetriebes GLM war durch die Mietzahlungen sowie die Zuschüsse für die Investitionen bis zum Ende des Berichtszeitraumes und darüber hinaus sichergestellt. Der Eigenbetrieb GLM ist seit Ende Juni 2007 in den Kompensationsverbund der Finanzverwaltung der Stadt mit der Mittelbrandenburgischen Sparkasse eingebunden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	159.000 € Zuschuss aus dem Haushalt der Stadt zur Deckung des Finanzbedarfes aus dem lfd. Geschäft des Sachgebietes Liegenschaften und Forsten.

Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
Bilanz	2009	2010	vorl. 2011
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	22.064	21.519	27.623
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	112	87	87
II. Sachanlagen	21.952	21.432	27.535
B. Umlaufvermögen	11.238	14.434	13.426
I. Vorräte	7.159	7.031	6.886
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.733	3.148	4.920
III. Kassenbestand, Guthaben	346	4.254	1.619
C. Rechnungsabgrenzungsposten	12	21	62
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	9.475	10.325	9.743
I. Gezeichnetes Kapital	50	50	50
II. Jahresüberschuss u. Gewinnvortrag des Vorjahres	626	1.160	1.907
III. Allgemeine Rücklage	8.799	9.116	7.786
IV. Gewinnvortrag des Vorjahres	317	309	1.160
B. Sonderposten und Baukostenzuschüsse	0	0	5.927
C. Rückstellungen	1.377	1.313	1.416
D. Verbindlichkeiten	22.295	24.307	24.015
E. Rechnungsabgrenzungsposten	167	28	9
Bilanzsumme	33.314	35.974	41.111

Ertragslage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
GuV	2009	2010	vorl. 2011
1. Umsatzerlöse	22.341	23.971	17.065
2. Bestand an unfertigen Leistungen	104	-125	-145
3. Sonstige betriebliche Erträge	897	1.146	515
4. Materialaufwand	-17.245	-18.323	-10.930
5. Personalaufwand	-3.901	-3.944	-3.943
6. Abschreibungen	-601	-607	-689
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-754	-731	-607
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	32	14	6
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-529	-513	-485
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	344	888	788
11. Sonstige Steuern	-35	-37	-40
12. Jahresergebnis	309	851	748

III.2

Eigen- gesellschaften

III.2.1 wobra Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH

Geschäftsbereich

Wohnungsverwaltung

Firmensitz

Hauptstr. 32
14776 Brandenburg an der Havel
Tel. : 03381/ 75 70
Fax: 03381/ 75 76 41

E-Mail: info@wobra.de
Internet: www.wobra.de

Gründung

Die wobra (Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH) wurde auf Grund des Beschlusses der SVV vom 28.08.1991 mit Wirkung zum 19.12.1991 durch Umwandlung des VEB "Gebäudewirtschaft der Stadt Brandenburg an der Havel" als Eigenbetrieb der Stadt Brandenburg an der Havel gegründet.

Mit Inkrafttreten des Einigungsvertrages am 03.10.1990 ist das Vermögen einschließlich der zugehörigen Schulden des ehemaligen VEB Gebäudewirtschaft Brandenburg in das Eigentum der Kommune übergegangen. Mit der Umwandlung des Eigenbetriebes in eine GmbH sind das Vermögen und die Schulden im Rahmen der Gesamtrechtsnachfolge wiederum auf die GmbH übertragen worden.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Potsdam unter der Nummer HRB 4729 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.564.600 €
Stadt Brandenburg an der Havel	100 %

Unterbeteiligungen

Die wobra ist zu 100 % an der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH beteiligt. Das Stammkapital der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH beträgt 332.339,71 €.

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag ist am 19. Dezember 1991 abgeschlossen worden. Durch den Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 11. März 1999 ist der Gesellschaftsvertrag neu gefasst worden. Änderungen erfolgten insbesondere im § 3 (Stammkapital) und § 15 (Geschäftsführung, Geschäftsordnung und Vertretung).

Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 18.05.1999.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Klaus Deschner

Der Geschäftsführer wird über einen Managementvertrag von der TWB Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH gestellt.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung der Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung nimmt Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann wahr.

Im Geschäftsjahr 2011 fanden 8 Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Aufsichtsratsmitglieder 2011	
Aufsichtsratsvorsitz	Herr Michael Brandt
Stellvertreterin	Frau Martina Marx
weitere Mitglieder	Herr Walter Kriegs
	Herr Hans-Jürgen Arndt
	Herr Norbert Langerwisch
	Frau Ilona Friedland
	Herr Hartmut Fellenberg

Im Berichtsjahr fanden drei Aufsichtsratssitzungen statt.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages vorrangig die Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Soweit durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt und der Wohnungsversorgung dienlich, ist die Gesellschaft berechtigt, die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen (Eigenheime, Mietwohnungen, Eigentumswohnungen) sowie außerdem alle im Bereich des Städtebaus, der Wohnungswirtschaft und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte zu erwerben, zu belasten und zu veräußern.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2010	2011
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	82%	84%	84%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	20%	20%	20%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	105%	104%	104%
Zinsaufwandquote	10,7%	16,1%	15,3%
Liquidität 3. Grades	129%	131%	131%
Cashflow	1.021 T€	4.616 T€	4.687 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	2%	2%	3%
Umsatz	22.314 T€	21.889 T€	22.318 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	141 T€	153 T€	1.208 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	7%	8%	7%
Anzahl der Mitarbeiter	40	40	40

Lagebericht der Gesellschaft**Geschäftsverlauf**

Nach dem starken wirtschaftlichen Aufschwung im Jahr 2010 waren auch in 2011 überdurchschnittliche Wachstumsraten im Land Brandenburg zu verzeichnen. Die allgemeine positive wirtschaftliche Entwicklung in Verbindung mit der Realisierung des „Konjunkturpakets Deutschland“ bewirkte eine Erhöhung des Preisniveaus insbesondere für Bauleistungen.

Sinkende Arbeitslosigkeit und ein allgemein offenes Konsumklima wirkten sich auch in der Stadt Brandenburg an der Havel in einer Bereitschaft, höhere Einkommensanteile für die Steigerung des Wohnkomforts aufzuwenden, aus.

Die steigenden Nettokaltmieten in Berlin-Brandenburg liegen im allgemeinen Trend der Preisentwicklung. Allerdings klafft die Entwicklung am Wohnungsmarkt in Bezug auf die Einwohnerzahlen im Land Brandenburg zwischen den berlinnahen Regionen und den berlinfernen Regionen deutlich auseinander. Während um Berlin herum weiter vom Zuzug aus der Hauptstadt profitiert wird und auch mittelfristig leicht steigende Bevölkerungs- und Haushaltszahlen erwartet werden, stellt sich die Lage in berlinfernen Teilen grundlegend anders dar. Für diese Landesteile sagt das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg bis 2030 eine weitere Bevölkerungsabnahme um fast ein Drittel voraus.

Die wobra Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH hat den vorrangigen Zweck, breite Schichten der Bevölkerung mit Wohnungen zu versorgen. Mit dem Wirtschaftsplan 2012 wurden von der Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel auch die aktualisierten Eckpunkte der Fortschreibung des Unternehmenssanierungskonzeptes nach § 6a AHG (Szenario 5) genehmigt. Danach werden die zum Kernbestand zählenden Wohnungen im Stadtzentrum und in direkter Nähe der Innenstadt sowie im Stadtteil Görden mittelfristig voll saniert. Für die nicht- oder nur teilsanierten Wohnungsbestände in Hohenstücken und in Nord werden bisher keine Investitionsmaßnahmen in der Mittelfristplanung berücksichtigt, da in diesen Stadtteilen mit einem weiteren Bevölkerungsrückgang auch aufgrund des demografischen Wandels gerechnet wird, wie dies mit Stadtumbaukonzept der Stadt Brandenburg an der Havel prognostiziert wurde.

Im Geschäftsjahr 2011 wurde das Wohn- und Geschäftshaus in der Bahnhofspassage fertig gestellt und ist zwischenzeitlich voll vermietet.

Im November 2010 wurde von der Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel die Einlage des Bahnhofsgebäudes in die wobra mit der Maßgabe der Umgestaltung in ein wirtschaftliches Geschäftshaus beschlossen. Aufgrund des Auslaufens von Förderprogrammen des Landes wurden notwendige Sanierungsmaßnahmen von Objekten in der Innenstadt bereits in 2011 begonnen.

Am 31. Dezember 2011 zählten zum Bestand der wobra 4.122 eigene Wohnungen (2010: 4.204), 31 Eigentumswohnungen (2010: 31), 133 Gewerbeeinheiten (2010: 110) sowie 997 Garagen bzw. Stellplätze (2010: 910). Des Weiteren verwaltet die wobra 1.440 Wohnungen und eine Gewerbeeinheit aus dem BAVARIA-Bestand. Die Veränderungen des eigenen Bestandes gegenüber dem Vorjahr ergaben sich aus Verkäufen von 113 Wohnungen, aus Abriss von 7 Wohnungen sowie Veränderungen von 38 Wohnungszugängen durch Sanierungen und Neubau.

Die verwalteten 1.440 BAVARIA-Wohnungen wurden 1998 saniert; sie verteilen sich in den Wohngebieten der Stadt Brandenburg an der Havel wie nachfolgend dargestellt:

Wohngebiet	Anzahl der Wohnungen gesamt	Leerstand der Wohnungen gesamt in %	
		2011	2010
Hohenstücken	799	23,0	17,9
Görden	371	8,1	2,4
Nord	270	7,8	4,4
Summe	1.440	16,3	11,5

Die eigenen Wohnungsbestände der wobra verteilen sich im Wesentlichen auf die Innenstadt und die angrenzenden Wohngebiete.

Wohngebiet	Anzahl der Wohnungen gesamt	davon sanierte Wohnungen	davon Verwertung (Abriss und Verkäufe)	Leerstand der Wohnungen gesamt in %
Innenstadt	614	487	11	9,5
Ring	641	404	43	17,3
Hohenstücken	929	489	300	27,4
Nord	859	825	0	9,4
Görden	766	766	0	4,1
Sonstige Stadtgebiete	313	181	0	32,3
Summe	4.122	3.152	354	16,4
<i>davon Kernbestand</i>	<i>3.768</i>	<i>3.152</i>	<i>0</i>	<i>12,5</i>
<i>davon Verwertung</i>	<i>354</i>	<i>0</i>	<i>354</i>	<i>58,2</i>

Die zum Kernbestand der wobra zählenden 3.768 eigenen Wohnungen sind größtenteils saniert, 166 Wohnungen sind teilsaniert und 450 Wohnungen sind noch unsaniert.

Der Leerstand beschränkte sich 2011 – abgesehen von vorübergehenden Leerständen bei Wohnungswechsel oder Baumaßnahmen – vor allem auf die noch nicht modernisierten Wohnungen. In diesem Bestand ist zurzeit keine kostendeckende Vermietung möglich.

Der Leerstand der wobra (eigener Wohnungsbestand) per 31.12.2011 in Höhe von 16,4% untergliedert sich wie folgt:

Objekte	Anzahl von Wohnungen		
	Gesamt	Leerstand	Leerstandquote
sanierte Wohnungen	3.152	252	8,0 %
teilsanierte Wohnungen	166	30	18,1 %
unsanierte Wohnungen	450	188	41,8 %

Verwertung	354	206	58,2 %
Summe eigene Wohnungen	4.122	676	16,4 %

Der modernisierte Bestand wird am Wohnungsmarkt unverändert stark nachgefragt, was mit der Fertigstellung der Vollsaniierungsmaßnahmen in der Innenstadt und am Ring nachhaltig bestätigt wird. Die erzielbaren Wohnungsmieten erlauben - nach unserer Einschätzung auch in der Zukunft - eine kostendeckende Bewirtschaftung. In 2011 wurden die neu sanierten Wohnungen in der Jacobstraße sowie die Wohn- und Gewerbeeinheiten im Re-Generationenhaus nahezu voll vermietet. Die Leerstandquote in den seit 2007 neu sanierten Wohnungen liegt fluktuationsbedingt bei 2%.

Jahresergebnis und Ertragslage

Im Geschäftsjahr konnte ein Jahresüberschuss von 1.208 T€ (2010: 153 T€) erzielt werden.

Die wesentlichen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung entwickelten sich wie in nachfolgender Tabelle dargestellt. Die Grundsteuern und sonstigen Steuern (500 T€, 2010: 505 T€) wurden in den Betriebsaufwand umgegliedert. Das außerordentliche Ergebnis von T€ 155,3 (2010: 0 T€) wurde dem neutralen und periodenfremden Ergebnis zugeordnet.

	2010	2011	Veränderung
	T€	T€	T€
Betriebsleistung	23.060	23.770	710
Betriebsaufwand	20.111	20.708	597
Betriebsergebnis	2.949	3.059	113
Finanzergebnis	-2.679	-2.706	-27
Betriebsergebnis unter Einbeziehung des Finanzergebnisses	270	356	86
Neutrales und periodenfremdes Ergebnis	1.301	1.208	-93
Ergebnis der Neubewertung	-1.418	-349	1.069
Gesamtergebnis vor Ertragsteuern	153	1.215	1.062
Ertragsteuern	0	7	7
Jahresüberschuss	153	1.208	1.055

In den Betriebsleistungen sind Umsatzerlöse in Höhe von 22.317 T€ (2010: 21.889 T€) enthalten. Die Veränderungen der Betriebsleistungen gegenüber dem Vorjahr um 709 T€ sind mit 428 T€ auf die Umsatzsteigerung aus erhöhten Mieteinnahmen zurückzuführen.

Der Anstieg des Betriebsaufwandes (20.708 T€, 2010: 20.111 T€) gegenüber dem Vorjahr um 597 T€ ergab sich insbesondere bei den Abschreibungen aufgrund der abgeschlossenen Neubau- und Vollsanierungsmaßnahmen und des Bewertungsbedarfs für Abrissobjekte.

Das Ergebnis wird nachhaltig durch den hohen Zinsaufwand beeinflusst. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses von -2.706 T€ (2010: -2.679 T€) ergibt sich ein positives Betriebsergebnis von 356 T€ (2010: 270 T€).

Im neutralen und periodenfremden Ergebnis wurde das Vorjahresniveau erzielt. Es ist im Wesentlichen von Auflösungen nicht mehr notwendiger Rückstellungen, Buchgewinnen aus Wohnungsverkäufen und Erträgen aus Teilschuldenerlassen geprägt.

Das Ergebnis der Neubewertung betrifft im Wesentlichen außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 4.781 T€ (2010: 1.500 T€) saldiert mit den Zuschreibungen von 4.432 T€ (2010: 82 T€), die im Rahmen der Neubewertung des Immobilienvermögens der wobra erforderlich waren.

Vermögens- und Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2011 erhöhte sich das Bilanzvolumen um 1.026 T€, was im Wesentlichen in den Veränderungen des Anlagenvermögens mit 2.139 T€ saldiert mit Reduzierung des Umlaufvermögens (einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten) von 1.113 T€ begründet ist. Im Anlagenvermögen überstiegen die Zugänge in Höhe von 7.366 T€ die Abgänge von 742 T€ und die Abschreibungen von 8.918 T€ saldiert um die Zuschreibungen von 4.433 T€.

Die Veränderung des Eigenkapitals im Vergleich zum Vorjahr betrifft ausschließlich den Jahresüberschuss.

Im 4-Jahres-Vergleich stellt sich die Eigenkapitalentwicklung wie folgt dar:

Eigenkapital	2007	2008	2009	2010	2011
- nominal in Mio. €	+30,0	+30,6	+ 30,5	+ 30,7	+ 31,7
- quotale in %	+18,2	+19,3	+ 20,1	+ 19,8	+ 20,3

Die Erhöhung der gesamten Verbindlichkeiten gegenüber dem Vorjahr um 938 T€ ist im Wesentlichen auf die planmäßigen Tilgungen (3.466 T€) und Sondertilgungen (523 T€) von Krediten saldiert mit den Neuaufnahmen von Darlehen für die Neubau- und Sanierungsmaßnahmen und Aufwandsdarlehen mit 5.247 T€ inkl. Wofü zurückzuführen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern sowie Ausleihungen von Wofü (109.705 T€, 2010: 108.448 T€) betreffen:

	2010	2011
Modernisierungs- und Instandhaltungskredite	68.631 T€	65.569 T€
Altschuldenkredite	24.984 T€	23.384 T€
<i>davon neue Altschulden 8.136 T€; 2010: 8.398 T€</i>		
Neubaukredite	9.634 T€	15.491 T€
Aufwandsdarlehen	4.380 T€	4.459 T€
Wendebauten	816 T€	799 T€
Zinsen	3 T€	3 T€

Die Finanzlage ist zum 31. Dezember 2011 ausgeglichen. Die Gesellschaft kann ihren Zahlungsverpflichtungen stets fristgerecht unter Ausnutzung von Skontoabzug nachkommen.

Die überdurchschnittliche Erhöhung des Eigenkapitals seit 2004 von 5,7 Mio. € auf 31,7 Mio. € in 2011 und die positiven Jahresergebnisse seit 2004 sowie die vorliegende positive mittelfristige Finanzplanung verbessert das Standing der wobra gegenüber den kreditgebenden Banken hinsichtlich Bonität und Rating enorm.

Entwicklung im Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2011 waren durchschnittlich 38 Mitarbeiter (2010: 37 Mitarbeiter) und zwei Auszubildende (2010: drei Auszubildende) beschäftigt.

Der Geschäftsführer wird über einen Managementvertrag mit der TWB gestellt.

Nach der seit 2005 bestehenden Betriebsvereinbarung zwischen der Geschäftsführung und dem Betriebsrat verzichten die Angestellten auf 10% ihres Gehaltes und auf das Urlaubsgeld sowie auf tarifliche Entgeltsteigerungen. Damit konnten die Personalkosten entsprechend eingespart werden. Diese Betriebsvereinbarung konnte bis zum 31.12.2013 verlängert werden.

Umweltschutz

Bei der Realisierung von Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen wurde bzw. wird nicht nur wegen Gesetzesvorgaben sondern auch aufgrund des Umweltbewusstseins der wobra auf die Erzielung von Energieeinsparungen, umweltfreundliche und ressourcenschonende Maßnahmen geachtet.

Neben Wärmedämmungsmaßnahmen, wie die Modernisierung von Gebäudehüllen, Erneuerungen von Heizungsanlagen und Einsatz von Einzelraumregelungen zur Energieeinsparung, dem Umbau von Niederschlagswassereinleitungen an bestehenden Objekten, um die Versickerung des Niederschlagswassers auf dem Grundstück zu realisieren, ist hier noch die Wärmeversorgung eines Objektes mit einer Pelletanlage zu nennen. Durch die aktive Beteiligung der wobra am Stadtumbau werden neue Grünflächen angelegt und somit Freiräume geschaffen. Der Einbau von Wasserzählern hat einen positiven Einfluss auf das Nutzungsverhalten der Mieter und führt somit zur Senkung des Wasserverbrauchs- und Abwasseraufkommens.

Die wobra sieht in der umweltverträglichen Abfallentsorgung die Schwerpunkte Abfallvermeidung und Maximierung der Wiederverwendung und Verwertung. Durch einen effektiven Einsatz der Behälter wird die getrennte Erfassung und Verwertung von Bio- und Grünabfällen, Altglas, Altpapier, Leichtverpackungen, Metallen und Elektroschrott gefördert und somit wertvolle Rohstoffe gespart.

Die Mieter werden zum Energiesparen durch Vorschläge zu Nutzerverhaltensänderung animiert und erhalten vom Amt für Umwelt Informationsbroschüren.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Für den bewussten Umgang mit ihren Risiken hat die wobra ein umfassendes Risikomanagementsystem eingeführt, das im Jahr 2011 weiter ausgebaut wurde. Es stellt eine systematische Steuerung und Überwachung der wesentlichen Risiken sicher, um rechtzeitig geeignete Maßnahmen vorbereiten und bedrohlichen Entwicklungen entgegenwirken zu können.

Die Leerstandquote hat sich gegenüber dem Vorjahr reduziert. Die realisierten Rückbaumaßnahmen sind wesentlicher Grund für die erfolgreiche Verbesserung der Leerstandquote von mehr als 30% in 2004 auf 16% zum Jahresende 2011. Eine weitere Senkung der leerstehenden Wohnungsbestände wurde durch den Verkauf von unrentablen Objekten und der bedarfsorientierten Sanierung des Kernbestandes erzielt.

Die Bevölkerungsentwicklung ist im Jahr 2011 gegenüber 2010 weiterhin nur leicht rückläufig. Als Risiken werden die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung mit über dem Bundesdurchschnitt liegenden Arbeitslosenzahlen sowie die geringer werdenden verfügbaren Nettoeinkommen der Bevölkerung gesehen. Weiterhin werden die steigenden Kosten für Ver- und Entsorgungsleistungen als Risiko eingeschätzt. Mit geeigneten Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen werden die Wohnungsbestände energiesparend ausgerichtet und im erforderlichen Maße der Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung angepasst.

Die wobra als städtisches Wohnungsunternehmen der Stadt Brandenburg an der Havel hat entsprechend dem Gesellschaftszweck neben der Gewinnrealisierung auch auf die Versorgung aller Bevölkerungsschichten mit Wohnungen zu achten. Hierzu ist ein Angebot preisgünstiger und zugleich attraktiver Mietobjekte erforderlich, was mit der Nutzung von Fördermitteln und dem Sparkurs sowohl im Investitionsbereich als auch im operativen Geschäft umgesetzt wurde.

Das Ergebnis der Sanierungsmaßnahmen in der Innenstadt, am Ring und in der Bahnhofsvorstadt sowie dem Neubau am Bahnhof mit insgesamt 641 Wohnungen zeigt bei einem Vermietungsstand von mehr als 98%, dass diese Maßnahmen richtig waren. Die wobra wird das Angebot an Wohnraum kontinuierlich und vor allem zielgruppenspezifisch, beispielsweise für Senioren, weiterentwickeln und dabei das Stadtbild verschönern.

Die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel ersetzt seit dem Geschäftsjahr 2010 die bisher gezahlten Kapitaldienstleistungen für die Altschulden durch Zahlungen in Höhe von 1.500 T€ im Geschäftsjahr und 900 T€ ab 2012, die ausschließlich zur Reduzierung der Forderungen aus BAVARIA-Verlusten zu verwenden sind. Die Gesellschaft geht davon aus, dass trotz der Reduzierung der Leistungen durch die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel mit der vertraglich geregelten Übernahme der BAVARIA-Verluste durch die Gesellschafterin ein positives Ergebnis erzielt wird.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	wobra/ Stadt Brandenburg an der Havel: Im Geschäftsjahr 2009 wurde von der Stadt Brandenburg an der Havel ein Grundstück im Wert von 206.448,00 € entnommen. Die Erhöhung der Kapitalrücklage in 2011 um 1,00 € resultiert aus der Einbringung des Empfangsgebäudes am Hauptbahnhof und der zugehörigen Funktionsflächen als Sacheinlage von der Stadt Brandenburg in das Gesellschaftsvermögen der wobra zum Zwecke der Sanierung und anschließenden Bewirtschaftung.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Die Jahresüberschüsse der wobra der Jahre 2008 bis 2009 wurden auf neue Rechnung vorgetragen. Der Jahresüberschuss 2010 in Höhe von 152.835,78 € wurde entsprechend Gesellschafterbeschluss wobra 03/2011 vollausgeschüttet. Eine Auszahlung erfolgte nicht. Der Betrag in Höhe von 152.835,78 € wurde zur Tilgung der sogenannten BAVARIA-Forderungen eingesetzt. Der Jahresüberschuss 2011 in Höhe von 1.208.293,42 € wurde entsprechend Gesellschafterbeschluss wobra 03/2012 voll ausgeschüttet. Eine Auszahlung erfolgte nicht. Der Betrag in Höhe von 1.208.293,42 € wurde zur Tilgung der sogenannten BAVARIA-Forderungen eingesetzt.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Vertrag über die gesamtschuldnerische Haftung für wohnungs- wirtschaftliche Altschulden mit der Stadt Brandenburg an der Havel.
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zwischen der wobra und der Stadt Brandenburg an der Havel besteht neben der Vereinbarung eines abstrakten Schuldanerkenntnis über die Übernahme der Bewirtschaftungsverluste aus "BAVARIA" eine Vereinbarung über die Übernahme des Kapitaldienstes für die Altschulden. Die Weiterberechnung der BAVARIA-Verluste an die Stadt, wirkte sich forderungserhöhend und gleichzeitig ertragserhöhend auf die Vermögens- und Ertragslage der wobra aus. Der Kapitaldienst für die Altschulden wurde in den Jahren 2007 bis 2009 liquiditätswirksam von der Stadt übernommen, allerdings führten lediglich die anteilig übernommenen Zinsen für Altschuldendarlehen, die als Zinszuschuss reduzierend dem Zinsaufwand zugeordnet waren, zur Verbesserung der Ertragslage. Mit dem anteilig übernommenen Tilgungsanteil der Stadt für die Altschulden wurden die Forderungen aus BAVARIA der wobra gegenüber der Stadt reduziert. Ab dem Geschäftsjahr 2010 zahlte die Stadt an wobra 1.500.000,00 € zum Ausgleich der Bavaria-Forderungen. Im Geschäftsjahr 2011 zahlte die Stadt an wobra 1.500.000,00 € zum Ausgleich der Bavaria-Forderungen.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2009	2010	2011
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	125.163	130.006	132.145
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	21	21	11
II. Sachanlagen	123.436	128.278	130.427
III. Finanzanlagen	1.707	1.707	1.707
B. Umlaufvermögen	26.360	24.791	23.665
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und Vorräte	6.757	6.739	6.700
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.764	6.860	5.900
III. Kassenbestand, Guthaben	11.839	11.192	11.065
C. Rechnungsabgrenzungsposten	394	396	409
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	30.543	30.696	31.751
I. Gezeichnetes Kapital	25.565	25.565	25.565
II. Kapitalrücklage	2.033	2.112	2.112
III. Gewinnrücklagen	79	0	0
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	2.725	2.866	2.866
V. Jahresüberschuss	141	153	1.208
B. SoPo Investitionszuschüsse	640	606	510
C. Rückstellungen	4.100	3.128	2.367
D. Verbindlichkeiten	114.191	118.443	119.381
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.443	2.320	2.210
Bilanzsumme	151.917	155.193	156.219

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2009	2010	2011
1. Umsatzerlöse	22.314	21.889	22.318
2. Bestandsänderung	-59	-18	-38
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	3.445	3.526	7.983
5. Aufwand für bezogene Lieferungen und Leistungen	-14.076	-13.165	-13.188
6. Personalaufwand	-1.606	-1.766	-1.651
7. Abschreibungen	-5.830	-5.030	-8.918
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.048	-2.097	-2.239
9. Erträge aus Beteiligung	200	200	130
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	777	633	586
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.378	-3.512	-3.422
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	740	659	1.560
13. Außerordentliche Erträge	0	0	155
14. Außerordentliches Ergebnis	0	0	155
15. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	-7
15. Sonstige Steuern	-600	-506	-499
16. Jahresergebnis	141	153	1.208

III.2.1.1 Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH

Geschäftsbereich

Wohnungsverwaltung

Firmensitz

Schubertstraße 15
14772 Brandenburg
Tel.: 03381/ 72 97 0
Fax: 03381/ 72 97 22

email: wohnen@wofue.de
Internet: www.wofue.de

Gründung

Mit notarieller Beurkundung vom 03. März 1937 wurde die Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH (Wofü) von der Stadt Brandenburg an der Havel und zwei gemeinnützigen Wohnvereinen gegründet.

Im Jahr 1950 gingen die städtischen Anteile am Stammkapital ins volkseigene Vermögen der DDR über. Gemäß Rückübertragungsantrag der Stadt Brandenburg an der Havel vom 06.05.1993 wurden die Kapitalanteile mit Bescheid vom 24.06.1993 wieder auf die Stadt Brandenburg an der Havel übertragen.

Mit Wirkung vom 30.12.2005 wurden die Geschäftsanteile der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH an der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH mit einem Nennwert von 600 TDM auf die Stadt Brandenburg an der Havel übertragen und von dieser zeitgleich als Einlage in die Kapitalrücklage der Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH (wobra) eingebracht. Die Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ hat ihren Geschäftsanteil an der Wofü in Höhe von 7,7% am 04.12.2007 mit Wirkung zum 31.12.2007 gekündigt. Mit notariellem Vertrag vom 16.06.2008 wurde der Geschäftsanteil der Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ auf die wobra übertragen. Aufgrund des Gesellschafterbeschlusses Nr. 08 / 2008 der wobra vom 24.06.2008 hat die Gesellschafterversammlung der Wofü der Anteilsrückgabe der Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ vom 04.12.2007 mit Wirkung zum 31.12.2007 zugestimmt. Damit wurde die wobra rückwirkend zum 31.12.2007 Alleingesellschafterin des Unternehmens.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam unter der Nummer HRB 4074 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 332.339,72 €

Die Stammeinlagen verteilen sich auf die Gesellschafter wie folgt:

wobra 100%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist mit einem Geschäftsanteil von 900 € an der GVV-Gesellschaft für Versicherungsvermittlung und Vermögensbildung mbH, Berlin, beteiligt.

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag wurde von der SVV mit Beschluss Nr. 555/98 bestätigt, durch die Gesellschafterversammlung am 11.03.1999 beschlossen und am 16.03.1999 unter der Nummer 0583 für 1999/b-KH notariell beurkundet.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Klaus Deschner

- *Gesellschafterversammlung*

Im Jahr 2011 fanden drei Gesellschafterversammlungen statt.

Mitglieder der Gesellschafterversammlung 2011
--

Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH: vertreten durch Herrn Klaus Deschner, Geschäftsführer
--

Gemäß Gesellschaftsvertrag der Wofü hat die Gesellschaft keinen Aufsichtsrat und keinen Beirat. Diese Aufgaben werden von der Gesellschafterversammlung wahrgenommen.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens

Nach dem Gesellschaftsvertrag ist Gegenstand des Unternehmens vorrangig die Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Soweit durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt und der Wohnungsversorgung dienlich, ist die Gesellschaft berechtigt, die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen (Eigenheime, Mietwohnungen und Eigentumswohnungen) sowie außerdem alle im Bereich des Städtebaus, der Wohnungswirtschaft und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben zu übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte zu erwerben, zu belasten und zu veräußern. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen auf eigene oder fremde Rechnung erstellen, bewirtschaften, erwerben, veräußern oder bereitstellen. Der Erwerb oder die Gründung von Unternehmen sowie die Beteiligung an Unternehmen sind nicht Gegenstand des Unternehmens.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2010	2011
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	1%	1%	56%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	76%	80%	84%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	17338%	17481%	149%
Zinsaufwandquote	0,1%	0,0%	0,0%
Liquidität 3. Grades	1942%	1877%	2350%
Cashflow	9 T€	92 T€	34 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	13%	5%	5%
Umsatz	535 T€	510 T€	490 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	530 T€	171 T€	166 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	79%	93%	86%
Anzahl der Mitarbeiter	14	14	13

Lagebericht der Gesellschaft

Die Wofü hat ihren gesamten Wohnungsbestand zum 01.09.2007 verkauft. Von diesem Zeitpunkt wurde die Wofü von einem Wohnungsunternehmen zu einem Fremdverwalter. Der Verwaltervertrag ist Bestandteil des Kaufvertrages und hat eine Laufzeit von fünf Jahren mit einer Option für die Wofü von weiteren fünf Jahren. Die hieraus generierten Erlöse sind die Grundlage der wirtschaftlichen Tätigkeit der Wofü.

Betreuungstätigkeit

Die Gesellschaft verwaltet als Hauptgeschäftsfeld den ehemaligen Immobilienbestand der Wofü. Der Bestand umfasst am 31.12.2011 1775 Wohnungen (2010: 1775), 20 Gewerbe

(2010: 19) und 409 sonstige Vermietungen (Stellplätze, Garagen, Pachten und Gärten) (2010: 399).

Weiterhin verwaltet die Wofü zum 31.12.2011 203 Wohneinheiten (2010: 187), 16 Stellplätze (2010: 16) und 18 Pachtverhältnisse (2010: 37).

Vermögenslage

Die insgesamt 193,5 T€ Miet- und 100,0 T€ Umlageforderungen wurden bereits in den Vorjahren vollständig einzelwertberichtigt.

In den 24,4 T€ der sonstigen Vermögensgegenstände sind unter anderem 15,6 T€ Forderungen aus Kapitalertragssteuern enthalten.

Entwicklung des Finanzmittelbestandes

	2010 (T€)	2011 (T€)
Stand 1. Januar	3.748,8	3.638,6
Veränderung des Liquiditätssaldos	<u>- 110,2</u>	<u>- 2.097,8</u>
Stand 31. Dezember	<u>3.638,6</u>	<u>1.540,8</u>

Finanzlage

Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt 83,88% (3.009,4 T€).

Die Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eigenkapital	T€	T€	T€	T€	T€	T€
nominal	11.078,1	2.176,6	2.672,3	3.002,1	2.973,2	3.009,4
Quote	21,62 %	53,03 %	63,58 %	76,10 %	79,78 %	83,88 %

Die Finanzlage zum 31.12.2011 ist ausgeglichen. Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben und auch künftig wird die Wofü ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen. Skonto wurde, sofern mit den Vertragspartnern vereinbart, stets gezogen. Die nicht benötigten Mittel werden risikoarm bei unterschiedlichen Kreditinstituten angelegt.

Zur Finanzierung der Maßnahme Hauptbahnhof wurde im Mai 2010 ein Darlehensvertrag mit der Muttergesellschaft über 2,0 Mio. € abgeschlossen. Die Inanspruchnahme erfolgt in zwei Teilen. Der erste Teil in Höhe von 1,0 Mio. € wurde im März 2011 ausgezahlt und der zweite Teil in Höhe von 1,0 Mio. € wurde im Juni 2011 ausgezahlt.

Ertragslage

Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung betreffen nur das in der Wofü verbliebene Grundstück.

Aus der Betreuungstätigkeit realisierte die Gesellschaft Erlöse in Höhe von 465,2 T€. Hieraus resultieren 430,0 T€ aus den Verwalterverträgen für den ehemaligen Immobilienbestand der Wofü. Der restliche Ertrag in Höhe von 35,2 T€ konnte aus der oben genannten Wohneigentums- bzw. Fremdverwaltung erwirtschaftet werden.

Die Leistungen des Hausmeisters der Wofü werden als Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen erfasst. Der Hausmeister erbrachte Leistungen in Höhe von 24,7 T€.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 128,5 T€ sind 71,9 T€ Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen enthalten. Diese umfassen im Wesentlichen die teilweise ertragswirksame Auflösung der Rückstellung für den Verwaltervertrag.

Im Geschäftsjahr 2011 konnte die Gesellschaft 107,9 T€ Zinserträge verbuchen. Darin sind 48,1 T€ Zinsen für das Darlehen an die Gesellschafterin wobra enthalten. Aus der Abzinsung von Rückstellungen resultieren 0,7 T€.

Das Wirtschaftsjahr wird mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 166,2 T€ abgeschlossen.

Entwicklung im Personalbereich

Die Wofü beschäftigte zum 31.12.2011 einschließlich der Geschäftsführung insgesamt 13 Mitarbeiter und zwei Auszubildende.

Von diesen Mitarbeitern befanden sich am 31.12.2011 zwei Arbeitnehmer in der Freizeitphase der Altersteilzeit und waren somit nicht tätig. Ein weiterer Mitarbeiter befand sich in der Arbeitsphase der Altersteilzeitvereinbarung im sogenannten Blockmodell.

Die Vergütung der Belegschaft erfolgt auf der Grundlage des Tarifvertrages für die Angestellten und gewerblichen Arbeitnehmer in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft.

Nach der derzeit gültigen Öffnungsklausel erhalten die Arbeitnehmer seit dem 01.01.2012 bis zum 31.12.2013 eine monatliche Tarifvergütung von 90% und kein Urlaubsgeld. Die Mitarbeiter verzichteten ebenfalls zwischen dem 02.01.2012 und dem 31.12.2013 auf tarifvertragliche Erhöhungen während der Laufzeit der Öffnungsklausel.

Im Geschäftsjahr hat die Gesellschaft weiter die Ausbildung von Immobilienkaufleuten durchgeführt.

Auch im Jahr 2011 hat der überwiegende Teil der Mitarbeiter die Möglichkeit zum Besuch von Weiterbildungen, Seminaren und für berufsbegleitende Zusatzqualifikationen genutzt.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Geschäftsführung hat ein umfassendes Risikomanagement entwickelt. Elemente des Risikomanagements sind unter anderem:

- ein Risikohandbuch in dem die einzelnen Risiken erfasst und bewertet wurden,
- Mittelfristige Finanz- und Erfolgspläne, die unter Veränderung von Prämissen analysiert werden,
- Regelmäßige Berichterstattung an die Gesellschafterin (Erstellung von Quartalsberichten).

Die Geschäftsführung ist der Auffassung, dass durch dieses System alle relevanten Risiken frühzeitig erkannt werden können.

In Zusammenarbeit mit den Beauftragten des Hauptauftraggebers der Wofü wurde das Reporting fortgeführt und angepasst.

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Da die Verwaltervergütung des Hauptauftraggebers teilweise an die Entwicklung des Leerstandes des Bestandes gebunden war, hätten sich bei einer Steigerung der Leerstandquote weitere Minderdeckungen aus dem Verwaltervertrag ergeben können. Aus diesem Grund wurde im Geschäftsjahr 2010 die Verwaltervergütung für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 auf einen Betrag von 430,0 T€ festgesetzt. Ende 2011 wurden erneut Verhandlungen mit dem Hauptauftraggeber aufgenommen. Inhalte waren die Verlängerung des Vertrages bis 2017 und die Verwaltergebühr für die Jahre 2012 und 2013. Im Ergebnis dieser Verhandlungen wurde der Vertrag bis August 2017 verlängert, die Verwaltergebühr für das Jahr 2012 und 2013 wurde auf 402,5 T€ festgelegt und ist somit nicht an die Risiken eines Mietermarktes gebunden.

Zum Jahresende 2011 konnte die Wofü einen zweijährigen Verwaltervertrag für 63 Verwaltungseinheiten akquirieren. Dieser Vertrag generiert zusätzliche Erträge in Höhe von je 13,5 T€ für die Geschäftsjahre 2012 und 2013.

Die Zusammenarbeit mit der Muttergesellschaft soll weiter ausgebaut werden, um langfristig Synergien stärker nutzen zu können und damit positive Effekte für beide Unternehmen zu erzielen.

Von der kundenorientierten Produktpolitik, der Preis- und Konditionspolitik bis hin zur marktgerichteten Vertriebsorganisation, muss die Bedürfnisbefriedigung jeder Zielgruppe Ausgangspunkt aller Überlegungen und Grundlage für Handlungsempfehlungen an die Objekteigentümer sein. Die Wofü ist durch einen kompetenten und erfahrenen Mitarbeiterstamm in der Lage, Immobilien effizient zu verwalten.

Unter dem Motto „einfach wohlfühlen“ und durch die Umsetzung der aufgeführten Tatsachen konnte und kann sich die Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH auch zukünftig als ein konkurrenzfähiger Verwalter auf dem Brandenburger Wohnungsmarkt behaupten.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Ausschüttung aus dem Jahresüberschuss 2010 der Wofü in Höhe von 130.000 € an die wobra im Geschäftsjahr 2011.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Dienstleistungsverträge zwischen der wobra und Wofü werden zu marktüblichen Konditionen erbracht.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2009	2010	2011
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	21	20	2.020
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	20	20	20
III. Finanzanlagen	1	0	2.000
B. Umlaufvermögen	3.919	3.707	1.567
I. Vorräte	3	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	167	68	27
III. Kassenbestand, Guthaben	3.749	3.639	1.541
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	3.002	2.973	3.009
I. Gezeichnetes Kapital	332	332	332
II. Gewinnrücklagen	0	0	0
III. Gewinnvortrag	2.140	2.470	2.511
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	530	171	166
B. Rückstellungen	768	575	511
C. Verbindlichkeiten	171	179	67
Bilanzsumme	3.941	3.727	3.588

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2009	2010	2011
1. Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	0	3	0
2. Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit	473	462	465
3. Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen	62	45	25
4. Bestandsänderung	3	-3	0
5. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
6. Sonstige betriebliche Erträge	493	112	129
7. Aufwendungen für Hausbewirtschaftungen	-3	0	0
8. Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	-9	-2	0
9. Personalaufwand	-423	-475	-424
10. Abschreibungen	-14	-3	-2
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-134	-72	-119
12. Erträge aus Beteiligungen	0	1	0
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	104	90	108
14. Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	-2
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	551	158	180
17. Außerordentliche Erträge	0	0	0
18. Außerordentlicher Aufwand	0	0	0
19. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-21	13	-14
20. Sonstige Steuern	0	0	0
21. Jahresergebnis	530	171	166

III.2.2 Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH

Geschäftsbereich

Krankenhaus

Firmensitz

Hochstraße 29

14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 41 20 00

Fax: 03381/ 30 10 76

e-mail: skb@klinikum-brandenburg.de

Internet: www.klinikum-brandenburg.de

Gründung

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 19. Dezember 1996 (notarielle Urkunde des Notars Karl-Heinz Buhmann, Brandenburg an der Havel, UR-Nr. 2796/96) gegründet und am 27. Mai 1997 ins Handelsregister des Amtsgerichts Potsdam unter HRB 10291 eingetragen.

Bis zum 31.12.1996 wurde das Klinikum als Eigenbetrieb geführt. Die GmbH hat den Eigenbetrieb zum 01.01.1997 gemäß Betriebsübernahmevertrag übernommen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.600 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100 %

Unterbeteiligungen

Zur Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH gehören zwei Tochtergesellschaften mit über 300 Mitarbeitern und der Beteiligung an der AGKAMED Holding GmbH. Die Beteiligung ist Ergebnis einer organisatorischen Umstrukturierung der Einkaufsgemeinschaft AGKAMED (Arbeitsgemeinschaft Kardiologie und medizinischer Sachbedarf), der das Klinikum bereits als Mitglied seit 1997 angehört:

Beteiligungen	
Name:	KSC Klinik Service Center GmbH
Sitz:	Brandenburg an der Havel
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 12.750 (51 %)
Name:	Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH
Sitz:	Brandenburg an der Havel
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 25.000 (100 %)
Name:	AGKAMED Holding GmbH
Sitz:	Essen
Stammkapital:	€ 75.000
Anteil:	€ 500 (1 %)

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 1. Dezember 2005.

Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 30. März 2006.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

- *Gesellschafterversammlung*

Seit dem 17.12.2003 nimmt die Vertretung Frau Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann wahr.

Die Gesellschafterversammlung hat im Geschäftsjahr 2011 sechsmal Mal getagt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat kam in 2011 zu vier Sitzungen zusammen.

Aufsichtsratsmitglieder 2011	
Aufsichtsratsvorsitz	Herr Steffen Scheller
Stellvertreterin	Frau Dr. Margit Spielmann
weitere Mitglieder	Herr Thomas Krüger
	Herr Dr. Christian Sieg'l
	Herr Alfredo Förster
	Herr Hans-Joachim Kynast
	Herr Bernd Köhler
	Frau Marita Lickert
	Herr Andreas Kutsche

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft verfolgt gem. § 3 des Gesellschaftsvertrages ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH ist eine privatrechtliche Einrichtung und wird nach wirtschaftlichen Grundsätzen als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt.

Die Sicherstellung der Krankenhausversorgung ist öffentliche Aufgabe des Landes, der Landkreise und der kreisfreien Städte. Nach dem Landeskrankenhausplan gibt es im Land

Brandenburg fünf Versorgungsgebiete, wobei das Städtische Klinikum Brandenburg dem Versorgungsgebiet Potsdam zugeordnet ist.

Gemäß LKGBbg (Krankenhausgesetz des Landes Brandenburg) erfüllen die kreisfreien Städte ihre Aufgabe als Aufgabe der Selbstverwaltung, indem sie eigene Krankenhäuser errichten und betreiben, soweit Krankenhäuser nicht von freien, gemeinnützigen, privaten oder anderen Trägern errichtet und betrieben werden.

Zweck des Unternehmens ist es, auf der Basis des jeweils geltenden Krankenhausplans ein hochqualifiziertes medizinisches und pflegerisches Leistungsangebot zu gewährleisten, um eine optimale Krankenhausversorgung der Bevölkerung in Fortführung des gegenwärtig hohen Standards zu sichern.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist nach der Übernahme und Fortführung des in Trägerschaft der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel befindlichen Städtischen Klinikums Brandenburg an der Havel der Betrieb von Krankenhäusern und sonstigen Nebeneinrichtungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, sich im Ausnahmefall an anderen Gesellschaften, gleichen, ähnlichen oder verwandten Gegenstands zu beteiligen und solche Gesellschaften zu übernehmen, wenn sie den Gesellschaftszweck nachhaltig fördern und zu der Erfüllung von Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft beitragen.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2010	2011
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	48,9%	58,9%	72,5%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	21,1%	20,6%	20,3%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	115%	115%	105%
Zinsaufwandquote	0,42%	0,45%	0,47%
Liquidität 3. Grades	673%	108%	104%
Cashflow	6.617 T€	7.740 T€	5461 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	1,20%	1,52%	0,00%
Umsatz	75.537 T€	80.572 T€	80.991 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.800 T€	2.557 T€	146 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	59%	57%	60%
Anzahl der Mitarbeiter	991	995	1.076

Lagebericht der Gesellschaft**Rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH hat mit 466 Planbetten gemäß der Aufnahme in den dritten Landeskrankenhausplan vom 25. Juli 2008 die Aufgabe eines Krankenhauses der qualifizierten Regelversorgung für die Stadt Brandenburg an der Havel und Umgebung.

Die Städtisches Klinikum GmbH selbst ist ein kommunales Krankenhaus dessen alleinige Gesellschafterin die Stadt Brandenburg an der Havel ist. Die Städtisches Klinikum GmbH bildet mit der Klinik Service Center GmbH und der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH eine Unternehmensgruppe.

Der Landesbasisfallwert 2011 für das Land Brandenburg betrug 2.900,00 € (2010: 2.893,00 €). Damit betrug die tatsächliche Steigerung je Bewertungsrelation nur 0,24% im Land Brandenburg, sodass eine Ausfinanzierung von Personal- und Sachkostensteigerungen bei weitem nicht gegeben war.

In den Jahren 2009 bis 2011 konnten in den krankenhausindividuellen Budgetvereinbarungen zusätzlich Mittel im Rahmen des Pflegeprogramms zur Schaffung von zusätzlichen Stellen im Pflegedienst vereinbart werden.

Geschäftsverlauf 2011

Die Geschäftsentwicklung der Städtisches Klinikum GmbH verlief im Geschäftsjahr 2011 trotz der sich weiter verschärfenden Rahmenbedingungen positiv.

Die Fallzahl aus stationärer Behandlung nach der Mitternachtsstatistik ist auf 24.783 (2010: 24.303) gestiegen. Die Verweildauer ist dagegen mit 5,75 Tagen (2010: 5,86 Tage) weiter rückläufig.

Nach der DRG-Statistik (Diagnosis Related Groups) betrug die DRG-Anzahl für Jahreslieger 24.391 (2010: 24.097) und die effektiven Bewertungsrelationen 24.331 (2010: 24.149). Der Schweregrad CMI (Case Mix Index) sank von 1,003 auf 0,998. Die Bewertungsrelationen aus Überlieger 2010/11 umfassten 608,676.

Die Leistungen im stationären Bereich waren somit deutlich steigend. Einen wesentlichen Anstieg gab es insbesondere in der Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe bedingt durch einen Chefarztwechsel zum 1. Januar 2011.

Zusätzlich wurden 95 Fälle mit 178,87 Bewertungsrelationen im Rahmen von Verträgen aus der Integrierten Versorgung (IV-Verträge) erbracht. Diese IV-Verträge betreffen insbesondere die Endoprothetik des Zentrums für Orthopädie und Unfallchirurgie.

Einen leichten Rückgang gab es bei den Leistungen aus dem ambulanten Operieren. Hier lagen die Fälle im Jahr 2011 bei 5.300 (2010: 5.381).

Die Budgetverhandlung für das Jahr 2011 fand abschließend am 25. August 2011 statt. Die Umsetzung nach dem Genehmigungsbescheid durch das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz erfolgte zum 1. Dezember 2011. Aufgrund der unterjährigen Leistungssteigerungen wurde eine Steigerung schon im Budget mit vereinbart, sodass dann die vereinbarten Bewertungsrelationen um 141 doch nicht erreicht wurden. Ursächlich hierfür waren die Umzüge von Stationen im November und ein sehr hoher Krankenstand im November und Dezember 2011.

Personalsituation

Im Vergleich zum 31. Dezember 2010 hat sich die Anzahl der Vollkräfte im Durchschnitt von 764,47 um 7,12 auf 771,59 erhöht. Die Erhöhung betraf insbesondere den Pflegedienst und den medizinisch-technischen Dienst. Zum 31. Dezember 2011 waren insgesamt 1.076 Mitarbeiter im Klinikum beschäftigt.

Im Wirtschaftsjahr 2011 wurden insgesamt 146 Auszubildende (2010: 134) beschäftigt. Dies entspricht einem Anteil von rund 13,6% an der Gesamtzahl der Mitarbeiter.

Der Tarifvertrag mit ver.di für die nichtärztlichen Mitarbeiter wurde am 25. Mai 2010 vereinbart. Die Laufzeit des Vertrages endet am 31. März 2012 und wurde von ver.di fristgerecht gekündigt. Zum jetzigen Zeitpunkt finden Tarifverhandlungen über eine nachfolgende Vergütungsvereinbarung statt. Ein Abschluss wurde noch nicht erreicht.

Für den Bereich des ärztlichen Dienstes konnte am 21. Januar 2011 eine Tarifeinigung mit dem Marburger Bund vereinbart werden. Dieser Tarifvertrag hat eine Laufzeit vom 01. März 2011 bis zum 28. Februar 2013. Dieser Tarifvertrag findet auch in den anderen großen kommunalen Krankenhäusern des Landes Brandenburg Anwendung.

Die Personalaufwendungen weisen zum 31. Dezember 2011 mit 48.115,5 T€ eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 2.448,2 T€ auf. Der Anstieg resultiert aus den zusätzlichen Stellen, den Auswirkungen aus den Tarifverträgen für die ärztlichen und nichtärztlichen Mitarbeiter und den Veränderungen bei den Sozialabgaben. Im Bereich der ärztlichen Vergütung gab es einen Planungsfehler aufgrund von Problemen mit der EDV-Software im Personalbereich im Nachgang der unternehmensweiten Umstellung der Softwaresysteme, sodass die Auswirkung in der Vergütung im Tarifvertrag für den ärztlichen Dienst, insbesondere durch die Stufenveränderungen und der Anerkennung von Vorzeiten unzureichend kalkuliert worden waren.

Auf Basis des mit dem Krankenhausreformgesetz geschaffenen Pflegeprogramms wurde die Erhöhung des Personalbestandes beim examinierten Pflegepersonal zur Entlastung des Pflegedienstes voll umgesetzt. Im Rahmen der Budgetvereinbarung wurde hier ein Zusatzbeitrag vereinbart, der die anfallenden Kosten zu 90% ausgleicht.

Krankenhausneubau

Am 27. Dezember 2007 wurde der Fördermittelbescheid zur Hauptmaßnahme Krankenhausneubau überreicht. Er enthält eine Festbetragssumme in Höhe von 60.675.300 €. Für das Klinikum wurde eine Trägerbeteiligung von 6.741.700 € festgelegt, so dass als förderfähige Investitionskosten 67.417.000 € festgesetzt wurden. Eine Anpassung der Fördermittelbescheide aufgrund der nachträglichen Prüfung der Medizin- und Labortechnik sowie der Änderungsanträge ist noch nicht erfolgt.

Anfang November 2011 wurde der Krankenhausneubau Ost, Haus 3 in Betrieb genommen. Damit befinden sich nun 342 der 492 aufgestellten Betten im neuen Haus. Der Verbindungsgang zwischen Haus 3 und Haus 1 wurde bis Ende Juni 2012 fertig gestellt.

Für den Eigenanteil wurde über das Finanzierungskonsortium Investitionsbank des Landes Brandenburg/ WestLB/ Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam am 08. November 2007 ein KfW-Darlehen (Kreditinstitut für Wiederaufbau) in Höhe von 8.000 T€ aufgenommen, welches mit 4,8% verzinst ist.

Die Vorfinanzierung der Fördermittel für die Jahre 2011 und 2012 werden über eine Bürgschaft der Stadt Brandenburg an der Havel abgesichert. Zum 31. Dezember 2011 wurden hieraus 3.000,0 T€ vorfinanziert.

Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof

Das Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof konnte am 4. April 2011 in Betrieb genommen werden, nachdem der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung diesem Bau am 21. September 2009 zugestimmt hatte.

Die Investitionskosten betragen ohne die Kosten für das Grundstück 14.534,9 T€ und lagen somit im Budgetansatz. Die Finanzierung erfolgte aus Eigenmitteln über drei Kreditverträge mit der DKB – Deutsche Kreditbank AG in Höhe von insgesamt 11.100 T€. Der Abschluss erfolgte auf Basis von KfW-Programmen mit einer fünf bzw. zehnjährigen Zinsbindung. Die Laufzeit beträgt 25 Jahre bis zum 30.9.2035.

Das Gesundheitszentrum ist zu 100% vermietet.

Investitionen

Den Hauptanteil der Investitionen im Geschäftsjahr tätigte die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH für die Einzelmaßnahme Klinikneubau und für das Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof.

Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes konnte die Förderung des Aufbaus eines Telemedizincentrums in Höhe von 558,0 T€ durch das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz eingeworben werden. Die Umsetzung dieses Projektes erfolgte im Jahre 2011. Mit der AOK Nordost wurde ein Vertrag zum Einschluss und zur Finanzierung bei AOK-Patienten abgeschlossen.

Im Jahr 2011 wurde ein Investitionsvolumen von insgesamt 33.362,5 T€ realisiert.

Ertragslage

Das Städtische Klinikum Brandenburg hat im Geschäftsjahr 2011 einen Jahresüberschuss von 145,7 T€ (2010: 2.556,5 T€) erwirtschaftet.

Das betriebliche Ergebnis lässt sich vereinfacht wie folgt darstellen:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>
	€	€
<u>Erträge</u>		
Betriebsleistung	79.852.257	80.187.027
Sonstige Erträge	10.553.780	7.498.280
Gesamterträge	90.406.037	87.685.307
<u>Aufwendungen</u>		
Personalkosten	-48.115.544	- 45.667.298
Sachkosten	-42.144.804	- 39.461.493

Gesamtaufwendungen	- 90.260.348	- 85.128.791
---------------------------	---------------------	---------------------

Jahresüberschuss	145.689	2.556.516
-------------------------	----------------	------------------

Der Anstieg der sonstigen Erträge resultiert in erster Linie aus der Berücksichtigung von 1.015,6 T€ für Erträge aus Ausgleichsbeträgen nach KHEntG (Krankenhausentgeltgesetz).

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet und als positiv zu bewerten.

Vermögenslage

Die Vermögenslage zum 31. Dezember 2011 ist geprägt von den vorgenommenen Investitionen. Darüber hinaus ergeben sich keine wesentlichen strukturellen und inhaltlichen Veränderungen zum Vorjahr.

Im Bereich des Anlagevermögens konnten 2011 Investitionen von 33.362,5 T€ realisiert werden. Nach Abzug der planmäßigen Abschreibungen ergibt sich ein Zuwachs von 28.047,3 T€.

Die Verminderung im Umlaufvermögen ist in erster Linie Resultat der auf Basis des Fördermittelbescheids des Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie vom 27. Dezember 2007 erfassten Forderung nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht. Diese wird gemäß den zugesagten Finanzierungsscheiben bis zum Jahr 2012 wieder abgebaut. Die vom Krankenhausneubau nicht betroffenen Bilanzpositionen weisen gegenüber den Vorjahren keine größeren Veränderungen auf.

Die Rückstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr signifikant erhöht. Sie erreichen einen Gesamtwert von 4.711,0 T€ (2010: 4.036,7 T€).

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH weist zum 31. Dezember 2011 Bankverbindlichkeiten in Höhe von 32.093,9 T€ aus.

Finanzlage

Die flüssigen Mittel betragen zum Bilanzstichtag 3.470,0 T€ (2010: 7.442,1 T€). Wie im Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010 ausgeführt, war im Vorjahr ein Finanzmittelbestand in Höhe von 3.637,2 T€ zweckgebunden und nur für den Bau des Gesundheitszentrums einsetzbar gewesen.

Die ausgewiesenen flüssigen Mittel enthalten in Höhe von 1.167,2 T€ (2010: 5.400,7 T€) zweckgebundene Mittel aus Pauschalfördermitteln, Einzelfördermitteln und Kauttionen.

Der Liquiditätsbedarf der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH beträgt – abgesehen von dem Finanzbedarf aus der Finanzierung des Neubaus – monatlich im Durchschnitt 7.500 T€ mit Spitzen in den Monaten Januar und November (Weihnachtsgeld etc).

Langfristige Geldanlagen sind bei Umsetzung der Wirtschaftspläne nicht zu realisieren, da nach wie vor ein hoher Investitionsbedarf besteht.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Für das Wirtschaftsjahr 2012 wird bei Umsatzerlösen von 83,1 Mio. € ein Jahresüberschuss von 374 T€ geplant. Die Planungen für 2013 sehen Umsatzerlöse von 83,8 Mio. € und ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Auch die Planungen für die Jahre 2014 bis 2016 gehen von einem ausgeglichenen Jahresergebnis aus.

Prognostizierte Budgetsteigerungen mit einhergehenden Kosteneinsparungen im Personal- und Sachbereich werden voraussichtlich zu einer stabilen Entwicklung führen.

Bei den Erlösen aus Krankenhausleistungen wurde in der Planung von 25.625 effektiven Bewertungsrelationen (einschließlich Überlieger) ausgegangen. Diese Annahme entspricht somit einer Steigerung von 550 Bewertungsrelationen im Vergleich zur Vereinbarung 2011.

Der Landesbasisfallwert für Brandenburg liegt nach Genehmigung des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz bei 2.935 € für das Jahr 2012. In der Summe wird von einer Erlössteigerung von 2.383,2 T€ aus der Abrechnung von DRG gegenüber 2011 ausgegangen.

Unter Berücksichtigung der vor- und nachstationären Leistungen sowie dem Budget der Kassen für die Ausbildung werden die Erlöse aus allgemeiner Krankenhausleistung mit 79.605,7 T€ geplant.

Bei den weiteren Erlösen wurde von einer grundsätzlich gleichen Entwicklung wie in den Vorjahren ausgegangen. Bei den ambulanten Erlösen wurde mit einer Steigerung von 1,0% gerechnet. Die Erträge für Leistungen an Dritte, insbesondere den Apothekenlieferungen, wurden auf Vorjahresniveau geplant.

Prämissen der Aufwandsplanung

Die Aufwandsplanung berücksichtigt eine Steigerung der Personalkosten aufgrund der tariflichen Vereinbarungen für das Jahr 2012. Eine Tarifsteigerung für den zum 31. März 2012 auslaufenden Tarifvertrag für den nichtärztlichen Dienst wurde nicht berücksichtigt. Im Zuge des Auslaufens des Pflegeprogramms und dem Wegfall der Finanzierung von 24 Stellen im Pflegedienst wurde eine Neustrukturierung im Pflegedienst festgelegt, wonach qualifizierte und examinierte Vollkraftstellen teils durch nicht-examiniertes Personal ersetzt werden. Die Umsetzung soll über die Ausnutzung der natürlichen Fluktuation erfolgen.

Für die Jahre 2013 bis 2014 werden Zuwächse bei den Personalkosten von jeweils 1,3% geplant. Weitere tarifliche Steigerungen sind durch Kürzungen im Stellenschlüssel zu kompensieren.

Der Aufwand für den medizinischen Bedarf setzt sich aus den Positionen Arzneimittel, übrigen medizinischen Bedarf und aus den bezogenen medizinischen Leistungen zusammen. Die Gesamtsumme wurde um 1,0% gesteigert.

Bei dem Ansatz für die Energiekosten wurde der durchschnittliche Verbrauch aus den letzten drei Jahren zugrunde gelegt. Gleichzeitig wurden je nach Energieart die bekannten Preisanpassungen angesetzt und die Verbrauchsänderungen durch die Inbetriebnahme von Haus 3 sowie den Freizug von einzelnen Gebäuden geschätzt. Beim Strom ist anzumerken, dass der vereinbarte Arbeitspreis für 2012 stabil bleibt, allerdings eine neue gesetzliche Umlage nach § 19 Strom-Netzentgeltverordnung zu berücksichtigen war. In der Summe wird mit einem Energieaufwand von 3.144.195 € für das Jahr 2012 geplant. Die Steigerung beträgt somit rund 540 T€ gegenüber 2011.

Der Aufwand für den Wirtschaftsbedarf konnte seit Jahren durch Anpassungen beim Bezug stabil gehalten. Hier wurde keine Steigerung angesetzt.

Beim Zinsaufwand wurden die Belastungen durch die Finanzierungen der beiden Neubauten sowie der Großgeräte und Ausstattung Krankenhausneubau entsprechend der bestehenden Kreditvereinbarungen berücksichtigt.

Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Bestandsgefährdende Risiken oder Risiken größeren Ausmaßes sind gegenwärtig für die Städtisches Klinikum GmbH nicht absehbar. Trotz der fundierten positiven Zukunftsplanung sind negative Entwicklungen jedoch nicht auszuschließen, aus denen unter Umständen entwicklungsbeeinträchtigende Risiken entstehen können.

Die kurzfristige Liquidität des Hauses ist befriedigend. Zur Sicherstellung der mittelfristigen Liquidität ist grundsätzlich die Erwirtschaftung eines tendenziell positiven Betriebsergebnisses Voraussetzung, um den auf das Klinikum durch die Investitionen zukommenden Zinsaufwand, leisten zu können.

Allgemeine Risiken durch die Gesundheitspolitik ergeben sich ebenfalls für die Gesellschaft. So ist, durch den allgemeinen Kostendruck bei den Krankenkassen mit einer steigenden Anzahl von MDK-Prüfungen (Medizinischer Dienst der Krankenkassen) zu rechnen, welche die Erlöse der Gesellschaft mindern können. Auch die Gesetzgebung ist erfahrungsgemäß nicht stabil und nicht immer kurz- und mittelfristig planbar.

Die nach wie vor zu geringe Investitionsförderung durch das Land stellt ein weiteres Risiko für die Städtisches Klinikum GmbH dar. Das Land Brandenburg beabsichtigt eine Umstellung der Einzel- und Pauschalmittelförderung auf ein grundsätzlich pauschales System. Eine genaue Berechnungsbasis wurde bisher nicht festgelegt.

Mehrkosten, z. B. durch Tarifsteigerungen und Zinsen müssen über die Erlöse und/oder Einsparungen aufgefangen werden.

Das Klinikum Brandenburg hat Klage gegen den Mindestmengenbeschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA) zur Neonatologie eingereicht. Diesem Antrag hat das Landessozialgericht Berlin-Potsdam Recht gegeben. Der GBA hat Revision beim Bundessozialgericht eingereicht. Eine Bestätigung des Mindestmengenbeschluss würde den Fortbestand der Neonatologie in der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin gefährden.

Der Trend des Fachkräftemangels lässt sich auch für die Städtisches Klinikum GmbH für die Zukunft nicht kategorisch ausschließen.

Die Gesellschaft stützt ihre Planungen bezüglich der künftigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auf den vorliegenden Wirtschaftsplan für die Jahre 2012 bis 2016. Trotzdem sind negative Entwicklungen und Auswirkungen, insbesondere aus den Bereichen Krankenhausneubau (z.B. Überschreitung der geförderten Investitionen) nicht ausgeschlossen.

Weiter geplante Sanierungs- und Umbaumaßnahmen müssen gegebenenfalls selbst erwirtschaftet werden.

Jedoch wird davon ausgegangen, dass durch die gute Wettbewerbsposition am Markt die anstehenden Aufgaben durch das Klinikum erfolgreich bewältigt werden.

Neben den aufgezeigten Risiken und Planungsunsicherheiten eröffnen die Bauvorhaben eine langfristige Zukunftssicherung für das Klinikum. Der Neubau bietet eine verbesserte Versorgung bei effizienteren Strukturen sowie optimierte Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter. Durch das verbesserte Angebot kann auch mit einer höheren Einweisungsquote gerechnet werden.

Der Unternehmensverbund mit langfristigen Verträgen mit der KSC GmbH bietet der Gesellschaft ebenfalls Steuerungsmöglichkeiten und somit Chancen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Modifizierte Ausfallbürgschaften der Stadt Brandenburg an der Havel gegenüber der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam und der InvestitionsBank des Landes Brandenburg vom 17.09.2010 bis zum Höchstbetrag in Höhe von jeweils 22,75 Mio. €.
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2009	2010	2011
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	86.022	113.084	141.814
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	220	1.279	1.448
II. Sachanlagen	85.149	111.152	139.199
III. Finanzanlagen	653	653	1.168
B. Umlaufvermögen	70.393	59.287	33.783
I. Vorräte	2.799	2.441	2.816
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	60.925	49.404	27.497
III. Kassenbestand, Guthaben	6.669	7.442	3.470
C. Ausgleichsposten nach dem KHG	13.823	14.185	14.541
D. Rechnungsabgrenzungsposten	5.554	5.530	5.443
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	37.027	39.584	39.729
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	26	26	26
II. Kapitalrücklage	30.045	30.045	30.045
III. Gewinn-/Verlustvortrag	5.157	6.956	9.513
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	1.800	2.557	146
B. Sonderposten zur Finanzierung des AV	65.727	75.298	96.458
C. Rückstellungen	3.669	4.037	4.711
D. Verbindlichkeiten	69.369	73.168	54.684
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	175.792	192.086	195.582

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2009	2010	2011
1. Umsatzerlöse	76.641	80.572	80.991
2. Sonstige betriebliche Erträge	6.929	7.113	9.415
3. Personalaufwand	-44.219	-45.667	-48.116
4. Materialaufwand	-27.810	-29.672	-30.779
5.-7. Erträge (Zuwendungen, Ausgleichs- und SoPo)	5.579	7.490	5.360
8.-10. Aufwendungen (KHG, Ausgleichs- und SoPo)	-1.184	-2.970	-1.186
11. Abschreibungen	-4.673	-5.147	-5.315
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.392	-9.072	-10.129
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	345	380	390
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-314	-359	-374
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.903	2.668	258
16. Außerordentliche Aufwendungen	0	-37	0
17. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-103	-74	-113
18. Jahresergebnis	1.800	2.557	146

III.2.2.1 KSC Klinik Service Center GmbH

Geschäftsbereich

Dienstleistungen im Gesundheitswesen

Firmensitz

Hochstraße 29
14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 41 27 00

Fax: 03381/ 41 27 09

Gründung

Mit Gesellschaftsvertrag vom 31. August 1999 wurde die KSC Klinik Service Center GmbH (KSC), Brandenburg an der Havel, auf der Grundlage eines SVV-Beschlusses vom 21.07.1999 gegründet. Die Handelsregistereintragung beim Amtsgericht Potsdam erfolgte am 8. Juni 2000 unter der Nummer HRB 13766 P.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.000 €

Die KSC Klinik Service Center GmbH mit Sitz in Brandenburg an der Havel ist ein in Mehrheitsbesitz stehendes Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH. Die Gesellschaftsanteile verteilen sich wie folgt:

Beteiligungsverhältnisse	€	%
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	12.750	51%
Dussmann Beteiligungsgesellschaft mbH	6.250	25%
Gebäudereinigung Brandenburg GmbH	3.500	14%
Caritas Krankenhaus Berlin e. V.	2.500	10%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen.

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 8. Juli 2002. Die Gesellschaft wurde unter der Registriernummer HR-B 13766 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

Die Geschäftsführung erfolgt ehrenamtlich.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung in der Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH wahrgenommen.

Im Berichtsjahr hat eine Gesellschafterversammlung der KSC GmbH stattgefunden.

- *Aufsichtsrat*

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat. Nach § 9 des Gesellschaftsvertrages kann die Gesellschafterversammlung die Einführung eines Aufsichtsrats beschließen, ansonsten werden dessen Aufgaben durch die Gesellschafterversammlung wahrgenommen.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Die KSC ist als Organgesellschaft der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH Dienstleister für den Organträger in den Bereichen Catering, Gebäudereinigung und Wirtschaftsdienste, Technik und Verwaltung. Die Wirtschaftsdienste umfassen den Hol- und Bringdienst, den Patiententransport und den Fuhrpark.

Gegenstand der KSC ist die Bewirtschaftung von Krankenhäusern, Seniorenheimen und anderen sozialen Einrichtungen durch die Herstellung und Lieferung von Verpflegung, den Betrieb von gastronomischen Einrichtungen und die Erbringung von sonstigen Dienstleistungen. Hierzu zählen insbesondere der Bereich der Speisenversorgung, das Gebäudemanagement sowie die Installation, Wartung und Instandhaltung von Elektro- und Fernmeldeanlagen und Klima- und Heizungstechnik, der Reinigungsdienst, das Betreiben von Archivräumen, das Erbringen von Schreibleistungen sowie dazugehörige Dienstleistungen. Die Gesellschaft übernimmt alle Arten von Tätigkeiten, welche zur Versorgung der in den sozialen Einrichtungen untergebrachten Personen sowie ihrer Mitarbeiter mit Dienstleistungen und Waren geeignet sind. Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich der Versorgung sozialer Einrichtungen mit Dienstleistungen und Waren anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, belasten und veräußern. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen auf eigene oder fremde Rechnung erstellen, bewirtschaften, erwerben, veräußern oder bereitstellen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder sol-

che Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten und ferner Interessengemeinschaften eingehen, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und dem Bedarf der Stadt steht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2010	2011
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	15,1%	16,1%	18,9%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	20,3%	18,8%	16,9%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	135%	117%	90%
Zinsaufwandquote	0,14%	0,00%	0,00%
Liquidität 3. Grades	106,0%	102,3%	97,0%
Cashflow	62,5 T€	66,3 T€	77,8 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	2,69%	1,31%	1,25%
Umsatz	10.960 T€	10.963 T€	11.696 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	13 T€	16 T€	18 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	67,3%	71,0%	70,9%
Anzahl der Mitarbeiter	328	336	357

Lagebericht der Gesellschaft

Rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die KSC Klinik Service Center GmbH (KSC GmbH) ist ein in Mehrheitsbesitz stehendes Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und ist für den Organträger in den Bereichen Catering, Gebäudereinigung, Wirtschaftsdienste, Zentralsterilisation, Technik und Verwaltung tätig.

Für diese Tätigkeitsbereiche ist in der Branchenentwicklung das Vorhandensein einer großen Anzahl potentieller Leistungserbringer, ein hart umkämpfter Markt bei großer Konkurrenz und hohem Preisdruck charakteristisch.

Die KSC GmbH erbringt den größten Teil ihrer Leistungen gegenüber der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Geschäftsverlauf 2011

Die Geschäftsentwicklung der KSC GmbH verlief im Geschäftsjahr 2011 positiv.

Zum 31.12.2011 wird ein Jahresergebnis von 17,9 T€ ausgewiesen. Damit wurde der geplante Jahresüberschuss von 15,0 T€ übertroffen.

Die Umsatzerlöse konnten gegenüber dem Vorjahr um rund 6,7% gesteigert werden, wobei sich jedoch die einzelnen Geschäftsbereiche unterschiedlich entwickelt haben. So konnten in den Geschäftsbereichen Catering und Gebäudereinigung die geplanten Erlössteigerungen übertroffen werden, wogegen im Bereich Technik die Erlöse um rund 153,0 T€ hinter der Planung zurückgeblieben sind. Hierbei handelt es sich um nicht durchgeführte Baumaßnahmen im Klinikum, die aufgrund des Krankenhausneubaus verschoben worden sind. Insgesamt wurde der Planansatz für die Umsatzerlöse von 11.752,5 T€ somit nicht ganz erreicht.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe liegt mit 1.489,6 T€ erheblich unter den Plansätzen für 2011 von 1.878,6 T€. Ursächlich hierfür ist vor allem ein geringerer Materialeinsatz durch die technische Abteilung wegen fehlender Umsetzung einzelner im Wirtschaftsplan 2011 vorgesehener Maßnahmen.

Dagegen liegen die Aufwendungen für bezogene Leistungen mit 1.404,6 T€ nur knapp unter dem Planansatz von 1.425,8 T€. Hier kam es nur zu geringen Planabweichungen.

Die Personalkosten liegen mit 8.297,0 T€ um 276,8 T€ über dem Planansatz, sind jedoch aufgrund von Personalaufstockungen im Vergleich zum Vorjahr um 510,0 T€ gestiegen.

Da durch die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH als hauptsächliche Leistungsempfängerin ein kurzfristiger Zahlungsausgleich (14 Tage nach Rechnungslegung) gewährleistet wird, hat sich die Liquiditätslage gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2011 in der Lage, alle Zahlungsverpflichtungen fristgerecht zu erfüllen. Die Finanz- und Liquiditätslage der Gesellschaft ist geordnet.

Ein Kontokorrentkredit wurde auch im Jahr 2011 nicht in Anspruch genommen.

Investitionen

Aufgrund der spezifischen Geschäftstätigkeit der KSC GmbH ist der Investitionsbedarf vergleichsweise gering. Die in 2011 vorgenommenen Investitionen betragen 138 T€ und betreffen vor allem Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Personal- und Sozialbereich

Die durchschnittliche Arbeitnehmerzahl (ohne Azubi) im Jahr 2011 betrug 357 (2010: 336), das entsprach 288,55 Vollkräften.

Die KSC GmbH ist nicht tarifgebunden, die Gehälter der aus der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH übernommenen Mitarbeiter wurden zum Stand der Ausgliederung eingefroren.

Tarifierhöhungen können nur bei lang anhaltender positiver Geschäftsentwicklung vorgenommen werden.

Aus- und Weiterbildung:

Im Jahr 2011 wurden 16 Auszubildende (7 Technik und 9 Verwaltungsdienst) beschäftigt.

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2011 wird ein Jahresüberschuss vor Steuern von 28,0 T€ ausgewiesen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Ausblick auf die Geschäftsjahre 2012 und 2013

Prämissen der Erlösplanung

Auf Grundlage der Leistungsplanung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH wurden die Innenumsätze geplant.

Bei einer als gleichbleibend unterstellten Belegung des Krankenhauses bleiben die Innenumsätze im Bereich Patientenversorgung auf dem Niveau von 2011; bei Reinigungsleistungen ist ein Anstieg zu erwarten.

Durch den Bereich Technik erfolgt im Wirtschaftsjahr 2012 als wesentliche bauliche Maßnahme der Umbau des Hauses 1 für die Umzugsphase und für die Nachnutzung nach der Inbetriebnahme von Haus 3.

Insgesamt werden für 2012 Umsätze mit 12.887,6 T€ geplant. Gegenüber dem Jahr 2011 ist damit ein Anstieg um 1.190,7 T€ zu verzeichnen.

Prämissen der Aufwandsplanung

Die Aufwandsplanung der KSC GmbH wird weiterhin sehr stark vom Ansatz für Personalkosten geprägt. Der Tarifvertrag für die Reinigung wurde zum 01. Januar 2012 als allgemeinverbindlich erklärt, sodass die Mitarbeiter der Reinigung seit dem 01. Januar 2012 eine weitere Tarifierhöhung von 4,7% erhalten.

Unter Berücksichtigung dieses Tarifvertrages und der Anpassungen im Stellenplan durch Servicekräfte, die künftig als pflegerische Hilfskräfte im Klinikum auf den Stationen eingesetzt werden, steigen die Personalkosten auf 8.996,3 T€, ein Plus von 699,3 T€ gegenüber dem Jahr 2011.

Bei der Planung der Sachkosten und der sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurde von einem grundsätzlich weitgehend konstanten Kostenniveau ausgegangen. Einen Anstieg gab es bei den bezogenen Leistungen der Abteilung Technik durch die höheren Wartungsverträge im Zusammenhang mit der teilweisen Inbetriebnahme von Haus 3.

Preissteigerungen und sonstige Kostenerhöhungen sind durch Einsparungen in anderen Bereichen, moderate Preiserhöhungen und Außenumsatzerhöhungen zu kompensieren.

Anpassungen ergaben sich auch bei den Eigenleistungen der Abteilung Technik im Zuge der weiteren Instandhaltungsplanung.

Für 2012 wird ein Jahresüberschuss von 15,0 T€ prognostiziert.

Im Wirtschaftsjahr 2013 wird mit einem Überschuss von 20,0 T€ gerechnet.

Strategien zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens

Primärziel ist weiterhin der Ausbau bestehender und die Akquisition neuer Geschäftsfelder durch die Leitungsebenen aller Bereiche:

- Kostenminimierung durch effizientes Personalmanagement
- Aufbau eines Berichtswesens durch die Abteilung Controlling
- Beteiligung an Ausschreibungen am Bereich Catering (Schulspeisung etc.)

Es werden weiterhin monatlich Plan-Ist-Analysen zur Kontrolle und Überwachung der Einzelergebnisse erstellt.

Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die wesentlichen Chancen und Risiken resultieren aus dem Organschaftsverhältnis mit der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH, für die der weit überwiegende Teil (85,8%) der Lieferungen und Leistungen erbracht wird. Dieser Anteil steigt im Jahr 2012 durch die weitere Verlagerung von Serviceleistungen aus dem Klinikum in die KSC auf 87,5%.

Zum einen steht mit der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH ein sicherer und stabiler Leistungsabnehmer zur Verfügung, der auch in seiner Gesellschafterstellung an einer erfolgreichen Entwicklung der KSC GmbH interessiert ist. Damit ist grundsätzlich eine stabile Auftragslage gegeben.

Andererseits besteht eine hohe Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH. Nicht auszuschließende rückläufige Fallzahlen sowie rückläufige finanzielle Mittel für Investitionen und Instandhaltungen haben direkten Einfluss auf die Auftragsvergabe und somit auf die Erlösentwicklung der KSC GmbH. Der allgemeine Kostendruck im Gesundheitswesen zwingt auch die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH, die Leistungen der KSC GmbH möglichst preisgünstig einzukaufen.

Ausblick

Eine weitere Chance besteht für die KSC GmbH auch darin, das Leistungsangebot für Dritte auszuweiten. Beispielhaft hierfür ist der Anstieg an Verträgen für die Sterilisation mit niedergelassenen Ärzten. Derzeit läuft eine Kapazitätsprüfung um einen weiteren Ausbau planen zu können. Für die anderen Dienstleistungsbereiche ist es aufgrund der Vielzahl der Anbieter in dieser Branche und deren Kosten- und Preisstrukturen außerordentlich schwierig, neue Marktanteile zu erschließen.

Insgesamt sind zurzeit keine bestands- oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken zu erkennen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2009	2010	2011
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	156	193	271
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	3	8
II. Sachanlagen	155	190	263
B. Umlaufvermögen	867	996	1.155
I. Vorräte	12	16	16
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	811	837	1.078
III. Kassenbestand, Guthaben	44	144	61
C. Rechnungsabgrenzungsposten	8	10	9
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	210	225	243
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	25	25	25
II. Gewinn-/Verlustvortrag	172	185	200
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	13	16	18
B. Rückstellungen	58	52	53
C. Verbindlichkeiten	763	912	1.130
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	10	8
Bilanzsumme	1.031	1.199	1.434

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)				
GuV		2009	2010	2011
1. Umsatzerlöse		10.960	10.963	11.697
2. Sonstige betriebliche Erträge		42	42	55
3. Personalaufwand		-7.373	-7.787	-8.297
4. Materialaufwand		-3.149	-2.746	-2.894
5. Abschreibungen		-50	-51	-60
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-395	-397	-473
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0	0	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-15	0	0
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		20	25	28
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag		-8	-6	-7
11. Sonstige Steuern		-3	-3	-3
11. Jahresergebnis		13	16	18

III.2.2.2 Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Medizinisches Versorgungszentrum

Firmensitz

Hochstr. 29
14770 Brandenburg an der Havel

Gründung

Mit Gesellschaftsvertrag vom 10. Dezember 2001 hat die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH die Klinikbereich (KB) - Praxis für Innere Medizin GmbH, Brandenburg an der Havel, gegründet.

Die Handelsregistereintragung beim Amtsgericht Potsdam erfolgte am 30. April 2002 unter der Nummer HRB 15884 P.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 8. Februar 2005 erfolgte die Umfirmierung der KB - Praxis für Innere Medizin GmbH in die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH (MVZ). Die Eintragung der Umfirmierung in das Handelsregister wurde am 25. Februar 2005 vorgenommen.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.000 €
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	100%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keiner anderen Gesellschaft beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 18. Dezember 2007.

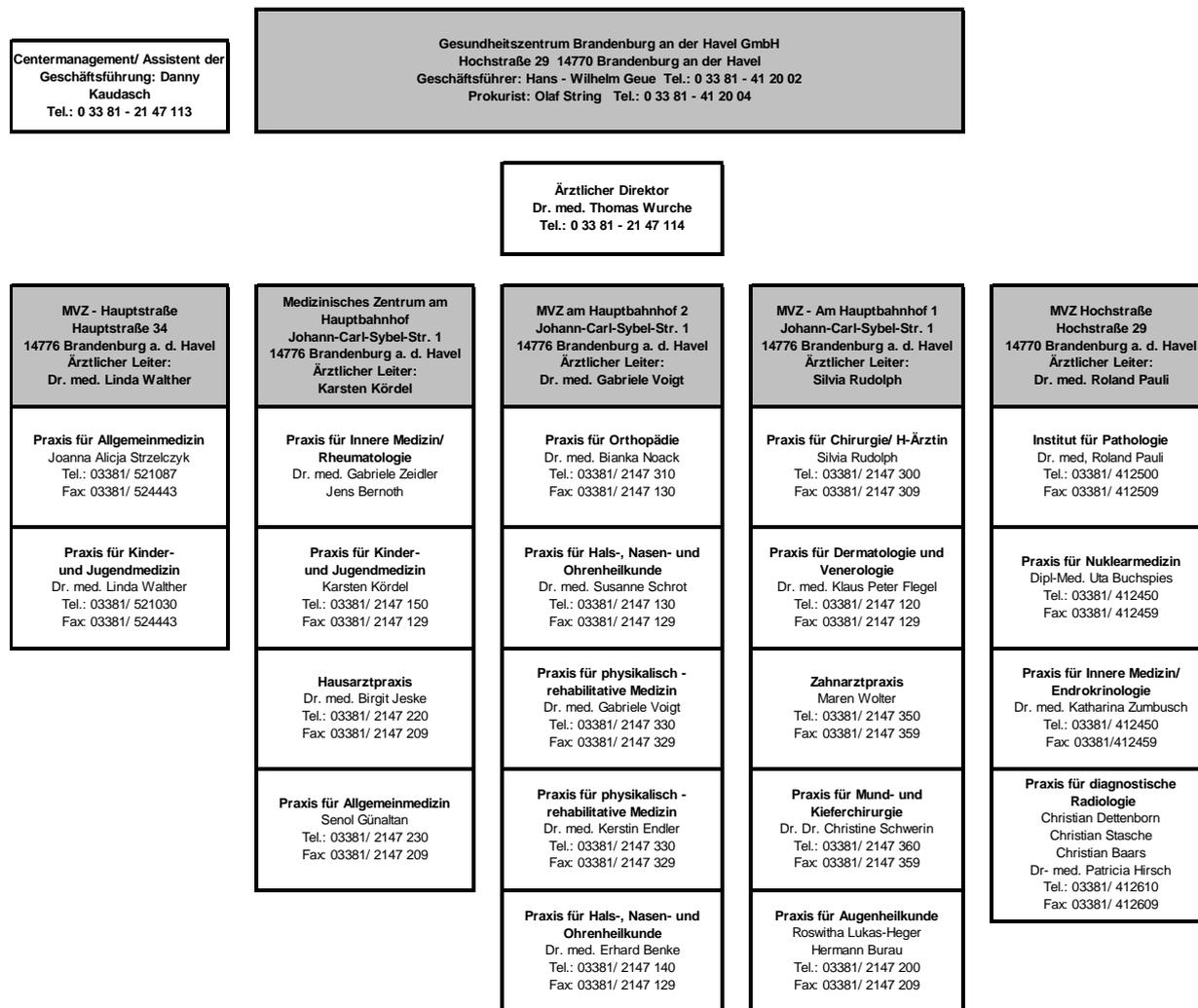
Durch den Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 18. Dezember 2007 und Eintragung in das Handelsregister vom 28. Dezember 2007 ist der Gesellschaftsvertrag, insbesondere § 2 Abs.1 (Gegenstand des Unternehmens) und § 3 (Gemeinnützigkeit und Mildtätigkeit), neu gefasst worden.

Organe der Gesellschaft

- **Geschäftsführung**

Hans-Wilhelm Geue

Die Geschäftsführung erfolgt ehrenamtlich. Der Geschäftsführer wird von der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH gestellt.



- **Gesellschafterversammlung**

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde gehört nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf u.a. die gesundheitliche Betreuung und damit auch die ambulante Versorgung ihrer Einwohner.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb medizinischer Versorgungszentren im Sinne des § 95 Sozialgesetzbuch (SGB V), insbesondere im Rahmen der vertragsärztlichen und privatärztlichen Versorgung und der sonstigen ärztlichen Tätigkeiten sowie weiterhin die Fortführung der bestehenden ambulanten Praxis gemäß § 311 Abs. 2 SGB V.

Die Gesellschaft darf ferner alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und Förderung ihres Hauptzwecks dienlich sind.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann.

Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten und ferner Interessengemeinschaften eingehen, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und zum Bedarf der Stadt steht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2010	2011
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	59,2%	54,8%	54,8%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	4,5%	4,1%	2,5%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	107%	41%	37%
Zinsaufwandquote	1,27%	1,07%	0,87%
Liquidität 3. Grades	111,1%	83,5%	72,7%
Cashflow	56,4 T€	62,5 T€	83,9
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	3,33%	2,95%	1,77%
Umsatz	2.536 T€	4.038 T€	5.225 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	13 T€	3 T€	1,9 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	81,9%	79,5%	79,1%
Anzahl der Mitarbeiter	67	79	104

Lagebericht der Gesellschaft

Rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH ist ein Tochterunternehmen der alleinigen Gesellschafterin Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und in den Bereichen der ambulanten ärztlichen Versorgung tätig.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft in 2011 beinhaltete im Wesentlichen den Betrieb Medizinischer Versorgungszentren im Sinne des § 95 Sozialgesetzbuch V sowie die Fortführung der bestehenden ambulanten Einrichtung gemäß § 311 Abs. 2 SGB V.

Für diese Tätigkeitsbereiche steht die Gesellschaft im Wettbewerb mit niedergelassenen Ärzten, wobei Praxisübernahmen nur bei fehlender Nachbesetzung angestrebt werden. Es besteht ein Auftrag der Gesellschafterin zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in der Stadt Brandenburg an der Havel.

Geschäftsverlauf 2011

Im Geschäftsjahr 2011 sind mit Zustimmung des Aufsichtsrates der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH folgende Praxisübernahmen/ Praxisneueröffnungen wirksam geworden:

- Praxisübernahmevertrag vom 13.07.2009 mit Herrn Dr. Erhard Benke Facharzt für Hals- Nasen und Ohrenheilkunde mit Wirkung vom 01.04.2011.
- Praxisübernahmevertrag vom 14.01.2011 mit Frau Gudrun Wolff, Fachärztin für Kinderheilkunde und Herrn Reinhard Wolff, Facharzt für Allgemeinmedizin, mit Wirkung vom 01.04.2011. Hierzu wurde das neue MVZ – Hauptstraße gegründet.
- Eröffnung einer Zahnarztpraxis mit Frau Maren Wolter als angestellte Zahnärztin mit Wirkung vom 01.04.2011.
- Eröffnung einer Praxis für Mund- Kiefer- und Gesichtschirurgie mit Frau Dr. Dr. Christine Schwerin als angestellte Zahnärztin mit Wirkung vom 01.04.2011.

Somit verfügt die Gesellschaft zum Bilanzstichtag über die folgenden MVZ, verteilt auf drei Standorte:

- MVZ Hochstraße, Hochstraße 29 in 14770 Brandenburg an der Havel
- Medizinisches Zentrum Am Hauptbahnhof, Johann-Carl-Sybel-Straße 1 in 14776 Brandenburg an der Havel
- MVZ Hauptstraße, Hauptstraße 34 in 14776 Brandenburg an der Havel

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2011 war geprägt durch die Umzüge von vier verschiedenen Standorten zum 01. April bzw. 01. Mai 2011 in das neu erbaute Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof. Hier waren einige Anlaufschwierigkeiten zu überwinden, die teilweise zu leichten Umsatzrückgängen für das zweite Quartal 2011 führten. Für das Geschäftsjahr 2011 wird ein Jahresüberschuss von 1,9 T€ ausgewiesen.

Nachfolgend geben wir einen Überblick zur Ertragsanalyse (ohne Berücksichtigung der neutralen Aufwendungen und Erträge):

	2011 T€	2010 T€	Veränderung in %
Umsatzerlöse	5.225,8	4.037,6	+ 29,8
+ sonstige betriebliche Erträge	148,1	28,3	+ 362,9
<u>Gesamtleistung</u>	<u>5.372,9</u>	<u>4.065,9</u>	<u>+ 32,1</u>
- Materialaufwand*	593,9	472,1	+ 25,8
<u>Rohertrag</u>	<u>4.779,0</u>	<u>3.593,8</u>	<u>+ 33,0</u>
- Personalaufwand	4.134,4	3.209,2	+ 28,8
- Abschreibungen	82,0	59,1	+ 38,7
- sonstige Aufwendungen*	516,2	279,1	+ 85,0
+ sonstige Erträge	0,7	0,3	+ 133,3
<u>Betriebsergebnis</u>	<u>47,1</u>	<u>46,7</u>	<u>+ 0,9</u>
+ Finanzerträge	0,1	0,1	- k.A
- Finanzaufwendungen	45,3	43,3	+ 4,4
<u>Finanzergebnis</u>	<u>-45,2</u>	<u>-43,2</u>	<u>+ 4,6</u>
<u>Ergebnis der gewöhnlichen</u>			
<u>Geschäftstätigkeit</u>	<u>1,9</u>	<u>3,5</u>	<u>- 45,7</u>
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	- k.A
<u>Jahresüberschuss</u>	<u>1,9</u>	<u>3,5</u>	<u>45,70</u>

Entwicklung der Umsatzerlöse

Die Geschäftsentwicklung der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH verlief im Geschäftsjahr 2011 unter Berücksichtigung der Praxiseröffnungen/-übernahmen kontinuierlich ausgeglichen.

Der Gesamtumsatz entwickelte sich unterteilt nach Betriebsstätten wie folgt:

	2011 T€	2010 T€	Veränderung %
MVZ - am Hauptbahnhof 2	728,9	776,9	- 6,2 %
MZ am Hauptbahnhof	838,1	940,0	-10,8 %
MVZ - am Hauptbahnhof 1	645,5	292,9	+120,4 %
MVZ Hochstraße	2.639,8	2.027,8	+ 30,2 %
MVZ Hauptstraße	361,6	0,0	+100,0 %
Allgemein	28,0	0,0	+100,0 %
Gesamt	5.241,9	4.037,6	+ 29,8 %

Insgesamt stieg somit der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 1.204,3 T€.

Der Umsatzanstieg ist in erster Linie auf die Eröffnung der Zahnarztpraxen bzw. auf die sonstigen Praxisübernahmen zurückzuführen.

Der Anteil der Umsätze mit der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH beträgt 22,7% (2010: 25,7%).

Die Umsätze mit der Kassenärztlichen Vereinigung, das sind rund 62,3% des Gesamtumsatzes, wurden ebenfalls gesteigert und lagen im Berichtsjahr um 935,7 T€ über Vorjahresniveau.

Die Umsatzausweitung ist auch hier durch Übernahme und Neueröffnung weiterer Praxen bedingt.

Kostensituation

Personalaufwand

Die durchschnittliche Arbeitnehmerzahl (inkl. Azubi) im Jahr 2011 betrug 104 (2010: 83), das entsprach 86,12 Vollkräften.

Der damit verbundene Personalaufwand betrug 4.134,4 T€

Struktur der Personalaufwendungen:

	2011 T€	2010 T€	Veränderung %
Löhne und Gehälter	3.534,3	2.737,2	+ 29,1%
Sozialabgaben	600,1	470,0	+ 27,1%
Gesamt	4.134,4	3.209,2	+ 28,8%

Der gestiegene Personalaufwand ergibt sich aus dem Zuwachs von insgesamt 21,20 Vollkräften bedingt durch die Strukturveränderungen. Die Gesundheitszentrum GmbH ist nicht tarifgebunden.

Im Jahr 2011 wurden 5 Auszubildende - davon eine Auszubildende im ersten Lehrjahr - beschäftigt.

Materialaufwand

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren liegt mit 388,3 T€ deutlich über den Vorjahreswerten von 346,8 T€. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen liegen mit 205,5 T€ um 80,3 T€ über den Vorjahreswerten. Ursächlich hierfür ist in erster Linie die Ausweitung des Geschäftsbetriebes. Dadurch lassen sich größere Abweichungen zu den Planzahlen nicht vermeiden. Die Materialaufwandsquote beträgt 11,33%.

Übrige Aufwendungen

Die Abschreibungen lagen um 3,0 T€ unter dem Planansatz, die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 1,2 T€ über den geplanten Werten. Hier werden erstmalig die neuen Mietstrukturen inklusive Betriebskosten für die neuen Räumlichkeiten im Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof abgebildet. Diese Kostenposition war für das Jahr 2011 nur sehr schwer planbar.

Liquidität

Die Liquidität ist stark abhängig von den Zahlungsterminen der Kassenärztlichen Vereinigung. Die Honorarbescheide und rund 25 - 35% des Honorars werden erst fünf Monate nach Quartalsende erstellt und ausbezahlt. Die laufenden Kosten sind vorzufinanzieren. Hier bestehen Vereinbarungen mit dem Gesellschafter und der Hausbank. Die Liquidität ist über Kontokorrentverträge zwischen der Gesundheitszentrum GmbH, der Brandenburger Bank, der Deutschen Kreditbank (DKB) und der Gesellschafterin mit einer Gesamthöhe von 420 T€ abgesichert.

Investitionen

Mit der Investitionssumme 2011 von 675,5 T€ wurden die oben beschriebenen Praxisübernahmen finanziert und in teilweise neue Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Entwicklung der Geschäftsfelder

Die Gesundheitszentrum GmbH erbringt weiterhin den größten Teil ihrer Leistungen für GKV-versicherte (Gesetzlich Krankenversicherte) ambulante Patienten.

Durch den Umzug in das neue Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof sind neue Strukturen geschaffen worden, die langfristig zu einer nachhaltig positiven Entwicklung der Gesellschaft führen sollen. Hierzu ist ein striktes Kostenmanagement notwendig, das auch mit Hilfe des extra dafür eingesetzten Centermanagers umgesetzt werden soll. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen praxisübergreifend eingesetzt werden, die Beschaffung erfolgt zentral und kostengünstig.

Zur besseren Unternehmenssteuerung wurde zum 01.10.2011 die Stelle des ärztlichen Direktors des Gesundheitszentrums neu geschaffen und mit einem Mediziner besetzt.

Durch die Verfeinerung der Kostenstellenrechnung erfolgt die Kosten- und Erlöszuordnung praxisbezogen mit dem Ziel, für jede Praxis ein positives Ergebnis zu realisieren. Die Kostenstellenübersicht wird quartalsweise erstellt und mit den einzelnen Praxisleitern besprochen.

Prämissen der Erlösplanung

Die Planung der Erlöse für das Wirtschaftsjahr 2012 erfolgte unter Berücksichtigung der oben dargestellten Praxisübernahmen und Neugründungen sowie der ganzjährigen Auswirkungen von unterjährigen Erweiterungen in 2011.

Insgesamt wird mit Umsatzerlösen von 5.522,2 T€ geplant.

Prämissen der Aufwandsplanung

Die Aufwandsplanung der Gesundheitszentrum GmbH wird sehr stark vom Ansatz für Personalkosten beeinflusst. Ansonsten wurden bei der Aufwandsplanung die gleichen Prämissen wie bei der Erlösplanung berücksichtigt.

Bei der Planung der Sachkosten wurde mit annähernd dem gleichen Kostenniveau wie 2011 geplant.

Die Finanzierung der Kaufpreissumme von 280 T€ für die Übernahme der radiologischen Praxis von Frau Dr. Hirsch erfolgte durch eine Darlehensvereinbarung mit dem Städtischen Klinikum Brandenburg. Der Darlehensvertrag ist mit einem Zinssatz von 4,0% ausgestattet. Die Kaufpreiszahlung erfolgte schon Jahr 2011, die Praxisübernahme allerdings erst mit Wirkung zum 01.01.2012.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Für die Zukunft wird eine kontinuierliche Entwicklung der Gesellschaft angestrebt. Ein erster Schritt hierzu war die Konzentration von drei MVZ an einem Standort im neuen Haus am Hauptbahnhof. Durch Vorhaltung vieler medizinischer Fachbereiche kann eine umfängliche Versorgung der Patienten angeboten werden. Durch den Umzug in das neue Haus müssen höhere Betriebskosten erwirtschaftet werden, wodurch ein effizienteres Kostenmanagement notwendig wird. Hier sind noch weitere Einsparpotentiale durch klar strukturierte Praxisabläufe umzusetzen.

Für die weitere Zukunft wird es darauf ankommen, frei werdende Arztstellen wieder zeitnah und adäquat besetzen zu können. Hier steht die Gesellschaft im Wettbewerb mit anderen Leistungserbringern im Gesundheitsmarkt. Nützlich ist hier natürlich die direkte Beziehung zur Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH. Junge Fachärzte können für die Niederlassung angeworben werden, das Einweisungsmanagement für die Patienten wird optimiert, Doppeluntersuchungen können vermieden werden.

Eine erneute Erweiterung mit weiteren Praxisübernahmen steht zurzeit nicht an, jedoch werden weiterhin Praxen durch niedergelassene Ärzte angeboten, die in den Ruhestand gehen wollen.

Die Standorte Hochstraße und Hauptstraße werden weiter vorangebracht. Im Jahr 2012 werden die Praxisräume in der Hauptstraße grundlegend saniert, um den Patientinnen und Patienten eine zeitgemäße Versorgung anbieten zu können.

Die Gesundheitszentrum GmbH bleibt auch weiterhin stark abhängig von ihrer Gesellschafterin die die Praxiskäufe langfristig finanziert. Bei positiver Geschäftsentwicklung kann hier eine Finanzierung über Bankdarlehen den Finanzierungsanteil der Gesellschafterin verringern.

Nach einer Phase der Konsolidierung im neuen Haus werden steigende Behandlungszahlen zu einer Verbesserung der Liquidität führen, hier liegt die Budgetobergrenze bei 150% der durchschnittlich behandelten Fälle.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2009	2010	2011
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	799	868	1.462
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	703	688	1.239
II. Sachanlagen	96	180	222
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	548	715	1.207
I. Vorräte	0	17	17
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	548	698	1.190
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Guthaben	0	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2	1	1
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	61	65	65
I. Stammkapital	25	25	25
II. Gewinn-/Verlustvortrag	24	36	40
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	13	3	2
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	1	3
C. Rückstellungen	18	21	30
D. Verbindlichkeiten	1.270	1.497	2.571
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	1.349	1.584	2.668

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2009	2010	2011
1. Umsatzerlöse	2.536	4.038	5.225
2. Sonstige betriebliche Erträge	48	29	148
3. Personalaufwand	-2.076	-3.209	-4.134
4. Materialaufwand	-97	-425	-594
5. Abschreibungen	-44	-59	-82
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-322	-326	-516
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-32	-43	-45
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13	3	2
10. Außerordentliche Erträge	0	0	0
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
12. Jahresergebnis	13	3	2

III.2.3 Brandenburger Theater GmbH

Geschäftsbereich

Theater

Firmensitz

Grabenstraße 14

14776 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 51 11 0

Fax: 03381/ 51 11 60

e-mail: sekretariat@brandenburgertheater.de

Internet: www.brandenburgertheater.de

Gründung

Die Gesellschaft mit gemeinnützigem Charakter wurde am 19.12.1995 gegründet und mit Wirkung zum 01.01.1996 unter dem Namen Brandenburger Theater GmbH (BT) ins Handelsregister eingetragen.

Bis Ende 1995 wurde das Theater unter dem Namen „Städtische Bühnen“ als Regiebetrieb im Haushalt der Stadt Brandenburg an der Havel geführt.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.600 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag ist datiert vom 16.06.1999.

Die Gesellschaft wurde unter der Registriernummer HRB 9850 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Christian Kneisel (bis 31.12.2011)

Jörg Heyne (ab 01.01.2012)

- *Gesellschafterversammlung*

Im Geschäftsjahr 2011 fanden vier Gesellschafterversammlungen statt.

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist seit dem 17. Dezember 2003 Frau Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 9 Gesellschaftsvertrag aus sieben Mitgliedern und tagte im Jahr 2011 sechsmal gemeinsam mit der Geschäftsführung.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Berichtsjahr aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Aufsichtsratsmitglieder 2011	
Aufsichtsratsvorsitz	Herr Jan Penkawa
Stellvertreterin	Frau Birgit Patz
weitere Mitglieder	Frau Dr. Dietlind Tiemann
	Herr Florian Schmidt
	Herr Dr. Hans-Peter Jung
	Herr Klaus Hoffmann
	Herr Tim Freudenberg

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Das Brandenburger Theater soll als selbständiger Betrieb Konzerte, Schauspiel- und Musiktheater aufführen und ähnliche kulturelle Veranstaltungen anbieten, um damit das kulturelle Leben am Sitz der Gesellschaft sowie in der Region zu erweitern.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 51 ff. der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigene wirtschaftliche Zwecke.

Für die Stadt Brandenburg an der Havel handelt es sich jedoch lediglich um eine freiwillige Aufgabe im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg spricht in § 2 Abs. 2 von der Aufgabe der „Entwicklung des kulturellen Lebens“ in der Gemeinde.

Spielstätten des Brandenburger Theaters	
Großes Haus	419 Plätze
Studiobühne	288 Plätze
Probenbühne	60 Plätze
Puppenbühne	72 Plätze
Foyer Großes Haus	bis zu 68 Plätze
Foyer Kleines Haus	bis zu 51 Plätze

	2009	2010	2011
Besucher im eigenen Haus (ohne Vermietungen)	55.681	56.613	59.237
Besucher im eigenen Haus (inkl. Vermietungen)	74.937	79.808	78.367
Besucher Gastspiele	19.239	15.569	18.715

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2010	2011
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	33%	27%	27%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	46%	35%	42%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	141%	131%	157%
Zinsaufwandquote	0,1%	2,7%	2,2%
Liquidität 3. Grades	157%	138%	163%
Cashflow	280 T€	51 T€	295 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-5%	-8%	3%
Umsatz	644 T€	623 T€	704 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-96 T€	-156 T€	51 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	789%	862%	723%
Anzahl der Mitarbeiter	98	100	98

Lagebericht der Gesellschaft

Das für 2011, gemäß des vom Aufsichtsrat am 08.04.2011 bestätigten Wirtschaftsplans, geplante Jahresergebnis von 0 EUR konnte mit einem leichten Überschuss von 50,9 T€ realisiert werden.

Im Geschäftsjahr 2011 konnten etwas höhere Umsatzerlöse als geplant erwirtschaftet werden (51,6 T€; 7,9%). Damit ist auch eine relativ deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen (12,5%). Insbesondere Im Bereich der internen Gastspiele, aber auch bei den eigenen Orchester-Konzerten konnten überplanmäßige Erlöse erzielt werden.

Die Zuschüsse des Landes (Ministerium für Wirtschaft, Forschung und Kultur und BbgFAG-Mittel) wurden insgesamt gegenüber 2010 um 35,0 T€ auf 3.100,0 T€ erhöht. Die laufenden Zuschüsse der Stadt (3.645,4 T€) sind unverändert geblieben. Für Investitionen wurde von der Stadt ein Zuschuss in Höhe von 86,0 T€ zur Verfügung gestellt. Dieser wird bilanziell jedoch als Sonderposten behandelt und fließt nur anteilig in die Gewinn- und Verlustrechnung.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind insgesamt ebenfalls überplanmäßig (24,0 T€; 42,5%). Hier sind die gestiegenen Pachteinnahmen für die Gaststätte und die ertragswirksame Auflösung von Rückstellungen zu erwähnen.

Die Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe (u.a. Bühnenbilder) und die Aufwendungen für bezogene Leistungen (Gäste, Programmeinkauf) sind im Geschäftsjahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um 4,5% auf 1.445,4 T€ leicht gestiegen. Insbesondere der Einkauf von Gastspielen fällt gegenüber dem Vorjahr höher aus.

Die Personalaufwendungen sind dagegen gegenüber dem Vorjahr um 5,3% auf 5.091,0 T€ gesunken. Dies liegt u.a. an der zusätzlichen Belastung des Personalaufwandes durch Bildung einer Rückstellung für nicht in Anspruch genommenen Freizeitausgleich der Orchestermusiker in 2010. Die Inanspruchnahme dieser Rückstellung in 2011 führte entsprechend zu einer Entlastung. Abweichungen gegenüber der Planung ergeben sich durch die nicht vollständig genutzte Planreserve für ungeklärte Stellen (Geschäftsführer, Leiter Rechnungswesen), etwas geringeren Tantieme-Zahlungen, längeren Krankheitsfällen und unbesetzten Orchesterpraktikanten-Stellen. Im Aufwand berücksichtigt sind Altersteilzeitrückstellungen, Rückstellungen für Tantieme und die Urlaubsrückstellungen. Weiterhin wurden für noch ausstehende Tariferhöhungen im Orchesterbereich Rückstellungen gebildet bzw. aufgestockt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 5,8% auf 774,0 T€ gestiegen. Zurückzuführen ist dies u. a. auf höhere Kosten für Reinigung und Bewachung. Auch hier wirken sich gesetzliche Neuregelungen zum Mindestlohn und zu Nacht- und Sonntagszuschlägen, die von den Dienstleistern auf ihre Auftraggeber umgelegt werden, aus. Daneben sind höhere KFZ-Kosten, geringfügig höhere Versicherungskosten sowie höhere Kosten für Berufsbekleidung und für Weiterbildung zu verzeichnen. Durch Einsparungen bei den Kosten für Büromaterial, den Gebühren, den sonst. Bewirtschaftungskosten und den Versandkosten konnte ein Teil Mehraufwendungen ausgeglichen werden.

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich im Jahr 2011 wieder verbessert. Das Eigenkapital weist jetzt eine Quote von 42% aus.

Das Working Capital – definiert als Umlaufvermögen abzgl. kurzfristiger Verbindlichkeiten inkl. Rückstellungen und pRAP - ist mit 461,3 T€ weiterhin positiv und auch der Anlagen-Deckungsgrad II entspricht mit 156,6% einer fristenkongruenten Finanzierung. Der Anteil des langfristigen Vermögens am Gesamtvermögen verändert sich von 26,6% auf 26,6% nicht, der Anteil der langfristigen Finanzierung stieg von 47,4% auf 56,6%. Die kurzfristigen Passiva in Höhe von 729,7 T€ sind vollständig durch Mittel im kurz- und mittelfristigen Bereich (1.209,6 T€) gedeckt. Insgesamt ergibt sich durch die BilmoG-bedingte andere Ausweisung der bisher als liquide Mittel geführten Mittel eines Notaranderskontos

(Altersteilzeit-Absicherung), den Abbau der kurzfristigen Verbindlichkeiten und der Zunahme der kurzfristigen Forderungen (fehlende Zuschusszahlung für Investitionen der Stadt) eine Reduzierung des Finanzmittelbestandes um 224,6 T€

Investitionen wurden im Geschäftsjahr 2011 in Höhe von 176,2 T€ getätigt. Mittel- bis langfristig ergibt sich ein erheblicher Investitionsbedarf (überwiegend Ersatzbeschaffungen). Dieser müsste durch ein höheres Investitionsbudget in den nächsten Jahren gedeckt werden, das jedoch bei gleichbleibenden Zuschusszahlungen zu Lasten des Programmbudgets gehen würde.

Die BT GmbH hat weiterhin, mit Ausnahme der Verpflichtungen aus bestehenden ATZ-Verträgen (Altersteilzeit), keine mittel- bis langfristigen Schulden.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die ersten Monate des Jahres waren durch etliche sehr gut besuchte Veranstaltungen verschiedenster Genres gekennzeichnet. Zu erwähnen ist die Premiere der Oper Aida (Koproduktion mit dem Staatstheater Cottbus) und die Premiere des Musicals „Kiss me Kate“ in Zusammenarbeit mit dem Theater Stendal. Ebenfalls erstmalig zu hören waren die Produktionen des Jugendtheaters „Punk Rock“ und das Theaterstück „Sibirien“ mit Harald Arnold. Beide Stücke hatten sowohl beim Publikum als auch in der Presse eine äußerst positive Resonanz gefunden.

Als Eigenproduktion im Kinderbereich startete im März nach dem Hans Christian Andersen Märchen „Die chinesische Nachtigall“ das gleichnamig Theaterstück mit der Musik von Georg Katzer. Wir hoffen, mit dem sehr anspruchsvollen Stück einen guten Gegensatz zu oft anzutreffenden wenig anspruchsvollen Kinderproduktionen schaffen zu können.

Positiv zu verzeichnen sind zahlreiche sehr gut besuchte Kindervorstellungen. Hier zahlt sich die jahrelange kontinuierliche Zusammenarbeit mit Kindergärten und Schulen in der Region aus.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zuschuss Stadt i.H.v. 3.595.400 € Zuschuss Stadt Brennabor i.H.v. 50.000 € Zuschuss Stadt Investitionen i.H.v. 86.000 €

Städtische Zuschüsse / Landeszuschüsse

	2008	2009	2010	2011
	€	€	€	€
Zuschuss Stadt Brandenburg an der Havel	3.672.400	3.595.400	3.595.400	3.595.400
Zuschuss Land Brandenburg	1.521.368	1.480.000	1.590.000	1.700.000
Zuschuss FAG (Finanzausgleichsgesetz)	1.475.000	1.475.000	1.475.000	1.400.000
Sonderzuschuss Stadt Brandenburg an der Havel	50.000	50.000	50.000	50.000
Sonstige projektabhängige Zuschüsse	59.000	86.000	86.000	86.000
Gesamt	6.777.768	6.686.400	6.796.400	6.831.400

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)

Bilanz	2009	2010	2011
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	570	495	448
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	10	10	6
II. Sachanlagen	560	485	442
B. Umlaufvermögen	1.155	1.352	1.191
I. Vorräte	8	3	8
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	43	58	117
III. Kassenbestand, Guthaben	1.103	1.291	1.066
C. Rechnungsabgrenzungsposten	13	11	18
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung	0	0	24
Passivseite			
A. Eigenkapital	806	650	701
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Kapitalrücklage	0	1	1
III. Gewinnvortrag	876	780	624
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-96	-156	51
B. SoPo Investitionszuschüsse	196	230	250
C. Rückstellungen	418	516	395
D. Verbindlichkeiten	236	375	217
E. Rechnungsabgrenzungsposten	82	87	118
Bilanzsumme	1.738	1.858	1.681

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)

GuV	2009	2010	2011
1. Umsatzerlöse	644	623	704
2. Erträge aus Zuschüssen	6.741	6.763	6.811
3. Sonstige betriebliche Erträge	76	150	80
4. Inszenierungsaufwand	-1.566	-1.389	-1.445
5. Personalaufwand	-5.083	-5.371	-5.091
6. Abschreibungen	-240	-205	-224
7. Sonstige betriebl. Aufwendungen	-673	-731	-774
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7	24	7
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1	-17	-16
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-95	-153	53
11. Außerordentliche Aufwendungen	0	-2	0
11. Sonstige Steuern	-1	-2	-2
12. Jahresergebnis	-96	-156	51

III.2.4 Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Verwaltungs- und Beteiligungsholding

Firmensitz

Hauptstr. 32
14776 Brandenburg
Tel.: 03381/ 62 97 0
Fax: 03381/ 62 97 23

e-mail: gf@twb-brb.de

Gründung

Die TWB (Technische Werke Brandenburg GmbH) wurde am 06.07.1991 von der Stadt Brandenburg an der Havel gegründet.

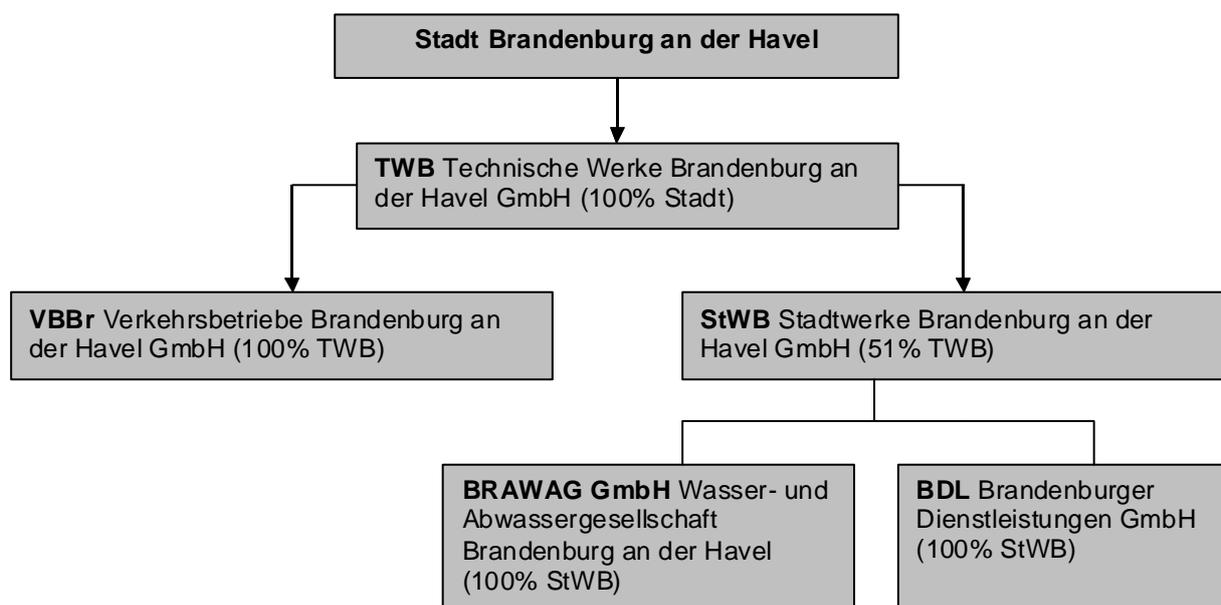
Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 102.400 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100 %

Unterbeteiligungen

Die TWB ist Holding Gesellschafterin mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen von zwei juristisch selbstständigen Tochterunternehmen. Mittelbar ist die TWB an zwei weiteren Gesellschaften über die StWB beteiligt.



Verbundene Unternehmen (Stand 31.12.2011)				
<u>Name und Sitz</u>	<u>Stammkapital der jeweiligen Gesellschaft in T€</u>	<u>Anteil am Stammkapital in T€</u>	<u>Kapitalanteil in %</u>	<u>Gegenstand</u>
a.) Unmittelbare Beteiligungen				
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB)	8.181,0	4.172,0	51,0	Planung, Errichtung, Erwerb und Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wärme sowie Wasser und Abwasser dienen.
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBBr)	1.971,0	1.971,0	100,0	Planung, Bau und Vorhaltung von Verkehrsanlagen, Betrieb von Straßenbahnen, Omnibussen, Fahrgastschiffen, Fähren und anderen der Personenbeförderung dienenden Fahrzeugen
b.) Mittelbare Beteiligungen				
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel	6.647,0	3.390,0	51,0	Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Einrichtungen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung
Brandenburger Dienstleistungen GmbH (BDL)	434,0	221,0	51,0	Hausmeisterdienste, Garten- und Landschaftspflege, technische und Reinigungsdienstleistungen, Werk- und Dienstleistungen bezüglich Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung

Die StWB stellt einen Teilkonzernabschluss, in dem die BRAWAG GmbH und die BDL GmbH eingebunden werden.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 28.10.1999.

Die Eintragung ins Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam ist unter der Registernummer HRB 2807 P am 01. Dezember 1999 erfolgt.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Klaus Deschner

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter der Gesellschafterin in der Gesellschafterversammlung ist seit dem 17.12.2003 die Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann.

Die Gesellschafterversammlung trat im Jahr 2011 zu zwölf ordentlichen Sitzungen zusammen.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat der TWB besteht aus neun Mitgliedern. Die Oberbürgermeisterin ist kraft ihres Amtes Mitglied des Aufsichtsrates.

Aufsichtsratsmitglieder 2011

Aufsichtsratsvorsitz	Frau Dr. Dietlind Tiemann
Stellvertreter	Herr Herbert Nowotny
weitere Mitglieder	Herr Martin Simon
	Herr Walter Paaschen
	Herr Klaus-Peter Fischer
	Frau Britta Kornmesser
	Herr Renè Kretzschmar
	Herr Uwe Trütschler
	Herr Gerhard Zepf

Im Geschäftsjahr 2011 fanden drei Aufsichtsratssitzungen statt.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck der TWB ergibt sich aufgrund der Holdingstruktur aus den öffentlichen Zwecken der Tochtergesellschaften. Diese werden jeweils in diesem Beteiligungsbericht ausführlich aufgezeigt. Zudem wird mit dem Konstrukt der TWB der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachtet sowie Synergieeffekte genutzt.

Gegenstand des Unternehmens

- Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen, insbesondere an Unternehmen der kommunalen Wirtschaft der Stadt Brandenburg an der Havel
- Förderung dieser Unternehmen und sonstiger kommunaler Einrichtungen auch wirtschaftlicher Natur, insbesondere durch Beratung und Erbringung von Dienstleistungen
- Abschluss von Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträgen mit Tochtergesellschaften
- Erwerb, die Verwaltung, die Bewirtschaftung und die Veräußerung von bebauten und unbebauten Grundstücken

Diese Tätigkeiten kann die Gesellschaft nur insoweit ausüben, als sie durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt sind und in Verbindung zur Aufgabe der Beteiligungsverwaltung stehen. Darüber hinaus ist die Gesellschaft berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung und Wirtschaftlichkeit des Unternehmensgegenstandes dienen. Bedient sich die Gesellschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen, beteiligt sich oder errichtet, erwirbt oder pachtet solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe, muss der Stadt Brandenburg an der Havel eine angemessene Einflussnahme ermöglicht werden.

Die TWB GmbH dient in ihrer Holdingfunktion als Aufsichts- und Verwaltungsorgan und stellt das Bindeglied zwischen den Tochtergesellschaften und der Stadt Brandenburg an der Havel dar. Wesentlicher Zweck der TWB ist die Beteiligung an den städtischen Unternehmen,

die Herstellung eines steuerlichen Querverbundes und die Nutzung von Synergieeffekten, insbesondere auf den Gebieten der Finanzierung und des Controllings.

Die TWB als reine Verwaltungs- und Finanzholding hat die Aufgabe der wirtschaftlichen Verwaltung und Steuerung ihrer Tochterunternehmen, die insbesondere Versorgungs- und Dienstleistungsunternehmen sind.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2010	2011
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	76%	80%	79%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	99%	99%	99%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0 €
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	131%	123%	126%
Zinsaufwandquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	1669%	1623%	2344%
Cashflow	-2.406 T€	-1.880 T€	1.940 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-7%	-7%	-7%
Umsatz	0	0	173 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-2.153 T€	-2.165 T€	1.935 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	0%	0%	200%
Anzahl der Mitarbeiter	5	5	5

Lagebericht der Gesellschaft

Nach dem starken wirtschaftlichen Aufschwung im Jahr 2010 waren auch in 2011 überdurchschnittliche Wachstumsraten im Land Brandenburg zu verzeichnen.

Der immer intensivere Wettbewerb gerade auf dem Energiemarkt und auch die leicht rückläufige Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Brandenburg an der Havel führen zu Verschiebungen in den Versorgungsstrukturen und beeinflussen somit das Geschäft sowohl im Energie- und Wasserversorgungs- als auch im Abwasserentsorgungsbereich und dem öffentlichen Nahverkehr und fließen in die Instandhaltungs- und Netzausbaustrategie ein.

Das Energiewirtschaftsjahr 2011 wurde stark durch den Ausstieg aus der Atomenergie und die Eurokrise geprägt. Die schnelle politische Kehrtwende in der Energiepolitik nach Fukushima mit der Abschaltung alter Atomkraftwerke sorgte für einen vorübergehenden Anstieg der Energiepreise. Die ab Juli immer mehr in den Fokus tretenden Finanzprobleme in Europa sorgten ab Juli 2011 für tendenziell fallende Strompreise.

Die Energiepreise werden weiterhin eng von den Erwartungen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Konsolidierung des Euros und der Eurozone und damit vom Erfolg der Umsetzung der politischen Ziele und des Euro-Rettungspaketes beeinflusst.

Der Einfluss des Ölpreises auf den Strompreis für das gesamte Jahr 2011 war eher gering. Trotz des weiteren Zubaus von Photovoltaikanlagen und den planmäßigen Inbetriebnahmen von zusätzlichen EEG-Anlagen (Erneuerbare-Energien-Gesetz) in 2011 hat sich die EEG-Umlage nur leicht erhöht. Im StWB-Netzgebiet ist die Zahl der agierenden Stromhändler im Tarifkundengeschäft nahezu konstant zwischen 70 und 80 Anbietern geblieben.

Im Gasmarkt haben sich die bisherigen Nischenprodukte Biogas- bzw. Klimatarif nun etabliert. Fast die Hälfte aller Anbieter in Brandenburg an der Havel hat ein solches Produkt im Angebot. Die Zahl der Erdgashändler in der Stadt hat sich im Jahresverlauf 2011 mehr als verdoppelt – sie stieg von 24 auf 52 Anbieter. Wie im Strombereich wird auch hier über diverse Boni und Freikilowattstunden um neue Kunden geworben.

Die Entwicklung der verkauften Gas- und Wärmemengen wird wesentlich von der Witterung beeinflusst. Aufgrund der im Vergleich zum Vorjahr milderen Temperaturen 2011 ist der Absatz in diesen Sparten gesunken. Für die Folgejahre werden wieder normale Verhältnisse anhand des langjährigen Mittels unterstellt.

Der sparsamere Umgang mit dem Lebensmittel „Trinkwasser“ gegenüber dem Vorjahr führte in der Stadt Brandenburg an der Havel zu einem Rückgang der verkauften Trinkwassermenge um 1,8%.

Gemäß § 7 der am 2. Dezember 2009 geschlossenen Verkehrsvereinbarung zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der TWB und der VBBr verpflichtet sich die Gesellschaft, die vom Europäischen Gerichtshof aufgestellten Kriterien zum sog. Altmark-Trans-Urteil zu erfüllen und dies – insbesondere hinsichtlich eines durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens – alle zwei Jahre nachzuweisen. Dabei wurde festgestellt, dass die Ist-Kosten der VBBr die analytisch ermittelten höchstens ausgleichsfähigen Kosten unterschreiten und mithin dem vom Europäischen Gerichtshof aufgestellten Kostenmaßstab entsprechen. Die VBBr

beförderte im Jahr 2011 rund 131.000 Personen (+ 1,7%) mehr als im Vorjahr, bei einem Anstieg der Betriebsleistung von 57.000 km (+ 2,9%).

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2011 wurde ein Bilanzgewinn von 1.936 T€ (2010: Bilanzverlust 2.165 T€) realisiert. Die Steigerung des Jahresergebnisses im Vergleich zum Vorjahr ist in der geänderten Zuordnung der ÖPNV-Zahlungen von Einlagen der Gesellschafterin in die Kapitalrücklagen in 2010 zu den sonstigen betrieblichen Erträgen in 2011 begründet. Das Jahresergebnis 2011 war entsprechend der Aufgaben einer Holding vom Beteiligungsergebnis geprägt; die Aufwendungen aus der Verlustübernahme für die Durchführung des ÖPNV in der Stadt Brandenburg an der Havel von 4.382 T€ (2010: 4.361 T€) überstiegen die Erträge aus Beteiligungen in Höhe von 2.295 T€ (2010: 2.346 T€).

In der nachfolgenden Darstellung wurden die Zahlungen der Stadt Brandenburg an der Havel als Zuwendungen für ÖPNV und Fähre vom Betriebsergebnis umgegliedert in eine separate Zeile, um den Vergleich zu Vorjahren darzustellen.

Die Entwicklung der Ertragslage stellt sich im Mehrjahresvergleich wie folgt dar:

	2008	2009	2010	2011
	T€	T€	T€	T€
Betriebsergebnis ohne ÖPNV	-322	-386	-380	-463
Finanzergebnis	-1.821	-1.774	-1.879	-1.985
davon Verlustübernahme ÖPNV	4.504	4.408	4.361	4.382
Neutrales Ergebnis	2	7	94	2
Jahresfehlbetrag vor Zuwendungen ÖPNV und Fähre	2.141	2.153	2.165	2.466
Zuwendungen ÖPNV und Fähre				4.382
Jahresüberschuss	-2.141	-2.153	-2.165	1.936

Im Geschäftsjahr 2011 erhöhte sich die Bilanzsumme um 441 T€, was insbesondere in der Erhöhung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens für gezahlte Investitionszuschüsse an die VBBr begründet ist.

Das Eigenkapital erhöhte sich im Geschäftsjahr durch Entnahmen der Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel (1.391 T€) saldiert mit dem Jahresüberschuss (1.936 T€) um 545 T€.

Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin von 104 T€ (2010: 225 T€) resultieren aus den nicht verbrauchten zweckgebundenen Zuwendungen des Aufgabenträgers für den öffentlichen Personennahverkehr aus Vorjahren.

Mit einer den Aufgaben einer Beteiligungsholding entsprechenden Eigenkapitalquote von 99,4% (2010: 99,0%) ist die Finanzierung des langfristig gebundenen Vermögens gesichert.

Primäre Einnahmequelle der TWB ist das Ausschüttungspotenzial der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH, das jedoch nach gegenwärtigem Stand die Aufwendungen für die Durchführung des ÖPNV in der Stadt Brandenburg an der Havel nicht nachhaltig decken kann.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden wie in den Vorjahren die Aufwendungen der TWB für die Durchführung des ÖPNV in der Stadt Brandenburg an der Havel ausgeglichen. Die Kapitalentnahme durch die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel über 1.391 T€ wurde im Geschäftsjahr vollständig aus der Gewinnausschüttung der StWB in Höhe von 2.295 T€ finanziert. Außerdem war im Geschäftsjahr 2011 der Investitionszuschuss in Höhe von 1.009 T€ an die VBBR von der TWB ohne Ausgleich durch die Stadt Brandenburg an der Havel entsprechend Gesellschafterbeschluss zu leisten.

Der Finanzmittelbestand hat sich im Wesentlichen daher gegenüber dem Vorjahr um 367 T€ von 3.934 T€ auf 3.567 T€ verringert. Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr gesichert.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Entwicklung der verbundenen Unternehmen

Der rückläufige Trend der Bevölkerungszahlen im Versorgungsgebiet scheint etwas gebremst. Die Anzahl der Einwohner sank gegenüber dem Vorjahr nur leicht.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligungen wird durch den zunehmenden Wettbewerb beeinflusst. Die Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigung kommunaler Unternehmen durch die brandenburgische Kommunalverfassung auf dem Gebiet der Kommune wirkt sich zusätzlich hemmend auf die Unternehmensaktivitäten aus.

Den hieraus erwachsenden Risiken wird im Rahmen des Konzernverbundes der TWB mit kontinuierlicher konzeptioneller Arbeit zur Erhöhung der Effektivität begegnet.

Teilkonzern Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH

Die Geschäftsführung der StWB sieht wesentliche Risiken in der instabilen politischen Lage im Nahen Osten/Nordafrika und dem damit verbundenen hohen Rohölpreis sowie einem Überangebot an Erdgas, der zu einer weiteren Entkopplung des Erdgaspreises vom Ölpreis führte. Weitere Risiken sieht die Geschäftsführung der StWB im zunehmenden Wettbewerb sowie in den gravierenden Veränderungen in der Energiepolitik.

Die Geschäftsführung der StWB wird durch geeignete Maßnahmen, dazu gehören auch geplante Kooperationen mit Stadtwerken im Westhavelland, den Mehrbelastungen entgegen, um sie so weit wie möglich abzumildern. Des Weiteren ist geplant, unter anderem Investitio-

nen in Klimaschutzprojekte, um den Anteil der Eigenerzeugung am Strombeschaffungsportfolio zu erhöhen. Darüber hinaus wurde mit der strukturierten Gasbeschaffung begonnen, um auch künftig wettbewerbsfähige Preise anbieten zu können. Festpreisangebote im eigenen und in fremden Netzgebieten helfen, die Kunden an StWB zu binden.

Risiken im Bereich Trinkwasserversorgung sieht die Geschäftsführung insbesondere in den Absatz- und Instandhaltungsrisiken sowie in Risiken aus zu geringer Auslastung des Trinkwasser- und Abwassernetzes wegen der weiter sinkenden Bevölkerungsentwicklung und des damit verbundenen Rückgangs des Trinkwasserverbrauchs.

Die StWB plant für die kommenden zwei Geschäftsjahre mit einem konstant guten Geschäftsergebnis.

Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH

Die VBBr erhielt aufgabenbedingt auch im Jahr 2011 Zuwendungen zum ÖPNV, die sie von der Aufgabenträgerin, der Stadt Brandenburg an der Havel, über ihre Gesellschafterin TWB bekam.

Als Risiko identifiziert die Geschäftsführung der VBBr insbesondere die Absicherung der langfristigen Finanzierung des ÖPNV durch die Aufgabenträger Stadt Brandenburg an der Havel, das Land Brandenburg und den Bund auch für notwendige Investitionsmaßnahmen. Weitere finanzielle Risiken ergeben sich aus den offenen Einnahmeaufteilungsrechnungen des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg und dem Auslaufen des Tarifvertrages TV-N zum 31.12.2012.

Als Schwerpunkt für das Jahr 2012 definiert die Gesellschaft die Fortsetzung der Baumaßnahmen zur Rekonstruktion der Gleis- und Oberleitungsanlagen am Hauptbahnhof sowie am Nicolaiplatz mit möglichst wenigen Behinderungen für die Fahrgäste.

Chancen und Risiken der künftigen Geschäftsentwicklung

Mit den im Geschäftsjahr und in den Vorjahren vollzogenen Kapitalentnahmen ist der Liquiditätsbestand der TWB reduziert worden.

Zur Sicherung der VBBr ist der Ausgleich des in der Wirtschaftsplanung 2012 mittelfristig definierten Zuschussbedarfes durch die Stadt Brandenburg an der Havel, wie in der Verkehrsvereinbarung geregelt, erforderlich.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	<p>2009: Kapitaleinlagen: 4.664.839,54 € Kapitalentnahmen: -5.962.302,22 € 2010: Kapitaleinlagen: 4.667.842,03 € Kapitalentnahmen: -4.203.213,00 €</p> <p>Die Einlagen wurden von der Gesellschafterin zur Finanzierung der Zuschüsse der TWB GmbH an die Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH für die Stützung des ÖPNV und die Fähre Neuendorf geleistet. Die Entnahmen betreffen Barentnahmen der Gesellschafterin. 2011: Erfolgte eine Kapitalentnahme in Höhe von 1.391.202 €. Die ÖPNV-Zuschüsse wurden im Geschäftsjahr 2011 erstmals ertragswirksam den sonstigen betrieblichen Erträgen zugeordnet.</p>
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	<p>1. Vertragsbeziehungen bestehen neben Gesellschaften des TWB-Konzerns mit unmittelbaren städtischen Betrieben: Dienstleistungsverträge mit der PEK, der TGZ, dem Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel sowie dem Zweckverband BUGA 2015 (bis April 2012) über die Durchführung der Buchführung und die Erarbeitung des Jahresabschlusses, der Quartals- und Wirtschaftspläne; Verkehrsvereinbarungen zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der VBBr sowie der TWB zu erteilten Linienkonzessionen in der Stadt Brandenburg an der Havel.</p> <p>2. Dienst- und Leistungsbeziehungen bestehen zwischen der TWB und wobra (Hausmeistervertrag, Mietvertrag, Managementleistungen, Bilanzbuchhaltung, Revision).</p>

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2009	2010	2011
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	23.388	23.390	23.391
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0	2
II. Sachanlagen	23	25	24
III. Finanzanlagen	23.364	23.365	23.365
B. Umlaufvermögen	6.615	4.613	4.240
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.261	678	673
III. Kassenbestand, Guthaben	5.354	3.935	3.567
C. Rechnungsabgrenzungsposten	933	1.121	1.935
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	30.540	28.840	29.384
I. Gezeichnetes Kapital	102	102	102
II. Kapitalrücklage	32.590	30.902	27.346
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
VI. Bilanzverlust	-2.152	-2.165	1.936
B. Rückstellungen	162	48	60
C. Verbindlichkeiten	234	236	121
Bilanzsumme	30.936	29.124	29.565

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2009	2010	2011
1. Umsatzerlöse	0	0	173
2. Bestandsänderungen	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	162	264	4.389
4. Materialaufwand	0	0	0
5. Personalaufwand	-337	-337	-344
6. Abschreibungen	-5	-3	-4
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-198	-210	-293
8. Erträge aus Beteiligungen	2.424	2.346	2.295
9. Erträge aus Ausleihungen	44	0	0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	166	136	102
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-4.408	-4.361	-4.382
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.152	-2.165	1.936
14. Sonstige Steuern	0	0	0
15. Jahresergebnis	-2.153	-2.165	1.936

III.2.4.1 Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Öffentlicher Personennahverkehr

Firmensitz

Upstallstr. 18
14772 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/53 41 00
Fax: 03381/53 41 01
e-mail: info@vbbr.de
Internet: www.vbbr.de

Gründung

Die Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBBr) ist durch Umwandlung des in Eigenregie übernommenen VEB Verkehrsbetriebe Brandenburg entstanden. Die Gesellschaft wurde am 24.06.1991 gegründet. Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam unter HRB 1685 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	1.971.100 €
TWB GmbH	100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hat keine Tochterunternehmen und ist an keinem Unternehmen beteiligt.

Aktuelles Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag ist datiert vom 10. November 1999. Der Gesellschaftsvertrag wurde am 08.02.2000 in das Handelsregister eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Werner Jumpertz

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung in der Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung der TWB wahrgenommen.

Die Gesellschafterversammlung trat im Geschäftsjahr 2011 zu drei Sitzungen zusammen.

- *Beirat*

Der Beirat setzt sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Beiratsmitglieder 2011	
Beiratsvorsitz	Herr Ralf Viertel
weitere Mitglieder	Herr Michael Kilian Frau Anett Schulze Herr Andreas Martin Herr Uwe Trütschler

Im Geschäftsjahr 2011 fand eine Beiratssitzung statt.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist laut § 2 des Gesellschaftsvertrages:

- Planung, Bau und Vorhaltung von Verkehrsanlagen, der Betrieb von Straßenbahnen, Omnibussen, Fähren und anderen der Personenbeförderung dienenden Fahrzeugen zur bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit ÖPNV-Leistungen zu sozialverträglichen Preisen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Rahmen und nach Maßgabe des Nahverkehrsplanes der Stadt Brandenburg an der Havel
- Betrieb artverwandter und branchenüblicher Nebengeschäfte sowie aller sonstigen Geschäfte, die der Erreichung und Förderung des Hauptzwecks dienlich sind
- Durchführung aller Maßnahmen und Geschäfte, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann
- Beteiligung, die Errichtung, der Erwerb oder die Pacht anderer Unternehmen sowie die Eingehung von Interessengemeinschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit um dem Bedarf der Stadt steht

Die Aufrechterhaltung der Personenbeförderung hat Vorrang vor wirtschaftlichen Gesichtspunkten, soweit dies mit der Haushaltslage der Gesellschafterin in Einklang zu bringen ist. Ein vorrangiges Ziel, Gewinn zu erzielen, liegt nicht vor.

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz (Gesetz über den Öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg) stellt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr eine Aufgabe der Daseins-

vorsorge dar. Diese obliegt gemäß § 3 Abs. 3 ÖPNV-Gesetz den Landkreisen und kreisfreien Städten. Hierzu ist je nach Bedarf ein Liniennetz aufzubauen, dass in einer bestimmten Taktdichte befahren wird. Der Begriff "ausreichend" ist insoweit unbestimmt und wird erst durch die vorhandene Nachfrage ausgefüllt. Die Stadt Brandenburg an der Havel bedient sich zur Erfüllung dieser Aufgabe der Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2010	2011
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	91%	85%	82%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	23%	23%	23%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	101%	116%	118%
Zinsaufwandquote	6%	5%	4%
Liquidität 3. Grades	108%	159%	153%
Cashflow	1.336 T€	938 T€	1463 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0	0	0
Umsatz	4.864 T€	5.183 T€	5.394 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	-25 T€	0 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	107%	101%	103%
Anzahl der Mitarbeiter	143	143	152

Lagebericht der Gesellschaft

Ende des Jahres 2011 erteilte das Land Brandenburg den Verkehrsbetrieben Brandenburg an der Havel GmbH für zwei Großprojekte an Infrastrukturmaßnahmen im Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV), und zwar für die Bereiche Hauptbahnhof und Nicolaiplatz, Bescheide über eine 75%-Förderung der gesamten ÖPNV-Investitionskosten von rund 8,3 Mio. €. Diese komfortable Hilfestellung des Landes zur städtebaulichen Aufwertung von zwei so wichtigen Teilbereichen in der Stadt Brandenburg an der Havel mag den Blick nicht verschließen vor der finanziellen Perspektive der Verkehrsbetriebe im Land Brandenburg.

ÖPNV kann auch künftig nicht ohne öffentliche Förderung betrieben werden.

Finanzmittel des Bundes an die Bundesländer zur Verbesserung der regionalen Verkehrsverhältnisse brechen weg. Mittel nach dem sog. Entflechtungsgesetz werden ab 2014 jährlich um 15% gekürzt und laufen 2019 aus.

Finanzmittel des Bundes nach dem sog. Regionalisierungs-Gesetz, die vorwiegend aber nicht ausschließlich für den Eisenbahnbetrieb (SPNV) an die Bundesländer als Aufgabenträger des SPNV ausgereicht werden, stehen zur Disposition. Höhe und Verteilung zwischen den Bundesländern sind in der Verhandlung.

Es könnte passieren, dass das Land Brandenburg keinen Ausgleich für wegbrechende Bundesmittel für den ÖPNV-Betrieb in den Kreisen und kreisfreien Städten des Landes vorsieht.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

2011 wurden 1.836 T€ investiert. Davon 769 T€ in die Erneuerung von Gleis- und Fahrleitungsanlagen am Hauptbahnhof. Dieser 1. Bauabschnitt umfasst 3,5 Mio. €. Die Umgestaltung des Nicolaiplatzes mit der Veränderung der Gleisstrasse im Umfang von 5 Mio. € wurde 2011 mit 189 T€ begonnen. 337 T€ betrug die Ersatzbeschaffung von 23 Fahrscheinautomaten mit Banknotenakzeptanz. Angeschafft wurde ein Gelenkominibus für 347 T€.

Die Darlehen haben sich daher wie folgt entwickelt:

Stand 01.01.2011	4.919 T€
Tilgung	599 T€
Kreditaufnahme (für den Gelenkominibus)	300 T€
Endstand 31.12.2011	4.620 T€

Mit der Vollsperrung der Neuendorfer Straße und die halbseitige Sperrung der Steinstraße fand am 07.03.2011 ein Fahrplanwechsel statt. Er erforderte eine Anpassung der Linienführungen und Neuabstimmung von Anschlussbeziehungen beziehungsweise eine Absicherung des Schulverkehrs an allen Standorten. Um den Fahrgästen möglichst keine Einschränkungen zuzumuten, wurde ein Baustellenfahrplan erstellt, der alle bisherigen Verkehrsverbindungen aufrecht erhielt. Durch die Verstärkung der Linie H (Halbstundentakt) wurde die Bedienung im Bereich Neuendorfer Straße, Kanalstraße, Bauhofstraße sichergestellt. Um die längeren Verkehrswege und Fahrzeiten abzusichern, wurden

zusätzlich 4 Omnibusse erworben und 5 Fahrer befristet für den Baustellenfahrplan eingestellt. Die Linie A ergänzte die Linien D und F auf dem Abschnitt Schmerzke /Klein Kreuz, um die Umleitungen für die Fahrgäste zeitlich gering zu halten.

Die Baumaßnahme war bis 14.08.2011 geplant und wurde bis zum 05.09.2011 verlängert. Dieser Baustellenfahrplan verursachte zusätzliche Aufwendungen von 135 T€.

Die Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb des Linienverkehrs gemäß § 42 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) sind für den Straßenbahnbetrieb bis 31.05.2025 und für den Stadtomnibusbetrieb bis 31.05.2016 und für die Nachtlinien bis 10.01.2014 erteilt.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Vermögens- und Finanzlage

Bei der Bilanzsumme ist eine Zunahme von 588 T€ gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Das resultiert hauptsächlich aus der Zunahme der liquiden Mittel um 682 T€. Dem stehen auf der Passivseite im Wesentlichen höhere Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen gegenüber.

Das langfristige gebundene Vermögen wird vollständig durch langfristige Mittel abgedeckt.

Das Nettoumlaufvermögen (Umlaufvermögen minus kurzfristige Fremdmittel) hat sich auf 1,4 Mio. € erhöht.

Die Eigenkapitalquote beträgt 22,8% (2010: 23,4%) und unter Berücksichtigung des Sonderpostens 68,8% (2010: 69,3%).

Kapitalflussrechnung

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit wurde ein positiver Cashflow von 1.463 T€ erzielt. Dieser dient zur Finanzierung von Investitionen unter Berücksichtigung der Investitionszuschüsse und zur Tilgung von Krediten.

Ertragslage

Die VBBr hat im Jahr 2010 einen Vertrag abgeschlossen, der es einem anderen Verkehrsunternehmen ermöglicht, bei der VBBr zu tanken. Die hier entstandenen Aufwendungen und Erträge aus dem Verkauf des Dieselkraftstoffes, werden in der weiteren Betrachtung der Ertragslage nicht berücksichtigt. Ebenfalls die zusätzlichen Aufwendungen des Baustellenfahrplans.

Der Jahresfehlbetrag (ohne Baustelle) beträgt 4.206,1 T€ zum Plan von 4.220,6 T€.

Die Hochrechnung von 4.341.600 € Jahresfehlbetrag wurde einschließlich Baustellenfahrplan (Verlängerung der Baustelle - daher höhere Kosten + 14,5 T€) so bestätigt.

Die Umsatzerlöse liegen mit 113,6 T€ über dem Plan und mit 210,3 T€ über dem Ist 2011. Mehrerlöse im Verbundverkehr (Einnahmeaufteilungsrelevant) gegenüber Vorjahr wurden in Höhe von 187,5 T€ erzielt.

Die größte Erlössteigerung wird im Regionaltarif verzeichnet mit 163,2 T€. Durch die zeitweise Verlagerung der DB-Verkaufsstelle am Hauptbahnhof, hat der Verkauf in unserer Provisionsverkaufsstelle (Zeitungskiosk) stark zugenommen. Dieser Zuwachs wird wahrscheinlich direkt (abzüglich Vertriebsprovision) in die Einnahmeverteilung fließen.

Für das Jahr 2011 wurden insgesamt 228,8 T€ Rückstellungen für zukünftige Einnahmeverteilungen gebildet. Basis ist die durchgeführte Verkehrserhebung 2010. Bisher liegen nur unnormierte (Normierung - monatliche Anpassung der Daten an die Ergebnisse des Zählmonats) spezifische Daten pro Verkehrsunternehmen vor, wo die VBB gegenüber 2007 eine Steigerung bei den beförderten Personen sowie bei den Personenkilometern hat. Diese Daten werden auf Verbundbeförderungsfälle zusammengefasst und die Anteile pro Verkehrsunternehmen ermittelt, die die Grundlage für die Einnahmeverteilung von 2010-2012 bilden. Ausschlaggebend dabei ist auch noch der Anteil der Einnahmen der einzelnen Verkehrsunternehmen.

Materialaufwand

Die Material-, Roh- und Betriebsstoffe wurden mit 39,2 T€ gegenüber dem Wirtschaftsplan 2011 überschritten.

Dies resultiert aus Gesamtüberschreitungen in Höhe von 72,6 T€ u. a. für Dieselmotorkraftstoffkosten Kraftomnibusse (KOM) und interner Fuhrpark in Höhe von 54,3 T€, aus 9,2 T€ Instandhaltungsmaterial und 9 T€ Dienstkleidung (befristete Neueinstellungen Fahrer).

Gegenüber stehen Gesamtunterschreitungen in Höhe von 33,4 T€, z.B. von Fahrstrom in Höhe von 18,6 T€, Fernwärme 4,7 T€, sonstigem Stromverbrauch 2,4 T€, Verschrottungskosten 4,4 T€, Mineralölsteuererstattung um 4,2 T€.

Die Unterschreitung der Fahrstromkosten ist dem milden Winterwetter am Jahresanfang, als auch am Jahresende geschuldet, trotz des Preisanstiegs (2010: 15,06 ct/kWh 2011: 16,67 ct/kWh). Statt 3.098 TkWh 2010 wurden nur 2.600 TkWh 2011 verbraucht.

Der Aufwand für bezogene Leistungen wird gegenüber der Planung mit 13,8 T€ unterschritten. Gründe dafür sind u. a. nicht in Anspruch genommene Winterdienstleistungen. Gegenüber 2010 wurden 60 T€ weniger verbraucht, da 2011 keine umfangreichen Reparaturleistungen durch Winterschäden entstanden sind.

Personal

Der Personalaufwand liegt 2011 mit 238 T€ höher als 2010, Ursache hierfür ist hauptsächlich die planmäßige Tarifierhöhung von 1,5% lt. Tarifvertrag TV-N (55 T€), die höhere Jahressonderzahlung und die Erholungsbeihilfe gemäß Anwendervereinbarung (69 T€), Abfindungszahlungen für Aufhebungsverträge (68 T€) sowie die Erhöhung der Beiträge zur Berufsgenossenschaft (11 T€). Durch den hohen Krankenstand wurden auch befristete Einstellungen vorgenommen.

Die Zahl der Beschäftigten ohne Auszubildende betrug zum 31.12.2011 154 (31.12.2010: 143 Mitarbeiter). Im Durchschnitt waren 2011 152 Arbeitnehmer beschäftigt.

Der Krankenstand der Gesamtbelegschaft betrug 2011 7,71% (2010: 6,53%). Ohne Dauer Kranke liegt der Krankenstand im Durchschnitt bei 3,97% (2010: 4,45%). Das entspricht einer durchschnittlichen Krankheitsdauer von rund 20 Tagen je Mitarbeiter, einschließlich insgesamt 1.433 Tage (2010: 742 Tage) ohne Lohnfortzahlung.

Die VBBr ist anerkannter Ausbildungsbetrieb. Im Jahr 2011 befanden sich zwei Industriemechaniker, zwei Mechatroniker, sechs Berufskraftfahrer sowie zwei Bürokaufleute bei der VBBr in Ausbildung, wobei zwei überbetrieblich ausgebildet werden. Zwei Auszubildende lernten 2011 erfolgreich aus.

Leistungserbringung

Die VBBr bedient das Stadtgebiet Brandenburg an der Havel mit Straßenbahnen und Omnibussen. Im Bedienegebiet beträgt die Einwohnerzahl 71.472.

Beförderte Personen

Beförderte Personen	2011	2010	Veränderung	
	in 1000	in 1000	in 1000	in %
Gesamt	7.793,2	7.662,2	+131,0	+1,7
davon Linienverkehr § 42 PBefG	7.784,5	7.657,8	+126,7	+1,7

Betriebsleistung und Fahrzeuge

	2011	2010	Veränderung	
	in 1000 km	in 1000 km	in 1000	in %
Betriebsleistung – gesamt	2.039	1.982	+57	+2,9
Linienverkehr § 42 PBefG	2.026	1.973	+53	+2,7
Straßenbahn	672	678	-6	-0,9
Omnibus (einschl. Linientaxi)	1.354 *	1.296	+58	+4,5

*Davon sind 75 Tkm zusätzlich bedingt durch den Baustellenfahrplan.

Die Ermittlung der beförderten Personen erfolgt anhand der verkauften Fahrausweise (bei der VBBr) und der durchschnittlich ermittelten Fahrtenhäufigkeit. Die Ergebnisse der Verbunderhebung 2010 liegen nur in ersten Ergebnissen bezogen auf ein Verkehrsunternehmen vor, woraus sich eine Steigerung gegenüber der Erhebung 2007 erkennen lässt.

Der Kostendeckungsgrad, bezogen auf die Umsatzerlöse, liegt bei 55% gegenüber 53% im Vorjahr. Der Gesamtkostendeckungsgrad liegt bei 56,9% (2010: 55,5%).

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Zur Erfüllung der Erfordernisse, hat die VBBr ein Risikofrüherkennungssystem eingerichtet, welches auch 2011 überarbeitet wurde.

Zielsetzung des Risikomanagements ist es, zukünftige risikobehaftete Entwicklungen frühestmöglich zu identifizieren, zu analysieren, zu bewerten und fortlaufend zu überwachen, um die langfristige Anpassung des Unternehmens an sich stetig verändernde Umweltbedingungen und die nachhaltige Existenzsicherung des Unternehmens sicherzustellen.

Ein kritisches Risiko für die VBBr ist hauptsächlich die Absicherung der langfristigen Finanzierung des ÖPNV zum einem aus den Haushaltsmitteln der Stadt Brandenburg an der Havel und zum anderen aus Bund und Land auch für notwendige Investitionsmaßnahmen. Weitere Risiken ergeben sich aus den offenen Einnahmeaufteilungsrechnungen des Verkehrsverbundes und dem Auslaufen des Tarifvertrages TV-N zum 31.12.2012.

Unser Schwerpunkt 2012 ist die Fortsetzung der Baumaßnahmen zur Rekonstruktion der Gleis- und Oberleitungsanlagen am Hauptbahnhof sowie am Nicolaiplatz mit möglichst wenigen Behinderungen für die Fahrgäste.

Insgesamt kam es ohne Berücksichtigung der Zuschüsse des Gesellschafters und der Baumaßnahme 2011 zu einer Ergebnisverbesserung von 138 T€, der Gesamtkostendeckungsgrad liegt bei 56,9%. Die Ergebnisverbesserung kommt einerseits von der Erhöhung der Beförderungsentgelte, aber es ist auch eine Steigerung der Beförderungen gelungen.

Die Einnahmeaufteilung der Jahre 2010 bis 2011 steht noch aus (Einschätzung des Risikos ist sehr problematisch), die Verbundverkehrserhebung, die 2010 stattfand, ist in der Bewertung noch nicht abgeschlossen. Daher betragen die Rückstellungen für dieses Risiko 478 T€.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zuschuss ÖPNV 2011: 4.220.600 € (ohne Ausbildungsverkehr und Fähre Neuendorf) Zuschuss Fähre: 40.331 € Investitionszuschuss: 297.543 €

Städtische Zuschüsse / Landeszuschüsse 2011:

Zuschüsse	Gesamtsumme	hiervon Landeszuweisung	hiervon städtischer Eigenanteil
	€	€	€
Zuschuss konsumtiv	4.220.600	1.205.471	3.015.129
Zuschuss Fähre	40.331	0	40.331
Ausgewiesener Subventionsbedarf	4.260.931	1.205.471	3.055.460
Investitionszuschuss	297.543	297.543	0
Zuweisung für den Ausbildungsverkehr	714.702	714.702	0
Gesamtsumme	5.273.176	2.217.716	3.055.460

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2009	2010	2011
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	20.909	19.537	19.302
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	34	281	192
II. Sachanlagen	20.872	19.253	19.107
III. Finanzanlagen	3	3	3
B. Umlaufvermögen	2.165	3.331	4.154
I. Vorräte	237	262	282
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	435	571	691
III. Kassenbestand	1.493	2.499	3.180
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
D. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung	0	0	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	5.366	5.341	5.341
I. Gezeichnetes Kapital	1.971	1.971	1.971
II. Gewinnrücklagen	3.395	3.395	3.370
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	-25	0
B. SoPo für Investitionszuschüsse	10.239	10.514	10.786
C. Rückstellungen	865	826	810
D. Verbindlichkeiten	6.386	5.949	6.291
E. Rechnungsabgrenzungsposten	218	238	228
Bilanzsumme	23.074	22.868	23.456

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)	2009	2010	2011
1. Umsatzerlöse		4.864	5.183	5.394
2. Sonstige betriebliche Erträge		4.544	4.739	4.865
3. Materialaufwand		-1.845	-2.405	-2.577
4. Personalaufwand		-5.186	-5.227	-5.536
5. Abschreibungen		-2.295	-2.134	-2.068
6. Zuführungen zum SoPo für Investitionszuschüsse		1.159	1.094	1.070
7. Sonstige betriebl. Aufwendungen		-961	-1.006	-936
8. Erträge aus Beteiligungen		0	0	0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		11	14	19
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-281	-248	-222
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		10	11	9
12. Außerordentlicher Ertrag		0	23	0
13. Außerordentlicher Aufwand		0	-47	0
14. Sonstige Steuern		-10	-11	-9
15. Jahresergebnis		0	-25	0

III.2.4.2 Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Energieversorgung

Firmensitz

Upstallstr. 25
14772 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/75 20
Fax: 03381/75 23 18
e-mail: info@stwb.de
Internet: www.stwb.de

Gründung

Die Gründung der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) erfolgte am 27.01.1995 auf der Grundlage eines Konsortialvertrages mit gleichem Datum zwischen dem kommunalen Partner und den privaten Energieversorgungsunternehmen (EVU).

Hintergrund war eine schrittweise erfolgende Rückübertragung des Vermögens der örtlichen Strom- und Gasversorgung auf die Kommunen gegen die Rückgabe der von den Kommunen gehaltenen Kapitalanteile an dem privaten EVU entsprechend dem diesbezüglichen Vergleich vor dem Bundesverfassungsgericht (Stromvergleich).

Mit der Einbringung des Strom- und Fernwärmevermögens und der Einbringung der Energieversorgung Stadt Brandenburg/Havel GmbH (EBH) und der damit verbundenen Kapitalerhöhung zum 01.04.1996 wurde Ende 1996 die Gründungsphase abgeschlossen. Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 8920 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 16.000 TDM (umgerechnet 8.181 T€)

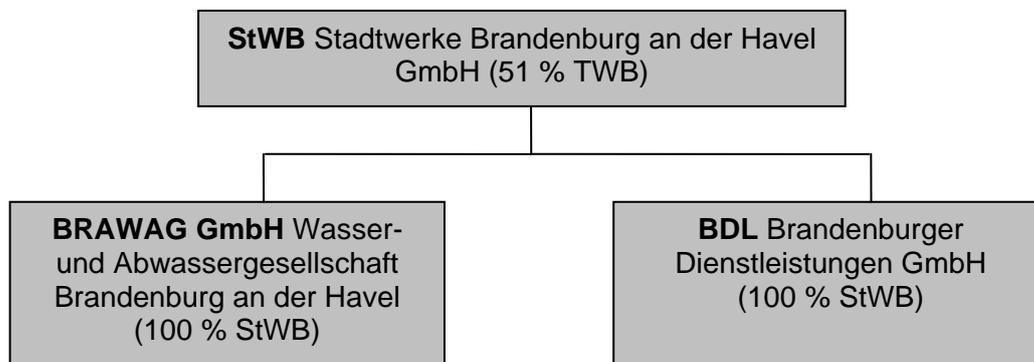
Beteiligungsverhältnisse:

<u>Beteiligungsverhältnisse</u>	
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH, (TWB)	51,00% (8.160 TDM)
E.ON edis Aktiengesellschaft Fürstenwalde	36,75% (5.880 TDM)
EMB Beteiligungsgesellschaft mbH Potsdam	12,25% (1.960 TDM)

Die Umstellung der Kapitalanteile in Euro ist 2010 noch nicht erfolgt.

Unterbeteiligungen

Unterbeteiligungen	
BDL (Brandenburger Dienstleistungen GmbH)	100%
BRAWAG GmbH (Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel)	100%



Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftervertrag datiert vom 21.06.2006.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Uwe Müller (kaufmännisches Ressort)

Wolfgang Michael Schwarz (technisches Ressort)

- *Gesellschafterversammlung*

Die Stimmrechte in der Gesellschafterversammlung verteilen sich entsprechend der Anteile am Stammkapital.

Im Geschäftsjahr fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Die Gesellschaft hat einen aus neun Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat. Im Jahr 2010 fanden drei Aufsichtsratssitzungen statt.

Aufsichtsratsmitglieder 2011

Aufsichtsratsvorsitz	Frau Dr. Dietlind Tiemann
Stellvertreter	Herr Bernd Dubberstein
weitere Mitglieder	Herr Tobias Dietrich
	Herr Alfredo Förster
	Frau Heike Friedrichs
	Herr Norbert Langerwisch
	Herr Manfred Paasch
	Herr Dr. Andreas Reichel
	Herr Dr. Eberhard M. Richter

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wärme, der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und der Klärschlamm Entsorgung dienen sowie die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesen Zwecken dienen.

Versorgungsgebiet:

Brandenburg an der Havel mit Ausnahme der Stadtteile Götting, Gollwitz, Mahlenzien, Klein Kreuz, Schmerzke und Wust

Einwohnerzahl im Versorgungsgebiet: 72.264

Fläche in km² im Versorgungsgebiet: 167,2

Kunden (Netznutzung):

Strom: 47.000
Gas: 19.000

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2010	2011
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	81%	81%	79%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	18%	20%	20%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	66%	52%	49%
Zinsaufwandquote	1,1%	1,6%	1,7%
Liquidität 3. Grades	40%	40%	39%
Cashflow	11.749 T€	20.717 T€	9.974 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	5%	7%	7%
Umsatz	98.935 T€	92.817 T€	75.954 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	4.607 T€	4.952 T€	5.267 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	8%	9%	11%
Anzahl der Mitarbeiter	132	134	134

Lagebericht der Gesellschaft

Das Energiewirtschaftsjahr 2011 wurde stark durch den Ausstieg aus der Atomenergie und die Eurokrise geprägt. Die schnelle politische Kehrtwende in der Energiepolitik nach Fukushima mit der Abschaltung alter Atomkraftwerke sorgte für einen vorübergehenden Anstieg der Energiepreise. Die ab Juli immer mehr in den Fokus tretenden Finanzprobleme in Europa sorgten ab Juli 2011 für tendenziell fallende Strompreise. So waren zum Jahresende wieder Preise zu sehen, die dem Tiefstpreinsniveau von Anfang Februar entsprachen. Der Trend setzte sich bis zum Wintereinbruch Ende Januar 2012 fort, wobei der Abwärtstrend im Gasmarkt erst Anfang Oktober 2011 deutlich wurde.

Die Energiepreise werden weiterhin eng von den Erwartungen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Konsolidierung des Euro und der Eurozone, also vom Erfolg der Umsetzung der politischen Ziele und des Euro-Rettungspaketes, beeinflusst.

Der Einfluss des Ölpreises auf den Strompreis war für das gesamte Jahr eher gering. Trotz des weiteren Zubaus von Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) und den planmäßigen Inbetriebnahmen von zusätzlichen EEG-Anlagen (Erneuerbare-Energien-Gesetz) hat sich die EEG-Umlage nur leicht von 3,53 ct/kWh in 2011 auf 3,59 ct/kWh für 2012 erhöht. Für 2013 wird von einer weiteren Erhöhung ausgegangen.

Der Wettbewerbsdruck wird sich in allen Energiesparten weiter erhöhen. Immer mehr Discount-Anbieter werben um neue Stromkunden mit Neukunden-, Öko- und anderen Boni sowie Freikilowattstunden. Die Zahl der im StWB-Netzgebiet agierenden Stromhändler im Tarifkundengeschäft variierte 2011 zwischen 70 und 80 Anbietern und blieb damit nahezu konstant.

Im Gasmarkt haben sich die bisherigen Nischenprodukte Biogas- bzw. Klimatarif etabliert. Fast die Hälfte aller Anbieter in Brandenburg an der Havel hat ein solches Produkt im Angebot. Die Zahl der Erdgashändler in der Stadt Brandenburg hat sich im Jahresverlauf mehr als verdoppelt - sie stieg von 24 auf 52 Anbieter. Wie im Strombereich wird auch hier über diverse Boni und Freikilowattstunden um neue Kunden geworben.

Die Entwicklung der verkauften Gas- und Wärmemengen wird wesentlich von der Witterung beeinflusst. Aufgrund der im Vergleich zum Vorjahr milderer Temperaturen in 2011 ist der Absatz in diesen Sparten gesunken. Für die Folgejahre werden wieder normale Verhältnisse anhand des langjährigen Mittels unterstellt.

Nach 25 Monaten musste StWB im Februar 2011 eine Strompreiserhöhung aufgrund gestiegener Beschaffungspreise und der erhöhten EEG-Umlage vornehmen. In Verbindung mit der Preiserhöhung wurden günstigere Festpreisprodukte mit Laufzeiten von 1 bzw. 2 Jahren angeboten.

Auch beim Medium Erdgas musste StWB auf die gestiegenen Einkaufspreise reagieren und informierte seine Kunden im November 2011 über die Erdgaspreiserhöhung zum 1. Januar 2012. Auch in diesem Fall wurde den Kunden ein alternatives und günstigeres Produkt mit 12-monatiger Preisfixierung offeriert.

Ertragslage

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Mio. €.

Ursache hierfür ist im Wesentlichen die Auflösung von Sonderposten in 2010 aufgrund der außerplanmäßigen Abschreibung des Heizkraftwerkes in Höhe von 5,0 Mio. €.

Der Materialaufwand in Höhe von 59,7 Mio. € liegt mit 6,9 Mio. € auf Grund geringerer Aufwendungen für Strom- und Gasbezug unter dem des Vorjahres.

Der Personalaufwand liegt mit 8,1 Mio. € (134 Mitarbeiter) auf dem Niveau des Vorjahres. Auf Grund der geringeren Umsatzerlöse in 2011 erhöhte sich die Personalaufwandsquote auf 11% (2010: 9%).

Die Abschreibungen liegen wegen der außerplanmäßigen Abschreibung des HKW in 2010 deutlich unter den Vorjahreswerten (4,7 Mio. €, 2010: 15,8 Mio. €).

Das Beteiligungsergebnis entspricht mit 1,8 Mio. € dem des Vorjahres.

Das Finanzergebnis von -0,7 Mio. € liegt über dem Vorjahresniveau von -1,3 Mio. €.

Die Zinsaufwandsquote liegt bei 1,7% (2010:1,6%).

Das außerordentliche Ergebnis des Vorjahres in Höhe von 0,2 Mio. € resultierte aus der Neubewertung der Altersteilzeitverpflichtungen, Rückstellungen für Jubiläen und Sterbegeld gemäß Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz.

Aufgrund von deutlich höheren steuerlich nicht angesetzten Aufwendungen in 2010 liegt der Steueraufwand von 3,2 Mio. € unter dem Vorjahresniveau (4,2 Mio. €).

Der Jahresüberschuss liegt mit 5,3 Mio. € rund 0,3 Mio. € über dem Ergebnis des letzten Jahres.

Umsatz- und Absatzmengen

Im Geschäftsbereich Strom-Vertrieb sind die Absatzmengen um ca. 52 GWh gesunken. Dies resultiert insbesondere aus einem geringeren Absatz an Tarif- und Sondervertragskunden, der teilweise durch einen gestiegenen Absatz an exterritoriale Kunden kompensiert werden konnte. Darüber hinaus sind die Fahrplanverkäufe sowie die Verkäufe im Rahmen der Glattstellung im Vergleich zum Vorjahr um -11 GWh gesunken. Der Umsatz verringerte sich insgesamt um 5,8 Mio. €.

Die Inanspruchnahme des StWB-Stromnetzes durch fremde Händler stieg um 28 GWh, der Umsatz um 0,6 Mio. € auf 4,2 Mio. €. Der Umsatz in der Stromeinspeisung liegt mit 4,0 Mio. € in etwa auf dem Vorjahresniveau.

Im Geschäftsbereich Gas-Vertrieb liegen die Absatzmengen im Sonder- und Tarifikundengeschäft mit 334 GWh witterungsbedingt unter dem Vorjahr. Demzufolge sind die Umsatzerlöse um 13 Mio. € gesunken.

Im Geschäftsbereich Wärmeversorgung liegen die Absatzmengen mit 168 GWh ebenfalls witterungsbedingt unter denen des Vorjahres (199 GWh). Die Umsatzerlöse in der Wärmeversorgung sind um 1,6 Mio. € gesunken.

Vermögens- und Finanzlage sowie Investitionen

Aufgrund der wesentlich geringeren Abschreibungen in 2011 und des über dem Abschreibungsniveau liegenden Investitionsvolumens hat sich das Anlagevermögen gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Mio. € erhöht.

Das Eigenkapital (ohne Sonderposten) erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Mio. €. Die Eigenkapitalquote beträgt wie im Vorjahr 20%. Durch den Gewinnvortrag aus dem Jahresüberschuss 2010 und dem gegenüber dem Vorjahr höheren Jahresüberschuss in 2011 konnte der auflösungsbedingte Rückgang der Sonderposten kompensiert werden.

Unter dem Umlaufvermögen werden die Vorräte (Heizöl, Emissionsberechtigungen sowie Maissilage), Forderungen und die liquiden Mittel ausgewiesen. Dem Rückgang der Forde-

rungen aus Lieferungen und Leistungen stand dabei eine Erhöhung der Verbundforderungen aus der Gewährung eines Darlehens an die BRAWAG gegenüber. Insbesondere wegen der um 1,4 Mio. € höheren liquiden Mittel liegt das Umlaufvermögen über dem Vorjahr und führt zu einer Liquidität 3. Grades von 39% (2010: 40%).

Das Fremdkapital ergibt sich im Wesentlichen aus Rückstellungen, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und gegenüber Dritten. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um 2,7 Mio. €, die Verbindlichkeiten aus Anleihen erhöhten sich um 1,9 Mio. €.

Die Investitionsausgaben betrafen in 2011 im Wesentlichen neben Investitionen in die Leitungsnetze und den zugehörigen Anlagen in den Sparten Strom, Gas und Wärme in Höhe von 5,1 Mio. €, die Fertigstellung von zwei Blockheizkraftwerken mit 1,3 Mio. € und mit 0,6 Mio. € die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die Erhöhung des Anlagenbestandes um 2,5 Mio. € führt bei einer Verringerung des langfristigen Fremdkapitals um 1,3 Mio. € zu einer Anlagendeckung II in Höhe von 49% (2010: 52%).

Der Cashflow wird wesentlich bestimmt durch das Jahresergebnis, die Abschreibungen und die Veränderung der langfristigen Rückstellungen. Der Cashflow verringerte sich wegen der deutlich geringeren Abschreibungen in 2011 auf 10 Mio. € (2010: 20,7 Mio. €).

Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt wie im Vorjahr 7%. Sie wird bestimmt durch den Jahresüberschuss und die Fremdkapitalzinsen.

Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr 2011 waren, wie auch im Vorjahr, durchschnittlich 134 Mitarbeiter beschäftigt.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Brandenburg an der Havel war auch im Jahr 2011 leicht rückläufig. Die Gesellschaft geht davon aus, dass sich dieser Trend fortsetzen wird.

Stromversorgung

Nach der Preisanpassung zum 01.02.2011 konnte der Strompreis im weiteren Jahresverlauf stabil gehalten und ab dem 01.01.2012 sogar durch ein neues Festpreisangebot um 0,5 ct/kWh (netto) gesenkt werden. Mittlerweile haben sich insgesamt rund 49% der Stromkunden für ein Festpreisprodukt entschieden. Durch die Rückgewinnung von Teldafax-Kunden und von anderen Lieferanten, konnten im Jahr 2011 Kundenverluste im Privat- und Gewerbekundensegment im eigenen Netzgebiet nahezu vollständig kompensiert werden.

Insgesamt konnte der Absatz an Kunden außerhalb des StWB-Netzgebietes auf rund 20 GWh gesteigert werden. Neben gewerblichen Kunden konnte insbesondere die Zahl der privaten Online-Kunden zum Jahresende auf rund 2.500 gesteigert werden.

Die strukturierte Strombeschaffung hat sich bewährt und wird entsprechend dem Aufsichtsratsbeschluss planmäßig für die Folgejahre fortgesetzt. Das Portfolio umfasst Standardpro-

dukte und Fahrplanstrukturen. Es ist durch eine auf die aktuellen Marktbedingungen zugeschnittene Beschaffungsstrategie ausgeglichen und marktfähig.

Die Netzentgelte Strom zum 01.01.2011 wurden unter Beachtung der Vorgaben der Behörde zur Ermittlung der Erlösobergrenze fristgerecht berechnet und im Internet veröffentlicht.

Gasversorgung

Trotz steigender Ölpreise hat StWB die Gaspreise in 2011 stabil gehalten und eine Anpassung erst zum 1. Januar 2012 vorgenommen. Auch hier wurde ein günstigeres Festpreisprodukt angeboten, für das sich rund 53% der Kunden entschieden haben.

Die Vorbereitungen für den externen Gasverkauf sind planmäßig vorangetrieben und 2012 beendet worden, so dass spätestens mit Beginn der Heizperiode 2012/2013 auf Basis einer strukturierten Gasbeschaffung auch außerhalb des StWB Netzgebietes Erdgas zu günstigen Konditionen angeboten werden kann.

Die Netzentgelte Gas zum 01.01.2011 wurden unter Beachtung der Vorgaben der Behörde zur Ermittlung der Erlösobergrenze fristgerecht berechnet und im Internet veröffentlicht.

Wärmeversorgung

Die Arbeiten zur Fernwärmeerschließung im Stadtgebiet Görden verlaufen planmäßig und werden im September 2012 abgeschlossen. Daneben konnten weitere Objekte im Stadtteil Nord für die Fernwärme gewonnen werden.

Regenerative Energiequellen

Im Jahr 2011 wurden im großen Umfang weitere Anlagen zur Nutzung regenerativer Energiequellen im Versorgungsgebiet der StWB in Betrieb genommen. Es waren 147 Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) zum 31.12.2011 am Netz der StWB. Die installierte Leistung der PV-Anlagen betrug zu diesem Zeitpunkt 20,7 MW (2010: 20,3 MW). Die erzeugte Energiemenge für das Jahr 2011 aus diesen Anlagen bezifferte sich auf 22,5 GWh (2010: 540 MWh). Die aus einer Erzeugungsanlage aus Abfallholz erzeugte Strommenge in Höhe von 4,4 GWh (2010: 22 GWh) wurde ebenfalls in das Netz der StWB eingespeist. Zudem wurden ca. 322 MWh Energie aus Wasserkraftanlagen eingespeist. Zusätzlich zum Heizkraftwerk der StWB erfolgte durch KWK-Anlagen (Kraft-Wärme-Kopplung) im Netz der StWB eine Einspeisung von ca. 28,7 GWh Strom (2010: 25 GWh). KWK-Anlagen tragen aufgrund der gleichzeitigen Nutzung der Wärme, die bei der Stromerzeugung entsteht, ebenfalls zu einer geringeren CO₂ Belastung bei.

Zusammenfassung und Ausblick

Das Jahr 2011 ist gekennzeichnet durch gravierende Veränderungen in der Energiepolitik. Die nach der Umweltkatastrophe in Japan vollzogene abrupte Wende führte zunächst zu stark steigenden Strompreisen. Aufgrund der Unsicherheiten durch Wirtschafts- und Eurokrise fielen sie dann sukzessive wieder auf das Ausgangsniveau zurück. Die instabile politische Lage im nahen Osten/Nordafrika war mit Ursache dafür, dass der Rohölpreis in 2011 wieder fast 125 \$/ Barrel erreichte und nur kurzzeitig unter 100 \$/ Barrel sank. Ein Überangebot an Erdgas führte zu einer weiteren Entkopplung des Erdgaspreises vom Ölpreis.

Die permanente Umgestaltung des Rechtsrahmens setzte sich unverändert fort. Beispielhaft ist hier zu nennen die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG), mit Regelungen zur Einführung intelligenter Zähler, der Schlichtungsstelle, verschärften Anforderungen im Bezug auf Informationen in Verträgen und Rechnungen. Nach der Liberalisierung des Messwesens in 2011 werden in 2012 kürzere Fristen für den Lieferantenwechsel Pflicht. Risiken sieht die Geschäftsführung auch in der Festlegung des Ausgangsniveaus für die Erlösobergrenzen Gas und Strom für die zweite Regulierungsperiode. Aufgrund der Erfahrungen mit der BNetzA (Bundesnetzagentur) im Zusammenhang mit der Kostenprüfung Gas muss festgestellt werden, dass deren Vorgehen nicht im Einklang mit der von politischer Seite geforderten Energiewende steht.

Mit geeigneten Maßnahmen, dazu gehören auch geplante Kooperationen mit Stadtwerken im Westhavelland, wird diesen Mehrbelastungen entgegnet, um sie so weit wie möglich abzumildern. Des Weiteren plant die Geschäftsführung unter anderem Investitionen in Klimaschutzprojekten um den Anteil der Eigenerzeugung am Strombeschaffungsportfolio zu erhöhen. Darüber hinaus wurde mit der strukturierten Gasbeschaffung begonnen, um auch künftig wettbewerbsfähige Preise anbieten zu können. Festpreisangebote im eigenen und in fremden Netzgebieten helfen die Kunden an StWB zu binden.

Motivierte Mitarbeiter, schlanke Geschäftsprozesse, attraktive Produkte und Serviceleistungen insbesondere auf technischem Gebiet garantieren auch in Zukunft die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens. Daher plant die Geschäftsführung auch für die kommenden zwei Jahre mit einem konstant guten Geschäftsergebnis.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Vortrag von 452.003,21 € - nicht ausgeschütteter Gewinn aus 2010 gemäß Gesellschafterbeschluss vom 07.06.2011
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Vom Jahresüberschuss 2010 in Höhe von 4.952.003,21 € wurden 4.500.000,00 € gemäß Beschluss vom 07.06.2011 an die Gesellschafter ausgeschüttet.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2009	2010	2011
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	87.402	77.664	80.156
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	249	259	417
II. Sachanlagen	56.187	46.439	48.772
III. Finanzanlagen	30.966	30.966	30.967
B. Umlaufvermögen	19.944	18.533	20.738
I. Vorräte	658	933	831
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18.182	17.260	18.164
III. Kassenbestand, Guthaben	1.104	340	1.743
C. Rechnungsabgrenzungsposten	319	173	298
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	18.870	19.222	19.989
I. Gezeichnetes Kapital	8.181	8.181	8.181
II. Kapitalrücklage	3.662	3.662	3.662
III. Gewinnrücklagen	429	429	429
IV. Gewinnvortrag	1.991	1.998	2.450
V. Jahresüberschuss	4.607	4.952	5.267
B. SoPo mit Rücklagenanteil	10.351	3.919	3.343
C. SoPo für Investitionszulagen	2.240	1.776	1.610
D. Baukostenzuschüsse	10.505	9.999	9.577
E. Rückstellungen	29.002	26.021	30.690
F. Verbindlichkeiten	36.697	34.456	34.711
G. Rechnungsabgrenzungsposten	0	977	1.273
Bilanzsumme	107.665	96.370	101.192

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2009	2010	2011
1. Umsatzerlöse	98.935	92.817	75.954
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	94	138
3. Sonstige betriebliche Erträge	13.917	14.337	11.489
4. Materialaufwand	-81.844	-66.618	-59.734
5. Personalaufwand	-8.190	-8.112	-8.098
6. Abschreibungen	-6.999	-15.832	-4.733
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.450	-7.889	-7.661
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	88	246	582
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.173	-1.496	-1.317
10. Erträge aus Beteiligungen	1.800	1.801	1.801
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10.084	9.348	8.421
12. Außerordentliche Aufwendungen	0	-163	0
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-5.047	-3.692	-2.620
14. Sonstige Steuern	-430	-542	-535
15. Jahresergebnis	4.607	4.952	5.267

III.2.4.2.1 BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel

Geschäftsbereich

Trinkwasserversorgung und Abwasserbetrieb

Firmensitz

Upstallstr. 25
14772 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/54 30
Fax: 03381/54 31 99
Internet: www.brawag.de

Gründung

Die BRAWAG (Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel) wurde auf der Grundlage des zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der TWB (Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH), der Metallgesellschaft AG (MG) und der Westfälischen Ferngas AG (WFG) am 12.08.1993 geschlossenen Konsortialvertrages gegründet.

Die Metallgesellschaft hat mit Kauf- und Abtretungsverträgen vom 19.05.1998 ihren Geschäftsanteil an die TWB und an die Westfälische Ferngas AG mit Gewinnbezugsrecht ab 01.01.1998 veräußert.

Mit Kauf- und Abtretungsvertrag vom 08.10.2002 erwarben die Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) die Anteile der TWB an der BRAWAG in Höhe von 67,55% und wurde somit zum Mehrheitsgesellschafter der BRAWAG.

Am 12.12.2005 haben die StWB den notariellen Kauf- und Abtretungsvertrag mit der RWE Energy AG über den Erwerb der Restbeteiligung von 32,45% an der BRAWAG unterzeichnet. Die BRAWAG ist nunmehr 100%-ige Tochter der StWB.

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat die Trinkwasserversorgung auf die BRAWAG übertragen. Mit rechtlicher und wirtschaftlicher Wirkung wurde das der TWB zuvor von der Stadt Brandenburg an der Havel übertragene Trinkwasservermögen als Sacheinlage in die BRAWAG zum 01.07.1994 eingelegt.

Der Abwasserbetrieb wurde bereits am 24.06.1993 als eigenbetriebsähnliche Einrichtung gegründet. Bis zum Inkrafttreten der Eigenbetriebsverordnung des Landes Brandenburg als gesetzliche Grundlage für Eigenbetriebe am 27.03.1995, war der Abwasserbetrieb formalrechtlich wie ein als Eigenbetrieb geführter Regiebetrieb der Stadt anzusehen.

Der BRAWAG wurden die Aufgaben der Betriebsführung des städtischen Abwasserbetriebs mit wirtschaftlicher und rechtlicher Wirkung zum 01.07.1994 übertragen.

Mit Vertrag vom 24.08.1998 übertrug die Stadt Brandenburg an der Havel ihren Abwassereigenbetrieb im Wege der Ausgliederung nach den §§ 168, 123 ff. Umwandlungsgesetz

(UmwG) auf die BRAWAG mit Ausgliederungstichtag 01.01.1998. Das übertragene Vermögen ging mit Eintragung in das Handelsregister am 21.12.1998 mit dinglicher Wirkung auf den übernehmenden Rechtsträger BRAWAG über.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 6.646.794,46 €

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2006 TDM 13.000 (= 6.647 T€). Die Umstellung auf Euro steht bislang noch aus.

StWB 100% (ab 12.12.2005)

Durch Anteilskaufvertrag vom 12. Dezember 2005 sind die durch RWE Energy gehaltenen Anteile am Stammkapital der BRAWAG (32,45%) an die StWB veräußert worden.

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hat keine Tochterunternehmen und ist an keinem Unternehmen wesentlich beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 07. Februar 2006.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter der HRB-Nr. 67 22P eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Uwe Müller

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung wird seit 08.10.2002 durch die Geschäftsführung der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) wahrgenommen.

Im Geschäftsjahr 2011 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 1 der Kommunalverfassung des Land Brandenburg (BbgKVerf) erfüllt die Gemeinde alle Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung. Hierzu gehört gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf auch die Versorgung mit Wasser sowie die Abwasserbeseitigung und -behandlung. Diese Aufgaben werden konkretisiert durch § 59 und § 66 des Brandenburgischen Wassergesetzes. Weitere zu beachtende Grundlagen sind die Trinkwasserversorgungssatzung, die Grubensatzung, die Entwässerungssatzung und Abwassergebüh-

rensatzung der Stadt Brandenburg an der Havel. In diesem Zusammenhang bedient sich die Stadt Brandenburg an der Havel der BRAWAG.

Gegenstand des Unternehmens

Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Einrichtungen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung, fachliche Beratung in diesen Bereichen sowie die Übernahme aller Werk- oder Dienstleistungen für Unternehmen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung.

Gegenstand ist insbesondere der Betrieb von derartigen Einrichtungen für Dritte auf Grund von Betreiber- und Dienstleistungsverträgen.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2010	2011
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	98%	99%	98%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	32%	34%	37%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	68%	52%	50%
Zinsaufwandquote	7,1%	6,0%	5,6%
Liquidität 3. Grades	5%	3%	4%
Cashflow	6.213 T€	7.123 T€	6.659 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	4%	5%	5%
Umsatz	19.727 T€	19.598 T€	19.358 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	2.254 T€	2.889 T€	2.913 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	12%	12%	10%
Anzahl der Mitarbeiter	47	44	39

Lagebericht der Gesellschaft

Externe Einflussfaktoren

Die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Brandenburg war im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut leicht rückläufig. Der sparsame Umgang mit dem Lebensmittel „Trinkwasser“ gegenüber dem Vorjahr führte in der Stadt zu einem Rückgang der verkauften Trinkwassermengen um 1,8%.

Im Geschäftsjahr 2011 entspricht die Anzahl von 34 Schäden im Trinkwassernetz genau dem Vorjahr. Aufgrund erhöhter Regenwassermengen führten temporäre hydraulische Überlastungen der Abwasserpumpwerke sowie der Kläranlage Brandenburg-Briest zu einem Anstieg der Störungen um 78 Stück im Vergleich zum Vorjahr. Optimierungen an den Steuerungen führten zu einem vergleichsweise deutlichen Rückgang im letzten Quartal.

Interne Einflussfaktoren

Die Qualität des in den Wasserwerken der BRAWAG aufbereiteten und an die Kunden gelieferten Wassers entsprach ganzjährig den Vorgaben der Trinkwasserverordnung. Ende Oktober 2011 kam es zu positiven Enterokokkenbefunden im Wasserwerk Mahlenzien und im Rohrleitungssystem. Diese konnten schnell aufgeklärt und abgestellt werden.

Die Ablaufwerte der Kläranlage Brandenburg-Briest entsprechen bis auf geringfügige und kurzfristige Überschreitungen beim Parameter Stickstoff infolge von Starkregen den festgelegten Überwachungswerten. Die Überschreitungen führten jedoch zu keinen negativen Konsequenzen seitens der Oberen Wasserbehörde und im weiteren Anlagenbetrieb.

Ertragslage

Das operative Ergebnis liegt mit 5,0 Mio. € um 0,5 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis. Bei etwa gleichbleibenden Erträgen liegt die Ursache in den um 0,5 Mio. € gestiegenen betrieblichen Aufwendungen. Dies ist im Wesentlichen auf einen gestiegenen Materialaufwand zurück zu führen, welcher aus höheren Aufwendungen für Instandhaltungen, Störungsbehebungen, sonstige Fremdleistungen und Strombezug resultiert.

Die Personalaufwendungen betragen 2,0 Mio. € und sind trotz der Tarifsteigerungen gegenüber dem Vorjahr um ca. 0,3 Mio. € gesunken. Ursache hierfür sind, u. a. geringere Aufwendungen für Altersteilzeitverpflichtungen und ein Rückgang der durchschnittlichen Mitarbeiteranzahl. Die Personalaufwandsquote ist in 2011 entsprechend um 2% gesunken.

Des Weiteren sind die Abschreibungen aufgrund der in 2010 erfolgten außerplanmäßigen Abschreibung für Faulbehälter und Nacheindicker auf der Kläranlage Briest niedriger als im Vorjahr (3,8 Mio. €, 2010: 4,2 Mio. €).

Das Finanzergebnis beträgt -1,0 Mio. € und liegt um 0,2 Mio. € über dem Vorjahr. Dies liegt im Wesentlichen am Rückgang des durchschnittlichen Zinssatzes in 2011. Folglich ist die Zinsaufwandsquote auf 5,6% (2010: 6,0%) gesunken.

Der Jahresüberschuss liegt mit 2,9 Mio. € etwa auf Vorjahresniveau und wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Umsatz und Absatzmengen

Die Umsatzerlöse im Berichtsjahr betragen insgesamt 19,4 Mio. € (2010: 19,6 Mio. €). Die Umsätze aus Trinkwasserverkauf in Höhe von 6,9 Mio. € sind mengen- und preisbedingt gegenüber dem Vorjahr um 6,4% gesunken.

Das Betreiberentgelt ist gegenüber dem Vorjahr leicht (0,8%) gestiegen.

Vermögens- und Finanzlage sowie Investitionen

Das Vermögen der BRAWAG setzt sich zu 98,4% aus dem Anlagevermögen zusammen. Es beinhaltet die Trink- und Abwassernetze, die Wassergewinnungs-, -aufbereitungs- und -speicherungsanlagen, Pumpwerke, die Kläranlage Brandenburg-Briest sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden insgesamt 2,4 Mio. € investiert, davon 0,9 Mio. € im Trinkwasserbereich und 1,5 Mio. € im Abwasserbereich. Die Anlagenintensität lag 2011 bei 98% und damit etwa auf dem Vorjahresniveau.

Das Umlaufvermögen der BRAWAG setzt sich im Wesentlichen aus Kunden- und Verbundforderungen sowie liquiden Mitteln zusammen und liegt um 0,3 Mio. € über dem Vorjahr.

Das wirtschaftliche Eigenkapital in Höhe von 35,5 Mio. € ist um 1,7 Mio. € gestiegen. Die gegenüber dem Vorjahr gestiegene Eigenkapitalquote der BRAWAG GmbH auf 37% (2010: 34%) ist auf die Erhöhung der Kapitalrücklage in 2011, um die vereinbarungsgemäß nicht überwiesene Konzessionsabgabe an die Stadt Brandenburg, aus dem Jahr 2010 in Höhe von 0,8 Mio. € und die positive Gewinnentwicklung zurückzuführen

Das Fremdkapital in Höhe von 47,2 Mio. € ist um 3,0 Mio. € niedriger als im Vorjahr. Es setzt sich aus langfristigem Fremdkapital (22,0 Mio. €) und kurzfristigem Fremdkapital (25,2 Mio. €) zusammen. Der Anstieg des kurzfristigen Fremdkapitals liegt im Wesentlichen in der Entwicklung der Rückstellungen, der Bankverbindlichkeiten, der Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten sowie Verbundverbindlichkeiten, insbesondere dem Gesellschafterdarlehen, betreffend begründet. Die Liquidität 3. Grades liegt mit 4% etwas über dem Vorjahreswert von 3%.

Der Cashflow wird wesentlich bestimmt durch das jeweilige Jahresergebnis, die Abschreibungen und die Veränderung der langfristigen Rückstellungen. In 2011 lag der Cashflow bei 6.659 T€ (2010: 7.123 T€).

Wie bereits in 2010 betrug die Gesamtkapitalrentabilität im Geschäftsjahr 5%.

Die aktuelle Finanz-, Vermögens- und Ertragslage verdeutlicht, dass die BRAWAG gut aufgestellt ist und ihre Position als ein erfolgreicher und kundenorientierter Dienstleister im Konzern der StWB weiter ausbauen wird.

Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr 2011 waren bei der BRAWAG 39 Mitarbeiter (2010: 44) beschäftigt.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Risiken sieht die Geschäftsführung insbesondere in den Absatz-, Instandhaltungs- und Entsorgungsrisiken sowie in Risiken aus zu geringer Auslastung des Trinkwasser- und Abwassernetzes wegen der weiter sinkenden Bevölkerungsentwicklung und des damit verbundenen Rückgangs des Trinkwasserverbrauchs.

Der zwischen der BRAWAG und der Stadt Brandenburg an der Havel am 31. August 1995 abgeschlossene „Konzessionsvertrag für die Lieferung von Wasser“ endet am 30. Juni 2014. Die Stadt hat die Neuvergabe des Konzessionsvertrages ab 2014 öffentlich bekannt gemacht. Nachdem lediglich die BRAWAG ihr Interesse hieran fristgerecht bekundet hat, ist der Abschluss eines neuen Konzessionsvertrages mit der BRAWAG für den Zeitraum von 2014 bis 2034 beabsichtigt. Derzeit wird die Vertragsunterzeichnung vorbereitet.

Im Zuge der BUGA - Vorbereitungen ist die Neugestaltung der Außenanlagen des Hochbehälters Marienberg geplant. Die Finanzierung der geplanten Investitionen wird im Wesentlichen aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit erfolgen. Weiterhin werden soweit erforderlich zusätzliche Bankdarlehen aufgenommen.

Zum 1. Januar 2012 konnten nochmals die Schmutzwassermengengebühr und in diesem Zusammenhang die Aufleitgebühr sowie die Kleinkläranlagengebühr gesenkt werden, die Niederschlagswassergebühr erhöhte sich u. a., weil die Überdeckungen aus den Vorjahren ausgeglichen wurden und der Effekt für 2012 weitaus geringer war. Der Trinkwasserpreis bleibt in 2012 konstant.

Die Ergebnisse des bundesweiten DWA-Leistungsvergleichs (Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V.) kommunaler Kläranlagen zeigten, dass die Kläranlagen (KA) Brandenburg-Briest wieder hinsichtlich sehr guter Reinigungsleistungen an der Spitze im bundesweiten Vergleich einzuordnen ist. Darüber hinaus betreibt die BRAWAG aus Umweltschutzgründen eine Photovoltaikanlage im Wasserwerk Mahlenzien.

Motivierte Mitarbeiter verbunden mit einem hohen Maß an Qualifikation sichern eine qualitativ hohe Trinkwasser- und Abwasserentsorgung. Daher plant die Geschäftsführung, trotz leicht rückläufiger Umsatzerlöse, für die beiden nächsten Geschäftsjahre mit einem konstant guten Geschäftsergebnis.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Vom Jahresüberschuss 2010 i. H. v. 2.888.725,06 € wurden 1.088.725,06 € 2011 in die Gewinnrücklage eingestellt. Die Kapitalrücklage wurde im Geschäftsjahr 2011 um die vereinbarungsgemäß nicht überwiesene Konzessionsabgabe an die Stadt Brandenburg an der Havel aus dem Jahr 2010 in Höhe von 752.592,90 € erhöht.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Vom Jahresüberschuss 2010 i. H. v. 2.888.725,06 wurden 1.800.000,00 € an den Gesellschafter StWB ausgeschüttet.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine Zuschüsse seitens der Stadt. Betreiberentgelt gemäß Betreibervertrag (vom 12.01.1999) in Höhe von 11.578.927,75 € für das Jahr 2011.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2009	2010	2011
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	81.675	83.023	81.411
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	428	330	295
II. Sachanlagen	81.246	82.693	81.116
B. Umlaufvermögen	1.322	872	1.172
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.038	780	1.014
III. Kassenbestand, Guthaben	284	93	158
C. Rechnungsabgrenzungsposten	232	128	128
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	26.783	28.677	30.543
I. Gezeichnetes Kapital	6.647	6.647	6.647
II. Kapitalrücklage	17.537	18.343	19.095
III. Gewinnrücklagen	202	202	1.291
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	92	597	597
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss	2.305	2.889	2.913
B. Sonderposten	7.533	7.330	7.095
C. Rückstellungen	14.347	14.172	13.786
D. Verbindlichkeiten	34.483	33.764	31.210
E. Rechnungsabgrenzungsposten	83	80	78
Bilanzsumme	83.229	84.023	82.711

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2009	2010	2011
1. Umsatzerlöse	19.727	19.598	19.358
2. Aktivierte Eigenleistungen	1	54	51
3. Sonstige betriebliche Erträge	2.501	457	736
4. Materialaufwand	-7.268	-4.207	-5.249
5. Personalaufwand	-2.324	-2.256	-1.960
6. Abschreibungen	-3.752	-4.189	-3.752
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.146	-3.993	-4.095
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	23	9	30
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.403	-1.173	-1.076
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.359	4.301	4.043
11. Außerordentliche Aufwendungen	0	-10	0
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1.080	-1.381	-1.120
12. Sonstige Steuern	25	-22	-11
13. Jahresergebnis	2.305	2.889	2.913

III.2.4.2.2 BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH

Geschäftsbereich

Servicegesellschaft (z.B. Hausmeisterservice, Gebäudedienstleistungen usw.)

Firmensitz

Am Industriegelände 7
14772 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/797 24 00

Fax: 03381/797 24 29

e-mail: info@bdl-brb.de

Internet: www.bdl-brb.de

Gründung

Der frühere VEB Dienstleistungsbetrieb wurde am 01.06.1990 in die Brandenburger Dienstleistungen GmbH (BDL) umgewandelt.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam im Handelsregister unter der HRB Nr. 365P seit dem 10. August 1990 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 434.600,00 €

StWB (seit 01.06.2001) 100%

Die Gesellschaft ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB); oberstes Mutterunternehmen sind die Technischen Werke Brandenburg an der Havel GmbH.

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 27. Januar 2004.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Lars Büchner

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Ge-

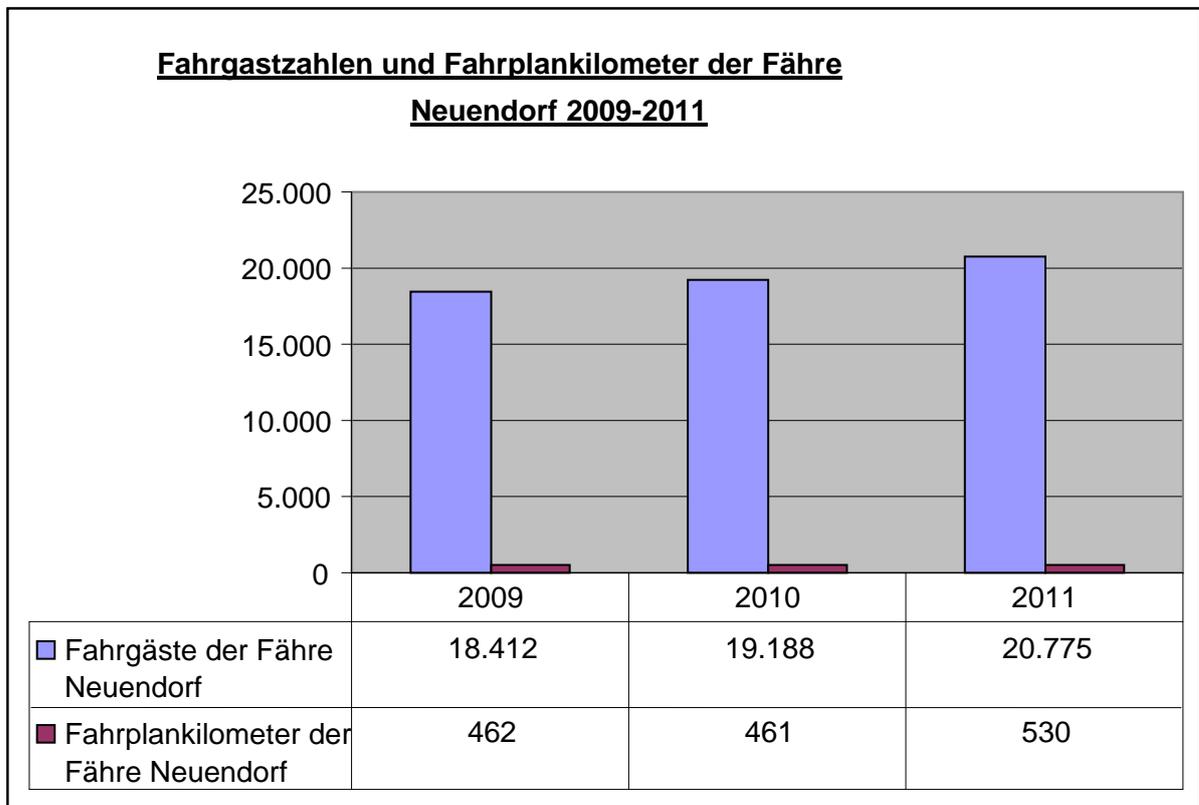
schäftsführung der StWB. Im Geschäftsjahr 2011 haben zwei Gesellschafterversammlungen stattgefunden. Gesonderte Ausschüsse bestehen nicht.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Die BDL unterstützt als Service-Gesellschaft die StWB in der Erfüllung ihres öffentlichen Zwecks.

Gegenstand des Unternehmens

- Übernahme von kaufmännischen und technischen Betriebsführungen
- Erbringung von kaufmännischen und technischen Dienstleistungen für Dritte
- Übernahme von Werk- und Dienstleistungen bezüglich von Anlagen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung einschließlich deren Betrieb im eigenen Namen für Dritte
- Ausführung von Gebäudedienstleistungen und Hausbetreuungs-, Hausmeister- und Abrechnungsdienste
- Erbringung von EDV-Dienstleistungen sowie die Installation, Instandhaltung, Wartung derselben
- Betrieb und Wartung von Heizungs- und Sanitäranlagen im eigenen Namen für Dritte
- Betreiber der Fähre Neuendorf



Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2010	2011
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	49%	49%	49%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	64%	73%	82%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	130%	150%	165%
Zinsaufwandquote	0,2%	0,2%	0,05%
Liquidität 3. Grades	140%	189%	0%
Cashflow	231 T€	246 T€	273 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	10%	9%	10%
Umsatz	2.331 T€	2.384 T€	2.535 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	116 T€	109 T€	116 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	65%	67%	65%
Anzahl der Mitarbeiter	58	58	60

Lagebericht der Gesellschaft

Die Steigerung der Umsatzerlöse im Berichtszeitraum zeigt die wachsende Nachfrage nach Komplettlösungen im Dienstleistungsbereich. Gesamtkonzepte, wie sie die Brandenburger Dienstleistungen GmbH ihren Kunden anbietet, sind mehr denn je gefragt. Die sich daraus ergebenden Vorteile überzeugen: mehr Effizienz und weniger Reibungsverluste. Andererseits sind in der Stadt Brandenburg an der Havel zahlreiche Firmen im Vergleich zu einzelnen Abteilungen der Brandenburger Dienstleistungen GmbH sehr gut am Markt aufgestellt. Ein starker Wettbewerb existiert zum Beispiel im Bereich der Kanalreinigung und der Freiflächenpflege, was einen anhaltenden Preisdruck trotz steigender Kosten nach sich zieht.

Daraus schlussfolgernd ist die Steigerung der Produktivität der Dienstleistungen für die nachhaltige Entwicklung des Unternehmens ausschlaggebend. Dieser Herausforderung muss sich die Brandenburger Dienstleistungen GmbH kurzfristig stellen.

Hierbei bieten die klassischen betriebswirtschaftlichen Instrumentarien der Produktivitätsoptimierung für die Problemlösung kaum Hilfestellung. Die heutigen Rahmenbedingungen der Wettbewerbssituation verlangen für die Standortsicherung von Dienstleistungen neue Leitbilder. An die Stelle der klassischen Rationalisierungsstrategien müssen Innovationsstrategien treten, die den veränderten Wertesystemen und infrastrukturechnischen Möglichkeiten Rechnung tragen.

Einen besonderen Stellenwert nimmt hierbei die Motivation und Qualifikation der Mitarbeiter ein. Im zurückliegenden Berichtszeitraum hat sich gezeigt, dass es von enormer Wichtigkeit ist, die Auswahl, Entwicklung und Weiterbildung des Personals nicht aus den Augen zu verlieren. Zum Beispiel gestaltete sich die Neubesetzung der Nachfolge eines altersbedingt ausscheidenden Fährmanns für die Havelfähre in Neuendorf als äußerst schwierig und konnte letztendlich nur durch die Ausbildung einer Nachfolgerin im eigenen Unternehmen gelöst werden.

Im zurückliegenden Geschäftsjahr gliederte sich die Brandenburger Dienstleistungen GmbH in folgende Abteilungen:

- **Hausbetreuung und Gebäudemanagement** mit den Arbeitsbereichen Glas- und Gebäudereinigung, Container und Graffitidienst, Maschinelle Gehwegreinigung und Betrieb der Fähre Neuendorf
- **Freiflächenpflege und Landschaftsbau** mit den Arbeitsbereichen Freiflächenpflege und Winterdienst, Landschaftsbau und Bautechnische Dienstleistungen
- **Wasser- und Abwassertechnik** mit den Arbeitsbereichen Rohr- und Kanalreinigung und Wartung von Abwasserpumpwerken
- **Technische Dienste** mit den Arbeitsbereichen Zählerwesen (Plantausch, Ablesung, Lager, Inkasso) der Medien Strom, Gas und Wasser sowie Hauswartleistungen
- **Wärmemess- und Abrechnungsdienst** mit den Arbeitsbereichen Vermietung und Ablesung der Wohnungswasser- und Wärmezähler sowie Heizkostenverteiler und Erstellung der verbrauchsabhängigen Abrechnung

Der ausgewiesene Gewinn für das Geschäftsjahr 2011 wurde über den gesamten Berichtszeitraum in allen Geschäftsbereichen erwirtschaftet.

Der Umsatzanstieg gegenüber dem Plan 2011 wurde durch Erweiterungen der bestehenden Anlagen- bzw. Objektbetreuungsverträge mit den Kunden wobra und Wofü erwirtschaftet. Die Ergebnissituation hat sich besonders in den Abteilungen Technische Dienste und Wärmemess- und Abrechnungsdienst weiter verbessert.

Da die Anzahl der Mitarbeiter sowie das zu leistende Auftragsvolumen der Abteilung Hausbetreuung und Gebäudemanagement zu stark angewachsen war, wurde im Jahr 2011 die Abteilung geteilt. Mit der Herauslösung der Abteilung Freiflächenpflege und Landschaftsbau erfüllen wir die Erwartungen unserer Kunden, neben herkömmlichen Pflegearbeiten auch

individuelle und interessante Ideen zum Thema Freiflächengestaltung anzubieten.

Ertragslage

Die realisierte Betriebsleistung in Höhe von 2.596 T€ (2010: 2.486 T€) lag mit 297 T€ über dem Plan. Der Jahresüberschuss beträgt im Geschäftsjahr 116 T€. Das gegenüber dem Vorjahr um 7 T€ höhere Ergebnis resultiert maßgeblich aus einem strengen Kostenmanagement, der Verbesserung der Arbeitseffektivität und der Optimierung von Arbeitsprozessen.

Der höheren Betriebsleistung stehen um 63 T€ gestiegene Personalaufwendungen und um 63 T€ gestiegene Materialaufwendungen gegenüber. Der Anstieg des Personalaufwandes von 1.594 T€ auf 1.657 T€ resultiert dabei im Wesentlichen aus einer leichten Erhöhung der Mitarbeiterzahlen. Der von 262 T€ auf 325 T€ gestiegene Materialaufwand betrifft hauptsächlich die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind von 309 T€ auf 288 T€ leicht gesunken.

Vermögens- und Finanzlage

Die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit (173 T€; 2010: 152 T€) und aus der Finanzierungstätigkeit (75 T€; 2010: 100 T€) konnten durch den Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit (328 T€; 2010: 246 T€) vollständig gedeckt werden. Grund hierfür war die vollständige Einstellung des Jahresüberschusses 2010 in die Gewinnrücklagen. Die Liquidität betrug zum 31. Dezember 2011 318 T€, was eine Erhöhung zum Vorjahr um 80 T€ darstellt. Im Jahr 2011 wurde das im Geschäftsjahr 2009 zur Finanzierung des Saug-Spül-Fahrzeuges aufgenommene Darlehen in Höhe von 200 T€ mit 75 T€ vollständig getilgt.

Die Gesellschaft war im Berichtsjahr zu jedem Zeitpunkt in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen

Das Anlagevermögen per 31. Dezember 2011 erhöht sich gegenüber dem Vorjahr von 588 T€ auf 602 T€ auf Grund der notwendigen hohen Investitionen zum Plantausch des Wärmemessdienstes.

Das Umlaufvermögen war mit 618 T€ im Vergleich zum Vorjahr (618 T€) unverändert.

Die Vermögenslage per 31. Dezember 2011 ist durch die Erhöhung des Eigenkapitals von 879 T€ auf 995 T€ gekennzeichnet. Das Eigenkapital beläuft sich auf 81,5% (2010: 72,9%) der Bilanzsumme.

Die Verbindlichkeiten und Rückstellungen sind sämtlichst kurzfristig (226 T€, Vorjahr: 327 T€) und werden durch flüssige Mittel (318 T€, 2010: 238 T€) und kurzfristige Forderungen (259 T€, 2010: 380 T€) gedeckt. Von dem festverzinslichen Darlehen zur Finanzierung der Ersatzanschaffung des Saug-Spül-Fahrzeuges wurde im Jahr 2011 der Restbetrag von 75 T€ getilgt.

Auf der Basis der aktuellen Finanz-, Vermögens- und Ertragslage kann zur wirtschaftlichen Lage die Einschätzung getroffen werden, dass die Brandenburger Dienstleistungen GmbH in ihrem Markt gut aufgestellt ist und somit gute Voraussetzungen dafür bestehen, dass die Gesellschaft ihre Finanz-, Vermögens- und Ertragsziele weiterhin erreichen kann. Die Brandenburger Dienstleistungen GmbH wird ihre Position als ein erfolgreicher und kundenorientierter Dienstleister im Konzern der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH entspre-

chend der Planung weiter ausbauen.

Investitionen

Die Gesellschaft tätigte in 2011 Investitionen in Höhe von 173 T€ (2010: 152 T€). Schwerpunkte des Investitionsgeschehens waren:

- der planmäßige Ersatz und die Neuausrüstung von Liegenschaften mit Messeinrichtungen im Bereich Wärmemess- und Abrechnungsdienst 99 T€ (2010: 62 T€)
- der Ersatz von Fahrzeugen aus dem Fuhrpark des Unternehmens 47 T€ (2010: 77 T€).

Der Investitionsplan von 173 T€ inklusive des Überhangs aus 2010 von 13 T€ wurde vollständig erfüllt.

Personal

Die Mitarbeiteranzahl betrug per 31. Dezember 2011 insgesamt 60 Angestellte inklusive des Geschäftsführers (2010: 58), im Jahresdurchschnitt 60 Mitarbeiter inklusive des Geschäftsführers und einer Auszubildenden (2010: 58). Zusätzlich wurden im monatlichen Mittel 12 (2010: 13) Hilfskräfte beschäftigt. Bestandteil der arbeitsrechtlichen Vereinbarungen mit den Mitarbeitern sind ein bestehender Hausmantel-Tarifvertrag und bestehende Betriebsvereinbarungen.

Allen Mitarbeitern wurde ein Modell für eine zusätzliche Altersversorgung vorgestellt, das von ca. 45% (2010: 46%) der Mitarbeiter genutzt wird.

Risikobericht

Das Risikomanagement ist in der Brandenburger Dienstleistungen GmbH als fester Bestandteil in die Unternehmensführung und die Gestaltung der Geschäftsprozesse eingebunden.

Es erfolgt eine fortlaufende Überwachung und Bewertung der wesentlichen Geschäftsrisiken. Die Ergebnisse dieser Maßnahmen werden in einem angemessenen Berichtswesen der Gesellschafterin kommuniziert.

Besondere Risiken in Bezug auf Finanzinstrumente (Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen) werden in der Gesellschaft nicht gesehen.

Nachtragsbericht

Es liegen keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Geschäftsjahres vor, die eine wesentliche Auswirkung auf den Geschäftsverlauf der Brandenburger Dienstleistungen GmbH haben werden.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Im Geschäftsjahr 2012 sollen die bestehenden vertraglichen Beziehungen mit Bestandskunden und die festgelegten internen Arbeitsabläufe weiter gefestigt werden. Auftragerweiterungen sind auf der Basis gewonnener Ausschreibungen der Stadt Brandenburg an der Havel in den Bereichen Graffitiendienst und Technische Dienste zu verzeichnen. Entwicklungsmöglichkeiten werden im Bereich des Landschaftsbaus bei Bestandskunden in der Vorbereitung der Bundesgartenschau 2015 sowie weiterhin im Bereich des Wärmemess- und Ab-

rechnungsdienstes gesehen.

Eine zum 1. Januar 2012 wirksam werdende Preisanpassung für 75% des Vertragsvolumens soll die allgemeinen Kostensteigerungen im Material und Personalbereich ausgleichen und die Erreichung des Geschäftsergebnisses in 2012 gewährleisten.

Insgesamt sind für das Geschäftsjahr 2012 Investitionen in Höhe von 165 T€ geplant, welche aus dem operativen Cashflow finanziert werden sollen.

Im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit steht weiterhin die Verbesserung der Kundenzufriedenheit. Neuakquisitionen sind in den Bereichen der Technischen Dienste, Zählerwesen und Wärmemess- und Abrechnungsdienst geplant.

Für die nächsten beiden Geschäftsjahre wird mit weiterhin positiven Jahresergebnissen sowie mit Umsatzerlösen auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2011 gerechnet.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zwischen der BDL und der Stadt Brandenburg an der Havel bestehen vertraglich geregelte Leistungsbeziehungen zu marktüblichen Preisen.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2009	2010	2011
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	593	588	602
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	7	0	0
II. Sachanlagen	586	588	602
B. Umlaufvermögen	620	618	618
I. Vorräte	0	0	42
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	376	380	258
III. Kassenbestand, Guthaben	244	238	318
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	770	879	995
I. Gezeichnetes Kapital	435	435	435
II. Gewinnrücklagen	178	294	403
III. Gewinnvortrag	41	42	42
IV. Jahresüberschuss	116	109	116
B. Rückstellungen	127	113	106
C. Verbindlichkeiten	316	214	120
Bilanzsumme	1.213	1.206	1.220

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2009	2010	2011
1. Umsatzerlöse	2.331	2.384	2.535
2. Bestand an unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	148	102	61
4. Materialaufwand	-310	-262	-325
5. Personalaufwand	-1.516	-1.594	-1.658
6. Abschreibungen	-145	-157	-157
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-338	-309	-288
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5	-5	-1
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	166	159	168
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-43	-43	-44
12. Sonstige Steuern	-7	-8	-8
13. Jahresergebnis	116	109	116

III.2.5 BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft GmbH

Geschäftsbereich

Beschäftigungsförderung

Firmensitz

Jacobstr. 13

14776 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/2087 4080

Fax: 03381/2087 4085

e-mail: info@bas-brandenburg.de

Internet: www.bas-brandenburg.de

Gründung

Die BAS GmbH wurde am 24.01.1994 gegründet.

Die BAS wird im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam seit dem Eintrag vom 27. Mai 1994 unter dem Aktenzeichen HRB 7186 P geführt.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.564,59 €

Seit dem 17.05.2000 hält die Stadt Brandenburg an der Havel 100% der Anteile.

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt durch die Gesellschafterversammlung vom 27. Mai 1997 geändert. Mit notarieller Beurkundung vom 04.05.2000 erwarb die Stadt Brandenburg an der Havel die Geschäftsanteile des bis dahin zweiten Gesellschafters (Verein zur Förderung des Umweltschutzes e.V.).

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Margitta Scholz

- *Beirat*

Die Gesellschaft verfügt über keinen Aufsichtsrat, sondern über einen ehrenamtlichen Beirat.

Er ist beratend tätig und steht als Sachverständiger der Geschäftsführung und der Gesellschafterversammlung mit seinem Wissen und seiner Erfahrung zur Verfügung.

Im Geschäftsjahr 2011 fanden zwei Beiratssitzungen statt.

Der Beirat setzte sich im Geschäftsjahr 2011 wie folgt zusammen:

Beiratsmitglieder 2011	
Beiratsvorsitz	Herr Rohde (Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege) - bis 16.09.2011
weitere Mitglieder	Frau Dr. Tiemann (Oberbürgermeisterin Stadt Brandenburg an der Havel)
	Herr Arndt (Fachgruppe Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt)
	Frau Schöbe (Fachbereichsleiterin Jugend, Soziales und Gesundheit)
	Frau Köppe (Gleichstellungsbeauftragte Brandenburg an der Havel)
	Frau Scholz (Geschäftsführerin BAS GmbH)
	Herr Meier (Industrie- und Handelskammer, Regionalcenter Brandenburg an der Havel)
	Herr Mischker (Handwerkerschaft Brandenburg/Belzig)
	Herr Dr. pol. Helmstädter (Fachhochschule Brandenburg an der Havel)
	Frau Beutel (Deutscher Gewerkschaftsbund)
	Herr Krüger (Stadtmarketing- und Tourismusgesellschaft mbH)
	Herr Karg (Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer e. V.)
	Frau Bergner (Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH)
	Frau Taege (Jugendhilfeausschuss Brandenburg an der Havel)

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Die Tätigkeit der BAS als Arbeitsförderungsgesellschaft ist darauf gerichtet, Personen, die durch Ausgrenzung am Arbeitsmarkt und ihrer daraus resultierenden sozialen Situation betroffen sind zu unterstützen und diesen Personenkreis für die Aufnahme einer Arbeit zu qualifizieren und zu integrieren. Mit der Erfüllung dieser Aufgabe wird der öffentliche Zweck der Gesellschaft im Rahmen der jeweiligen Projekte realisiert.

Die BAS leistet somit einen Beitrag zur:

- Förderung der Integration in den regulären Arbeitsmarkt
- Erhöhung der Kaufkraft
- Erhöhung des Steueraufkommens
- Sicherung von Arbeitsplätzen in Handwerk und Gewerbe
- Schaffung von Entlastungspotenzialen im kommunalen Haushalt
- Verbesserung des kommunalen Leistungsangebotes
- Stabilisierung und Integration von aus der Arbeitsgesellschaft Ausgegrenzten

Gegenstand des Unternehmens

Nach § 3 des Gesellschaftsvertrages ist der Gegenstand des gemeinnützigen Unternehmens die Hilfe für arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Frauen und Männer einschließlich Sozialhilfeempfänger mittels sozialpädagogischer Betreuung, Beratung, Orientierung, Qualifizierung, Beschäftigung mit dem Ziel der Einzelfallhilfe und der Förderung und

Wiederherstellung der Eingliederungsfähigkeit des genannten Personenkreises in den Arbeitsmarkt. Der Zweck wird insbesondere verwirklicht durch:

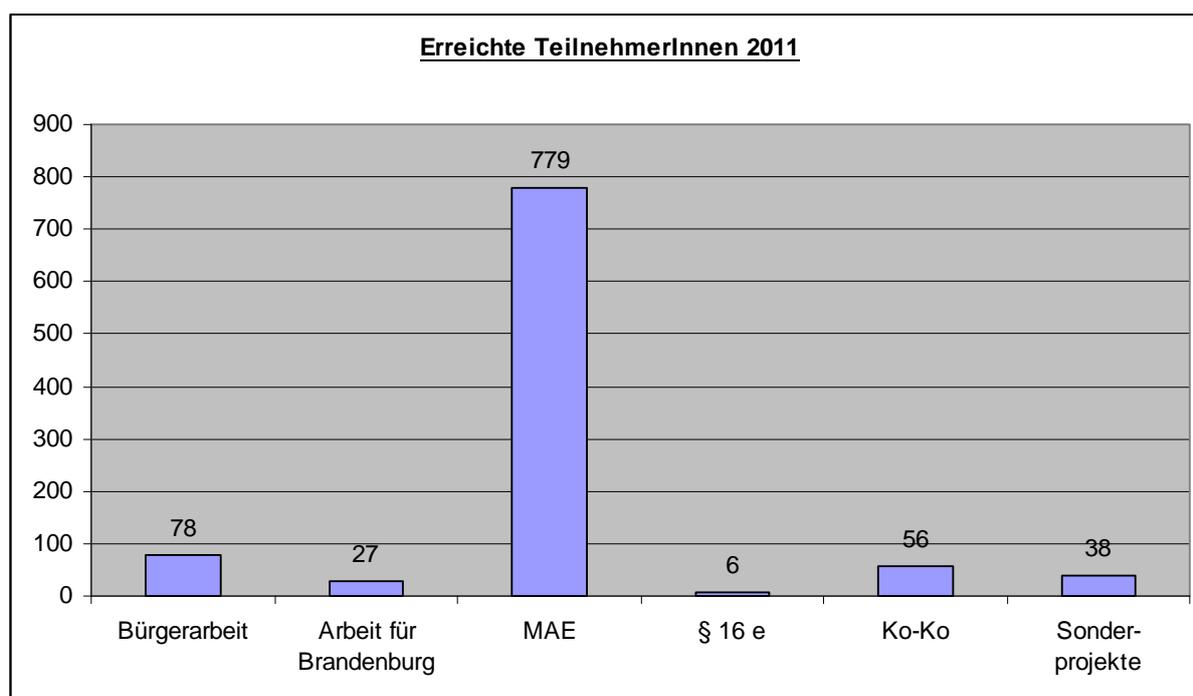
- Sozialpädagogische und sozialarbeiterische Hilfestellung und Begleitung gegenüber einzelnen Personen
- Maßnahmen zur Wiederherstellung bzw. Förderung der Voraussetzungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt
- Konzipierung und Durchführung von Maßnahmen, die auf Qualifizierung und Beschäftigung vorbereiten bzw. Qualifizierung und Beschäftigung vermitteln oder leisten
- Erprobung und Entwicklung neuer, zusätzlicher Arbeitsfelder, soweit sie die vorstehend genannten Ansätze des Konzeptes der Gesellschaft unterstützen bzw. als Voraussetzung hierfür erforderlich sind

Zur Unterstützung dieser Ziele bemüht sich die Gesellschaft um die Kooperation mit der Kommune, mit orts- und regionalansässigen Betrieben, mit Trägern der beruflichen Qualifizierung, mit der Arbeitsverwaltung, mit den Ministerien und anderen ebenfalls in diesen Tätigkeitsfeldern Aktiven.

Gesamtanzahl der insgesamt durch die BAS GmbH betreuten bzw. beschäftigten Personen in den Jahren 2009 bis 2011:

	2009	2010	2011
Erreichte TeilnehmerInnen	1.475	1.238	984

Die Summe ergibt sich aus dem Bestand der am 1. Januar bereits zugewiesenen TeilnehmerInnen und den im Verlauf des Jahres neu eingetretenen TeilnehmerInnen die in den verschiedenen Förderinstrumenten beschäftigt werden.



Erläuterungen:

Bürgerarbeit

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat ein bundesweites Interessenbekundungsverfahren zur Durchführung von Modellprojekten zur Bürgerarbeit gestartet. Ziel der Modellprojekte ist die Entwicklung und Verbreitung von Handlungskonzepten zur verbesserten Arbeitsmarktintegration von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Sie sollen sich aus den vier Komponenten Beratung / Standortbestimmung, Vermittlungsaktivitäten, Qualifizierung / Förderung und der eigentlichen Bürgerarbeit, einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (ohne Versicherungspflicht in der Arbeitslosenversicherung) im Bereich von zusätzlicher und im öffentlichen Interesse liegender Arbeit, zusammensetzen. Die Arbeitszeit beträgt 30 Stunden in der Woche.

Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (MAE)

Für erwerbsfähige Hilfebedürftige (Langzeitarbeitslose), die keine Arbeit finden können, sollen Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden, durch die die individuelle Beschäftigungsfähigkeit verbessert wird. Der Teilnehmer erhält für die geleisteten Stunden eine Mehraufwandsentschädigung. Die Arbeiten selbst begründen kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts. Durch die Beschäftigung der TeilnehmerInnen in den unterschiedlichen Projekten werden Vermittlungshemmnisse ermittelt und an der Verringerung bzw. Beseitigung gearbeitet. In den Arbeitsgelegenheiten dürfen nur im öffentlichen Interesse liegende zusätzliche Tätigkeiten ausgeführt werden.

Landesprogramm „Arbeit für Brandenburg“

Ziel des Programms ist es, (insbesondere älteren) Langzeitarbeitslosen berufliche Perspektiven zu eröffnen und sozialer Ausgrenzung entgegenzuwirken. Insbesondere durch die kommunale Verankerung der Arbeiten soll zudem ein Beitrag zur Stärkung der kommunalen Strukturen geleistet werden. Die Richtlinie gilt vom 01.07.2010 bis 31.12.2014 (finanziert aus Mitteln des Landes Brandenburg). Zielgruppe sind erwerbsfähige langzeitarbeitslose Personen, vorrangig Personen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, Personen unter 25 Jahre sind ausgeschlossen. Diese Personen müssen mindestens 12 Monate arbeitslos sein, wobei eine Dauer der Arbeitslosigkeit von mehr als 36 Monate vorrangig gefördert werden soll. Die Beschäftigungsmöglichkeiten werden in der Regel für die Dauer von mindestens zwei Jahren eingerichtet. Die Zuweisung der TeilnehmerInnen durch die Grundsicherungsstellen erfolgt grundsätzlich zunächst für ein Jahr, danach erfolgt eine Prüfung der Integrationsfortschritte und ggf. erfolgt eine erneute Zuweisung mit bis zu weiteren 12 Monaten.

Bundesprogramm Kommunal-Kombi (KoKo)

Mit dem Bundesprogramm Kommunal-Kombi sollen zusätzliche Arbeitsgelegenheiten in Regionen mit erheblichen Arbeitsmarktproblemen durch Förderung von befristeter Beschäftigung geschaffen werden.

Beschäftigungszuschuss nach § 16 e SGB II

Der Beschäftigungszuschuss nach § 16 e SGB II kann für erwerbsfähige Hilfebedürftige, die langzeitarbeitslos sind und mehrere Vermittlungshemmnisse aufweisen sowie für jene, bei denen eine Erwerbstätigkeit ohne Förderung in den nächsten 24 Monaten nicht zu erwarten ist, beantragt werden. Diese Hilfebedürftigen haben einen sehr hohen Beratungs- und Betreuungsbedarf.

Sonderprojekte**- Sonderprojekt „Koordination und Betreuung des Anwohnertreffs im Bürgerhaus Hohenstücken“**

Im Rahmen des Gesamtprojektes „Die Soziale Stadt – Brandenburg an der Havel/Wohngebiet Hohenstücken“ werden über Zuwendungsmittel aus dem Förderprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ die Koordination und Betreuung des Anwohnertreffs im Bürgerhaus Hohenstücken gefördert.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2010	2011
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	15%	22%	21%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	2%	5%	4%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	21%	53%	63%
Zinsaufwandquote	0,03%	0,17%	0,16%
Liquidität 3. Grades	103%	117%	119%
Cashflow	-100 T€	205 T€	77,97
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-6,2%	0,3%	-0,4%
Umsatz	4.048 T€	3.671 T€	3.175 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-154 T€	-11 T€	-5 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	85%	80%	83%
Anzahl der Mitarbeiter (Stammpersonal)	13	13	11

Lagebericht der Gesellschaft

Im Jahr 2011 sind 690 ProjektteilnehmerInnen neu in Beschäftigungsmaßnahmen eingetreten. Bei dem sv-pflichtigen kommunalen Beschäftigungsprogramm für Langzeitarbeitslose Kommunal-Kombi, liefen zum 30.09.2011 erste Projekte bereits aus. Zum 31.12.2011 waren noch 19 Teilnehmer im Beschäftigungsprogramm Kommunalkombi beschäftigt.

Ab 2011 wird die „Bürgerarbeit“ umgesetzt. Die Stadt hat ein Kontingent von 168 Plätzen, wovon 110 die BAS GmbH umsetzen soll. Bis zum 31.12.2011 waren 82 Plätze bewilligt, wovon 70 besetzt waren. Spätestens zum 01.05.2012 sollen dann 110 Plätze bewilligt und besetzt sein.

Die TeilnehmerInnen, die bei der BAS GmbH in die Beschäftigungsmaßnahmen zugewiesen werden, sind zunehmend immer länger arbeitslos. Dieser Trend hat sich auch im Jahr 2011 weiter fortgesetzt. Dennoch ist es gelungen, 38 TeilnehmerInnen zu vermitteln, davon 30 in den 1. Arbeitsmarkt.

Die BAS GmbH orientiert sich in der Vorbereitung und Realisierung ihrer Einzelvorhaben an der regionalen Arbeitsmarktsituation sowie in enger Kooperation und Abstimmung mit der Fachgruppe Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt an den Vorgaben folgender kommunaler Dokumente bzw. gesellschaftlicher Grundsätze:

- Masterplan der Stadt Brandenburg an der Havel
- Tourismus- und Wassertourismuskonzept
- Handlungskonzept „Zukunft im Stadtteil – Brandenburg an der Havel“
- Fachwissenschaftliche Vorgaben
- Gender-Mainstreaming-Ansatz
- Studie zum Fachkräftebedarf in der Stadt Brandenburg an der Havel.

Der Auftrag der BAS GmbH als städtisches Unternehmen ist so formuliert, Beschäftigungsförderung mit kommunaler Wertschöpfung und Personalentwicklungsarbeit zu verbinden und zu verzahnen.

Die BAS GmbH konnte im Geschäftsjahr 2011 die geplanten Umsätze nicht in der geplanten Höhe erwirtschaften. Da es Veränderungen im Antragsverfahren zu den Projektinhalten und Einsatzstellen im Programm Bürgerarbeit gab, waren zum 31.12.2011 erst 82 Bürgerarbeitsplätze bewilligt. Es fallen entsprechend weniger Personalkosten an.

In 2011 wurde ein Betriebskostenzuschuss der Stadt Brandenburg an der Havel in Höhe von 284 T€ bereitgestellt.

Die BAS GmbH schließt das Geschäftsjahr mit einem Fehlbetrag in Höhe von 5.100 € ab, welcher über eine Entnahme aus der Kapitalrücklage finanziert wird. Dieser Betrag entspricht den Aufwendungen der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen.

Die Vermögens- und Kapitalstrukturkennzahlen gemäß § 61 Nr.2 KomHKV zeigen, dass es sich bei der BAS GmbH um eine typische Arbeitsförderungsgesellschaft handelt. Die Gesellschaft ist branchentypisch durch eine geringe Anlagenintensität (2011: 21%; 2010: 22%) und eine niedrige Eigenkapitalquote (2011: 4%; 2010: 5%) gekennzeichnet. Das

Anlagevermögen ist branchentypisch aus Fördermitteln, Zuweisungen, Zuschüsse oder Zuwendungen Dritter finanziert. Dem Anlagevermögen (2011: 304 T€; 2010: 339,6 T€) steht in gleichlautender Höhe ein Sonderposten gegenüber.

Die Finanzierungs- und Liquiditätskennzahlen gemäß § 61 Nr. 2 KomHKV zeigen, dass die Gesellschaft einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 78 T€ zu verzeichnen hatte. Die Zahlungsfähigkeit im Berichtsjahr war jederzeit gegeben. Eine Aufnahme von Krediten war nicht erforderlich.

Hinsichtlich der Kennzahlen zur Rentabilität und zum Geschäftserfolg gemäß § 61 Nr. 2 KomHKV ist anzumerken, dass die BAS GmbH eine Gesellschaft ist, die hauptsächlich für ihre Geschäftstätigkeiten rückzahlbare und nicht rückzahlbare Zuschüsse verschiedenster Fördermittelgeber erhält. Es wurde aufgrund des Jahresfehlbetrages eine negative Gesamtkapitalrentabilität von 0,4% erzielt. Der Jahresfehlbetrag wurde durch eine Entnahme aus der Gewinnrücklage ausgeglichen.

Aufgrund der Geschäftstätigkeit als Arbeitsfördergesellschaft ist der Geschäftsbetrieb durch eine hohe Anzahl an Mitarbeitern (2011: 138; 2010: 148) gekennzeichnet. Aufgrund dessen ist die Personaufwandsquote (2011: 83%; 2010: 80%) branchentypisch hoch.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die hohe Abhängigkeit von den politischen Entscheidungen und den damit in der Regel einhergehenden kurzfristigen Unwägbarkeiten der Finanzierung werden als größtes und bestandsgefährdendes Risiko betrachtet.

Die fortlaufende Änderung der Rahmenbedingungen in Verbindung mit Kürzungen der Fördermittel für die Realisierung von Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen insbesondere für die Betreuung und Verwaltung birgt Risiken für die BAS GmbH hinsichtlich der Sicherstellung ausreichender Liquidität und Geschäftstätigkeit. Ebenso werden für zukünftige Programme Eigenmittel von 7 bis 20% nicht erbracht werden können.

Zunehmend werden Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen im Rahmen von Vergabeverfahren oder Interessenbekundungen eingeworben. Das bedeutet, zunächst einen erheblichen Aufwand in der Projektentwicklung zu leisten und das bei entsprechend knappen Personalkapazitäten und der Fortführung des Projektantragsverfahrens für laufende Projekte. Eine weitere Kürzung des Betriebskostenzuschusses gemäß des Haushaltkonsolidierungskonzeptes der Stadt Brandenburg an der Havel beeinträchtigt die finanzielle Situation der Gesellschaft weiterhin.

Chancen

In der Förderung sv-pflichtiger Beschäftigung im Rahmen der Bürgerarbeit für 3 Jahre wird die Chance gesehen, die TeilnehmerInnen marktnäher zu qualifizieren und die Funktion der BAS GmbH als Arbeitgeber zu stärken.

Das Programm bietet die Möglichkeit sv-pflichtige Beschäftigungsförderung und regionale kommunale Stadtentwicklung im öffentlichen Interesse wieder stärker miteinander zu verbinden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Die im Berichtsjahr ausgewiesene Kapitalentnahme dient zur Deckung der Aufwendungen aus der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen. Im Vorjahr wurde dafür eine Kapitalrücklage in Höhe von 19,6 T€ gebildet, um damit, die im Rahmen der Bilanzmodernisierungsgesetz-Umstellung entstandenen zukünftigen Aufwendungen aus der Aufzinsung der langfristigen Projekt- und Archivierungsrückstellungen decken zu können.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Betriebskostenzuschuss (BKZ) 284 T€, Sonder BKZ zur Durchf. Beschäftigungszuschus (BEZ) + Kommunalkombi (Koko) 172,8 T€, Jobcenter 821 T€ (ca. 50% der Gesamterlöse des Jobcenter) 445 T€ Regionalbudget, 144 T€ Soziale Stadt, 51 T€ Bürgerhaus, 115 T€ Dienstleistungen für die Stadt

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2009	2010	2011
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	359	340	304
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	10	9	7
II. Sachanlagen	349	331	296
B. Umlaufvermögen	2.066	1.163	1.135
I. Vorräte	1	4	4
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	548	109	135
III. Schecks, Kassenbestand, Bankguthaben	1.518	1.049	996
C. Rechnungsabgrenzungsposten	21	9	11
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	61	70	65
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Kapitalrücklagen	0	20	15
III. Gewinnrücklagen	35	25	25
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
B. SoPo aus Zuschüssen zum Anlagevermögen	359	340	304
C. Rückstellungen	240	213	219
D. Verbindlichkeiten	1.786	889	861
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	2
Bilanzsumme	2.446	1.512	1.450

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2009	2010	2011
1. Umsatzerlöse	4.048	3.671	3.175
2. Sonstige betriebliche Erträge	130	115	84
3. Materialaufwand	-14	-13	-2
4. Personalaufwand	-3.395	-2.926	-2.630
5. Abschreibungen	-53	-119	-73
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-869	-759	-558
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7	2	7
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1	-6	-5
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-147	-34	-3
10. Außerordentliche Erträge	0	26	0
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-1	0
10. Sonstige Steuern	-7	-2	-2
11. Jahresergebnis	-154	-11	-5

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter der Gesellschafterin in der Gesellschafterversammlung ist Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Das Unternehmen ist mit der Verwertung und Verwaltung von Grundstücken im Wohn- und Gewerbegebiet Brandenburg an der Havel - Kirchmöser und angrenzenden Flächen betraut, insbesondere die die Stadt Brandenburg an der Havel vom Bundeseisenbahnvermögen (BEV) erworben hat.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2010	2011
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	1%	0%	1,84%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	14%	9%	35%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0 €
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	1571%	1755%	1879%
Zinsaufwandquote	0,2%	0,0%	0,00%
Liquidität 3. Grades	115%	109%	150%
Cashflow	-18 T€	108 T€	-19 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	4%	-4%	-23%
Umsatz	188 T€	189 T€	0
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	23 T€	-21 T€	-20 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	131%	136%	0%
Anzahl der Mitarbeiter	5	5	0

Lagebericht der Gesellschaft

Die Gesellschaft war Dienstleister des 100% Eigentümers Stadt Brandenburg an der Havel im Ortsteil Kirchmöser und hatte im Rahmen des Verwaltervertrages bis im Jahre 2010 für die am 01.01.2003 vom Bundeseisenbahnvermögen (BEV) übernommenen Flächen (ca. 400 ha zzgl. ca. 10 ha ehemalige NVA-Flächen an der Uferstraße abzüglich zwischenzeitlicher Verkäufe) die Betreuung sowie die Verkehrssicherungspflicht wahrgenommen.

Die Verwaltung der noch nicht veräußerten und verwalteten Immobilienbestände der Stadt Brandenburg an der Havel, die Freiflächen, die Garten- und Pachtgrundstücke wurden zum Jahresende 2010 dem Zentralen Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel zugeordnet.

Im Geschäftsjahr 2011 waren auch nach der Übertragung der Immobilienverwaltung an das Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel Endabrechnungen und Restarbeiten für die ehemals verwalteten Objekte in Kirchmöser von der PEK zu erledigen.

Ferner führte die Gesellschaft für die Gesellschafterin die Fördermaßnahme „Regionalmanagement der Stadt Brandenburg für das bahnaffine Gewerbe“ gegen Erstattung aller Kosten in 2011 fort. Ende August 2011 wurde diese Fördermaßnahme endgültig von der Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel eingestellt.

Mit der Kündigung des Verwaltervertrages zum 31.12.2010 ist die wesentliche Geschäftsgrundlage der Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH zum Jahresende 2010 weggefallen. Die GmbH wird seit 01.01.2011 ohne Personal - und nur durch den Geschäftsführer vertreten – vorläufig - bis zu einer anderen Entscheidung des Gesellschafters - im geringen Umfang fortgeführt.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel und der PEK bestand seit dem 2. September 2003 ein Verwaltervertrag. Die PEK verwaltete, bewirtschaftete und verwertete die in Anlage 1 des Verwaltervertrages aufgeführten Grundstücke und Gebäude, die die Stadt Brandenburg an der Havel vom Bundeseisenbahnvermögen erworben hatte. Der Verwaltervertrag wurde zum 31.12.2010 gekündigt. Alle Mietzahlungen aus den zu verwaltenden Objekten sowie die für diese Objekte anfallenden Aufwendungen wurden über die Bankkonten der PEK GmbH abgewickelt. Die PEK hat ihren Sitz in von der Stadt Brandenburg an der Havel angemieteten Räumen. Ab 01.04.2004 wurde der PEK GmbH der Bereich Regionalmanagement zugeordnet. Es handelt sich um einen zu 100 % geförderten Bereich (80 %ige Förderung durch die ILB Investitionsbank des Landes Brandenburg; 20%ige Förderung durch die Stadt Brandenburg an der Havel bis Ende 2009; 2010 bis August 2011 100%ige Förderung durch die Stadt Brandenburg an der Havel).

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2009	2010	2011
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	5	3	2
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	5	3	2
B. Umlaufvermögen	524	587	87
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	47	2	27
III. Kassenbestand, Guthaben	477	585	60
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	72	51	31
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Gewinnrücklagen	0	0	0
III. Gewinnvortrag	23	47	25
IV. Jahresüberschuss	23	-21	-20
B. Rückstellungen	5	4	4
C. Verbindlichkeiten	452	536	54
Bilanzsumme	528	591	89

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2009	2010	2011
1. Umsatzerlöse	188	189	0
2. Bestand an unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	199	114	61
4. Materialaufwand	0	0	0
5. Personalaufwand	-247	-257	0
6. Abschreibungen	-5	-2	-1
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-111	-64	-80
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	25	-21	-20
11. Sonstige Steuern	-1	0	0
12. Jahresergebnis	24	-21	-20

III.3

Beteiligungsgesellschaften

III.3.1 Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Betreibergesellschaft des Technologie- und Gründerzentrums der Stadt Brandenburg an der Havel.

Firmensitz

Friedrich-Franz-Str. 19
14770 Brandenburg an der Havel

Telefon: 03381 - 38 10 01

Telefax: 03381 - 38 10 02

e-mail: info@tgz-brb.de

Internet: www.tgz-brb.de

Gründung

Die Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH (TGZ) wurde am 31.01.1995 gegründet. Sie ist Betreibergesellschaft des Technologie- und Gründerzentrums der Stadt Brandenburg an der Havel.

Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte unter HRB 8845 P am 29.11.1995 beim Amtsgericht Potsdam.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 51.129,19 €

Beteiligungsverhältnisse 2011		
	<u>EUR</u>	%
Stadt Brandenburg an der Havel	26.587,18	52
Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam	5.112,92	10
RFT radio-television Brandenburg GmbH	5.112,92	10
Fachhochschule Brandenburg	4.601,63	9
Manfred Villmann Industrietransportgesellschaft mbH	2.556,46	5
REMONDIS Entsorgungswirtschaft GmbH & Co. KG, Region Ost	1.533,88	3
ATLAS Informationssysteme GmbH	1.533,88	3
Börner Heizungs- und Sanitärtechnik GmbH	511,29	1
PERKERS SRS Verkehrstechnik GmbH	511,29	1
Havelländische Wasser GmbH	511,29	1
Lenz & Mundt Betonsanierung GmbH	511,29	1
HIB Hoch- und Ingenieurbau GmbH	511,29	1
Honeywell GmbH	511,29	1
Ingenieurbüro Friedrichs	511,29	1
Gewerbeverein Brandenburg e.V.	511,29	1

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrages in der derzeit gültigen Fassung ist datiert vom 12.08.1997.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Hans-Joachim Freund

Der Geschäftsführer ist ehrenamtlich tätig.

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter der Mehrheitsgesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung ist Bürgermeister Herr Steffen Scheller.

Im Jahr 2011 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Beirat*

Im Berichtszeitraum fanden zwei Beiratssitzungen statt.

Beiratsmitglieder 2011

Beiratsvorsitzende	Frau Diana Rosenthal (Fachhochschule Brandenburg an der Havel)
weitere Mitglieder	Frau Anne Slonina (Creditreform Brandenburg)
	Herr Peter Effenberger (ZAB Zukunftsagentur Brandenburg)
	Herr Wilfried Meier (IHK Potsdam, Regionalcenter Brandenburg an der Havel)
	Herr Ingo Borkenhagen (Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam)
	Herr Michael Glaser (Agentur für Arbeit Brandenburg)
	Herr Uwe Rudolphi (IAT Rudolphi & Rau GmbH)
	Herr Ralf Koppe (Insolvenzverwalter)
	Herr Lutz Kotlowski (BBV Baustahl- und Blechverarbeitungsgesellschaft Kirchmöser)
	Frau Heide Traemann (Bosch Solar CISTech GmbH)
	Herr Oliver Windeck (Metallbau Windeck GmbH)
	Herr Thomas Schulik (Knauff & Schulik Steuerberatungsgesellschaft mbH)
	Herr Wolfgang Biedermann (RapidEye AG)
	Herr Rainer Schmidt (Heidelberger Druckmaschinen AG)

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Unternehmensgegenstand ist gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages die Förderung der regionalen Wirtschaft durch die Unterstützung aller innovativen und technologieorientierten Unternehmen sowie Existenzgründer, insbesondere durch die Unterstützung des Technologietransfers auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung.

Insbesondere sollen dabei Unternehmen Berücksichtigung finden, die auf dem Gebiet der Forschung sowie der Dienstleistungen u. a. schwerpunktmäßig Themen des Umweltschutzes oder der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) arbeiten.

Dazu vermietet oder verpachtet die Gesellschaft kostengünstig Geschäfts- und Gewerberäume, Büro- und Betriebseinrichtungen und anderes Anlagevermögen an zu errichtende oder bereits bestehende Unternehmen, um zunächst deren Ansiedlung zu erleichtern sowie erbringt und vermittelt kostengünstig Dienst-, Beratungs- und Bildungsleistungen.

Damit soll die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur im Raum Brandenburg durch die Ansiedlung von technologieorientierten Unternehmen und die Unterstützung der bestehenden Betriebe durch diese Unternehmen gefördert werden.

Die Gesellschaft ist in diesem Sinne auch als Mittler zwischen Wirtschaft und Wissenschaft tätig und fördert durch Information, Beratung und Vermittlung von Kontakten den Technologietransfer.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2010	2011
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	16%	55%	16%
Eigenkapitalquote (ohne SoPo)	13%	10%	13%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	101%	25%	101%
Zinsaufwandquote	0,0%	0,0%	0,0%
Liquidität 3. Grades	104%	97%	104%
Cashflow	87 T€	-77 T€	13 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Umsatz	423 T€	447 T€	423 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	34%	46%	34%
Anzahl der Mitarbeiter	5	7	5

Lagebericht der Gesellschaft

Die Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH (TGZ GmbH) leistete im Jahr 2011 wieder einen wesentlichen Beitrag durch die Ansiedlung von Firmen im Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel (TGZ) im Rahmen der Entwicklung zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur im Entwicklungsraum Westbrandenburg. Das TGZ suchte aufgrund der räumlichen Nähe die Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Brandenburg an der Havel und der örtlichen Wirtschaftsförderung und verstärkte die Zusammenarbeit mit dem Verein der Technologiezentren des Landes Brandenburg. Schwerpunkte sind u. a. dabei die Vermietung an Existenzgründer für einen zeitlich beschränkten Zeitraum, die Anwendung des Förderprogramms „Studenten im TGZ“ (StuTZ), die Erleichterung von Ansiedlungen von bereits bestehenden Unternehmen und der Erfahrungsaustausch zur weiteren Profilierung des TGZ.

Insgesamt sind per 31.12.2011 im TGZ 45 Firmen angesiedelt, davon sind 19 Firmen im technologieorientierten Bereich tätig. Im TGZ arbeiten ca. 230 Menschen. Die Auslastung der vermietbaren Flächen betrug im Jahr 2011 durchschnittlich 77%, davon sind 19 Unternehmen Existenzgründer. An die Stadt Brandenburg an der Havel wurden an die Fachgruppe Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt 304 m², an die Fachgruppe Schule, Sport und Kultur 537 m² sowie an die Zulassungsstelle 402 m² vermietet. Die Vermietung an die Fachgruppe Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt ist als wirtschaftlicher Vorteil zu sehen, weil dadurch umfangreiche Synergieeffekte in der wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort vor allem im Ansiedlungsbereich erreicht werden.

Investitionen wurden in Höhe der geplanten Baumaßnahmen für neue Mieter und für Betriebsausstattungen umgesetzt. Weiterhin wurden Baumaßnahmen im Zusammenhang mit dem Einzug der Zulassungs- und Führerscheinstelle realisiert. Die Finanzierung erfolgte durch einen Investitionskostenzuschuss aus nicht verbrauchten Zuschüssen der Stadt Brandenburg an der Havel.

Seit dem 01.03.2009 ist die TGZ GmbH Träger des Lotsendienstes der Stadt Brandenburg an der Havel. Im Jahr 2011 wurden sieben Assessment-Center durchgeführt, in denen die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Gründungsvorhabens und die Gründerpersönlichkeit der Gründungswilligen einer eingehenden Prüfung unterzogen und für die Phase nach der Gründung Berater beiseite gestellt wurden.

Insgesamt haben 66 Frauen und Männer zwischen Januar 2011 und Dezember 2011 an den sieben Tragfähigkeitsuntersuchungen ihrer Geschäftsidee im TGZ teilgenommen. Bereits 74% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben ihr Unternehmen bis Dezember 2011 gegründet.

Mit zielgerichteten Veranstaltungen hat das TGZ das Thema Existenzgründung in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt.

Das TGZ ist Partner der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für das Programm Gründercoaching Deutschland.

Auch im dritten Jahr der Übernahme der Trägerschaft des Lotsendienstes erfolgt vom Fördermittelgeber LASA eine weitere zielgerichtete Förderung über den Lotsendienst im Rah-

men der Richtlinie des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie zur Förderung von Qualifizierungs- und Coachingmaßnahmen bei Existenzgründungen. Die Durchführung des Projektes verhält sich kostenneutral. Mehrausgaben für Sachkosten werden durch die Vermietung von Konferenz- und Beratungsräume an die Berater gedeckt.

Um die Zukunftsfähigkeit der TGZ GmbH auch in den weiteren Jahren stabil zu entwickeln, wurde im März 2010 von der TGZ GmbH die Trägerschaft des Teilprojektes Regionalbudget IV -Existenzgründung übernommen. Parallel, wie beim Lotsendienst, ist auch dieses Projekt kostenneutral und wird mit Fördermitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert. Dieses Projekt dient der weiteren Existenzgründungsförderung und über die Projektstätigkeit sollen zukünftig Existenzgründer als Mieter gewonnen werden. Vom Regionalbudget wurden vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2011 insgesamt 30 neue Gründungswillige in der Vorgründungswerkstatt und den „Lokalen Initiativen für neue Beschäftigung“ betreut, davon waren 16 Frauen und 16 Langzeitarbeitslose. Von den 19 Teilnehmenden der Vorgründungswerkstatt sind 8 Personen in den Lotsendienst übergegangen. 2 Gründungswillige haben direkt aus der Vorgründungswerkstatt heraus gegründet. Von den 16 Bewerbungen um den Zuschuss des Regionalbudgets wurden 11 Gründungswillige positiv bewertet und haben im Jahr 2011 gegründet.

Die im Jahr 2011 durchgeführten imagebildenden Maßnahmen vor allem im Bereich Existenzgründung und Selbständigkeit führten zu einem ansteigenden Bekanntheitsgrad des TGZ. Diese Entwicklung wird in den kommenden Jahren fortgeführt.

In der TGZ GmbH waren im Jahr 2011 acht Mitarbeiter, davon für die Fördermaßnahmen Lotsendienst und Regionalbudget drei Mitarbeiter, hauptberuflich sowie ein Prokurist und ein Geschäftsführer ehrenamtlich tätig. Von den acht Mitarbeitern waren drei Mitarbeiter in Teilzeit beschäftigt.

Die Gesellschafteranteile haben sich im Berichtsjahr nicht geändert. Die Stadt Brandenburg an der Havel ist mit 52% Hauptgesellschafter und 14 weitere Unternehmen sind an der TGZ GmbH beteiligt. Auf der Grundlage des bestehenden Betreibervertrages mit der Stadt Brandenburg an der Havel erhält die TGZ GmbH jährlich Zuwendungen. Im Gegenzug erhielt die Stadt Brandenburg an der Havel im Laufe des Geschäftsjahres Mietzahlungen in annähernd gleicher Höhe von der TGZ GmbH.

Das Geschäftsergebnis beträgt 0,00 €, da nicht verbrauchte Zuwendungen von der Stadt Brandenburg an der Havel zurückgefordert werden.

Ertragslage

Die TGZ GmbH weist für das Geschäftsjahr 2011 ein Jahresergebnis von 0 T€ aus, welches sich wie folgt errechnet:

	T€
Betriebsertrag	870
Betriebsaufwendungen	903
Betriebsergebnis	-33
Finanzergebnis	0
Periodenfremdes und Neutrales Ergebnis	33
Jahresergebnis	0

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2011 insgesamt 549 T€. Davon entfällt auf das Anlagevermögen 279 T€. Das Anlagevermögen wird zu 97% durch mittel- und langfristiges Kapital gedeckt. Das Umlaufvermögen von 270 T€ besteht mit 218 T€ im Wesentlichen aus liquiden Mitteln. Die Liquidität 1. Grades (liquide Mittel/kurzfristiges Fremdkapital*100) beträgt 78% (2010: 72%). Unter Hinzurechnung der kurzfristigen Forderungen verbessert sich die Deckung des kurzfristigen Fremdkapitals auf 97% (2010: 99%). Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt unter Hinzurechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse am 31.12.2011 257 T€. Die Eigenkapitalausstattung hat sich von 51% im Vorjahr auf 47% vermindert. Das Fremdkapital beträgt 293 T€ und betrifft überwiegend kurzfristig fällige Verbindlichkeiten.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Chancen und Risiken

Die Chancen der TGZ GmbH werden darin gesehen, dass weitere Projekte zur Förderung von Existenzgründungen durchgeführt werden. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, den Bekanntheitsgrad zu steigern und somit neue Mieter für das TGZ Brandenburg an der Havel zu finden.

Eine zweite Chance wird in der weiteren Zusammenarbeit auf der Grundlage des bestehenden Kooperationsvertrages mit der Fachhochschule Brandenburg gesehen. Dabei geht es vor allem um den weiteren Ausbau des Förderprogramms Studenten im TGZ (StuTZ).

Bestandsgefährdende oder die Entwicklung beeinträchtigende Risiken waren 2011 nicht zu verzeichnen. Zu beachten ist, dass die TGZ GmbH aus dem laufenden Geschäft heraus keine größeren Investitionen in die Instandhaltung des Gebäudes erwirtschaften kann. Hierzu sind regelmäßig Investitionszuschüsse zu beantragen, da aus der eigenen Geschäftstätigkeit keine eigenen Reinvestitionen getätigt werden können. Das Ergebnis wird in den nächsten Jahren dadurch beeinflusst, ob die Auslastung der vermieteten Flächen noch weiter gesteigert werden kann.

Wichtige Ereignisse nach Ablauf des Geschäftsjahres

Besondere Ereignisse nach Ablauf des Geschäftsjahres 2011 waren nicht zu verzeichnen.

Künftige Entwicklung

Die künftige Entwicklung der TGZ GmbH hängt unverändert von der Auslastung der vermieteten Flächen ab. Trotz der gesteigerten Vermietung von Flächen an die Stadt Brandenburg an der Havel reichen die verbleibenden Flächen aus, um die Vermietung von Flächen an Existenzgründer weiter auszuüben.

Die notwendigen wirtschaftsfördernden Maßnahmen sind in der kurz- und mittelfristigen Haushaltsplanung der Stadt Brandenburg an der Havel eingestellt; die Fortführung der Geschäftstätigkeit ist nachhaltig sichergestellt.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	<p>Der zwischen der TGZ GmbH und der Stadt Brandenburg an der Havel bestehende Betreibervertrag wurde am 28.05.2004 bis zum 31. Dezember 2013 verlängert. Die TGZ GmbH erhält von der Stadt Brandenburg an der Havel notwendige Zuschüsse im Sinne einer wirtschaftsfördernden Maßnahmen in Höhe von 135.000 € pro Jahr (2009 waren es 40.000 €). Nicht verbrauchte Zuschüsse aus Vorjahren wurden in die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter eingestellt (Stand 31.12.2011: 113.508,38 €)</p> <p>Außerdem besteht zwischen der Stadt und dem TGZ ein Mietvertrag. Die TGZ GmbH zahlte Mieten für das Gebäude und die Stellflächen im Geschäftsjahr 2011 160.519,77 €, im 2010 147.283,47 €, im Jahr 2009 131.291,62 €.</p> <p>Umgekehrt besteht ein Mietvertrag der TGZ GmbH mit dem Gebäude- und Liegenschaftsmanagement über Räume für das Schulamt, der Fachgruppe Wirtschaftsförderung und seit 2010 auch für die Kfz-Zulassungstelle.</p> <p>Zwischen der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH und der TGZ GmbH besteht seit 18. September 2001 eine Dienstleistungsvereinbarung. Im Rahmen dieser Vereinbarung erstellt die TWB die Wirtschaftspläne und die Quartalsberichte für das TGZ.</p> <p>Seit 1.3.2010 wurde von der TGZ GmbH die Trägerschaft des Teilprojektes "Existenzgründung" des Regionalbudgets IV durch die TGZ GmbH übernommen.</p>

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2009	2010	2011
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	62	279	279
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0	0
II. Sachanlagen	61	279	279
B. Umlaufvermögen	329	221	263
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22	56	46
II. Kassenbestand, Guthaben	307	166	218
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7	6	7
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	51	51	51
I. Gezeichnetes Kapital	51	51	51
II. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
B. Sonderposten für Investitionszuschuss	20	208	205
C. Rückstellungen	63	41	75
D. Verbindlichkeiten	262	195	209
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2	11	9
Bilanzsumme	398	506	549

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2009	2010	2011
1. Umsatzerlöse	423	447	524
2. Sonstige betriebliche Erträge	225	360	390
3. Materialaufwand	0	0	0
4. Personalaufwand	-142	-206	-227
5. Abschreibungen	-13	-18	-38
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-495	-583	-650
7. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	2	0	1
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0
10. Sonstige Steuern	0	0	0
11. Jahresergebnis	0	0	0

III.3.2 MEBRA Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH

Geschäftsbereich

Abfallentsorgung

Firmensitz

Pernitzer Str 19 a
14797 Kloster Lehnin/ OT Prützke
Tel.: 033835/ 47 00
Fax: 033835/ 47 025

E-Mail: info@mebra-mbh.de
Internet: www.mebra-mbh.de

Gründung

Nach der Übertragung der VEB Stadtwirtschaft in kommunales Eigentum wurde am 6.11.1990 die Brandenburgische Entsorgungsgesellschaft mbH (BEG) gegründet.

Mit der Abtretung von 50% der Geschäftsanteile an die Firma Rethmann Entsorgungswirtschaft am 05.03.1991 wurde die Firmierung in Rethmann-Brandenburger Entsorgungswirtschaft mbH geändert (notarielle Urkunde des Notars von Oppeln-Brunikowski, Berlin, UR-Nr. 107/1991).

Die Änderung des Firmennamens erfolgte durch Beschluss der Gesellschafterversammlung am 26.08.2004 in Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH (MEBRA).

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 1267 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 30.000 €

Gesellschafter sind die Stadt Brandenburg an der Havel, der Landkreis Potsdam-Mittelmark und die REMONDIS GmbH & Co.KG.

Beteiligungsverhältnisse		
zu	51%	die Stadt Brandenburg an der Havel
zu	48%	die REMONDIS GmbH & Co. KG
zu	1%	der Landkreis Potsdam-Mittelmark

Unterbeteiligungen

Die MEBRA ist zu 100% an der Recyclingpark Brandenburg GmbH beteiligt. Das Stammkapital der Recyclingpark GmbH beträgt 1.000.000 €

Gesellschaftsvertrag

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Datum vom 5. März 1991 notariell beurkundet. Am 17.01.2003 erfolgte die notarielle Beurkundung des neuen Gesellschaftsvertrages und die Änderung der Gesellschafteranteile.

Danach hat die Stadt Brandenburg an der Havel 51%, die REMONDIS GmbH & Co. KG – Region Ost 48% und der Landkreis Potsdam Mittelmark 1%. Des Weiteren hat die Gesellschafterversammlung vom 26.08.2004 die Änderung des Gesellschaftsvertrages im § 1 Abs. 1 (Firmenname neu: Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH) beschlossen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 22. September 2004.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Heike Friedrichs

- *Gesellschafterversammlung*

Mitglieder der Gesellschafterversammlung in 2011:

<u>Name</u>	<u>für</u>
Herr Detlef Reckow	Stadt Brandenburg an der Havel
Herr Ulrich Haake	REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Ost
Herr Bernd Fleschenberg	REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Ost
Herr Landrat Wolfgang Blasig	Landkreis Potsdam-Mittelmark

Im Berichtsjahr hat eine Gesellschafterversammlung stattgefunden.

- *Beirat*

Beiratsmitglieder 2011

Beiratsvorsitz	Herr Detlef Reckow
Stellvertreter	Herr Ulrich Haake (bis 01.11.2011)
weitere Mitglieder	Herr Bernd Fleschenberg (ab 01.11.2011)
	Herr Steffen Kissinger
	Herr Ralf Holzschuher
	Herr Dr. Henning Gehm
	Herr Norbert Gehricke

Im Berichtsjahr haben zwei Beiratssitzungen stattgefunden.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs.1 des Brandenburgischen Abfallgesetzes vom 06.06.1997 sind kreisfreie Städte öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Sinne des § 13 Abs.1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes. Sie erfüllen diese Aufgabe als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe. Im Rahmen der Erfüllung dieser Entsorgungsaufgabe bedient sich die Stadt Brandenburg an der Havel der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH. Die Bedingungen sind im Deponiebewirtschaftungsvertrag und dem Abfallentsorgungsvertrag festgehalten.

Mit der Tochter Recyclingpark Brandenburg GmbH wird die MEBRA verstärkt in der Aufbereitung von Abfällen und der Vermarktung der wieder gewonnenen Stoffe tätig.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß gültigem Gesellschaftsvertrag das Sammeln und Deponieren von Hausmüll und hausmüllähnlichem Gewerbemüll, Fäkalienabfuhr, Sperrmüllabfuhr und Containerdienste sowie Wertstoffeffassung im Sinne von § 1 Abs. 1 Abfallentsorgungsgesetz sowie die Übernahme artverwandter Dienstleistungen.

Die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH ist ein zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb. Das Einsatzgebiet erstreckt sich in der Stadt Brandenburg an der Havel sowie in Bereichen des Landkreises Potsdam-Mittelmark und anderen Landkreisen des Landes Brandenburg. Weiterhin wurde das Qualitätsmanagement nach DIN EN ISO 9001 eingeführt.

Die kommunale Entsorgung umfasst das Gebiet der Stadt Brandenburg an der Havel und des Landkreises Potsdam-Mittelmark.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2010	2011
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	63%	51%	44%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	50%	63%	67%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	106%	158%	202%
Zinsaufwandquote	1,0%	0,8%	0,9%
Liquidität 3. Grades	154%	257%	538%
Cashflow	545 T€	1.120 T€	1.191 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	4%	10%	10%
Umsatz	8.345 T€	8.152 T€	7.499 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	167 T€	605 T€	714 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	30%	37%	40%
Anzahl der Mitarbeiter	94	87	87

Lagebericht der Gesellschaft

Die im Berichtsjahr erzielten Umsätze in Höhe von 7.499 T€ (2010: 8.152 T€) sind gegenüber dem Vorjahr um 653 T€ gesunken. Hauptursache dafür sind noch immer die deutlich verringerten Erlöse im Recyclingbereich für Papier und Metall. Im Bereich Anlagenführung entfallen die Umsätze aus den Quartalsaufträgen zur Vermarktung der Papiermengen des Abfallwirtschaftsbetriebes Potsdam-Mittelmark gegenüber dem Vorjahr. Im Bereich Kehrrmaschinen und Winterdienst spiegelt sich die leistungsbezogene Abrechnung entsprechend des neuen Vertrages wieder. Der Wettbewerb im freien Bereich der Industrieabfälle mit ständig steigendem Preisdruck führt zu Preisverfall und Marktverlust.

Dies konnte zum Teil durch Beteiligung an Ausschreibungen für die Vermarktung von Rohstoffen ausgeglichen werden.

Die Kosten für den Materialaufwand konnten aufgrund von Strukturänderungen deutlich gesenkt werden. So betragen die Aufwendungen in diesem Bereich 1.455 T€ (2010: 2.242 T€). Darin enthalten war auch der Vermarktungsanteil für Papier, Pappe und Kartonagen (PPK) des Landkreises Potsdam-Mittelmark. Der Anteil von Subunternehmerleistungen wurde deutlich reduziert.

Der Rohertrag betrug 6.044 T€ (2010: 5.910 T€).

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben 3.009 T€ (2010: 3.007 T€). Die Gesellschaft zahlt Entgelte entsprechend des Bundes-Entgelttarifvertrages.

Aufgrund der „Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen für die Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst“ galt für alle in der Branche beschäftigten Arbeitnehmer ab dem 1. Januar 2011 ein Mindestlohn von 8,24 € pro Stunde. Ab dem 1. November 2011 ist der Mindestlohn auf 8,33 € pro Stunde angehoben worden. In Deutschland wurde das Entgeltniveau gemäß Bundes-Entgelttarifvertrag des Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE) mit Wirkung zum 01. Januar 2011 um 2% erhöht. Für den Zeitraum 1. Mai bis 31. Dezember 2010 erhielten die tarifgebundenen Beschäftigten eine Einmalzahlung von 350,00 €. Der Tarifvertrag hat eine Gültigkeit bis Ende 2011.

Die Abschreibungen in Höhe von 443 T€ sind gegenüber dem Vorjahr (413 T€) planmäßig aufgrund der Investitionen gestiegen.

Durch den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit der Tochtergesellschaft Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH übernahm die Gesellschaft im Jahr 2011 einen Verlust in Höhe von 81 (2010: 171 T€).

Aufgrund der Vorschriften nach BilMoG (Bilanzmodernisierungsgesetz) sind in den Steuern vom Einkommen und Ertrag latente Körperschafts- und Gewerbesteuern enthalten.

Somit weist die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH einen Jahresüberschuss in Höhe von 714 T€ (2010: 605 T€) aus.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft ist im Jahr 2011 auf 7.383 T€ (2010: 6.756 T€) gestiegen.

Auf der Aktivseite der Bilanz steht ein um planmäßige Abschreibungen verringertes Anlagevermögen in Höhe von 2.101 T€. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 554 T€.

Auf der Passivseite der Bilanz erhöhte sich das Eigenkapital um 714 T€. Bezogen auf die Bilanzsumme ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 67% (2010: 63%).

Die Verbindlichkeiten liegen mit 1.896 T€ (2010: 1.987 T€) auf Vorjahresniveau, wobei die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten durch die Aufnahme von Darlehen anstiegen und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sanken.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Hauptgeschäftsfelder der Gesellschaft sind Leistungen der Kreislaufwirtschaft. Diese umfassen im Wesentlichen die Haus- und Sperrmüllentsorgung, das Einsammeln von Wertstoffen, deren Aufbereitung und Vermarktung sowie schadlose Beseitigung.

Im Dezember 2010 wurde durch die Verwaltung der Stadt Brandenburg an der Havel die Kündigung des Entsorgungsvertrages mit der Gesellschaft zur Entscheidung durch die Stadtverordneten in die Ausschüsse eingebracht. Im Februar 2011 wurde die Kündigung des Vertrages zum 28.02.2014 beschlossen. Die Geschäftsführung hat daraufhin einen Maßnahmenkatalog erstellt, um auf die möglichen Konsequenzen zu reagieren und bereits mit einer Teilumsetzung begonnen. So wird an der Veränderung der Alterstruktur der Belegschaft gearbeitet, indem Ver- und Entsorger ausgebildet werden.

Weitere Leistungen werden im Rahmen der Stadtreinigung und des Winterdienstes sowie anderer Dienstleistungen für kommunale, gewerbliche und private Kunden erbracht.

Die Branchenkonsolidierung und die damit verbundene Veränderung der Marktanteile in der deutschen Kreislaufwirtschaft hält weiter an. Zusammenschlüsse von führenden Marktteilnehmern waren im Berichtsjahr und in der Region Brandenburg - Berlin jedoch nicht zu beobachten.

Die Gesellschaft betreibt im Auftrag der Stadt Brandenburg an der Havel eine Sammelstelle für Elektrogeräte am Standort der Tochtergesellschaft Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH. Am gleichen Standort erfolgt auch die Lagerung der Streumittel für die vertraglichen Leistungen aus dem Kehr- und Winterdienstauftrag. Am 09. September 2011 wurde auf dem Gelände der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH ein Wertstoffhof eröffnet, um das Dienstleistungsangebot für die Bürger und Gewerbekunden zu verbessern.

Im Auftrag der Kommune wird der Wertstoffhof im Eingangsbereich der ehemaligen Deponie Fohrde bis zum 28.02.2012 bewirtschaftet. Ebenfalls an diesem Standort betreibt die Gesellschaft im eigenen Namen einen Kompostplatz. Für den dort produzierten Kompost hat die Gesellschaft wiederum das RAL-Gütezeichen (RAL Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung) erhalten.

Begriffserläuterung (RAL-Gütezeichen): RAL ist die Dachorganisation aller Gütegemeinschaften und die unabhängige Institution für Gütesicherungen, die das Gütezeichensystem und den Begriff Gütezeichen gegen Missbrauch schützen soll. Ein Unternehmen, das für sein Produkt oder seine Dienstleistung ein RAL Gütezeichen benutzen möchte, muss im Rahmen einer Erstprüfung unter Beweis stellen, dass es die in den Güte- und Prüfbestimmungen festgelegten Anforderungen erfüllt. Im Rahmen der Erstprüfung wird darüber hinaus festgestellt, ob die Voraussetzungen dafür gegeben sind, dass das Unternehmen die Güte- und Prüfbestimmungen dauerhaft einhält. Veranlasst wird die Erstprüfung z. B. vom Güteausschuss der Gütegemeinschaft, die für die Durchführung eine neutrale Prüfstelle oder einen Sachverständigen beauftragen kann. Nach der Erstprüfung muss das Unternehmen nachweisen, dass es im Rahmen der Gütesicherung die Einhaltung der Güte- und Prüfbestimmungen überwacht. Zudem ist es verpflichtet, sich regelmäßig der Überwachung durch einen neutralen Prüfer zu unterziehen (Quelle: Wikipedia).

Nach Inkrafttreten der 5. Novelle der Verpackungsverordnung zum 1. Januar 2009 wurde die Möglichkeit der Selbstentsorgung auf eng reglementierte Branchenlösungen beschränkt. Die Entsorgung ist von den Herstellern und Vertreibern von Verkaufsverpackungen lückenlos nachzuweisen. Schätzungen zufolge bleibt im Berichtsjahr wie in den Vorjahren die Menge der lizenzierten Verkaufsverpackungen hinter der tatsächlich erfassten Menge deutlich zurück. Die Differenzmenge resultiert sowohl aus Fehlwürfen (Materialien, die nicht in den gelben Sack / die gelbe Tonne gehören) als auch aus Mengen von sogenannten Trittbrettfahrern, die ihre zu lizenzierenden Verkaufsverpackungen nicht über eines der vorhandenen dualen Systeme lizenzieren.

Im Bereich duale Systeme sind in Deutschland bundesweit neun relevante Marktteilnehmer aktiv. REMONDIS betreibt über ihre Beteiligung EKO-PUNKT GmbH eines dieser neun Systeme zur Rücknahme von Verkaufsverpackungen. Ab dem 01.01.2011 werden die Leistungen zur Sammlung von Glas und LVP (Leichtverpackungen – gelbe/r Sack/Tonne) durch die Gesellschaft als direkter Vertragspartner des DSD (Duales System Deutschland) erbracht.

EKO-PUNKT beobachtet die Praxis einiger Marktteilnehmer kritisch, Kunden die Übernahme der Verpflichtungen aus der Verpackungsverordnung vollständig anzubieten, dann aber die Leistung in Form einer haushaltsnahen Erfassung und späteren Verwertung dieser Verpackungen nur bedingt zu beauftragen. Gemeinsam mit anderen dualen Systemen hat EKO-PUNKT im Dezember 2010 ein Qualitätszertifikat unter dem Namen „Zertifikat zur Sicherstellung der privatwirtschaftlichen organisierten haushaltsnahen Verpackungsentsorgung durch Duale Systeme“ unterzeichnet, das durch umfangreiche Prüfungsmaßnahmen sicherstellen soll, dass die privatwirtschaftlich organisierte Rücknahme von Verkaufsverpackungen in Deutschland durch Duale Systeme entsprechend den Vorgaben der Verpackungsverordnung erhalten bleibt.

Der Nachfrageanstieg nach Rohstoffen betrifft im Bereich der Wasser- und Kreislaufwirtschaft vor allem die Vermarktung von Sekundärrohstoffen wie Schrott, Altpapier und Kunststoffen und sorgte für tendenziell steigende Sekundärrohstoffpreise mit einhergehenden Erlös- und Ergebnisanstiegen.

Die aufgrund des seit dem 1. Juni 2005 in Deutschland geltenden Ablagerungsverbots für unbehandelte Abfälle (TASi – Technische Anleitung Siedlungsabfall) zusätzlich aufgebauten Abfallverbrennungskapazitäten und die Erweiterungen von thermischen Verwertungsanlagen sorgen langfristig für Überkapazitäten in Müllverbrennungsanlagen und in Anlagen zur Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS). Dieser Zustand führte branchenweit zu Projektabsagen für ursprünglich geplante Investitionen in Kapazitätserweiterungen einzelner Müllverbrennungsanlagen sowie den Neubau bzw. die Kapazitätserweiterung von Ersatzbrennstoffkraftwerken, da aufgrund des mit den Überkapazitäten zusammenhängenden Preisverfalls eine wirtschaftlich ausreichende Auslastung nicht sichergestellt werden kann. In Deutschland sind, neben den bereits in der Umsetzung befindlichen, keine zusätzlichen Erweiterungen und Neubauten von Müllverbrennungsanlagen absehbar.

Am 28.10.2011 verabschiedete der Deutsche Bundestag die Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) mit dem die EU-Abfallrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden soll.

Hiernach sind die Vorschriften zur Abfallhierarchie interpretationsfähig und wenig praktikabel und ohne unmittelbare Pflichten. Die Müllverbrennung wird hiernach dem Recycling quasi gleichgestellt.

Ferner scheinen die im Gesetz vorgesehenen Recyclingquoten nicht ambitioniert genug. Bis 2020 sollen 65% aller Siedlungsabfälle recycelt werden. Dies entspricht bereits dem gegenwärtigen Niveau. Bei Bau- und Abbruchabfällen liegt die vorgegebene Quote mit 70% ebenfalls deutlich unter den Möglichkeiten. Bei diesen niedrigen Quoten besteht die Gefahr des Verlusts des international vorhandenen technischen Vorsprungs und Fortschritts der deutschen Recyclingwirtschaft.

In Sachen Wertstofftonne enthält das Gesetz lediglich die verordnungsrechtlichen Grundlagen für die Einführung einer einheitlichen Tonne zur Erfassung von Verpackungen und sonstigen stoffgleichen Materialien. Aussagen zur Kostenträgerschaft und zur genauen Ausgestaltung werden nicht gemacht. Die konkreten rechtlichen Regelungen sollen erst 2012 in einem ergänzenden Wertstoffgesetz verabschiedet werden, so dass mit der Einführung einer Wertstofftonne spätestens bis 2015 zu rechnen ist.

Die Gesellschaft verfügt über ein rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem (IKS), welches dem Geschäftszweck und –umfang angemessen ist.

Für die Berichtsgesellschaft wird ein monatliches Ergebnisreporting und eine jährliche Budgetierung inklusive Mittelfristplanung erstellt. Gegenüber dem Hauptgesellschafter erfolgt zusätzlich eine Quartalsberichterstattung. Im Rahmen dieser regelmäßigen Prozesse wird die Ergebnis- und Liquiditätssituation der Gesellschaft überwacht, einem Planabgleich unterzogen und eine Früherkennung von Fehlentwicklungen gesichert.

Hinweise auf wesentliche Risiken, die einen bestandsgefährdenden Einfluss auf die Unternehmensfortführung haben, sind nicht bekannt. Jedoch können auch im Jahr 2012 erhebliche Kosten im Bereich Beratungskosten/Rechtsanwaltskosten für die anstehenden Verhandlungen zum Haustarif bzw. der Restrukturierung im Personalbereich entstehen. Dies ist erforderlich, da die Hauptgesellschafter die Geschäftsführung beauftragt haben, die Gesellschaft kurzfristig wettbewerbsfähig aufzustellen und die Kosten aus seiner Sicht auf ein gebotenes Maß zu reduzieren.

Für 2012 sind Investitionen zur Substanzerhaltung sowie für den Ersatz von Fahrzeugen in Höhe von 654 T€ vorgesehen.

Trotz umfassender Kosteneinsparungen und Strukturänderungen besteht das Risiko, bei kommenden Ausschreibungen von Altverträgen diese zu verlieren bzw. zu deutlich schlechteren Konditionen erneut zu leisten.

Unter Zugrundelegung der zuvor beschriebenen Annahmen wird im Jahr 2012 mit einem im Vergleich zum Vorjahr leicht niedrigen positiven Ergebnis gerechnet.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Verlustausgleich in Höhe von 81,3 T€ durch Ergebnisabführungsvertrag mit der RPB GmbH.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2009	2010	2011
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	3.681	3.425	3.222
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	2.560	2.303	2.101
III. Finanzanlagen	1.121	1.121	1.121
B. Umlaufvermögen	2.172	3.321	4.151
I. Vorräte	156	140	178
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.272	2.953	3.507
III. Kassenbestand, Guthaben	744	228	466
C. Rechnungsabgrenzungsposten	12	10	10
Bilanzsumme	5.865	6.756	7.383
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	2.944	4.243	4.957
I. Gezeichnetes Kapital	30	30	30
II. Andere Gewinnrücklagen	1.030	1.725	1.725
III. Gewinn-, Verlustvortrag	1.717	1.883	2.488
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	167	605	714
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	550	0	0
C. Rückstellungen	225	328	362
D. Verbindlichkeiten	1.995	1.987	1.896
E. Rechnungsabgrenzungsposten	151	142	57
F. Passive latente Steuern	0	56	111
Bilanzsumme	5.865	6.756	7.383

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2009	2010	2011
1. Umsatzerlöse	8.345	8.152	7.499
2. Bestandsänderung an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	4	2	-16
3. Sonstige betriebliche Erträge	277	242	220
4. Materialaufwand	-2.606	-2.242	-1.455
5. Personalaufwand	-2.519	-3.007	-3.009
6. Abschreibungen	-430	-413	-443
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.822	-1.723	-1.826
8. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	91	79	113
10. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-1.080	-171	-81
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-64	-69	-68
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	196	850	934
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	2	-220	-196
14. Sonstige Steuern	-32	-26	-24
15. Jahresergebnis	167	605	714

III.3.2.1 Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Abfallbehandlung

Firmensitz

August-Sonntag-Straße 3
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/32 37 00
Fax: 03381/32 37 11
e-mail: recyclingpark-brandenburg@remondis.de

Gründung

Die Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH wurde am 25.02.1994 gegründet.
Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 7458 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	1.000.000 €	
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH		100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinen weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der gültige Gesellschaftsvertrag datiert vom 25. Februar 1994 in der zuletzt geänderten Fassung vom 17.01.2003.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführer*

Heike Friedrichs (Geschäftsführerin der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH)

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH.

Im Berichtsjahr fand eine Gesellschafterversammlung statt.

- *Beirat*

Die Beiratsfunktion wird durch den Beirat des Mutterunternehmens wahrgenommen. Im Berichtsjahr fanden zwei Beiratssitzungen statt.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Kreisfreie Städte sind gemäß § 2 Abs.1 des Brandenburgischen Abfallgesetzes öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Sinne des § 13 Abs.1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes.

Neben dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz wurden neue Regelwerke für die Restabfallentsorgung geschaffen. Dazu gehört insbesondere die Technische Anleitung Siedlungsabfall (TASi). Grundlage des Geschäftsbetriebes ist die Zielhierarchie des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, nach der in erster Linie Abfälle zu vermeiden, in zweiter Linie zu verwerten und erst als letzte Möglichkeit Abfälle zu beseitigen sind. Ziel ist die Einsparung von Primärenergie.

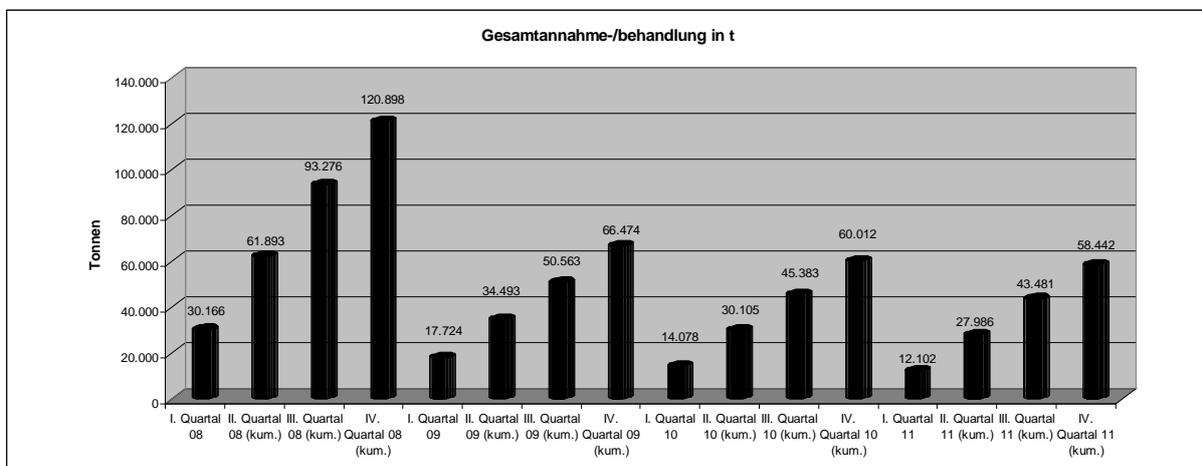
Die RPB GmbH ist Entsorgungsfachbetrieb. Der Hauptzweck des Unternehmens ist die seit dem 01.06.2005 gesetzlich vorgeschriebene Behandlung von kommunalen und gewerblichen Abfällen.

Ziel der TASi war der Ausstieg aus der Ablagerung von Restabfällen auf herkömmlichen Deponien. Die TASi enthält Vorschriften über die Beschaffenheit von abzulagernden Restabfällen und die Bewirtschaftung von Deponien auf der Basis des zum 01.06. 2005 in Kraft getretene Deponierungsverbot für unbehandelte Abfälle.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind gemäß gültigem Gesellschaftsvertrag:

- Abfallentsorgung
- Vorbehandlung von Abfällen



Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2010	2011
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	91%	92%	91%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	17%	19%	20%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	69%	48%	22%
Zinsaufwandquote	4%	3%	3%
Liquidität 3. Grades	41%	19%	14%
Cashflow	526 T€	511 T€	356 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	3%	2%	1%
Umsatz	6.126 T€	5.278 T€	5.191 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0	0	0
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	12%	2%	0%
Anzahl der Mitarbeiter	19	0	0

Lagebericht der Gesellschaft

Im Berichtsjahr ergibt sich ein Jahresumsatz von 5.191,1 T€ (2010: 5.278 T€). Die Umsatzerlöse betreffen fast ausschließlich die Aufbereitung von Siedlungs- bzw. Gewerbeabfällen. Der Reduzierung der Umsatzerlöse infolge geringerer Annahmemengen stehen 4.310,2 T€ (2010: 4.357 T€) gesunkene Materialaufwendungen gegenüber.

Der Rohüberschuss beträgt im Berichtsjahr 881 T€ (2010: 921 T€).

Der Personalaufwand in Höhe von 13 T€ (2010: 114 T€) ist stark gesunken. Im Rahmen der notwendigen Umstrukturierung wurden die Beschäftigten der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH von der Muttergesellschaft übernommen. Dieser Übergang erfolgte im

ersten Quartal 2010. Die Ausbildungsverträge blieben bestehen bzw. sind planmäßig abgeschlossen worden.

Die Abschreibungen betragen 489 T€ und liegen somit um 53 T€ unter dem Vorjahreswert.

Der Jahresfehlbetrag 2011 in Höhe von 81 T€ verringerte sich deutlich gegenüber dem Vorjahr (171 T€). Entscheidend waren dabei Strukturveränderungen und Kosteneinsparungen. Der Verlust wird im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages von der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH ausgeglichen.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft verringerte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 5.026 T€ (2010: 5.457 T€).

Das Anlagevermögen auf der Aktivseite der Bilanz verringerte sich um die planmäßigen Abschreibungen. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind gestiegen und betragen 450 T€ (2010: 421 T€).

Auf der Passivseite der Bilanz verminderte sich der Sonderposten durch planmäßige Auflösung. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sanken durch planmäßige Tilgung.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Zwischen der Muttergesellschaft Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH und der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Die bestehenden Verträge mit den kommunalen Auftraggebern sichern eine stabile Grundauslastung der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH.

Im Frühjahr 2009 verabschiedeten die Gesellschafter ein verändertes Behandlungskonzept, um den veränderten Marktbedingungen gerecht zu werden. Dieses Konzept wurde auch in 2011 weiter technisch und wirtschaftlich umgesetzt. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Entwicklung und Realisierung innovativer Recyclingtechnologien sowie die Aufbereitung und Vermarktung von Sekundärrohstoffen.

Ein Großteil der in der deutschen Kreislaufwirtschaft gesammelten Wertstoffe wie Metalle, Papier, Glas und Kunststoffe werden international als Rohstoffe für die Produktion vermarktet. Ein hohes Preisniveau auf den Rohstoffmärkten unterstützt die wirtschaftliche Nutzbarkeit der entsprechenden Recycling- und Verwertungstechnologien und schafft neue Wertschöpfungspotenziale für das Unternehmen. Gleichzeitig verschärft sich zunehmend der Wettbewerb um den Zugang zu diesen Sekundärrohstoffen.

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat die Verlängerungsoption des ARGE-Vertrages vom 02.05.2005 genutzt und diesen um weitere drei Jahre verlängert. Der Landkreis Potsdam-Mittelmark hat sich entschieden, diese Option nicht zu nutzen und die Leistung auszuschreiben. Da die Ausschreibung der Leistung durch den Landkreis Potsdam-Mittelmark die Endbeseitigung des Restmülls beinhaltet, hat sich die Gesellschaft entsprechend als Subunternehmer für die Behandlung von Abfällen beteiligt.

Zur Umsetzung der oben genannten strategischen Ausrichtung ist ein neuer Genehmigungsantrag beim LUGV (Landesamt für Umwelt-, Gesundheits- und

Verbraucherschutz) eingereicht worden. Am 30.08.2011 erfolgte die Abnahme der Umsetzung der neuen Genehmigung durch das Landesumweltamt für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz mit der Erteilung der Betriebsgenehmigung im Dauerbetrieb ohne wesentliche Auflagen. Auf dieser Basis wurde am 09.09.2011 der Wertstoffhof in Betrieb genommen werden.

Im Rahmen einer Kooperation mit der Fachhochschule Brandenburg wird an einem Forschungsprojekt für innovative Recyclingmaßnahmen gearbeitet.

Über die Vergabe der Leistungen lt. Ausschreibung des Landkreises Potsdam-Mittelmark wurde am 16.02.2012 entschieden. Im Rahmen der angebotenen Leistung werden zukünftig nur ca. 7.000 t Sperrmüll aus dem Landkreis durch die Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH behandelt.

Die Gesellschaft verfügt über ein rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem (IKS), welches dem Geschäftszweck und – umfang angemessen ist.

Für die Berichtsgesellschaft wird ein monatliches Ergebnisreporting und eine jährliche Budgetierung inklusive Mittelfristplanung erstellt. Die Gesellschaft erstellt quartalsweise Berichte, die die jeweiligen Abweichungen zwischen Plan und Ist des Berichtszeitraumes darstellen und erläutert die aktuelle Geschäftsentwicklung. Im Rahmen dieser regelmäßigen Prozesse wird die Ergebnis- und Liquiditätssituation der Gesellschaft überwacht, einem Planabgleich unterzogen und eine Früherkennung von Fehlentwicklungen gesichert.

Die Abstimmung der Outputströme ist vertraglich gesichert.

Hinweise auf wesentliche Risiken, die einen bestandsgefährdenden Einfluss auf die Unternehmensfortführung haben, sind nicht bekannt. Insgesamt wird sichergestellt, dass die Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH in vollem Umfang ihren vertraglichen Verpflichtungen gerecht wird. Auf die Ausschreibung des Landkreises wurde bereits im Vorfeld reagiert und mit der Errichtung des Wertstoffhofes ein weiterer Geschäftsbereich eingerichtet. Dieser wird auch durch den Landkreis mitgenutzt. Die Bewirtschaftung erfolgt über die Muttergesellschaft.

Für die Jahre 2012 und 2013 geht die konservative Mittelfristplanung aufgrund der Beendigung des Vertrages durch den Landkreis Potsdam-Mittelmark und den damit verbundenen Mengenverlust von einem Ergebnis, das unter dem des Vorjahres liegt, aus.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Verlustausgleich durch die MEBRA GmbH in Höhe von 81,3 T€ durch Ergebnisabführungsvertrag mit der Muttergesellschaft.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2009	2010	2011
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	5.554	5.027	4.572
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0	0
II. Sachanlagen	5.553	5.027	4.571
B. Umlaufvermögen	541	430	454
I. Vorräte	13	9	4
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	528	421	450
III. Kassenbestand, Guthaben	0	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	6.095	5.457	5.026
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	1.017	1.017	1.017
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	1.000	1.000	1.000
II. Gewinn-/Verlustvortrag	17	17	17
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	958	818	678
C. Rückstellungen	373	342	209
D. Verbindlichkeiten	3.738	3.280	3.122
E. Rechnungsabgrenzungsposten	9	0	0
Bilanzsumme	6.095	5.457	5.026

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2009	2010	2011
1. Umsatzerlöse	6.126	5.278	5.191
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	-10	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	364	409	440
4. Personalaufwand	-743	-114	-13
5. Materialaufwand	-4.595	-4.357	-4.310
6. Abschreibungen	-561	-542	-489
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.358	-613	-699
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-243	-172	-142
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.019	-110	-21
11. Sonstige Steuern	-61	-60	-60
12. Erträge aus Verlustübernahme	-1.080	-171	-81
13. Jahresergebnis	0	0	0

III.3.3 VBB Verkehrsverbund Berlin – Brandenburg GmbH

Geschäftsbereich

Verkehr

Firmensitz

Hardenbergplatz 2
 10623 Berlin
 Tel.: 030/25 41 40
 Fax: 030/25 41 41 12
 e-mail: info@vbb.de
 Internet: www.vbb.de

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 8. Dezember 1994 gegründet. Die Grundsatzentscheidung über den Beitritt der Stadt Brandenburg an der Havel zur VBB GmbH wurde von der SVV am 18.12.1997 getroffen. Die Gesellschaft ist eingetragen unter der Nr. HRB 54603 im Handelsregister des Amtsgerichtes Berlin-Charlottenburg.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 324.000 €

Die Gesellschafterstruktur der VBB GmbH ist einheitlich: Neben den beiden Ländern Berlin und Brandenburg, die je ein Drittel der Anteile des Stammkapitals, das insgesamt 324 T€ beträgt, halten und jeweils vier Vertreter in den Aufsichtsrat entsenden, sind alle achtzehn kommunalen Gebietskörperschaften im Land Brandenburg selbst Gesellschafter der VBB GmbH; sie halten jeweils einen Geschäftsanteil von 6 T€ (1,85%) und entsenden je einen Vertreter in den Aufsichtsrat.



Gesellschafter:	Anteil am Stam mkapital	Stam m - einlage
Land Berlin	33,33%	108.000 €
Land Brandenburg	33,33%	108.000 €
Stadt Brandenburg an der Havel	1,85%	6.000 €
Stadt Frankfurt (Oder)	1,85%	6.000 €
Stadt Cottbus	1,85%	6.000 €
Landeshauptstadt Potsdam	1,85%	6.000 €
Landkreis Barnim	1,85%	6.000 €
Landkreis Dahme-Spreewald	1,85%	6.000 €
Landkreis Elbe-Elster	1,85%	6.000 €
Landkreis Havelland	1,85%	6.000 €
Landkreis Märkisch-Oderland	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberhavel	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	1,85%	6.000 €
Landkreis Oder-Spree	1,85%	6.000 €
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	1,85%	6.000 €
Landkreis Potsdam-Mittelmark	1,85%	6.000 €
Landkreis Prignitz	1,85%	6.000 €
Landkreis Spree-Neiße	1,85%	6.000 €
Landkreis Teltow-Fläming	1,85%	6.000 €
Landkreis Uckermark	1,85%	6.000 €
		324.000 €

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 01.12.2005.

Gesellschaftsanteile

Gemäß § 16 des Gesellschaftsvertrages wird die laufende Finanzierung der Gesellschaft in einem gesonderten Konsortialvertrag geregelt. Aus diesem ergibt sich die Verpflichtung aller Gesellschafter, den für die Geschäftstätigkeit der VBB GmbH anfallenden Finanzbedarf durch Gesellschafterbeiträge zu decken.

Entsprechend den Regelungen des Konsortialvertrages verteilen sich die Gesellschafterbeiträge wie folgt:

- 40% auf das Land Berlin
- 40% auf das Land Brandenburg
- in Summe 20% auf alle kommunalen Gesellschafter zu gleichen Teilen

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Hans-Werner Franz

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist der Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel, Herr Steffen Scheller.

Im Geschäftsjahr 2011 fand eine ordentliche Gesellschafterversammlung am statt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat besteht höchstens aus 26 Mitgliedern, von denen die Länder Berlin und Brandenburg je vier Mitglieder, Zweckverbände höchstens die Zahl, die der Zahl ihrer Verbandsmitglieder entspricht, und die übrigen Gesellschafter je ein Mitglied entsenden.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates waren 2011:

Mitglieder des Aufsichtsrates 2011	
<u>Name</u>	<u>Funktion</u>
Herr Peer Giesecke	Landrat im Landkreis Teltow-Fläming
Herr Rainer Bretschneider	Aufsichtsratsvorsitzender Staatssekretär Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft Land Brandenburg
Frau Maria Krutzberger	1. stellv. Aufsichtsratsvorsitzender Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
Herr Carsten Bockhardt	2. stellv. Aufsichtsratsvorsitzende Erster Beigeordneter im Landkreis Barnim
Herr Burkhard Exner	Bürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
Frau Grit Klug	Dezernentin im Landkreis Oberspreewald-Lausitz
Herr Dr. Friedemann Kunst	Senatsdirigent in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin
Herr Rudolf Keseberg	Ministerialdirigent im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
Herr Ralf Reinhardt	Landrat im Landkreis Ostprignitz-Ruppin
Herr Markus Derling	Beigeordneter Stadt Frankfurt/Oder
Frau Dr. Heike Richter	Referatsleiterin im Ministerium Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
Herr Joachim Künzel	Referatsleiter der Senatskanzlei Berlin
Herr Stephan Loge	Landrat im Landkreis Dahme-Spreewald
Herr Holger Lossin	1. Beigeordneter im Landkreis Prignitz
Herr Hans-Werner Michael	Referatsleiter im Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg
Herr Eberhard Stroisch	Dezernent im Landkreis Elbe-Elster
Herr Steffen Scheller	Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel
Herr Gernot Schmidt	Landrat im Landkreis Märkisch-Oderland
Herr Bernd Brandenburg	Beigeordneter im Landkreis Uckermark
Herr Dr. Burkhard Schröder	Landrat im Landkreis Havelland
Herr Karl-Heinz Schröter	Landrat im Landkreis Oberhavel
Herr Günter Schulz	Referatsleiter in der Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin
Herr Christian Stein	1. Beigeordneter im Landkreis Potsdam-Mittelmark
Herr Frank Szymanski	Oberbürgermeister der Stadt Cottbus
Herr Carsten Billing	Dezernent im Landkreis Spree-Neiße
Herr Manfred Zalenga	Landrat im Landkreis Oder-Spree

Im Geschäftsjahr 2011 fanden vier ordentliche Aufsichtsratssitzungen statt.

- *Beiräte*

Entsprechend den gesellschaftsrechtlichen Grundlagen bestehen gemäß § 7 in Verbindung mit § 14 des Gesellschaftsvertrages zwei Beiräte.

Der Beirat der Gesellschafter setzt sich aus je vier Vertretern der Länder Berlin und Brandenburg sowie je einem Vertreter der übrigen Gesellschafter zusammen.

Der Beirat der Verkehrsunternehmen setzt sich aus Vertretern der im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg kooperierenden Verkehrsunternehmen zusammen. Beide Beiräte haben lediglich beratende Funktion.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 2 in Verbindung mit § 131 BbgKVerf gehört die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs zu den Selbstverwaltungsaufgaben der kreisfreien Städte und Landkreise.

Im § 2 des Gesellschaftsvertrages sind die Aufgaben der Gesellschaft zur Erfüllung des öffentlichen Zwecks festgelegt. Der Verkehrsverbund wirkt über seine Gremien auf den notwendigen Interessenausgleich zwischen Verkehrspolitik, ÖPNV-Kundenanforderungen, Erwartungen der Verkehrsunternehmen und der Interessen seiner Gesellschafter hin. Dazu plant, bestellt, koordiniert und kontrolliert er z.B. den SPNV (Schienenpersonennahverkehr) und den übrigen ÖPNV über die kommunalen und Ländergrenzen hinweg.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des ÖPNV im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarungen der Länder Berlin und Brandenburg vom 30. Dezember 1993.

Hieraus ergeben sich u. a. für die Gesellschaft im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- Erarbeitung eines den regionalen Bedingungen angepassten Bedienungskonzeptes und Erstellung eines daraufhin gerichteten Fahrplans
- Konzipierung, Einführung und Fortentwicklung eines einheitlichen Beförderungssystems, eines einheitlichen Beförderungstarifes für den Verbundverkehr, einheitliche Tarif- und Beförderungsbedingungen, Fahrgastinformationen, Marketingmaßnahmen und Abfertigungs- und Zahlungssysteme
- Erarbeitung und Anwendung eines Einnahmeaufteilungsverfahrens für das Verbundgebiet
- Mitwirkung bei der Aufstellung und Umsetzung der Investitions- und Finanzierungspläne der Aufgabenträger für den Verkehrsverbund und Ermittlung des Zuschussbedarfs für den Verbundverkehr
- Schaffung einer einheitlichen Bedien- und Nutzeroberfläche des ÖPNV im Verbundgebiet
- Erarbeitung einheitlicher qualitativer und quantitativer Standards für die Verkehrsbedienung des Verbundgebietes nach Maßgabe der Nahverkehrsplanungen, Finanzierungs- und sonstigen Vorgaben der Aufgabenträger

Ziel der VBB GmbH ist die Koordination, die Weiterentwicklung und die Gestaltung der regionalen Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg sowie der Kommunen des Landes Brandenburg im Bereich des ÖPNV.

Schwerpunkte der Tätigkeit sind:

- Organisation der ÖPNV-Leistungen in den Ländern Berlin und Brandenburg (langfristige Infrastrukturplanung, Vergabe und Vertragscontrolling hinsichtlich der Schienenpersonennahverkehr-Leistungen)
- Weiterentwicklung des Verbundtarifs und die Gestaltung der Einnahmeverteilung
- Aufbau eines zentralen Angebots- und Informationsmanagements für die Verkehre im Verbundgebiet
- Koordination der Interessen der verschiedenen Partner und Gestaltung der Entwicklung eines leistungsstarken integrierten Nahverkehrssystems
- Verbundmarketing, die Kundeninformation, die Vertriebskoordination und die Einnahmeverteilung

Der VBB ist eine Gesellschaft der Länder, Kreise und kreisfreien Städte. Dieser Aufbau führt zu einer klar umrissenen Verantwortungsstruktur und ermöglicht eine eindeutige Trennung zwischen politischer (Besteller) und unternehmerischer (Ersteller) Verantwortung. Die Gesellschafter sind in ihren Entscheidungen unabhängig von den Verkehrsunternehmen.

Die Gesellschafter sind zuständig für die Bestellung von Verkehrsleistungen, die von den Verkehrsunternehmen erbracht werden.

<u>Technische Daten 2011</u>	
Einwohner:	
Berlin	3.461.000
Brandenburg	2.503.000
Berlin/Brandenburg (jährlich)	5.964.000
Flächen:	
Berlin	891 km ²
Brandenburg	29.476 km ²
Berlin/Brandenburg (jährlich)	30.367 km ²
Einwohnerdichte:	
Berlin	3.884 je km ²
Brandenburg	85 je km ²
Berlin/Brandenburg (jährlich)	196 je km ²
Länge SPNV-Netz:	ca. 2380 km
Anzahl der Fahrgäste (Stand 2011):	
Berlin/Brandenburg (täglich)	ca. 3,47 Mio
Berlin/Brandenburg (jährlich)	ca. 1.266 Mio
Zugkilometer im SPNV 2011 (S-Bahn und Regionalverkehr):	ca. 69 Mio
Wagenkilometer (U-Bahn, Straßenbahn, Bus):	
Berlin	231 Mio. km
Brandenburg	92 Mio. km
Berlin/Brandenburg (jährlich)	323 Mio. km

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2010	2011
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	8%	7%	7%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	7%	6%	6%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	185%	185%	181%
Zinsaufwandquote	0	0	0
Liquidität 3. Grades	107%	106%	105%
Cashflow	953 T€	268 T€	-14 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus
Umsatz	985 T€	1.120 T€	684 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 T€	0 T€	0 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	42%	43%	38%
Anzahl der Mitarbeiter	88	97	93

Lagebericht der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2011 der VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH war von intensiver, erfolgreicher Sacharbeit in einem weiterhin unruhigen Marktumfeld geprägt. Wichtigste Herausforderungen waren einmal mehr die Krise bei der S-Bahn Berlin GmbH, der neue Fahrplan mit besonderer Berücksichtigung sowohl der Grunewald-Sperrung als auch der Anbindung des Flughafens Berlin Brandenburg Willy-Brandt und verschiedene Ausschreibungen im Schienenpersonennahverkehr.

Strukturell hat sich die GmbH den Arbeitsschwerpunkten entsprechend angepasst. Im Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement wurde die bisherige Dreier-Struktur um eine Abteilung themengerecht weiterentwickelt. Der Bereich gliedert sich fortan in die

Abteilungen „Vertragscontrolling“, „Vergabe“, „Angebot und Infrastruktur“ sowie „S-Bahn und Qualität“.

Klassische Verbundaufgaben

Die **Tarifanpassung** zum 1. Januar 2011 wurde erfolgreich umgesetzt. Nach umfangreichen Abstimmungen konnte auch die Tarifanpassung der Semestertickets einvernehmlich abgeschlossen werden. Die Einnahmen im VBB-Tarif stiegen mit Verzögerung an, jedoch mit regionalen Unterschieden. Das Tarifangebot „10-Euro-Ticket Berlin-Stettin“ und die zugehörige Marketingkampagne haben zu einer Erhöhung der Fahrgastzahlen geführt.

Der VBB-Aufsichtsrat hat per Umlaufbeschluss ein ermäßigtes Schülerticket für den Tarifeilbereich Berlin AB beschlossen. Es gilt seit August.

Das **Schülerferienticket** 2011 wurde 14.909 Mal verkauft, was einer Steigerung von 5,6 Prozent (+8,9% bei den Einnahmen) gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Die **Fahrgastzahlen** stiegen 2011 insgesamt auf ein Rekordhoch. Auch die Zahl der Pendler zwischen Berlin und Brandenburg stieg weiter – in beide Richtungen.

Gemeinsam mit einem Gutachter erstellte die VBB GmbH eine Machbarkeitsstudie für ein **verbundweites Schülerticket**. Angesichts der extrem differierenden Gegebenheiten in Berlin, den Landkreisen und den kreisfreien Städten Brandenburgs gibt es den Wunsch nach einer einheitlichen Lösung für die Fahrgäste von morgen: Je früher die jungen Leute an das ÖPNV-System herangeführt werden, desto eher kann der Trend verstärkt werden, dass diese zunehmend auf einen Führerschein bzw. die Autonutzung verzichten. Die Arbeiten werden im Folgejahr konkretisiert.

Die Wegeplausibilisierung für die **Verkehrserhebung 2010** ist weitgehend abgeschlossen. Die VBB GmbH bereitet zusammen mit den Verkehrsunternehmen die Leistungsbeschreibung für die **Verkehrserhebung 2013** (Gutachter VBB) vor.

Das **Berichtswesen nach EU-Verordnung 1370/2007** für 2010 wurde in die Qualitätsbilanz 2010 integriert und Ende Juli 2011 vom VBB veröffentlicht.

Die Summe der Abrufe („downloads“) der **Fahrinfo-Anwendungen** („Apps“) für internetfähige Mobiltelefone liegt Ende 2011 bei rund 150.000.

Die **Tourist-Information Berlin-Brandenburg** am Flughafen Schönefeld konnte nochmals zunehmende Akzeptanz, besonders bei ausländischen Touristen, gewinnen.

Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement

Die **Situation bei der S-Bahn Berlin GmbH** ist im dritten Jahr der Krise unverändert kritisch, die niedrige Kundenzufriedenheit zieht fortwährend Vertragsstrafen nach sich. Die vertraglich vereinbarte Anzahl der Viertelzüge konnte zu keinem Zeitpunkt angeboten werden, Anfang des Jahres wurde weiterhin ein 60 km/h-Fahrplan statt der bisherigen 80 km/h angeboten – eine Option, die auch im Winter 2011/2012 einen festen Platz in der Rückfallebene der S-Bahn-Planungen einnahm. Die Fahrzeuge sind für 100 km/h ausgelegt. Konkrete Aussagen zu weiteren Hochfahrstufen und zur Wiederherstellung des vertragsgemäßen Zustandes des Verkehrsangebotes kann die S-Bahn Berlin GmbH weiterhin nicht tätigen.

Hinzu kamen neue Fahrzeugprobleme bei der Baureihe 480 sowie – vor allem zum Ende des Jahres – ein krankheitsbedingtes Reißen der viel zu dünnen Personaldecke mit der Folge, dass betriebsbereite Fahrzeuge im Depot bleiben mussten. Die VBB GmbH begleitete die Neuausrichtung der Berliner S-Bahn konstruktiv und lieferte wichtige Zuarbeiten für die Zukunftsentscheidung über das S-Bahn-System. Im Auftrag der Länder wurden alle Vorbereitungen für eine zügige Ausschreibung eines Teilnetzes durch die VBB GmbH getroffen.

Die SPNV-Unternehmen, die Leistungen nach Ausschreibungsverfahren gewonnen haben, erhalten sogenannte **Bruttoanreizverträge**. Das Einnahmenrisiko liegt bei diesen Bruttoanreizverträgen bei den Ländern. Die Sicherung der Einnahmen liegt somit im Interesse der Länder. Die VBB GmbH begleitet den Prozess seit Jahren im Dienste der Länder. Das Controlling und die Abrechnung der Bruttoanreizverträge sind wesentliche Aufgaben im Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement.

Der **Fahrplanwechsel** im Dezember 2011 ist gekennzeichnet von erheblichen Verbesserungen für den Verbundverkehr. Infolge der positiven Effekte der wettbewerblichen Vergabe des Netzes Stadtbahn erhöht sich das Angebot der Regionalverkehrs-Zugkilometer von 36,5 Millionen (2011) auf 38,8 Millionen. Weitere Eckpunkte sind die Inbetriebnahme der Ausbaustrecke Berlin-Cottbus (160 km/h), die Inbetriebnahme des Flughafens Berlin-Brandenburg, die großen **Baumaßnahmen** (Grunewaldsperrung, Umleiterkonzept) sowie weitere Angebotsverbesserungen im gesamten Netz. Anfang September 2011 haben bereits die Planungen und Abstimmungen zum Fahrplan 2013 begonnen.

Das Thema **grenzüberschreitende Verkehre von und nach Polen** bleibt für den Verbundverkehr wichtig. Die VBB GmbH analysierte die Situation in einem zweisprachigen Weißbuch, gab – gestützt durch eine Nutzen-Kosten-Analyse der Universität Stettin – konkrete Handlungsempfehlungen ab und entwickelte eine Zukunftsvision für alle Strecken. Im Rahmen des Runden Tisches Verkehr wurde die VBB GmbH damit beauftragt, für die Zeit von 2011 bis 2013 das Gremium zweimal pro Jahr als Informations- und Diskussionsgremium und einmal pro Jahr als Entscheidungsgremium inhaltlich und organisatorisch vorzubereiten.

Im Regionalverkehr sind die **Kundenzufriedenheitsbefragungen** zur Qualität der Verkehrsleistung und Bahnhöfe durchgeführt und ausgewertet worden.

Für den **Bus&Bahn-Begleitservice** standen im Dezember 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung, so dass zunächst wieder der ursprüngliche Serviceumfang angeboten werden konnte. Die Kundennachfrage und -akzeptanz ist weiterhin sehr hoch. Die Entscheidung über eine Fortführung des Dienstes steht aus.

Forschungsprojekte

Das **Forschungsprojekt INNOS-HGS** (Hintergrundsystem zur Einführung des elektronischen Tickets) wurde in den wesentlichen Punkten am 30. Juni 2011 abgeschlossen. Eine Verlängerung des Projektes bis zum 31. März 2012 betrifft den Teilbereich „Regionale Vermittlungsstelle“. Die Karte für den elektronischen Fahrschein soll laut Beschluss des Aufsichtsrats der VBB GmbH „**VBB-fahrCard**“ heißen.

Im Teilprojekt **INNOS-Start-VBB-1** erhalten die Verkehrsunternehmen in den Tarifbereichen Berlin ABC, Potsdam ABC, Brandenburg a. d. H. ABC und Frankfurt (Oder) AB Kontroll- und Vertriebstechnik zur Ausgabe und Prüfung von elektronischen Tickets. Erste VBB-fahrCards wurden ab dem 1. September 2011 an Stammkunden ausgegeben. Nach der Streichung der Bundesmittel für die zweite Förderbekanntmachung zum eTicket Deutschland wurde das Teilprojekt INNOS-Start-VBB-2 in zwei Teile aufgespalten. Das Teilprojekt **INNOS-Start-VBB-2a** wird die Ausstattung des restlichen Verbundgebiets mit Ausgabe- und Kontrolltechnik beinhalten sowie die Konzeption und Implementierung eines Produktverantwortlichensystems. Die Finanzierung wird durch die beiden Länder sichergestellt. Das Teilprojekt **INNOS-Start-VBB-2b**, dessen Start für das Jahr 2014 geplant ist, wird die weitere Vervollständigung des Systems umfassen. Diese soll im Wesentlichen den Kundenkomfort erhöhen. Bestandteile sind unter anderem: Ein Pilotbetrieb mit Semestertickets an ausgewählten Hochschulen, der Aufbau eines Onlinevertriebssystems, mit dem die Kunden via Internet Verträge verwalten und Produkte erwerben können, sowie die Einführung von Aktionslisten, mit denen z. B. die im Internet gebuchten Produkte an Automaten oder im Bus auf die Chipkarte geladen werden können.

Das Projekt Caprice (Austausch von Erfahrungen zum Aufbau von Verkehrsverbänden zwischen Warschau, Vilnius, Bukarest, Paris und Berlin) wurde erfolgreich abgeschlossen.

Geschäftsbetrieb der VBB GmbH

Der Aufsichtsrat legte mit seinem Beschluss in der Dezembersitzung die Grundlagen für die Verlängerung des Mietvertrages in den Räumlichkeiten am Berliner Hardenbergplatz 2.

Mit Beschluss des Aufsichtsrates zum Wirtschaftsplan 2012 wurde die Grundlage für die Entfristung von acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geschaffen, um das jeweilige Fachwissen im Unternehmen halten zu können.

QM-Zertifizierungsaudit: Die VBB GmbH wurde im Rahmen der ISO 9001:2008 im April 2011 erneut erfolgreich zertifiziert. Das Zertifikat gilt bis zum 14. November 2013.

Mittelzuflüsse

Positionen	2009 T	Anteile in %	2010 T Euro	Anteile in %	2011 T Euro	Anteile in %
Gesellschafterbeiträge	6.300	58	6.421	51	6.956	53
Gesellschafterbeiträge Center	1.453	13	2.587	21	2.587	20
Umsatzerlöse / sonstige betriebliche Erträge	1.311	12	1.771	14	1.435	11
Akquiseprojekte	1.196	11	1.190	9	957	7
Einnahmen aus Kooperationen	602	6	586	5	1.126	9
Gesamt	10.862		12.555		13.061	

Finanzlage

Die Kapitalstruktur der VBB GmbH ist von einem stabilen hohen Anteil an Gesellschaftermitteln gekennzeichnet. Das Fremdkapital ist jeweils durch die ausgewiesenen liquiden Mittel finanziert. Die Bilanzpositionen auf der Passivseite entwickeln sich wie folgt:

Kapitalposition	2009 T Euro	Anteil in %	2010 T Euro	Anteil in %	2011 T Euro	Anteil in %
Eigenkapital	324	7	324	6	324	6
- Stammkapital	324	7	324	6	324	6
Fremdkapital	4.263	93	4.908	94	5.003	94
- Sonderposten *)	362	8	359	7	375	7
- Rückstellungen	1.145	25	1.537	29	1.283	24
- Erhaltene Anzahlungen	405	9	666	13	934	18
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	275	6	392	7	124	2
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.852	40	1.595	31	1.246	23
- sonstige Verbindlichkeiten	224	5	348	7	1.072	20
- Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	11	0	0	0

*) Die passiven Sonderposten nehmen eine Sonderstellung ein. Die hier ausgewiesenen Sonderposten aus Zuschüssen zur Finanzierung des Anlagevermögens stellen einen Korrekturposten zum Anlagevermögen und damit kein frei verfügbares Kapital für die Gesellschaft dar. Sie sind dementsprechend nicht dem Eigenkapital zuzurechnen.

Investitionsstruktur

Im Wirtschaftsjahr 2011 wurden Investitionen in Höhe von insgesamt 161,5 T€ getätigt, davon 47,0 T€ in die EDV-Hard- und Software sowie 114,5 T€ in die Büro- und Geschäftsausstattung und Sonstiges.

Vermögenslage

Die wichtigsten Bilanzpositionen entwickelten sich wie folgt:

Vermögenspositionen	2009 T Euro	2010 T Euro	2011 T Euro
Bilanzsumme	4.587,0	5.232,4	5.357,8
Klassische Gesellschafterbeiträge	5.671,0	6.421,1	6.956,4
Anlagevermögen	371,7	370,0	385,1
Kundenforderungen	182,6	421,1	208,8
Liquide Mittel	3.211,0	3.479,0	3.465,1

Personal

Der Stellenplan der VBB GmbH im Rahmen des jährlichen Wirtschaftsplanes umfasst 73,5 Stellen. Die tatsächliche Zahl besetzter Stellen betrug im Geschäftsjahr 2011 durchschnittlich 68,45.

Die VBB GmbH stellt darüber hinaus insbesondere für zusätzliche Aufträge und Aufgaben, die in der Regel über das Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement abgewickelt werden, befristet Personal ein. Im Jahr 2011 sind insgesamt 5 neue Mitarbeiter/-innen befristet eingestellt worden.

Die VBB GmbH bildet weiterhin im Berufsbild "Kaufmann/-frau für Verkehrsservice" aus. Im Jahr 2011 wurden insgesamt fünf Auszubildende eingestellt.

Auch im Jahr 2011 wurden wieder verschiedene Schulungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeboten und durchgeführt. Den Schwerpunkt bildeten neben IT-Schulungen (Office 2010) wieder Fremdsprachen (Englisch, Spanisch und Polnisch). Daneben erfolgten fachbezogene Schulungen.

Lieferantenbeziehungen

Im Geschäftsjahr 2011 gab es keine Störungen in den Lieferantenbeziehungen der VBB GmbH. Die Beauftragung von Lieferung und Leistungen durch die VBB GmbH ist in der Vergaberichtlinie der VBB GmbH geregelt.

Es wird laufend im Rahmen der Normerfüllung des Qualitätsmanagementsystems eine Bewertung der Lieferantenbeziehungen vorgenommen.

Chancen der VBB GmbH

Der ÖPNV-Mobilitätsmarkt entwickelt sich seit Jahren sehr dynamisch. Auch in der Hauptstadtregion liegt der Wandel im Spannungsfeld zwischen Daseinsvorsorge, Kostendruck und Qualitätsanspruch. Hinzu kommen weitere Einflüsse, etwa der aus europa- und bundesrechtlichen Gesetzgebungen bzw. Rechtsprechungen herbeigeführte Zwang zur wettbewerblichen Vergabe im Schienenpersonennahverkehr. Die VBB GmbH hat mit den bisher durchgeführten Ausschreibungen und dem Management der Verkehrsverträge gezeigt, dass sie dieser neuen Entwicklung erfolgreich begegnen kann. Sie hat über Jahre hinweg professionelles Wissen aufgebaut, das tagtäglich zum Nutzen der Gesellschafter und Fahrgäste zur Anwendung kommt.

Die Chancen der VBB GmbH steigen, wenn es ihr gelingt, sich mit guter Qualität in der öffentlichen Debatte und gegenüber den Gesellschaftern weiterhin als der ÖPNV-Dienstleister der Hauptstadtregion zu etablieren. Für die Gesellschaft bedeutet dies, das Vertrauen in ihre Arbeit zu stärken, bisherige Entwicklungen erfolgreich weiterzuführen und neue Aufgaben mutig anzugehen.

Ein Vorteil der Gesellschaft ist ihre verkehrsmittelübergreifende und neutrale Arbeit, die dem Kundenwohl verpflichtet ist. Das Ziel, mehr und zufriedenerer Fahrgäste zu gewinnen und die Interessen der Aufgabenträger bei den Verkehrsunternehmen durchzusetzen, ist im Sinne der Gesellschafter und kann in dieser Form in den wesentlichen Teilen von der VBB GmbH erreicht werden: Sie verbindet Berlin und Brandenburg genauso wie Bus-, Straßen-, U-, S- und Regionalbahn. Die gesamtheitliche Betrachtung ist ihr Alleinstellungsmerkmal. Es bestehen daher Entwicklungsmöglichkeiten für die Gesellschaft in beinahe allen Themenkreisen, durch die zunehmende Bedeutung der Verkehrsverträge, der Fahrgastinformation und des 2012 weiter einzuführenden elektronischen Fahrscheins. Durch

den schrittweisen Umstieg auf diesen neuen Vertriebsweg und die dahinterliegenden Soft- und Hardwaresysteme werden die Verkehrsunternehmen untereinander sowie die Verkehrsunternehmen mit dem Verbund noch enger miteinander verknüpft.

Für das Selbstverständnis der Verbundgesellschaft ist die Erkenntnis elementar, dass aus Sicht der Kunden der Fahrpreis nicht die alles entscheidende Größe ist. Qualität und Verlässlichkeit stehen für sie im Zentrum. Dieser Aspekt umfasst vor allem Fahrplandichte, Pünktlichkeit, Service, Sauberkeit, Sicherheit und Umweltverträglichkeit. Hier konnte die Gesellschaft durch ihre Arbeit auf bemerkenswerte Verbesserungen im Nahverkehr hinwirken.

Die Schienenverkehre über die Grenze nach Polen sind ein weiteres strategisches Thema für die VBB GmbH. Ziel ist es hier weiterhin, eines Tages attraktive Verbindungen anbieten zu können, bei denen der Fahrgast nicht merkt, dass er eine internationale Grenze überschreitet. Erfolge wurden in einigen Bereichen bereits erzielt. Je intensiver die Bundesregierung zu ihrer Verpflichtung zum Erhalt und Ausbau der Schieneninfrastruktur steht, desto schneller können die großen Potenziale zur wirtschaftlichen Entwicklung der Hauptstadtregion gehoben werden.

Die SPNV-Unternehmen, die Leistungen nach Ausschreibungsverfahren gewonnen haben, erhalten sogenannte Bruttoverträge. Das Einnahmenrisiko liegt mit diesen Bruttoverträgen bei den Ländern. Somit ist es Aufgabe der Länder – und damit der VBB GmbH –, im Zusammenspiel mit den SPNV-Unternehmen die Einnahmen zu sichern und zu erhöhen.

Die VBB GmbH begleitet und gestaltet weiterhin den Wettbewerb: Die Bedeutung der wettbewerblichen Vergabe von SPNV-Leistungen wird auch in den nächsten Jahren hoch sein. Bis zum Jahr 2014 sollen alle Linien des Regionalverkehrs wettbewerblich vergeben sein; zu diesem Jahr stehen auch wieder die Neuvergaben der ersten im Wettbewerb vergebenen Linien bzw. Teilnetze an. Für die VBB GmbH bedeutet dies ein festes Aufgabenspektrum von der Vergabe bis zum Controlling dieser Ausschreibungsleistungen. Eine weitere Chance der VBB GmbH besteht in der Nutzung der sogenannten Sozialen Medien. Durch die Entwicklung der Technik bei der ortsungebundenen Information wurde in den letzten Jahren bereits eine Revolution im Sinne der Fahrgäste vollzogen, die mittelfristig alle flächendeckend erreichen wird. Der Fahrscheinvertrieb über mobile netzfähige Medien ist ebenfalls bereits Realität, wird jedoch – je nach Region – noch einige Zeit bis zur Marktabdeckung brauchen. Der konsequente Schritt in dieser Abfolge der elektronischen Neuerungen sind die erwähnten Sozialen Medien, die in anderen Bereichen und bestimmten Bevölkerungsgruppen eine wesentliche Rolle einnehmen. Der ÖPNV und damit die VBB GmbH wird möglichst bald diese Entwicklung berücksichtigen müssen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Der Aufsichtsrat hat am 10. März 2011 den Wirtschaftsplan 2012 beschlossen. Somit besteht Planungssicherheit für die finanzielle Ausstattung der VBB GmbH.

Im Zuge der wettbewerblichen Vergabe von Verkehrsleistungen bestehen höhere Anforderungen an das Vertragscontrolling, insbesondere bei den Bruttoanreizverträgen der ertragsstarken RE-Linien, bei denen das Einnahmenrisiko auf die Aufgabenträger übergeht.

Vertriebskonzepte müssen parallel zu den Ausschreibungen entwickelt und anschließend in ihrer Umsetzung überwacht werden und fortgeschrieben werden.

Ausblick

Großer Handlungsbedarf besteht aus Sicht der VBB GmbH bei folgenden Punkten:

1. Entscheidung bei der Berliner S-Bahn: Nach Jahren einer katastrophalen Entwicklung steht die VBB GmbH bereit, die Teilausschreibungen der Berliner S-Bahn und das entsprechende Vertragsmanagement durchzuführen.
2. Fortentwicklung des einheitlichen Verbundauftritts bei der Fahrgastinformation und bei den Nutzeroberflächen.
3. Zukunft des Centers Nahverkehr Berlin.
4. Qualitätsverbesserung der Stationen: Diese liegen in der Verantwortung des Bundes, so dass die Gesellschafter der VBB GmbH nicht unmittelbar agieren können. Die VBB GmbH wird dennoch weiterhin versuchen, durch kontinuierliche Qualitätsmessung und öffentlichen Druck die DB-Infrastrukturgesellschaften und die Bundesregierung unter Handlungsdruck zu setzen und Lösungswege aufzuzeigen.
5. Ein zentraler Aspekt ist die Qualität des in Berlin und Brandenburg angebotenen Nahverkehrs. Die Angebotsqualität (Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Service) des Gesamtsystems weist weiterhin sehr großen Handlungsbedarf auf. Sie ist die entscheidende Stellschraube, um weitere Fahrgäste zu gewinnen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2009	2010	2011
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	372	370	385
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	12	4	21
II. Sachanlagen	360	366	364
B. Umlaufvermögen	4.185	4.806	4.914
I. Vorräte	320	565	837
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	654	763	612
III. Kassenbestand, Guthaben	3.211	3.479	3.465
C. Rechnungsabgrenzungsposten	30	56	59
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	324	324	324
I. Gezeichnetes Kapital	324	324	324
II. Zur Durchführung d. beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen	0	0	0
B. SoPo für Investitionszuschüsse	37	22	25
C. Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des AV	325	337	350
D. Rückstellungen	1.145	1.537	1.283
E. Verbindlichkeiten	2.756	3.001	3.376
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0	11	0
Bilanzsumme	4.587	5.232	5.358

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2009	2010	2011
1. Umsatzerlöse	1.190	1.120	684
2. Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	230	274
2. Erträge aus Gesellschafterbeiträgen	6.241	8.060	8.234
3. Sonstige betriebliche Erträge	2.655	2.443	3.272
4. Materialaufwand	-792	-771	-531
5. Personalaufwand	-4.286	-5.054	-4.783
6. Abschreibungen	-112	-197	-144
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.943	-5.840	-7.071
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	48	34	83
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-31	-17
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,6	-5,7	0,8
11. Außerordentliche Erträge	0,0	6,5	0,0
11. Sonstige Steuern	-0,6	-0,8	-0,8
12. Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0

III.3.4 HWG Havelländische Wasser GmbH

Geschäftsbereich

Dienstleistungen

Firmensitz

Schlaatzweg 1 A

14473 Potsdam

Tel.: 0331/27 75 0

Fax: 0331/27 75 106

e-mail: info@hwg-potsdam.de

Gründung

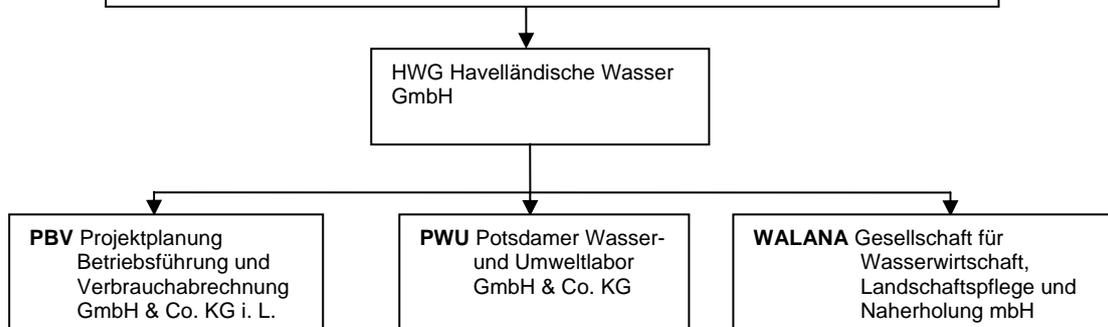
Die HWG Havelländische Wasser GmbH (HWG GmbH) wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 10.11.1993 gegründet und nahm zum 01.07.1994 ihren Geschäftsbetrieb auf. Die HWG GmbH ist im Handelsregister unter HRB 6874 beim Amtsgericht Potsdam eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 260.000,00 €

Das Stammkapital wurde zum 31. Dezember 2011 unverändert von folgenden Gesellschaftern gehalten:

WD Gesellschaft für wasserwirtschaftliche Dienste mbH & Co.KG	28,98 %
Landeshauptstadt Potsdam	17,54 %
Stadt Brandenburg an der Havel	13,34 %
Märkischer Wasser- und Abwasserzweckverband (MAWV)	6,28 %
Osthavelländische Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlungs GmbH	5,12 %
Zweckverband Rathenow	4,46 %
Zweckverband „Der Teltow“	3,42 %
Stadt Luckenwalde	3,22 %
Stadtwerke Neuruppin GmbH	3,08 %
Stadt Oranienburg	2,96 %
Zweckverband Havelland	2,82 %
Wasser- und Abwasserzweckverband Region Ludwigsfelde (WARL)	2,50 %
Verband Jüterbog Fläming	2,14 %
Zweckverband Werder Havelland	2,08 %
Zweckverband Pritzwalk	2,06 %



Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 18. Dezember 2009 mit letzter Änderung vom 25. August 2011.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Kerstin-Heike Jäger

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist seit dem 17.12.2003 Frau Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann.

Im Berichtsjahr fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat bestand im Geschäftsjahr 2011 aus folgenden Mitgliedern:

Aufsichtsrat 2011	
Als Mitglieder des Aufsichtsrates sind bestellt:	
Herr Steffen Scheller	Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel (Vorsitzender)
Herr Dipl.-Ing. Günter Fredrich	Geschäftsführer der Osthavelländischen Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung GmbH (Stellvertretender Vorsitzender)
Herr Hans-Reiner Aethner	Verbandsvorsteher des Zweckverbandes WARL
Herr Wolf-Peter Albrecht	Verbandsvorsteher Märkischer Abwasser- und Wasserzweckverband
Herr Dr. Udo Haase	Bürgermeister der Gemeinde Schönefeld
Herr Martin Rahn	Geschäftsführer der Mittelmärkischen Wasser- und Abwasser GmbH
Herr Glenn Jankowski	Arbeitsgruppenleiter Untere Wasserbehörde/Untere Naturschutzbehörde Landeshauptstadt Potsdam

Der Aufsichtsrat traf im Geschäftsjahr 2011 zu sechs Sitzungen zusammen.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs.1 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) erfüllt die Gemeinde in ihrem Gebiet alle Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung. Hierzu gehört gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf auch die Versorgung mit Wasser sowie die Abwasserableitung und -behandlung. Diese wird konkretisiert durch § 59 bzw. § 66 des Brandenburgischen Wassergesetzes. Eine weitere Grundlage ist die Wasserversorgungssatzung der Stadt Brandenburg an der Havel.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Betrieben und Anlagen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und –behandlung für Dritte auf Grund von Betreiberverträgen oder Dienstleistungsverträgen.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2009	2010	2011
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	96%	68%	64%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	99%	94%	92%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	103%	138%	143%
Zinsaufwandquote	1,2%	2,1%	1,9%
Liquidität 3. Grades	359%	505%	440%
Cashflow	147 T€	217 T€	36 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-8,9%	-47,3%	-0,8%
Umsatz	526 T€	745 T€	625 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-852 T€	-3.173 T€	-53 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	0%	37%	40%
Anzahl der Mitarbeiter	0	7	5

Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft

Die Geschäftstätigkeit der HWG Havelländische Wasser GmbH, Potsdam, beschränkte sich wie im Vorjahr auf das Halten und Verwalten der Finanzanlagen (Holdingfunktion) mit den entsprechenden Geschäftsführungstätigkeiten sowie auf die Vermietung der Objekte in Potsdam, Premnitz, Staaken und Neuruppin und die Erbringung von Dienst- und Geschäftsführungsleistungen.

Die Objekte in Hiddensee und Nauen wurden entgegen dem Geschäftsjahr 2010 nicht mehr selbst bewirtschaftet, sondern nunmehr verpachtet.

Zum 31. Dezember 2011 werden unter den Finanzanlagen noch folgende Anteile an verbundenen Unternehmen ausgewiesen:

PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH & Co. KG mit der PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor Verwaltungs- GmbH,

WALANA Gesellschaft für Wasserwirtschaft Landschaftspflege und Naherholung mbH und die

PBV Projektplanung Betriebsführung und Verbrauchsabrechnung Verwaltungs-GmbH i. L.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2011 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 53 T€ (2010: -3.173 T€) ab. Wie im Vorjahr ist das jeweilige außerordentliche Ergebnis ursächlich für das Jahresergebnis.

Während im Geschäftsjahr 2010 die außerordentlichen Aufwendungen im Wesentlichen auf die außerplanmäßigen Abschreibung der Gebäude mit 2.486 T€ und Beteiligungen 600 T€ zurückzuführen sind, resultiert im Geschäftsjahr 2011 der außerordentliche Ertrag aus der Verschmelzung bzw. Anwachsung von Tochtergesellschaften auf die HWG.

Der Rückgang der Umsatzerlöse um rund 16% ist im Wesentlichen mit dem Wegfall der Umsatzerlöse Hiddensee zu begründen. Als Pachtumsatzerlöse werden 20 T€ hingegen ausgewiesen. Zugleich verminderten sich die Materialaufwendungen um rund 13%. Als Rohergebnis (ohne Einbezug der sonstigen betrieblichen Erträge) werden 321 T€ (2010: 392 T€) dargestellt (Rohgewinnzuschlag: 51,4%; Vorjahr: 52,6%).

Die sonstigen betrieblichen Erträge (224 T€, 2010: 277 T€) sind regelmäßig geprägt durch periodenfremde Erträge.

Die Personalaufwendungen verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 22 T€ auf nunmehr 251 T€ bedingt durch zwei gegenläufige Tatsachen. Zum einen werden zwei Arbeitnehmer (wegen Hiddensee) weniger beschäftigt, zum anderen wurde im Wege der Anwachsung der PBV GmbH & Co. KG i. L. mit Wirkung zum 23.08.2011 an die HWG Wasser GmbH eine Arbeitnehmerin durch die HWG übernommen. Für das Geschäftsjahr 2012 wird eine weitere Reduzierung der Personalkosten erwartet.

Die Abschreibungen verminderten sich um 9 T€ auf 176 T€, wobei die Gebäudeabschreibungen unverändert mit rund 157 T€ enthalten sind. Wie im Vorjahr wurden die Investitionen ins Anlagevermögen nur in geringem Umfang (2 T€) getätigt. Damit setzt sich der Werteverzehr beim Anlagevermögen weiter fort.

Der deutliche Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 83 T€ auf 370 T€ ist im Wesentlichen auf eine Umlage der PWU an die HWG zurückzuführen und betrifft die Weiterbelastung von Personalaufwendungen. Im Weiteren war die Erhöhung der Rückstellung für Archivierung um 47 T€ erforderlich, da diese Verpflichtung aufgrund der Umwandlungsprozesse nunmehr überwiegend durch die HWG getragen wird.

Damit schließt das Geschäftsjahr 2011 mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von -135 T€ (2010: +41 T€). Die Veränderung resultiert im Wesentlichen zum einen aus den erhöhten sonstigen betrieblichen Aufwendungen und zum anderen aus den geringeren Umsatzerlösen.

Finanzlage

Die Gesellschaft verfügte zum Jahresende 2011 über einen Finanzmittelbestand in Höhe von 2.193 T€ (2010: 1.696 T€). Der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert zum einen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und zum anderen mit 198 T€ aus den Verschmelzungen bzw. Anwachsungen von Tochtergesellschaften im Geschäftsjahr 2011. Der Finanzmittelfonds reicht aus, um die Verbindlichkeiten und Rückstellungen jederzeit ausgleichen zu können.

Kreditlinien bestehen wie bisher keine. Dennoch sieht die Geschäftsführung die Zahlungsfähigkeit auch zukünftig nicht gefährdet.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich leicht auf 6.778 T€ (2010: 6.707 T€). Die langfristigen Vermögensgegenstände sind unverändert langfristig finanziert. Das Anlagevermögen macht 65% der Bilanzsumme aus (2010: 68%); das Umlaufvermögen 35% (2010: 32%). Die Veränderung resultiert aus dem Werteverzehr des Anlagevermögens. Die Eigenkapitalquote verminderte sich geringfügig von 93,8% auf nunmehr 93,2%.

Der deutliche Anstieg der sonstigen Rückstellungen ist auf die Neuberechnung der Archivierungsrückstellung (57 T€; 2010: 10 T€) zurückzuführen.

Im Bezug auf den Investitionsstau wird auf die Ausführungen zur Ertragslage verwiesen.

Wie aus der Bilanz ersichtlich, haben sich zum 31. Dezember 2011 vortragfähige Verluste in Höhe von 5.473 T€ aufgebaut; diese sind im Wesentlichen in den Jahren 2005 bis 2007 entstanden und spiegeln überwiegend die wirtschaftliche Situation der Tochtergesellschaften und die hieraus resultierenden Folgen {Abschreibung von Finanzanlagen; Wertberichtigung von Forderungen gegen verbundene Unternehmen) sowie der Gebäude (außerplanmäßige Abschreibungen) bei der HWG wider.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Chancen

Für das Geschäftsjahr 2012 sind weitere Konsolidierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen betreffend die Unternehmen der HWG-Gruppe vorgesehen, mit dem Ziel der weiteren Vereinfachung der Strukturen und der Reduzierung der Kosten. Zudem gibt es Anstrengungen, sich von Verlustträgern nachhaltig zu trennen. Nicht zuletzt dadurch werden positive Auswirkungen auf die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HWG erwartet. Für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 werden ausgeglichene Ergebnisse erwartet. Ursächlich für diese positive Entwicklung ist, dass mit der Aufstellung des Jahresabschlusses 2011 nunmehr sämtliche bekannten Risiken im Jahresabschluss und Lagebericht abgebildet worden sind.

Risiken

Die Risiken für die HWG liegen in den verbleibenden Tätigkeitsbereichen der Gesellschaft.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein weiterer ggf. erheblicher Abwertungsbedarf auf die Immobilien erforderlich sein könnte, da bei einigen Objekten Bedarf für umfassende Instandhaltungsmaßnahmen bzw. Investitionen ersichtlich sind.

Risiken, die auf Preisänderungs- und Liquiditätsproblemen beruhen, werden nicht gesehen. Das trifft auch für Risiken aus Zahlungsstromschwankungen zu.

Die HWG Havelländische Wasser GmbH, Potsdam, und die WD Gesellschaft für wasserwirtschaftliche Dienste mbH & Co. KG, Potsdam, haben mit Datum 31. Dezember 2010 gegenüber der WD Gesellschaft für wasserwirtschaftliche Dienste Verwaltungs- GmbH, Potsdam, eine Patronatserklärung abgegeben, in der sich beide Gesellschaften verpflichten, die WD Gesellschaft für wasserwirtschaftliche Dienste Verwaltungs- GmbH, Potsdam, mit der erforderlichen Liquidität und dem notwendigen Kapital - beschränkt bis zum 31. Mai 2012 - auszustatten. Es ist beabsichtigt, die Patronatserklärung bis zur endgültigen Beendigung der WD Gesellschaft für wasserwirtschaftliche Dienste Verwaltungs-GmbH in 2012 zu verlängern.

Risikoberichterstattung

Die Geschäftsführung der HWG hat im Geschäftsjahr 2010 für die HWG - Gruppe ein Risikomanagement und Früherkennungssystem entwickelt. Danach werden für alle Gesellschaften in jährlichen Planungsrunden alle Geschäftsaktivitäten auf Chancen und Risiken hin untersucht. Sollte es zu möglichen Abweichungen oder Veränderungen kommen, werden diese durch dieses Kontrollsystem sofort erfasst und analysiert - und zudem die Entscheidungsträger darüber unterrichtet. Dieses Vorgehen erlaubt es, negative Entwicklungen zeitnah zu erkennen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres und voraussichtliche Entwicklung

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind folgende Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten:

Die HWG ist beteiligt an der WD Wasserwirtschaftliche Dienste GmbH & Co. KG (WD KG), Potsdam. Im September 2011 wurde ein Beschluss mit aufschiebender Bedingung gefasst. Danach sollen bis auf die HWG sämtliche Kommanditisten aus der WD KG austreten. Mit dem Eintritt der Bedingung, d.h. der Löschung dieser Kommanditisten aus dem Handelsregister, wird die WD KG beendet und deren Vermögen und Schulden wachsen auf die HWG an. Dieser Anwachsungsvorgang wurde im Februar 2012 vollzogen, nach dem die aufschiebende Bedingung erfüllt und die WD Verwaltungs GmbH aus der WD KG ausgetreten war.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2009	2010	2011
Aktiva			
Anlagevermögen	9.154	4.566	4.364
Sachanlagen	5.198	3.274	3.100
Finanzanlagen	3.956	1.292	1.264
Umlaufvermögen	388	2.108	2.384
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	180	411	191
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	209	1.696	2.193
Rechnungsabgrenzungsposten	1	2	2
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	31	28
Passiva			
Eigenkapital	9.435	6.289	6.237
I. Gezeichnetes Kapital	256	256	251
II. Kapitalrücklage	11.426	11.455	11.459
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1.396	-2.248	-5.421
IV. Jahresfehlbetrag	-852	-3.173	-53
Rückstellungen	37	300	255
Verbindlichkeiten	71	53	234
Rechnungsabgrenzungsposten	0	65	53
Bilanzsumme	9.543	6.707	6.778

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2009	2010	2011
1. Umsatzerlöse	526	745	625
2. Sonstige betriebliche Erträge	23	277	224
3. Materialaufwand	-319	-353	-304
4. Personalaufwand	0	-273	-251
5. Abschreibungen	-142	-185	-176
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-73	-286	-373
7. Erträge aus Beteiligungen	0	93	104
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	38	33
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-6	-16	-16
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen	-857	0	0
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-844	41	-135
12. Außerordentliche Erträge	0	0	88
12. Außerordentliche Aufwendungen = Außerordentliches Ergebnis	0	-3.205	88
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3	8	7
14. Sonstige Steuern	-11	-17	-13
15. Jahresergebnis	-852	-3.173	-53

III.4

Zweckverbände

III.4.1 Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion

Geschäftsbereich

Ausrichtung des städtebaulichen und landschaftsplanerischen Projektes
„Bundesgartenschau 2015 Havelregion“

Sitz des Zweckverbandes

Fabrikenstr. 11

14727 Premnitz

Tel.: 03386/21 28 00

Fax: 03386/21 28 014

e-mail: erhard.skupch@buga-2015-havelregion.de

Internet: www.buga-2015-havelregion.de

Gründung

Die Satzung des Zweckverbandes und ihre Genehmigung durch das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg wurden im Amtsblatt für Brandenburg am 19. August 2009 veröffentlicht und somit entstand der Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion satzungsgemäß am 20. August 2009.

Mitglieder des Zweckverbandes und Beteiligungsverhältnisse

Stadt Brandenburg an der Havel	40 %
Stadt Rathenow	15 %
Stadt Premnitz	5 %
Amt Rhinow	3 %
Hansestadt Havelberg	4 %
Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH (DBG)	33 %

Organe des Zweckverbandes

- *Verbandsvorsteherin*
Dr. Dietlind Tiemann
- *Verbandsvorstand*

Verbandsvorstand 2011

Verbandsvorsteherin	Frau Dr. Dietlind Tiemann (Stadt Brandenburg an der Havel)
stellv. Verbandsvorsteher	Herr Ronald Seeger (Stadt Rathenow)
weitere Mitglieder	Herr Jochen Sander (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH)
	Frau Britta Kornmesser (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Herr Bernd Poloski (Hansestadt Havelberg)
	Herr Roy Wallenta (Stadt Premnitz)
	Frau Sybille Heling (Amt Rhinow)

- *Verbandsversammlung*

Die Verbandsversammlung für den Zweckverband setzte sich 2011 wie folgt zusammen:

Verbandsversammlung	
Vorsitzender	Herr Roy Wallenta (Stadt Premnitz)
stellv. Vorsitzender	Herr Bernd Poloski (Hansestadt Havelberg)
weitere Mitglieder	Herr Klaus Fliegel (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH)
	Herr Hanns-Jürgen Redeker (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH)
	Herr Jochen Sander (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH)
	Frau Britta Kornmesser (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Herr Renè Kretzschmar (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Herr Thomas Krüger (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Frau Dr. Dietlind Tiemann (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Herr Uwe Klemm (Hansestadt Havelberg)
	Herr Ralf Tebling (Stadt Premnitz)
	Frau Karin Dietze (Stadt Rathenow)
	Herr Hartmut Rubach (Stadt Rathenow)
	Herr Ronald Seeger (Stadt Rathenow)
	Herr Jens Aasmann (Amt Rhinow)
	Frau Sybille Heling (Amt Rhinow)

Im Geschäftsjahr fanden zwei Zweckverbandsversammlungen statt. Außerdem fanden 2011 drei Zweckverbandsvorstandssitzungen statt.

Seit dem 01.11.2010 ist Herr Erhard Skupch Geschäftsführer des Zweckverbandes.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Die Aufgabe des Zweckverbandes ist die Ausrichtung des städtebaulichen und landschaftsplanerischen Projektes „Bundesgartenschau 2015 Havelregion“.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes

Kennzahl	2009	2010	2011
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	0,0%	1,3%	7,4%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	99%	91%	63%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 €	0 €	0 €
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	0%	8508%	848%
Zinsaufwandquote	0,2%	0,0%	0,0%
Liquidität 3. Grades	7214%	1056%	240%
Cashflow	0 T€	632 T€	-306 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0%	91%	-63%
Umsatz	0 T€	0 T€	0 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 T€	631 T€	-317 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	0%	7%	39%
Anzahl der Mitarbeiter	0	2	7

Rechenschaftsbericht des Zweckverbandes

Die Stadt Brandenburg an der Havel, die Stadt Rathenow, die Stadt Premnitz, das Amt Rhinow und die Hansestadt Havelberg bildeten für ihre Gebiete zusammen mit der Deutschen Bundesgartenschau Gesellschaft mbH (DBG) unter dem Namen „Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion“ einen Zweckverband. Der Sitz des Zweckverbandes ist die Stadt Premnitz.

In einem Durchführungsvertrag zwischen den Verbandsmitgliedern wurde u. a. die Absicht über die Umsetzung der Bundesgartenschau 2015 erklärt und die Finanzierung für die entstehenden Aufwendungen für die Durchführung der Bundesgartenschau geregelt.

Die Satzung des Zweckverbandes und ihre Genehmigung durch das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg wurden im Amtsblatt für Brandenburg am 19. August 2009 veröffentlicht und somit entstand der Zweckverband satzungsgemäß am 20. August 2009.

Aufgaben des Zweckverbandes sind die Ausrichtung des städtebaulichen und landschaftsplanerischen Projektes „Bundesgartenschau 2015 Havelregion“ unter dem Titel „Von Dom zu Dom – Das blaue Band der Havel“ und die Entwicklung eines Konzeptes für die Dauernutzung in der Zeit nach Beendigung der Bundesgartenschau 2015 Havelregion.

Hierbei soll erstmals in einer zwei Bundesländer umfassenden und flussbegleitenden Bundesgartenschau zwischen den historischen Domstädten Brandenburg an der Havel im Bundesland Brandenburg und Hansestadt Havelberg im Bundesland Sachsen-Anhalt die einmalige Havellandschaft in eine einzigartige und für Europa unverwechselbare regionale Kultur- und Naturlandschaft weiter entwickelt werden. Die Kommunalstrukturen und die regionale Infrastruktur sollen entwickelt, die ökologisch bedeutenden Bereiche der Havelregion gesichert, die Leistungsfähigkeit des gärtnerischen Berufsstandes dargestellt und die regionale Identität gestärkt werden.

Der Zweckverband wird die Kommunen bei der Herrichtung der für die Veranstaltung Bundesgartenschau 2015 erforderlichen Infrastruktur beratend begleiten und die Flächen rechtzeitig vor der geplanten Veranstaltung Bundesgartenschau 2015 zur Nutzung übernehmen. Auf den Flächen wird der Zweckverband die Veranstaltung Bundesgartenschau vorbereiten und die überlassenen Flächen nach Abschluss von temporärer, für die Bundesgartenschau erforderlicher Infrastruktur beräumt den jeweiligen Kommunen zurückgeben. Der Zweckverband koordiniert in diesem Zusammenhang die Investitionsmaßnahmen zwischen den Kommunen und sichert dadurch eine qualitativ hochwertige BUGA 2015 in der Havelregion.

Im Haushaltsjahr fanden zwei Zweckverbandsversammlungen, drei Zweckverbandsvorstandssitzungen, drei Finanzausschusssitzungen sowie drei Sitzungen des Koordinationsausschusses für Infrastruktur und Gesamtkonzeption statt. Auf Grund fehlender Vergaben fand keine Vergabeausschusssitzung im Haushaltsjahr statt.

Der Zweckverband bezog im Januar 2011 seine neue Geschäftsstelle in Premnitz.

Im Haushaltsjahr 2011 wurden die Organisation und die Struktur des Zweckverbandes planmäßig weiterentwickelt und drei Mitarbeiter nach Personalplan neu eingestellt.

Das Ausstellungskonzept zur BUGA 2015 ist 2010 mehrfach in den Gremien des Zweckverbandes beraten worden. Das vorliegende Ausstellungskonzept war 2011 Grundlage für die weitere Qualifizierung und Fortschreibung des Konzeptes und auch Grundlage für die Abstimmungen in den Städten in Hinblick auf die vorgesehenen städtischen Investitionen.

Für die Sicherung der Tätigkeit des Zweckverbandes wurden 2011 wesentliche Beschlüsse gefasst:

- Jahresabschluss 2009
- Jahresabschluss 2010

- Haushaltssatzung 2011
- Haushaltssatzung 2012
- Umlagen 2011

Der Zweckverband ist bei seiner Beschlussfassung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 davon ausgegangen, dass auf Grund eines finanziell ausgeglichenen BUGA-Gesamtkonzeptes keine Haushaltssicherungskonzepte für die jeweiligen einzelnen defizitären Haushaltsjahre notwendig sind.

Entsprechend § 63 Abs. 5 BbgKVerf gibt es jedoch aus Sicht des Ministeriums des Innern trotz der Sondersituation „Bundesgartenschau“ keine Möglichkeiten, in planmäßig defizitären Haushaltsjahren auf jeweilige Haushaltssicherungskonzepte zu verzichten.

Insofern werden in der ersten Sitzung der Zweckverbandsversammlung des Haushaltsjahres 2012 die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 und das Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2012 zur erneuten Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Mit dem Marketing zur Bundesgartenschau 2015 Havelregion wurde planmäßig 2011 begonnen. Als wesentlicher Baustein wurde ein Marketingkonzept zur BUGA erarbeitet und in den Gremien beschlossen. Mehrere überregionale Veranstaltungen und Tagungen wurden organisiert, um den inhaltlichen Blick im Sinne der Vermarktung dieser besonderen Bundesgartenschau 2015 Havelregion weiter zu schärfen.

Im Herbst 2011 wurde die erste „BUGA INFOTOUR 2011“ mit öffentlichen Veranstaltungen in den fünf BUGA-Städten angeboten und durchgeführt. Mehr als 400 interessierte Bürger nahmen an den Veranstaltungen teil.

Die Auslobung eines öffentlichen Wettbewerbes „BUGA-Maskottchen“ erfolgte im Herbst 2011. Die Auswertung zu diesem Wettbewerb erfolgt im Februar 2012.

Der Zweckverband schließt seinen Haushalt 2011 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -317 T€ ab.

In der Ergebnisrechnung sind unter den Erträgen die beschlossenen Umlagen von den Zweckverbandsmitgliedern in Höhe von 610 T€ ausgewiesen.

Durch das negative Jahresergebnis fiel die Gesamtkapitalrentabilität auf -63%. Der Cashflow in Höhe von -306 T€ konnte durch die Kapitalrücklage aus den Jahren 2009 und 2010 kompensiert werden.

Das Anlagenvermögen wurde vollständig aus eigenen Mitteln finanziert (Anlagenintensität 7,4%). Der Zweckverband schließt das Haushaltsjahr mit einer Eigenkapitalquote von 62,7% ab.

Im Haushaltsjahr 2011 fielen Personalaufwendungen von 238 T€ an. Der Zweckverband erhöhte sein Personalbestand um 3 Mitarbeiter und einen Geschäftsführer. Insgesamt beschäftigte der Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion fünf Arbeitnehmer sowie zwei Arbeitnehmer durch Personalgestellung der Städte Brandenburg an der Havel und Rathenow zum 31. Dezember 2011.

Voraussichtliche Entwicklung des Zweckverbandes

Die Meilensteine für 2012 sind:

- Der weitere Aufbau einer funktionierenden und belastbaren Verwaltung
- Fortschreibung Ausstellungskonzept
- Marketingmaßnahmen (z. B. Neue Ausgaben BUGA BOTE, Baustellenführungen, BUGA INFOTOUR 2012)
- Erarbeitung Verkehrskonzept
- Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen in den Städten in Hinblick auf die Durchführung der BUGA 2015
- Projekt Elektromobilität
- Grundzüge Veranstaltungskonzeption

Um den Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion mit Liquidität für die Erfüllung der anstehenden Aufgaben auszustatten wurden entsprechend der genehmigten Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2011 in Verbindung mit dem Umlagebeschluss für das Haushaltsjahr 2011 der Verbandsversammlung Umlagen der am Zweckverband beteiligten Kommunen mit insgesamt 610 T€ veranschlagt, die vollständig eingezahlt wurden.

Satzungsgemäß werden Umlagen als Zuschuss von den Zweckverbandsmitgliedern des Zweckverbands Bundesgartenschau 2015 Havelregion, soweit die finanziellen Mittel des Zweckverbandes nicht ausreichen um seine satzungsgemäßen Aufgaben zu erfüllen, erhoben. Ziel ist es, nach Endabrechnung der Bundesgartenschau 2015 Havelregion die eingezahlten Umlagen an die Verbandsmitglieder des Zweckverbands zurückzuzahlen.

Dem Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion sind derzeit keine gefährdenden Risiken im Hinblick auf die künftige Durchführung der Bundesgartenschau 2015 Havelregion ersichtlich.

Der Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion soll zum 31.12.2016 aufgelöst werden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	<p>Entsprechend der Satzung des Zweckverbandes Bundesgartenschau 2015 Havelregion erhebt der Zweckverband Umlagen zum Ausgleich des nicht durch Gebühren, Entgelte und sonstige Einnahmen gedeckten Finanzbedarf von der Stadt Brandenburg an der Havel, der Stadt Rathenow, der Stadt Premnitz, der Hansestadt Havelberg und dem Amt Rhinow im Verhältnis der Einwohnerzahlen.</p> <p>Zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der Stadt Rathenow, der Stadt Premnitz, der Hansestadt Havelberg und dem Amt Rhinow und der Deutschen Bundesgartenschau Gesellschaft mbH (DBG) wurde ein Vergabe- und Durchführungsvertrag (DV) geschlossen.</p> <p>Mit einem Dienstleistungsvertrag zwischen dem Zweckverband BUGA 2015 Havelregion und der Stadt Brandenburg an der Havel wurde die Stadt mit der Durchführung von Aufgaben der Verwaltung und Buchhaltung für den Zweckverband beauftragt.</p> <p>Zur Erledigung dieser Aufgaben schloss die Stadt Brandenburg an der Havel einen Dienstleistungsvertrag mit der 100 %igen Tochtergesellschaft Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH ab.</p> <p>Ein weiterer Dienstleistungsvertrag über die Prüfung des Zweckverbandes besteht zwischen dem Zweckverband und dem städtischen Rechnungsprüfungsamt.</p>

Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbandes

(Angaben in T€)			
Bilanz	2009	2010	2011
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	0	8	50
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	13
II. Sachanlagen	0	7	37
B. Umlaufvermögen	505	688	447
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	32	96	197
III. Kassenbestand, Guthaben	473	592	251
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	1	3
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	0	631	314
I. Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0	631	631
II. Jahresfehlbetrag	0	0	-317
B. Rückstellungen	7	13	160
C. Verbindlichkeiten	498	53	26
Bilanzsumme	505	697	500

Ertragslage des Zweckverbandes

GuV	(Angaben in T€)		
	2009	2010	2011
1. Zuwendungen und allgemeine Umlage	107	1.103	610
2. Bestand an unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Sonstige ordentliche Erträge	0	1	4
4. Personalaufwendungen	0	-34	-238
5. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-100	-248	-324
6. Abschreibungen	0	-1	-11
7. Sonstige ordentliche Aufwendungen	-7	-190	-361
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	3
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
10. ordentliches Jahresergebnis	0	631	-317
11. Außerordentliche Erträge	0	0	4
12. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-4
13. Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
14. Gesamtüberschuss / Gesamtfehlbetrag	0	631	-317

IV. Abkürzungsverzeichnis

ABM:	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
AfL:	Arbeit für Langzeitarbeitslose
AG:	Aktiengesellschaft
AHG:	Altschuldenhilfegesetz
APM	Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark
ATZ:	Altersteilzeit
AV:	Anlagevermögen
BA:	Bauabschnitt
BEZ:	Beschäftigungszuschuss
BEGiN:	Brandenburger Existenzgründer im Netzwerk
BfA:	Bundesanstalt für Arbeit
BF:	Betriebsführer
BGA:	Betriebs- und Geschäftsausstattung
BHKW:	Blockheizkraftwerk
BilMoG:	Bilanzmodernisierungsgesetz
BK:	Betriebskosten
BSHG:	Bundessozialhilfegesetz
BT:	Brandenburger Theater
BRZ:	Berechnungszeitraum
CCC:	Cultur- und Congress Centrum Brandenburg an der Havel
CMI:	Case-Mix-Index – Medizinischer Schweregrad
DKB:	Deutsche Kreditbank AG
DMP:	Disease Management Programme
DRG:	Diagnostic-Related-Groups - Fallpauschalensystem
DSD:	Duales System Deutschland
EB:	Eigenbetrieb
EEG:	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EK:	Eigenkapital
ESF:	Europäischer Sozialfonds
EStG:	Einkommensteuergesetz
EuGH:	Europäischer Gerichtshof
FA:	Finanzanlagen
FAG:	Finanzausgleichsgesetz
FAQ's:	„frequently asked questions“ = immer wieder vorkommende Fragen
FBL:	Fachbereichsleiter
FBS:	Förderverein der Brandenburger Symphoniker
GB:	Geschäftsbereich
GE:	Gewerbeeinheiten

GF:	Geschäftsführer/-ung
GLM:	Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel
GJ:	Geschäftsjahr
GmbH:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH i.L.:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation
GmbHG:	GmbH-Gesetz
GMF:	Gesellschaft für Management und Entwicklung von Freizeitsystemen mbH & Co. KG, Neuried
GO:	Gemeindeordnung für das Land Brandenburg
GuV:	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG:	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
GzA:	Gemeinnützige zusätzliche Arbeit
HGrG:	Haushaltsgrundsätzegesetz
HH:	Haushalt
HKW:	Heizkraftwerk
HOT:	Hans-Otto-Theater
IAT:	Ingenieurbetrieb für Automatisierungstechnik GmbH
IHK:	Industrie- und Handelskammer
ILB:	Investitionsbank des Landes Brandenburg
InvZulG:	Investitionszulagengesetz
ITS:	Intensiv-Therapiestation
KA:	Konzessionsabgabe
KAV:	Kommunaler Arbeitgeberverband
KGST:	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
KHG:	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KG:	Kommanditgesellschaft
KLR:	Kosten- und Leistungsrechnung
KonTraG:	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
KoKo:	Kommunalkombi
KStG:	Körperschaftsteuergesetz
KV:	Kassenärztliche Vereinigung
KWK:	Kraft-Wärme-Kopplung
LASA:	Landesagentur für Struktur und Arbeit
LSP:	Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten
L.u.L.:	Lieferungen und Leistungen
LUGV:	Landesamt für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz
LVP:	Leichtstoffverpackungen
MA:	Mitarbeiter
MAE:	Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung

MASGF:	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
MDK:	Medizinischer Dienst der Krankenkassen
MUGV:	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
MWFK:	Ministerium für Wirtschaft, Forschung und Kultur
MVZ:	Medizinisches Versorgungszentrum
NV Solo:	Normalvertrag für Solokünstler
NWkm:	Nutzwagenkilometer
OTA:	Operationstechnische Assistenten
ÖPNV:	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPP:	Öffentlich-Private Partnerschaften (PPP – Public Private Partnership)
PPP:	engl.: Public Private Partnership (Öffentlich-Private Partnerschaften)
Pkm:	Personenkilometer
PM:	Landkreis Potsdam-Mittelmark
PV-Anlagen:	Photovoltaik-Anlagen
RAP:	Rechnungsabgrenzungsposten
SAM:	Strukturanpassungsmaßnahme
SGB:	Sozialgesetzbuch
SIREC:	Sicherung und Recycling im Denkmalschutz
SO:	Sonstige Objekte
SoPo:	Sonderposten
SPNV:	Schienenpersonennahverkehr
STG:	Stadtmarketing- und Tourismusgesellschaft
SVV:	Stadtverordnetenversammlung
TASi:	Technische Anleitung Siedlungsabfall
TIBS:	Technologie- und Innovationsberatungsstelle an der FH Brandenburg
T.IN.A:	Technologie- und Innovations-Agentur
TN:	Teilnehmer
TVK:	Tarifvertrag für Musiker in Kulturorchester
UR:	Urkundenrolle
UmwG:	Umwandlungsgesetz
Ust.:	Umsatzsteuer
UV:	Umlaufvermögen
VbE:	Vollbeschäftigte Einheiten
VKA:	Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände
WBG:	Wohnungsbaugenossenschaft
WE:	Wohneinheiten

V. Erläuterungen

Abschreibungen	Abschreibungen erfassen Wertminderungen der Vermögensgegenstände ergebnismindernd, indem eine erwartete Wertminderung im Voraus auf die entsprechenden Rechnungsperioden verteilt wird (planmäßige Abschreibung), oder eine unerwartete Wertminderung zum Zeitpunkt ihres Eintritts verbucht wird (außerplanmäßige Abschreibung).
Aktiva	Auf der Aktivseite einer Bilanz werden die Gegenstände des Anlagevermögens, die bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, vor den Gegenständen des nur vorübergehend genutzten Umlaufvermögens ausgewiesen. Die Summe aller Aktiva, die gleich der Summe aller Passiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Anhang	Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses bei Kapitalgesellschaften gemäß § 264 Abs. 1 HGB. In ihm sind die einzelnen Positionen der Bilanz und GuV und ggf. ihre Ermittlung zu erläutern.
Anlagenabnutzungsgrad	Kumulierte Abschreiben auf Sachanlagen / Anschaffungs-/ Herstellungskosten der Sachanlagen
Anlagevermögen	Die Gesamtheit der Vermögenselemente, die dazu bestimmt ist, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (gemäß § 247 Abs. 2 HGB) und dem wirtschaftlichen Eigentum des Unternehmens zuzurechnen sind. Sie stehen i.d.R. für mehrere Produktionszyklen zur Verfügung. Den Ausschlag für die Zuordnung eines Gegenstandes zum Anlagevermögen gibt somit seine Zweckbestimmung. Ausgewiesen auf der Aktivseite der Bilanz umfasst es immaterielle Vermögensgegenstände (Patente, Lizenzen), Sachanlagen (Immobilien, Maschinen, usw.) und Finanzanlagen (z.B. Beteiligungen).
Aufwendungen	Minderungen des betrieblichen Vermögens innerhalb einer Rechnungsperiode. Aufwendungen sind allerdings nicht zwangsläufig Mittelabflüsse (z.B. Abschreibungen).
Betriebsergebnis	Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen, die sich aus der eigentlichen Betriebstätigkeit ergeben. Das Betriebsergebnis ist neben dem Finanz- und Außerordentlichen Ergebnis Bestandteil der GuV.
Bilanz	Bestandteil des Jahresabschlusses gemäß § 242 Abs. 1 HGB. Ist die Gegenüberstellung aller Aktiva (Anlage- und Umlaufvermögen) und Passiva (Eigen- und Fremdkapital) eines Unternehmens zu einem bestimmten Stichtag (z.B. Ende eines Geschäftsjahres).
Bilanzgewinn/-verlust	Der Ausweis eines Bilanzgewinns oder -verlustes erfolgt unter dem Eigenkapital nach teilweiser Gewinnverwendung. Er errechnet sich aus dem Jahresüberschuss/-fehlbetrag zuzüglich des Gewinn-/Verlustvortrags und Einstellungen/Entnahmen in bzw. aus Rücklagen.
Eigenkapital (EK)	<p>Zum Eigenkapital rechnen alle von den Eigentümern durch Zuführung von außen oder durch Verzicht auf Gewinnansprüche unbefristet zur Verfügung gestellten Mittel.</p> <p>Das EK ist Bestandteil der Passivseite. Es setzt sich aus dem gezeichneten Kapital, (Grund-, Stamm-, Nenn- oder Haftungskapital), den Kapital- und Gewinnrücklagen und dem vorgetragenen Bilanzgewinn/-verlust zusammen. Das in der Bilanz ausgewiesene EK gibt den Buchwert des Unternehmens an.</p>

Eigenkapitalquote	Die Eigenkapitalquote errechnet sich aus dem prozentualen Verhältnis des Eigenkapitals zur Bilanzsumme eines Unternehmens. Sie beschreibt den Grad der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität der Unternehmung. Im vorliegenden Bericht gibt die Eigenkapitalquote den Anteil des Eigenkapital, einschließlich der Sonderposten, am Gesamtkapital wieder.
Ergebnis (allgemein)	Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen. In der GuV wird unterschieden zwischen dem Betriebs-, dem Finanz- und dem Außerordentlichen Ergebnis. Der Jahresüberschuss/fehlbetrag ist die Summe aller drei Ergebnisse.
Erträge	Mehrungen des betrieblichen Vermögens in einer Rechnungsperiode. Erträge sind allerdings nicht zwangsläufig Mittelzuflüsse (betrifft z. B. Wertsteigerungen).
Fälle je Vollkraft (Klinikum)	Ist-Fälle des Jahres ohne Überlieger zu durchschnittlicher Vollkräftezahl
Fremdkapital (FK)	Das Fremdkapital wird umgangssprachlich als Schulden bezeichnet und ist auf der Passivseite ausgewiesen. Es setzt sich aus kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten (Banken, Lieferer, sonstige Kapitalgeber ohne Beteiligungsrechte) sowie den Rückstellungen zusammen und steht dem Unternehmen i.d.R. nur befristet und zu einem festen Zinssatz zur Verfügung.
Gesellschafterversammlung	Ist das Entscheidungsgremium der Anteilseigner (Gesellschafter). Die Rechte der Gesellschafter insbesondere in Bezug auf die Führung der Geschäfte bestimmen sich nach dem Gesellschaftsvertrag (zzgl. §§ 46 - 51 GmbHG). Zum Aufgabenkreis zählen u.a. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Ergebnisverwendung und die Bestellung des Aufsichtsrates.
Gewinn- und Verlustrechnung	Bestandteil des Jahresabschlusses gemäß § 242 Abs. 1 HGB. Die GuV gibt Auskunft über die Art, Höhe und Quellen der Erfolgskomponenten Aufwand und Ertrag. Als Erfolgsrechnung steht sie in engem Zusammenhang mit der Jahresbilanz. Übersteigen die Erträge die Aufwendungen, erwirtschaftet das Unternehmen einen Jahresüberschuss, der das Eigenkapital steigert. Übersteigen die Aufwendungen die Erträge, entsteht ein Jahresfehlbetrag, der das Eigenkapital verringert.
Gewinnrücklage	Die Gewinnrücklage gehört zu den sog. offenen Rücklagen. Die Gewinnrücklage setzt sich aus Mitteln zusammen, die im Unternehmen, d.h. durch Einbehalten von Teilen des Unternehmensergebnisses, gebildet wurden (§ 272 Abs. 3 HGB).
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	Teil des Jahresergebnisses, der in den Vorjahren weder zur Ausschüttung noch zur Rücklagenzuführung oder auf sonstige Weise verwendet wurde.
Gezeichnetes Kapital	<p>Das Gezeichnete Kapital bildet einen Unterposten zum Eigenkapital in der Bilanz von Kapitalgesellschaften (§ 266 Abs. 3 HGB). Es weist das im Handelsregister eingetragene Haftungs-kapital einer Kapitalgesellschaft aus. Bei der AG (Aktiengesellschaft) wird es als <i>Grundkapital</i> und bei der GmbH als <i>Stammkapital</i> bezeichnet.</p> <p>Das Gezeichnete Kapital ist bei Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, ...) der Maximalbetrag, mit dem die Gesellschafter zum Ausgleich von Verbindlichkeiten und Verlusten herangezogen werden können (beschränkte Haftung), falls die anderen Eigenkapitalanteile (Kapital- und Gewinnrücklage, Gewinnvorträge) aufgebraucht sind. Nach dem Verhältnis der gehaltenen Anteile</p>

	am Gezeichneten Kapital bestimmt sich auch die Beteiligungsquote.
Handelsbilanz	Ist die nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) zu erstellende Bilanz. Das Vermögen und der Gewinn sind nach kaufmännischer Vorsicht zu ermitteln. Die Adressaten sind die Gesellschafter, Gläubiger und im gewissen Maße die Öffentlichkeit. Sie ist die Grundlage für die Erstellung der Steuerbilanz (Maßgeblichkeit), wobei sich jedoch Regelungen der Steuerbilanz auch wiederum auf die Handelsbilanz auswirken (umgekehrte Maßgeblichkeit).
Holding	Eine Holding ist eine Gesellschaft, die Anteile an anderen Unternehmen erwirbt und verwaltet, wobei im Unterschied zu Kapitalanlage - bzw. Investmentgesellschaften nicht nur Vermögensanlage, sondern auch Kontrolle, Beeinflussung oder Beherrschung der Unternehmen angestrebt wird.
Inventur	Bestandsaufnahme aller Vermögensgegenstände und Schulden durch zählen, messen, wiegen und wertfeststellen. Gemäß §§ 240 und 241 HGB haben jahresabschlusspflichtige Unternehmen jährlich zum Bilanzstichtag eine Inventur durchzuführen.
Investitionen	Sind die Bindung von Kapital in Vermögensgegenständen, um daraus Erträge zu erzielen. Es wird unterschieden zwischen Sach- und Finanzinvestitionen.
Jahresabschluss (JA)	Besteht lt. § 242 Abs. 1 HGB aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, dem Anhang und dem Lagebericht (Gliederung entsprechend §§ 266, 275 HGB). Große Gesellschaften und Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, GmbH & Co. KG) haben die Pflicht zur jährlichen Erstellung. Grundlage sind überwiegend das HGB und die Steuergesetze.
Jahresüberschuss (JÜ)	Ergebnis eines Unternehmens unter Berücksichtigung aller Aufwendungen und Erträge. Steht am Ende der Gewinnermittlung nach § 275 Abs. 2 oder 3 HGB.
Kapitalrücklage	Die Kapitalrücklage umfasst die einer Kapitalgesellschaft von ihren Gesellschaftern neben dem Nominalkapital von außen zugeführten Eigenkapitalanteile (§ 272 Abs. 2 HGB). GmbH's unterliegen bezüglich der Auflösung ihrer Kapitalrücklage bis auf einige Ausnahmen keinen rechtlichen Bestimmungen.
Lagebericht	Ergänzendes Informationsinstrument des Jahresabschlusses. Inhalte des Lageberichts sind die Darstellung des Geschäftsverlaufs in der Rechnungsperiode und der aktuellen Lage, der zukünftigen Entwicklung sowie der Forschungs- und Entwicklungsbericht des Unternehmens. Lageberichterstattungspflichtig sind alle Kapitalgesellschaften.
Liquidität	Ist die Fähigkeit eines Unternehmens, jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können (positiver Zahlungsmittelbestand). Diese wird häufig an den Beständen des Vermögens gemessen, die sich innerhalb von unterschiedlichen Zeiträumen in flüssige Mittel umwandeln lassen (Fristigkeit). Dieser Fristigkeit muss immer die Fälligkeit der einzelnen Fremdkapitalpositionen (Verbindlichkeiten) gegenübergestellt werden.
Materialaufwandsquote	Materialaufwand zu Gesamtleistung
Materialaufwand je Fall	Klinikum; Materialaufwand des Jahres zu Ist-Fälle des Jahres ohne Überlieger

Materialintensität	Die Materialintensität (Materialaufwandsquote) gibt den Anteil des Materialaufwands am Umsatz an; Formel: Materialkosten / Umsatz * 100.
Notarielle Beurkundung	Wird bei wichtigen Verträgen vorgenommen, um eine erhöhte Rechtssicherheit für den Inhalt, eine bessere Beweisbarkeit und größere Glaubhaftigkeit zu erhalten. Bei Gesellschaftsverträgen (von Kapitalgesellschaften) und Verträgen, bei denen Immobilien einbezogen sind, ist der Vertrag lt. Gesetz notariell zu beurkunden.
Passiva	Auf der Passivseite der Bilanz wird grundsätzlich das dauernd verfügbare Eigenkapital vor den zu tilgenden Verbindlichkeiten aufgeführt.
Personalaufwandsquote	Personalaufwand / Gesamtleistung
Personalaufwand je Fall	Klinikum; Personalaufwand des Jahres zu Ist-Fälle des Jahres ohne Überlieger
Produktivität	Bezeichnet das Verhältnis zwischen den eingesetzten Produktionsfaktoren (z.B. Arbeit, Kapital: Input) und dem Produktionsergebnis (Output); als Messzahl gibt sie Auskunft über die Effizienz von Produktionsprozessen; Formel: Umsatz / Anzahl Beschäftigter
Prüfung (Jahresabschluss)	Gemäß § 316 HGB sind Jahresabschluss und Lagebericht von Kapitalgesellschaften (sofern sie nicht kleine sind) durch vereidigte Wirtschaftsprüfer zu überprüfen. Prüfungsgegenstand sind unter Einbeziehung der Buchführung die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags oder der Satzung. Der Abschlussprüfer hat über die Ergebnisse schriftlich zu berichten (§ 321 HGB) und das Ergebnis in einem Bestätigungsvermerk zusammenzufassen (§ 322 HGB).
Rücklagen	Zu unterscheiden sind hier im Wesentlichen die offenen und stillen Rücklagen sowie die SoPo (Sonderposten) mit Rücklagenanteil. Zu den offenen Rücklagen zählen die <i>Kapital- und Gewinnrücklagen</i> .
Rückstellungen	Sind Schulden des Unternehmens, die am Bilanzstichtag dem Grunde und/oder der Höhe nach noch nicht konkretisiert sind (§ 249 HGB). Typische Gründe für die Bildung von Rückstellungen sind: ungewisse Verbindlichkeiten, drohende Verluste aus schwebenden Geschäften, Gewährleistungen.
Sachanlagenquote	Sachanlagen / Gesamtvermögen
Sonderposten mit Rücklagenanteil	Sonderposten mit Rücklagenanteil weisen einen Doppelcharakter auf. Einerseits enthält er Rücklagen aus noch nicht versteuertem Gewinn, die nach den Vorschriften der Steuergesetze auszulösen sind (§ 273 HGB). Andererseits können unter dieser Position als Wertberichtigung Beträge ausgewiesen sein, die über die rein handelsrechtlichen Abschreibungen hinausgehen (§ 281 HGB).
Stammeinlage	Ist die von jedem Gründungsgesellschafter einer GmbH zu leistende Einlage auf das Stammkapital (§ 5 GmbHG). Nach dem Verhältnis der übernommenen und später dazu erworbenen Stammeinlagen bestimmt sich der Anteil am Stammkapital und somit auch die Beteiligungsquote.
Stammkapital	Ist das Gezeichnete Kapital und somit das beschränkt haftende Eigenkapital der GmbH. Seine Höhe ist im Gesellschaftsvertrag und in der Satzung festgelegt. Es ist die Summe der von den

	<p>Gesellschaftern bei der Gründung übernommenen Stammeinlagen.</p>
Steuerbilanz	<p>Ist eine um die steuerrechtlichen Vorschriften (EStG, KStG, Richtlinien, ...) korrigierte bzw. ergänzte Handelsbilanz. Ziel ist die Ermittlung des „wahren“ Gewinns, der dem einzigsten Adressaten, dem Finanzamt, als steuerliche Bemessungsgrundlage dient. Aus Gründen der Einfachheit sind in der Praxis, vor allem bei nicht publizitätspflichtigen Unternehmen, Handels- und Steuerbilanz identisch (Einheitsbilanz).</p>
Stille Rücklagen	<p>Stille Rücklagen sind Teile des Eigenkapitals, deren Höhe aus der Bilanz nicht ersichtlich ist. Stille Reserven ergeben sich aus der Differenz zwischen den Buchwerten und den tatsächlich höheren Werten bei den Aktiva bzw. niedrigeren Werten bei den Passiva. Angemessene stille Reserven verleihen dem Unternehmen Widerstandskraft. Dagegen stehen stille Reserven auch im Dienst der Gewinnregulierung → Schwächung des Vertrauens von Gläubigern und Öffentlichkeit.</p>
Überlieger	<p>Klinikum; hierbei handelt es sich um Patienten, deren Behandlung als Fallpauschale in 2009 noch nicht abgeschlossen war.</p>
Umlaufvermögen	<p>Gegenstände des Umlaufvermögens verbleiben in ihrer ursprünglichen oder verarbeiteten Form nur kurze Zeit im Unternehmen. Ausgewiesen auf der Aktivseite der Bilanz werden Vorräte, Forderungen, Wertpapiere und liquide Mittel.</p>
Umsatz	<p>Ist der wertmäßige Ausdruck für die am Markt abgesetzten Produkte. Der Umsatz ist gleich der verkauften/abgesetzten Menge multipliziert mit dem pro Einheit erhaltenen Verkaufs-/Absatzpreis.</p>
Unbundling	<p>VBB; organisatorische Trennung von Netz und Vertrieb in der Strom- und Gasversorgung</p>
Verlustrück(-vor)trag	<p>Ist die Möglichkeit des steuerlich wirksamen Verlustausgleichs. Verluste des entsprechenden Abrechnungszeitraums können mit steuerpflichtigen Gewinnen aus Vorperioden (max. zwei) verrechnet bzw. auf unbegrenzte Zeit vorgetragen werden, damit die Verrechnung mit zukünftig möglichen Gewinnen erfolgen kann. Dies bietet die gesetzlich zulässige Möglichkeit, gezahlte Steuern zurückzuerhalten bzw. die zukünftig mögliche Steuerschuld zu mindern.</p>
Wirtschaftsplan	<p>Er ist ein individuelles Instrument der Unternehmen. Der Wirtschaftsplan ist die gedankliche Vorwegnahme und aktive Gestaltung zukünftiger Ereignisse mit dem Ziel der Reduktion von Unsicherheit. Er stellt i.d.R. die zahlenmäßige Entwicklung des Unternehmens, unter Berücksichtigung des Ist-Zustandes, der individuellen Ziele, der Voraussetzungen und angenommenen Entwicklungen des Umfelds dar. Einbezogen werden die zu erwartenden Erträge und Aufwendungen sowie die geplanten Investitionen und deren Finanzierung.</p> <p>Der Wirtschaftsplan entspringt keiner gesetzlichen Regelung (kann jedoch Grundlage für den Lagebericht sein). Ausnahme bilden die Eigenbetriebe und Beteiligungen der Kommunen. Der Wirtschaftsplan ist Bestandteil des Haushalts und von den Gremien zu genehmigen</p>

Formeln und Definitionen der Kennzahlen

Kennzahl	Formel	Definition der einzelnen Kennziffern
Anlagenintensität	$\frac{AV \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	<p><u>Anlagevermögen</u>: Zum Anlagevermögen gehören nach § 247 Abs. 2 HGB nur die Gegenstände, die bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen; für Kapitalgesellschaften besteht gemäß § 266 Abs. 2 HGB eine detaillierte Aufgliederungspflicht</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: Die Bilanzsumme ist der Betrag, der sich ergibt, wenn in einer Bilanz sämtliche Aktiva (Gesamtvermögen) oder sämtliche Passiva (Gesamtkapital) addiert werden.</p>
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	<p><u>Eigenkapital</u>: § 272 Abs.1-4 HGB (ohne anteilige SOPO) i.V.m. § 266 Abs. 3 HGB, Zum Eigenkapital zählen jene Mittel, die von den Eigentümern einer Unternehmung zu deren Finanzierung aufgebracht oder als erwirtschafteter Gewinn im Unternehmen belassen wurden.</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: siehe oben</p>
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	aus Bilanz	<p>Ist das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft durch im abgelaufenen Geschäftsjahr oder in vorangegangenen Jahren angesammelte Verluste aufgebraucht und ergibt sich ein Überschuss der Passiva über die Aktiva der Bilanz, so ist gem. § 268 Abs. 3 HGB als letzte Position auf der Aktivseite der Fehlbetrag unter der Bezeichnung "Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag" auszuweisen. In diesem Fall liegt eine bilanzielle Überschuldung vor, was die Pflicht zur Prüfung einer tatsächlichen Überschuldung (Überschuldungsbilanz) nach sich zieht (eventuell Eröffnung eines Insolvenzverfahrens).</p>
Anlagendeckungsgrad II	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	<p><u>Eigenkapital</u>: siehe oben</p> <p><u>Fremdkapital</u>: Zum Fremdkapital zählen die in der Bilanz ausgewiesenen Schulden der Unternehmung, d.h. Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit Verbindlichkeitscharakter gegenüber Dritten, welche der Finanzierung des Unternehmensvermögens dienen und rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind; für Kapitalgesellschaften besteht gemäß § 266 Abs. 3 HGB eine detaillierte Aufgliederungspflicht.</p>

		<p><u>Langfristiges Fremdkapital</u> steht dem Unternehmen länger als 5 Jahre zur Verfügung.</p> <p><u>Anlagevermögen</u>: siehe oben</p>
Zinsaufwandsquote	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	<p><u>Zinsaufwand</u>: Position „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“, § 275 Abs. 2 Nr. 13 HGB</p> <p><u>Umsatz</u>: siehe oben</p>
Liquidität 3. Grades	$\frac{\text{Umlaufverm.} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	<p><u>Umlaufvermögen</u>: Kurz- und mittelfristige Vermögensgegenstände eines Unternehmens; Kassenbestand, Bankguthaben, Forderungen und Vorräte werden im Umlaufvermögen (§ 266 Abs. 2 HGB) erfasst.</p> <p><u>Fremdkapital</u>: siehe oben</p> <p><u>Kurzfristiges Fremdkapital</u>: Zum kurzfristigen Fremdkapital im Sinne dieses Rundschreibens zählen vereinfacht alle Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr gemäß § 266 Abs. 3 HGB i.V.m. § 268 Abs. 5 HGB, die Steuerrückstellungen (§ 266 Abs. 3 HGB), die sonstigen Rückstellungen (§ 266 Abs. 3 HGB) sowie die passiven Rechnungsabgrenzungsposten (§ 266 Abs. 3 HGB).</p> <p>Als Formel ergibt sich somit:</p> <p>Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr + Steuerrückstellungen + sonstige Rückstellungen + passive Rechnungsabgrenzungsposten = kurzfristiges Fremdkapital</p> <p><u>Verbindlichkeiten</u>: Verbindlichkeiten zählen zu den Schulden und sind im Gegensatz zu den Rückstellungen prinzipiell dem Grunde und der Höhe nach gewiss. Für Verbindlichkeiten besteht gemäß §§ 242 und 246 HGB Passivierungspflicht, sie sind in der Bilanzgliederung von Kapitalgesellschaften im § 266 Abs. 3 HGB unter C der Passivseite aufgeführt.</p>
Cashflow	<p>Jahresergebnis + Abschreibungen + /- Zun./ Abn. der langfristigen Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentliche Erträge = Cashflow</p>	<p>Der Cashflow zeigt den Zahlungsmittelüberschuss der Periode und stellt den um nicht zahlungswirksame Erträge und Aufwendungen – welche nicht in derselben Periode zu Einnahmen bzw. Ausgaben führen - bereinigten Geschäftserfolg dar.</p> <p>Der Cashflow soll hier lediglich mit Hilfe der sog. „Praktikerformel“ ermittelt werden. Da bei außerordentlichen Aufwendungen/ Erträgen nicht erkennbar ist, in welchem Umfang sie zahlungswirksam sind, werden sie aus Vorsichtsgründen eliminiert.</p>

Gesamtkapitalrentabilität	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen})}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$	<p><u>Jahresüberschuss</u>: § 275 Abs. 2 Nr. 20 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 19 HGB</p> <p><u>Fremdkapitalzinsen</u>: unter § 275 Abs. 2 Nr.13 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 12 HGB</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: siehe oben</p>
Umsatz	aus GuV	§ 275 Abs. 2 Nr. 1 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 1 HGB, § 277 Abs. 1 HGB (Vorschriften zu einzelnen Posten der GuV, Umsatzerlöse)
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	aus GuV	<u>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</u> : siehe oben
Personalaufwandsquote	$\frac{\text{Personalaufw.}}{\text{Umsatz}} \times 100$	<p><u>Personalaufwand</u>: § 275 Abs. 2 Nr. 6 HGB</p> <p>Neben den Löhnen und Gehältern sind in den Personalaufwand die sozialen Abgaben sowie der Aufwand für Altersversorgung einzubeziehen. Bei der Anwendung des Umsatzkostenverfahrens (§ 275 Abs. 3 HGB) ist im Anhang des Jahresabschlusses gemäß § 285 Nr. 8 b HGB der Personalaufwand gegliedert nach § 275 Abs. 2 Nr. 6 HGB anzugeben.</p> <p>Im Konzernanhang ist ebenfalls der Personalaufwand auszuweisen (§ 314 Abs. 1 Nr. 4 HGB).</p> <p><u>Umsatz</u>: siehe oben</p>
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr durchschnittlich beschäftigtes Personal	